

Vielfalt der Einheit

Wo Deutschland nach 30 Jahren
zusammengewachsen ist



Berlin-Institut

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist ein unabhängiger Thinktank, der sich mit Fragen regionaler und globaler demografischer Veränderungen beschäftigt. Das Institut wurde 2000 als gemeinnützige Stiftung gegründet und hat die Aufgabe, das Bewusstsein für den demografischen Wandel zu schärfen, nachhaltige Entwicklung zu fördern, neue Ideen in die Politik einzubringen und Konzepte zur Lösung demografischer und entwicklungspolitischer Probleme zu erarbeiten. In seinen Studien, Diskussions- und Hintergrundpapieren bereitet das Berlin-Institut wissenschaftliche Informationen für den politischen Entscheidungsprozess auf. Weitere Informationen, wie auch die Möglichkeit, den kostenlosen regelmäßigen Newsletter „Demos“ zu abonnieren, finden Sie unter www.berlin-institut.org.

Unterstützen Sie die unabhängige Arbeit des Berlin-Instituts

Das Berlin-Institut erhält keinerlei öffentliche institutionelle Unterstützung. Projektförderungen, Forschungsaufträge, Spenden und Zustiftungen ermöglichen die erfolgreiche Arbeit des Instituts. Das Berlin-Institut ist als gemeinnützig anerkannt. Spenden und Zustiftungen sind steuerlich absetzbar.

Im Förderkreis des Berlin-Instituts kommen interessierte und engagierte Privatpersonen, Unternehmen und Stiftungen zusammen, die bereit sind, das Berlin-Institut ideell und finanziell zu unterstützen. Informationen zum Förderkreis finden Sie unter

www.berlin-institut.org/partner-foerderer/foerderkreis-des-berlin-instituts

Vielfalt der Einheit

Wo Deutschland nach 30 Jahren zusammengewachsen ist

Impressum

Originalausgabe
September 2020

© Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.
Sämtliche, auch auszugsweise Verwertung bleibt vorbehalten.

Herausgegeben vom
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin
Telefon: (030) 22 32 48 45
Telefax: (030) 22 32 48 46
E-Mail: info@berlin-institut.org
www.berlin-institut.org

Das Berlin-Institut finden Sie auch bei Facebook und Twitter
([@berlin_institut](https://www.facebook.com/berlin_institut)).

Autoren: Susanne Dähler, Adrián Carrasco Heiermann,
Sabine Sütterlin, Manuel Slupina,
Frederick Sixtus, Antonia Gärtner, Catherina Hinz

Recherche und Grafiken: Lena Reibstein, Johanna Raith,
Nele Peschel
Lektorat: Sabine Sütterlin

Design: Jörg Scholz (www.traktorimnetz.de)
Layout und Grafiken: Christina Ohmann (www.christinaohmann.de)
Druck: LASERLINE, Berlin

Der überwiegende Teil der thematischen Landkarten und Grafiken
wurde auf Grundlage der Programme Tableau Software, Seattle,
USA, und EasyMap der Lutum+Tappert DV-Beratung GmbH, Bonn,
erstellt.

ISBN: 978-3-946332-58-9

Die Studie wurde gefördert durch den Beauftragten der Bundes-
regierung für die neuen Bundesländer beim Bundesminister für
Wirtschaft und Energie.

Die Hauptautoren:

Susanne Dähler, Diplom in Geographie an der Humboldt-
Universität zu Berlin. Wissenschaftliche Mitarbeiterin am
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Adrián Carrasco Heiermann, Master in Public Policy an
der University of Bristol. Wissenschaftlicher Mitarbeiter
am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Sabine Sütterlin, Diplom in Naturwissenschaften an der
ETH Zürich. Freie wissenschaftliche Mitarbeiterin am
Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Manuel Slupina, Diplom in Volkswirtschaftslehre an der
Universität zu Köln. Ressortleiter Demografie Deutsch-
land am Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

Frederick Sixtus, Magister in Soziologie, Literaturwis-
senschaft und Musikwissenschaft an der Universität
Potsdam und der Technischen Universität Berlin. Wissen-
schaftlicher Mitarbeiter am Berlin-Institut für Bevölke-
rung und Entwicklung.

INHALT

VORWORT: VEREINTES LAND MIT GEGENSÄTZEN	4
1. BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG: DAS DEMOGRAFISCHE ZWISCHENHOCH ZIEHT AM OSTEN VORBEI	6
2. KINDER UND GEBURTEN: KLEINER BABYBOOM IN OST UND WEST.....	8
3. FAMILIEN UND HAUSHALTE: IMMER WENIGER LEBEN ZUSAMMEN.....	10
4. ALTERUNG, PFLEGE UND STERBEN: EINE NEUE NORMALITÄT.....	12
5. GESUNDHEIT UND LEBENSERWARTUNG: WOHLHABENDE WERDEN ÄLTER.....	14
6. BINNENMIGRATION: ZWISCHEN OST-WEST UND STADT-LAND.....	16
7. ZUWANDERUNG: IM OSTEN NOCH IMMER KAUM MIGRANTEN.....	18
8. SCHULISCHE BILDUNG: DER OSTEN MUSS SICH NICHT VERSTECKEN.....	20
9. BERUFSBILDUNG UND STUDIUM: DEM OSTEN GEHEN DIE STUDIERENDEN AUS.....	22
10. WISSENSGESELLSCHAFT: DIE ZUKUNFT LIEGT IN DEN METROPOLN.....	24
11. ARBEIT UND BESCHÄFTIGUNG: FACHKRÄFTE DRINGEND GESUCHT.....	26
12. GLEICHSTELLUNG: WO DER WESTEN DEM OSTEN FOLGTE.....	28
13. EINKOMMEN UND VERMÖGEN: EINHEIT NOCH NICHT IN SICHT.....	30
14. UNTERNEHMENS- UND WIRTSCHAFTSSTRUKTUR: ANGLEICHUNG NOCH NICHT GESCHAFFT.....	32
15. LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG: DEUTSCHLAND MIT GUTEM APPETIT.....	34
16. ÖKOLOGIE UND KLIMAWANDEL: UMWELT ALS EINHEITSGEWINNER?.....	36
17. MOBILITÄT: AUF DEM LAND WENIG ALTERNATIVEN ZUM EIGENEN AUTO.....	38
18. DIGITALISIERUNG UND KOMMUNIKATION: VOM FEHLENDEN TELEFONANSCHLUSS ZUM GLASFASERNETZ.....	40
19. MEDIENNUTZUNG: DER OSTEN KOMMT KAUM VOR	42
20. KONSUM: IN REGIONALEN VORLIEBEN VEREINT	44
21. TEILHABECHANCEN UND GLEICHWERTIGKEIT: DAS GLÜCK WOHNTE EHER IM NORDEN.....	46
22. WOHNEN: IM OSTEN NOCH IMMER HÄUFIGER ZUR MIETE.....	48
23. IDENTITÄT UND EINHEIT: DIE HEIMAT PRÄGT ÜBERALL.....	50
24. RELIGION UND SÄKULARISIERUNG: DER OSTEN IST SÄKULARER, DER WESTEN VIELFÄLTIGER	52
25. ENGAGEMENT UND EHRENAMT: IM LAND DER „VEREINSMEIER“.....	54
26. POLITIK UND WAHLEN: DEUTSCHLAND IST EINE DEMOKRATISCHE REPUBLIK.....	56
27. SPORT UND REISEN: FUSSBALLBEGEISTERUNG GRENZENLOS.....	58
28. KULTUR: DIE ERSTE GEIGE SPIELT IM OSTEN.....	60
29. KRIMINALITÄT: DIE FURCHT IST GRÖßER ALS DIE BEDROHUNG.....	62
30. CORONA: IN DER PANDEMIE VEREINT?	64
QUELLEN	66

VEREINTES LAND MIT GEGENSÄTZEN

Jubiläumsjahre lenken den Blick zurück. Nun feiern wir drei Jahrzehnte Deutsche Einheit. Also wieder einmal Zeit, Bilanz zu ziehen. Aber ist zum Thema Wiedervereinigung nicht schon alles gesagt? Dass es schwierig war – ein Kraftakt ohne gleichen, das Zusammenwachsen zweier Staaten Zeit braucht, sich nicht alle Hoffnungen erfüllt haben und nach dem euphorischen Aufbruch in die Freiheit auch Ernüchterung einsetzte. Der große Umbruch war nicht für jeden ein Aufbruch, sondern ging für einige auch mit Verunsicherungen und Verletzungen einher.

Für die Einheit gab es keine Blaupause. Das Zusammenwachsen beider deutscher Staaten musste Stück für Stück erarbeitet werden. Nicht alles funktionierte auf Anhieb. Zwischenzeitlich geriet der Einigungsprozess auch ins Stocken. Doch trotz aller Schwierigkeiten zeigt der Blick auf die derzeitige Lebenssituation einer breiten Mehrheit in Ost und West, dass trotz fortbestehender – aber immer geringer werdender – materieller Unterschiede die Wiedervereinigung vor allem eines ist: eine Erfolgsgeschichte.

Gerade im letzten Jahrzehnt hat sich vieles weiter zum Positiven entwickelt. Arbeitslosigkeit, die die Menschen im Osten in den 1990er und 2000er Jahren stark erschütterte, war bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 kaum mehr ein Thema, jedenfalls kein spezielles für Ostdeutschland. Die Beschäftigung wuchs Jahr für Jahr zu neuen Rekordhöhen und gute Jobaussichten gibt es nicht mehr nur im wirtschaftsstarken Süddeutschland, sondern auch in einigen aufstrebenden ostdeutschen Regionen. Im Hinblick auf Bildungserfolge oder kulturelle Angebote haben einige ostdeutsche Länder eine Vorreiterrolle eingenommen. Die Unterschiede zwischen Ost und West scheinen zu schwinden und für die im wiedervereinigten Deutschland geborene Generation spielt es kaum noch eine Rolle, auf welcher Seite der ehemaligen innerdeutschen Grenze sie zur Welt kam.

Doch nicht überall sind „blühende Landschaften“ entstanden, in manchen Regionen sind es eher blühende urbane Inseln. Vom Aufschwung Ost profitieren vor allem die größeren Städte wie Leipzig, Dresden, Jena oder Potsdam. Auf der Suche nach Arbeitsplätzen, Bildungs- und Kulturangeboten drängen besonders junge Menschen dahin. Hier schreitet die Digitalisierung schnell voran und ballt sich Wissen auf engem Raum – ideale Bedingungen für neue Produkte und Geschäftsmodelle. Viele Großstädte im Osten müssen den Vergleich mit den westlichen Zentren nicht scheuen. Mit ein bisschen Glück (und geschickter Kommunalpolitik) werfen sie in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ihre Samen auf die nähere Umgebung ab oder haben dies schon getan.

Mit der vorliegenden Publikation beleuchten wir verschiedenste Facetten der Lebensrealitäten in Deutschland. Anhand von 30 Themen zeichnen wir die Vielfalt von Entwicklungen Deutschlands in den 30 Jahren seit der Wiedervereinigung im Oktober 1990 nach. Sie beschreiben den Alltag der Menschen, ihre Lebensverhältnisse und Teilhabechancen, aber auch ihre Vorlieben und Ängste, Erfolge und Herausforderungen. Wo unterscheiden sich diese noch, wo haben sie sich angeglichen und wo entwickeln sie sich vielleicht auch auseinander?

Die seit 30 Jahren vereinigte Bundesrepublik bleibt ein Land der vielfältigen Gegensätze oder gegensätzlicher Vielfalt, die sich wie ein Flickenteppich übers gesamte Land legt. Dies lässt sich an vielen Karten auf den nächsten Seiten erkennen. Ob Bevölkerungsentwicklung, Alterung oder auch die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern, hier bleiben klare Ost-West-Linien bestehen. Doch in anderen Bereichen, wie bei den Kinderzahlen, Bildungserfolgen oder auch der Energiewende hat sich die klare Teilung aufgelöst.

Auch in ihrem Binnenwanderungsverhalten haben sich Ost und West inzwischen angeglichen und sind weitgehend auf gleichem Kurs. Mit dem Ende der Abwanderung aus dem Osten in den Westen, trat der Strom in die großen Städte stärker in den Vordergrund. Heute steht die Politik nahezu überall in Deutschland vor der großen Herausforderung, einen Ausgleich zwischen den attraktiven und wirtschaftsstarken Zentren und den entlegenen ländlichen Räumen schaffen zu müssen. Die Stadt-Land-Unterschiede stellen jene zwischen Ost und West zunehmend in den Schatten.

Neben West-Ost und Stadt-Land prägt ein drittes Gefälle entlang der Himmelsrichtungen das Land: Süd-Nord. Die wirtschaftsstärksten Kreise liegen weiterhin in Süddeutschland. In Bayern und Baden-Württemberg verhelfen Automobil- und deren Zulieferindustrie den Menschen noch immer zu guten Jobs mit hohem Einkommen. Im Norden dagegen fehlen große Industrieunternehmen und Länder wie Schleswig-Holstein schneiden wirtschaftlich schwächer ab.

Den Alltag und das Zusammenleben der Menschen prägen aber mehr als statistisch messbare Unterschiede in Wirtschaft, Arbeit sowie Zu- und Abwanderung. Wie die Menschen den Einheitsprozess bewerten, hängt auch davon ab, wie sich ihr unmittelbares Umfeld entwickelt hat und in welche Zukunft sie schauen. Vor allem Unterschiede in den (wahrgenommenen) Lebensverhältnissen, der Teilhabechancen und Repräsentation bleiben bestehen, wenn sich zum Beispiel noch immer Menschen im Osten als Bürger zweiter Klasse fühlen oder wenn Ostdeutsche sich in Medien oder anderen Bereichen kaum oder hauptsächlich negativ vertreten sehen, kann die Bewertung des Einheitsprozesses schlechter ausfallen, als es die Statistiken vermuten lassen.

Wichtig ist, dass aus der faktischen Wiedervereinigung auch eine gefühlte Einheit in Vielfalt wird. Überall in Deutschland fühlen sich die Menschen am stärksten ihrer Heimatregion verbunden und identifizieren sich viel weniger entlang der Kategorien Ost-West. Die vorliegende Publikation zeigt eine große Bandbreite von Lebensbereichen und deren Entwicklung von Familienformen, Mediennutzung, Konsumverhalten, sportlichen Vorlieben bis hin zur Mobilität. Es ist Zeit, auf diese Vielfalt zu schauen und auf die sich daraus ergebenden Zukunftschancen für Menschen in Ost wie West zu bauen.

Als wir mit der Arbeit an der Studie begannen, war Corona noch ein Virus im fernen China. Inzwischen hat es das Leben der Menschen in Ost und West arg durcheinandergewirbelt. Im 30. Jahr der Einheit steht Deutschland vor seinem größten wirtschaftlichen Einbruch der Nachkriegsgeschichte. Was wird dies langfristig mit den Fortschritten und Entwicklungen der letzten Jahre machen, vor allem was bedeutet es für die Einheit des Landes? Auf dem Arbeitsmarkt, bei der Gleichstellung oder auch der Bildung? Wie eine neue Untersuchung der Bertelsmann Stiftung zeigt, hat sich der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland in der Corona-Krise als robust erwiesen und ist in den ersten Monaten nach Ausbruch der Pandemie sogar noch gewachsen. Das zumindest stimmt hoffnungsvoll im Jubiläumsjahr.

Berlin, im August 2020

Catherina Hinz
Direktorin
Berlin-Institut für Bevölkerung und
Entwicklung

1 | Bevölkerungsentwicklung

DAS DEMOGRAFISCHE ZWISCHENHOCH ZIEHT AM OSTEN VORBEI

Ende 2019 lebten rund 83,2 Millionen Menschen in Deutschland – mehr als jemals zuvor. Seit der Wiedervereinigung ist die Bevölkerung damit um rund 3,4 Millionen gewachsen.¹ Vor allem die starke Zuwanderung aus dem Ausland ab 2012 hat die Bevölkerungszahlen wieder steigen lassen, nachdem sie sich zuvor neun Jahre lang verringert hatten. Deutschland erlebt derzeit ein demografisches Zwischenhoch, das sich im Zuge der wieder sinkenden Zuwanderungszahlen nach Deutschland aber bereits abschwächt (► 7).

Doch Ost und West sind nicht im Wachstum geeint, sondern vielmehr auf gegensätzlichen demografischen Pfaden unterwegs. Während die alten Bundesländer zwischen 1990 und 2019 einen satten Einwohnerzuwachs von über 5,4 Millionen Menschen verzeichnen konnten, verloren die fünf ostdeutschen Flächenländer im gleichen Zeitraum rund 2,2

Millionen ihrer einst 14,8 Millionen Einwohner.² Wie groß der demografische Riss zwischen Ost und West ist, verdeutlichte 2019 eine Studie des ifo Dresden: Wären nach 1949 die Einwohnerzahlen in Ostdeutschland genauso gewachsen wie im Westen, würden heute rund doppelt so viele Menschen zwischen Rügen und Erzgebirge leben. Stattdessen ist die Bevölkerungszahl in Ostdeutschland auf den Wert von 1905 zurückgefallen. Im Westen leben heute doppelt so viele Menschen wie zur Jahrhundertwende.³

Ost und West entwickeln sich also nicht erst seit der Wende demografisch auseinander, sondern schon seit den Staatsgründungen von Bundesrepublik und DDR im Jahr 1949. Mit dem Fall der Mauer vergrößerte sich die Kluft deutlich: Neben der Abwanderung gen Westen, durch die der Osten seit 1989 rund 1,9 Millionen Einwohner an die alten Bundesländer verlor (► 6), war es vor allem der

massive Einbruch bei den durchschnittlichen Kinderzahlen pro Frau unmittelbar nach der Wende, der die ostdeutschen Bundesländer auf den Abwärtstrend schickte (► 2). Zwar hellt sich die demografische Lage mittlerweile etwas auf: Die Abwanderung aus dem Osten in den Westen ist seit 2015 gestoppt und auch die Kinderzahlen steigen. Aber die ostdeutschen Flächenländer kämpfen mit dem demografischen Echo. Die schwach besetzten Jahrgänge der 1990er Jahre führen etwa eine Generation später dazu, dass es weniger potenzielle Eltern gibt. Zumal die ostdeutschen Bundesländer bislang auch kaum von der Zuwanderung aus dem Ausland profitieren, um diese Jahrgänge „aufzufüllen“ (► 7).

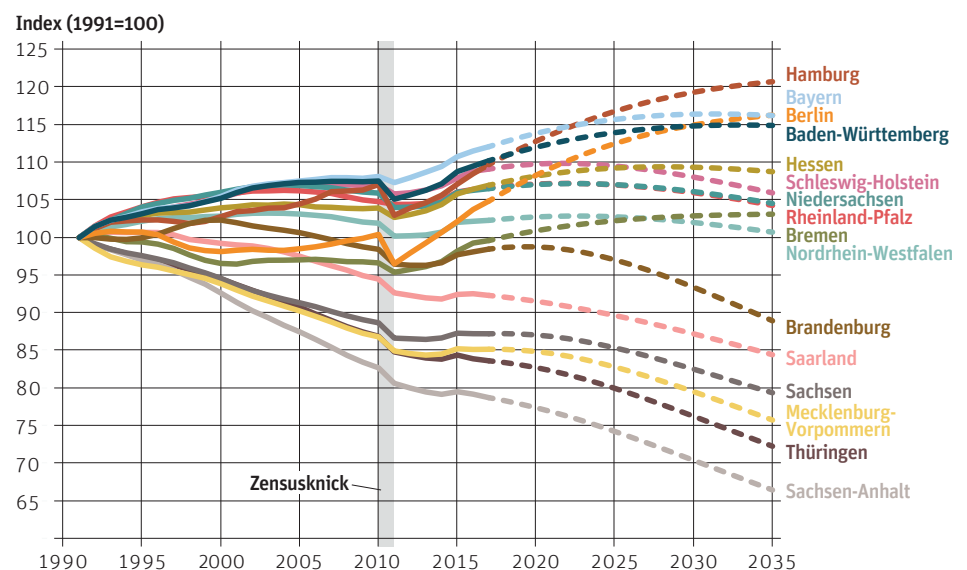
Die regionalen Verwerfungen weiten sich aus

30 Jahre nach der Wiedervereinigung schwindet die Hoffnung, dass die demografische

Zwischen rasantem Wachstum und Niedergang

Im Jahr 2019 lebten in sechs Bundesländern weniger Menschen als noch 1991. Neben den fünf ostdeutschen Bundesländern gehört noch das Saarland dazu. Am stärksten traf der Bevölkerungsrückgang Sachsen-Anhalt, das fast jeden vierten Einwohner eingebüßt hat. Bayern, Baden-Württemberg oder auch Hamburg konnten hingegen deutliche Zuwächse von über zehn Prozent verzeichnen. Diese demografische Zweiteilung dürfte sich künftig weiter fortsetzen.

Bevölkerungsentwicklung in den Bundesländern, Index (1991=100), 1991 bis 2035 (ab 2018 prognostiziert)
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt⁴, Cima⁵, eigene Berechnung)



Trennlinie zwischen Ost und West künftig verblasst. Einer aktuellen Bevölkerungsprognose des Berlin-Instituts zufolge wird in allen fünf ostdeutschen Flächenländern die Bevölkerungszahl bis 2035 im Vergleich zu 2017 weiter abnehmen – am stärksten mit fast 16 Prozent in Sachsen-Anhalt. Nicht viel besser sind die Aussichten für Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern, wo Verluste von knapp 14 Prozent respektive 11 Prozent zu erwarten sind. In Brandenburg und Sachsen dürfte der prozentuale Bevölkerungsrückgang knapp einstellig bleiben. In Berlin stehen die Zeichen weiter auf Wachstum. Fast 11 Prozent mehr Hauptstädter dürfte es bis 2035 geben.⁶

In Westdeutschland ist das Bild zweigeteilt. Fünf Bundesländer können bis 2035 eine wachsende Bevölkerung erwarten, die übrigen fünf dürften schrumpfen. Das größte Bevölkerungsplus von rund zehn Prozent wird Hamburg verzeichnen. Auch die beiden wirtschaftsstarken Bundesländer im Süden, Baden-Württemberg und Bayern, werden voraussichtlich zulegen – um rund vier Prozent. Für das Saarland hingegen werden Verluste von fast neun Prozent prognostiziert. Die demografischen Aussichten des kleinsten

Flächenstaates gleichen damit auch künftig jenen der ostdeutschen Flächenländer.⁷

Abgelegene Regionen verlieren – in Ost wie West

In den ostdeutschen Bundesländern vollzog sich der Bevölkerungsrückgang in den 1990er Jahren nahezu flächendeckend. Nur einige Umlandkreise von Berlin, Halle, Leipzig, Rostock oder Dresden konnten sich dem Abwärtstrend entziehen und profitierten vom wachsenden Wunsch der Großstädter nach „Wohnen im Grünen“ (► 22). Der Traum vom Eigenheim ging zu Lasten der ostdeutschen Großstädte und verstärkte deren Bevölkerungsrückgang. Leipzig, Magdeburg oder Rostock verloren im ersten Jahrzehnt der Einheit mehr als zwölf Prozent ihrer Einwohner. Ihre demografische Entwicklung glich damit jener in den entlegenen Landstrichen, aus denen sich nicht täglich in die nächste Großstadt pendeln lässt.^{8,9}

Die Großstädte im Osten haben mittlerweile auf den demografischen Wachstumspfad zurückgefunden. Leipzig kann bis 2035 sogar bundesweit mit dem größten Bevölkerungszuwachs rechnen. Die mittlerweile größte sächsische Stadt gehört neben Potsdam,

Dresden, Erfurt, Jena, Rostock, Halle und Magdeburg zu den wenigen demografischen Leuchttürmen in den fünf ostdeutschen Flächenländern. Ungebremst vollzieht sich aber der Bevölkerungsrückgang in der ostdeutschen Peripherie. Zahlreiche Landkreise an den Rändern Brandenburgs, im Norden und Osten Sachsen-Anhalts oder in den entlegenen Landstrichen in Thüringen und Sachsen dürften bis 2035 mehr als ein Fünftel ihrer Bewohner einbüßen.¹⁰

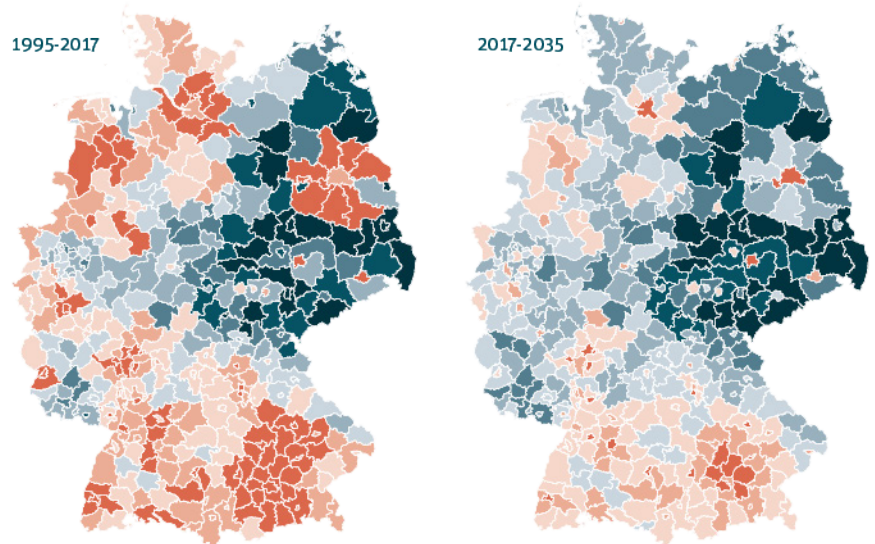
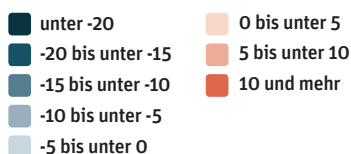
Auch in den westlichen Bundesländern kämpfen einige ländliche Regionen etwa in Nordhessen, der Südwestpfalz oder Oberfranken mit sinkenden Einwohnerzahlen, während attraktive Großstädte samt Umland unter einem starken Wachstumsdruck ächzen. Die bayerischen Städte München, Regensburg und Landshut haben bis 2035 ein Bevölkerungsplus von fast 15 Prozent zu erwarten. Für Frankfurt am Main, Mainz und Hamburg sieht die Prognose ebenfalls ein Wachstum von über 10 Prozent voraus.¹³

Die demografische Trennlinie verläuft damit nicht nur zwischen Ost und West, sondern zunehmend auch zwischen den attraktiven Großstädten samt Umland und den ländlichen Regionen fern der Zentren.

Die demografische Kluft wird größer

Auch wenn sich bis zum Jahr 2035 die Gesamtbevölkerungszahl Deutschlands kaum verändern dürfte, weiten sich die regionalen Unterschiede aus. Rund 60 Prozent der Kreise und kreisfreien Städte werden der Prognose des Berlin-Instituts zufolge bis 2035 an Bevölkerung verlieren. Besonders hart trifft es Ostdeutschland, wo neben Berlin lediglich acht weitere Großstädte mit Wachstum zu rechnen haben, ländliche Kreise aber durchgängig verlieren.

Zensusbereinigte Bevölkerungsentwicklung (1995 bis 2017) und prognostizierte Bevölkerungsentwicklung (2017 bis 2035) in den Kreisen und kreisfreien Städten, in Prozent
(Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder¹¹, Berlin-Institut¹²)



2 | Kinder und Geburten

KLEINER BABYBOOM IN OST UND WEST

Im Jahr 2011 erreichte die Zahl der Geburten in Deutschland einen historischen Tiefpunkt. Rund 663.000 Kinder erblickten damals das Licht der Welt. Zum Höhepunkt des Babybooms 1964 waren es mit 1.357.000 Kindern in beiden deutschen Staaten noch mehr als doppelt so viele. Seit sieben Jahren erlebt das Land nun wieder einen „kleinen“ Babyboom. 2016 erreichte dieser seinen vorläufigen Höhepunkt mit rund 792.000 Geburten – der höchste Stand seit 18 Jahren. 2019 lag die Zahl mit 778.000 Geburten wieder leicht darunter.¹ Der Kindersegen dürfte sich in den nächsten Jahren weiter abschwächen. Denn 2016 gab es im Vergleich zu 2011 eine halbe Million mehr Frauen im typischen Familiengründungsalter zwischen 25 und 39 Jahren – die Töchter der Babyboomer, die nun selbst Nachwuchs bekommen.² Dieses „demografische Echo“ verhallt allmählich, denn künftig rücken wieder schwächer besetzte Jahrgänge ins potenzielle Familiengründungsalter nach.³

Absturz und Aufholjagd im Osten

Doch nicht nur die gewachsene Zahl an potenziellen Müttern trägt zum Geburtenanstieg bei, sondern auch die wieder gestiegene durchschnittliche Kinderzahl je Frau. Im Jahr 2019 lag die zusammengefasste Geburtenziffer bei 1,54 Kindern – Mitte der 1990er pendelte sie noch um den Wert von 1,25.⁴ Unterschiede zwischen Ost und West sind dabei kaum noch zu erkennen.

Dies war lange anders. Beide deutschen Staaten erlebten nach dem „Babyboom“ ab den späten 1960er Jahren den „Pillenknick“. In Westdeutschland verharrte die durchschnittliche Kinderzahl pro Frau daraufhin seit Ende der 1970er Jahre für mehrere Jahrzehnte bei etwa 1,4. Im Osten führten Anreize zum Kinderkriegen, wie bessere Betreuungsangebote oder die Möglichkeit, staatliche

„Ehekredite“ mit der Geburt von Kindern zu tilgen, zu einem deutlichen Geburtenanstieg. Zum Höhepunkt des „Honecker-Buckels“ im Jahr 1980 bekamen Frauen im Osten durchschnittlich 1,94 Kinder. Doch die Wirkung dieser Maßnahmen hielt nicht lange an. Denn der Zuwachs war vor allem dadurch zustande gekommen, dass die Frauen in jüngerem Alter und in kürzeren Abständen, aber nicht mehr Kinder bekamen.^{5,6}

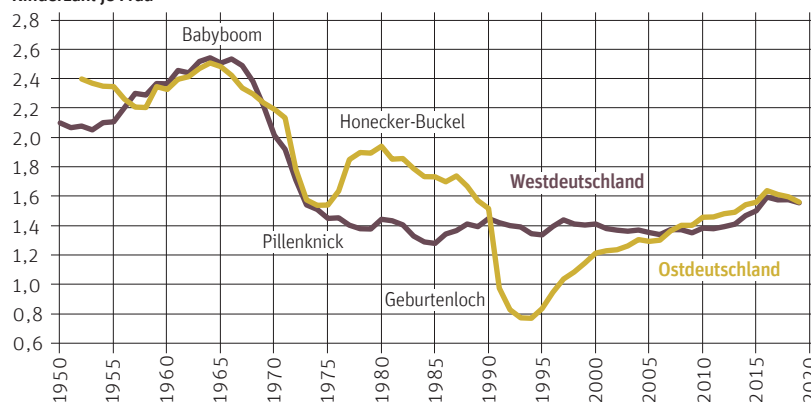
Nach der Wiedervereinigung sackte die Geburtenziffer im Osten dann auf einen historisch einmaligen Wert von etwa 0,8 Kindern. Wirtschaftliche Unsicherheiten, aber auch die neu gewonnenen Freiheiten ließen die Ostdeutschen die Familiengründung erst einmal aufschieben. Erst als sie diese in höherem Alter nachholten, stieg die Geburtenziffer wieder.⁷

Die heftigen Ausschläge der Geburtenziffer im Osten nach der Wiedervereinigung sagen dabei nichts über die tatsächliche Familiengröße oder Kinderlosigkeit aus, sondern lassen sich auf einen statistischen Effekt zurückführen. In der DDR bekamen Frauen mit durchschnittlich 22 Jahren vergleichsweise früh ihr erstes Kind und hatten ihre Familienplanung in der Regel mit Anfang 30 abgeschlossen. Über 30-jährige Frauen im Osten hatten somit zu Wendezeiten die gewünschte Familiengröße meist schon erreicht, während sich viele jüngere, noch kinderlose Frauen schnell ihren westdeutschen Geschlechtsgenossinnen anpassten und die Familiengründung in ein höheres Alter verschoben. In der Summe hat dies die Zahl der Geburten drastisch einbrechen lassen und ein „Geburtenloch“ erzeugt.⁹ Ihr erstes Kind bekommen ostdeutsche Frauen heute mit etwas über 29 Jahren und sind damit kein Jahr mehr jünger als Erstgebärende in Westdeutschland.¹⁰

Stagnation im Westen, große Schwankungen im Osten

Die Fertilitätsrate hat sich in den beiden deutschen Staaten unterschiedlich entwickelt. Während sie im Westen nach dem „Pillenknick“ relativ konstant blieb, unterlag sie im Osten starken Schwankungen. Seit Mitte der 2000er Jahre gleichen sich die Fertilitätsraten in beiden Landesteilen wieder einander an.

Kinderzahl je Frau



Zusammengefasste Geburtenziffer in West- und Ostdeutschland, 1950 bis 2019

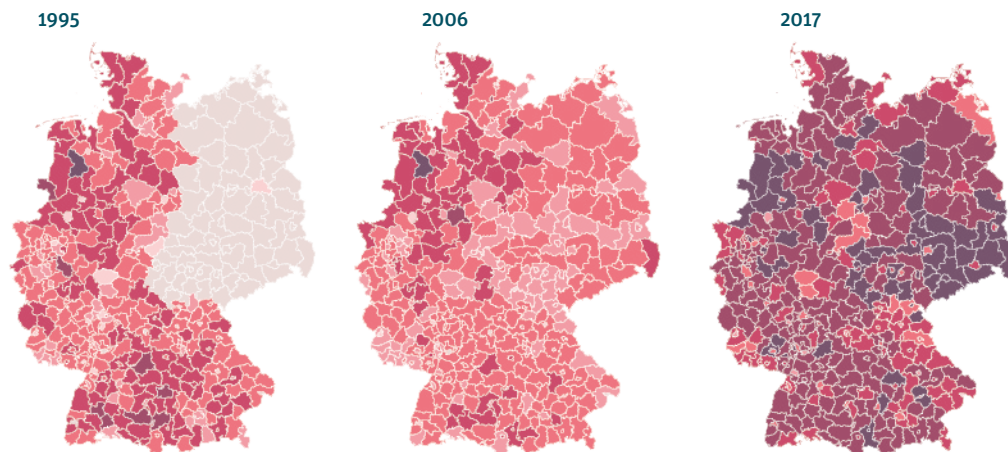
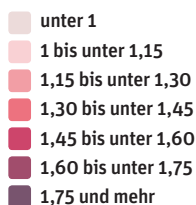
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt⁸)

Der Osten wieder kinderreicher

Mitte der 1990er Jahre sanken in den ostdeutschen Ländern die Kinderzahlen je Frau flächendeckend auf historische Tiefstwerte. Während des gesellschaftlichen Umbruchs schoben die Menschen eine Familiengründung erst einmal auf. Auch in vielen süddeutschen Regionen bekamen Frauen nach und nach weniger Kinder. In den letzten Jahren zeigen sich nun im gesamten Land wieder steigende Geburtenziffern und Ost-West Unterschiede sind nicht mehr erkennbar.

Zusammengefasste Geburtenziffer in den Kreisen und kreisfreien Städten, 1995, 2006 und 2017

(Datengrundlage: BBSR¹²)



Heute liegen die geburtenstärksten Regionen im Osten der Republik. Im Jahr 2017 fanden sich 17 ostdeutsche unter den 27 Kreisen und kreisfreien Städten mit einer Geburtenziffer von über 1,8. Das Jerichower Land im Nordosten Sachsens-Anhalts ist mit 1,94 Kindern je Frau sogar der geburtenstärkste Kreis in Deutschland. Den wenigsten Nachwuchs gibt es hingegen in westdeutschen Großstädten. Von ihnen finden sich 16 unter den 20 Kreisen und kreisfreien Städten mit den niedrigsten Geburtenziffern. Schlusslicht ist die bayerische Universitätsstadt Passau mit 1,06 Kindern. Solche Zahlen sind aber typisch für Hochschulstandorte: Dort leben sehr viele junge Frauen, die selten bereits Mütter sind.¹¹

Ein Erfolg der Familienpolitik?

Inwieweit die Familienpolitik bei den steigenden Kinderzahlen eine Rolle gespielt hat, ist umstritten. Denn zum neueren „Babyboom“ hat auch die Zuwanderung der letzten Jahre beigetragen, bei der viele Frauen im Familiengründungsalter nach Deutschland gekommen sind. Viele von ihnen stammen aus Ländern, in denen große Familien noch die Norm sind.¹³ Entsprechend hoch war 2019 die Geburtenziffer mit 2,06 Kindern bei Frauen mit

einem ausländischen Pass.¹⁴ Bei Frauen mit deutscher Staatsangehörigkeit zeigt sich nur ein kleiner Aufwärtstrend. Sie bekamen 2019 trotz verbesserter Angebote der Familienpolitik wie Elterngeld Plus oder den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz im Schnitt 1,43 Kinder.¹⁵

Wer den Erfolg familienpolitischer Maßnahmen messen will, darf aber nicht nur auf die Geburtenziffern schauen. Zunächst gilt es Eltern dabei zu unterstützen, familiäre und berufliche Aufgaben gut miteinander in Einklang zu bringen, zum Beispiel mit einem guten Angebot an Betreuungsplätzen. Hier zeigen sich bis heute die unterschiedlichen Familien- und Frauenbilder in den beiden deutschen Staaten. In der DDR gab es eine flächendeckende Kinderbetreuung. Es war normal, dass beide Eltern einer Arbeit nachgingen. Im Westen dagegen fand die Kinderbetreuung im Wesentlichen in der Familie statt und viele Frauen mussten sich zwischen Beruf und Nachwuchs entscheiden (► 12).¹⁶ Das spiegelt sich bis heute in den Betreuungsquoten wider: In Bayern kommen gerade einmal 10,6 Prozent aller Kinder unter 3 Jahren ganztags in einer Betreuung unter, in Baden-Württemberg mit 11 Prozent kaum

mehr. In Thüringen besuchen 51 Prozent ganztägig eine Krippe oder Kita, in Sachsen-Anhalt und Sachsen über 40 Prozent.^{17, 18}

Eine gute Betreuungsinfrastruktur wird gerade in einer Wissensgesellschaft immer wichtiger. Denn bisher gilt: Je höher der Bildungsabschluss von Frauen, desto öfter entscheiden sie sich gegen Kinder. Im Osten Deutschlands war der Zusammenhang zwischen Bildung und Kinderlosigkeit lange nicht zu beobachten. Erst nach der Wende stieg die Kinderlosigkeit über alle Bildungsstufen an – besonders unter den Akademikerinnen.¹⁹ Zwischen 2008 und 2018 hat sich die Kinderlosenquote in den ostdeutschen Flächenländern von 7 auf 15 Prozent verdoppelt; in den westdeutschen ist sie im gleichen Zeitraum um vier Prozentpunkte auf 22 Prozent gestiegen. Trotz Annäherung bleiben im Westen noch immer ein Drittel so viele Frauen kinderlos wie im Osten.²⁰ Der Blick in die ostdeutsche Vergangenheit zeigt: Gute und flächendeckende Betreuungsangebote können dazu beitragen, dass die Entscheidung für eine Familie nicht gleichzeitig eine Entscheidung gegen eine Karriere sein muss.

IMMER WENIGER LEBEN ZUSAMMEN

Wie und mit wem Menschen in Deutschland heute Küche, Bad und Schlafzimmer teilen, ist vielfältiger geworden. Ohne Trauschein zusammen zu wohnen, ist für Paare mit oder ohne Kinder schon länger nichts Ungewöhnliches mehr. Und im Falle einer Trennung entstehen mit den „Patchwork-Familien“ ganz neue Konstellationen des Zusammenlebens. Auch Lebens- und Wohngemeinschaften – vom Mehrgenerationen-Hausprojekt bis zur Senioren-WG – liegen im Trend, zumal sie in einer alternden Gesellschaft ein probates Mittel gegen Einsamkeit sind. Trotz aller Freiheit beeinflussen aber weiterhin kulturelle Prägungen und politische Rahmenbedingungen das Zusammenleben der Menschen.

Immer weniger Menschen wohnen gemeinsam unter einem Dach. 1991 lebten in den rund 35 Millionen Haushalten in Deutschland im Mittel noch 2,27 Personen. 2018 war der Durchschnitt in den inzwischen 41 Millionen Haushalten unter zwei Personen gefallen. Obschon der Trend zu kleineren Haushalten älter ist als das wiedervereinigte Deutschland, hat er im Osten erst mit dem Fall der Mauer deutlich an Fahrt gewonnen. Teilten sich Anfang der 1990er Jahre dort noch 2,31 Personen Küche und Bad und damit mehr als die 2,26 im Westen, so sind es heute mit 1,88 im Osten merklich weniger Personen als im Westen mit 2,02.¹

Ostdeutsche Männer häufiger alleinlebend

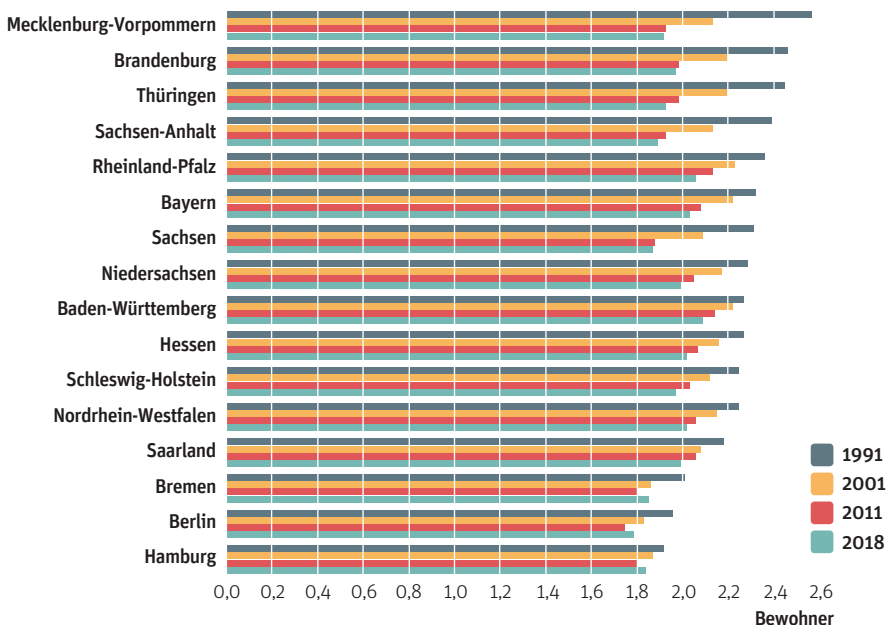
Überall im Land sind in den letzten 30 Jahren „große“ Haushalte weniger geworden, zu denen drei und mehr Personen gehören. Wohnten Anfang der 1990er Jahre noch mehr als die Hälfte der Bewohner Deutschlands mit mindestens zwei anderen Personen zusammen, hat sich das Verhältnis inzwischen umgekehrt. Heute leben 61 Prozent der Be-

wohner der ostdeutschen Länder allein oder nur mit einer weiteren Person, im Westen sind es 53 Prozent. Die meisten Single-Haushalte finden sich heute wie damals in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen. In mehr als der Hälfte der Haushalte dieser Großstädte lebt heute nur eine Person. Im bundesweiten Schnitt ist dies inzwischen in 42 Prozent aller Haushalte der Fall.²

Die Verkleinerung der Haushalte hat verschiedene Ursachen. Junge Menschen gründen immer später im Leben ihre eigene Familie (► 2). Entsprechend länger leben sie nach dem Auszug aus dem Elternhaus allein oder ohne Kinder zusammen mit einem Partner. Im Osten fällt dies besonders stark ins Gewicht. Lebten dort Anfang der 1990er Jahre knapp 13 Prozent der Männer und weniger als 10 Prozent der Frauen unter 30 Jahren allein, sind es heute bei den Männern fast 40 und bei den Frauen mehr als 25 Prozent. Während

Schrumpfung im ganzen Land

Zur Wiedervereinigung lebten in den ostdeutschen Ländern deutlich mehr Menschen unter einem Dach als dies im Westen der Fall war. Spitzenreiter war Mecklenburg-Vorpommern mit 2,6 Personen. Neben höheren Geburtenzahlen in den 1980er Jahren dürfte der Wohnraummangel der DDR dafür verantwortlich gewesen sein: Junge Erwachsene blieben länger im Elternhaus wohnen. Abwanderung, Alterung und der massive Geburtenrückgang in den 1990er Jahren haben die Haushaltsgrößen im Osten schnell sinken lassen. So sind es heute die Menschen im Süden und Westen der Republik, die vergleichsweise große Haushalte führen.



Durchschnittliche Größe der Privathaushalte in den Bundesländern, 1991, 2001, 2011 und 2018* (Datengrundlage: BIB³)

*Privathaushalte am Haupt- und Nebenwohnsitz; 1991 und 2001 Stichmonat, 2011 und 2018 Jahresdurchschnitt

sich ostdeutsche Frauen aber heute kaum noch von ihren westdeutschen Gegenübern unterscheiden, führen ostdeutsche Männer weit häufiger ihren Haushalt allein – und dies über fast alle Altersgruppen hinweg. Hier zeigen sich immer noch die Spätfolgen der starken Abwanderung junger Frauen bis zur Jahrtausendwende. Erst im hohen Alter ab 70 Jahren sind Männer in Ost und West in ihrer Haushaltsgröße vereint.^{4,5}

Weniger Familien, mehr ältere Singles

Kleinere Haushalte gibt es auch, weil der Anteil der Familien an allen Haushalten abnimmt. Noch Mitte der 1990er Jahre lebte mehr als die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands in Familienhaushalten, das heißt Erwachsene zusammen mit Kindern. Seit dem Beginn der 2010er Jahre bilden kinderlose Paare sowie Alleinstehende die Mehrheit.⁶

Dahinter steht ein wachsender Anteil älterer Menschen, bei denen die Kinder längst aus dem Haus sind. Waren 1990 13 Prozent der Bevölkerung Deutschlands 67 Jahre und älter, sind es heute im Durchschnitt bereits über 19 Prozent.⁷ Insbesondere in den fünf ostdeutschen Ländern trägt die Alterung der Bevölkerung wesentlich zum Schrumpfen der Haushaltsgrößen bei. Denn mit zunehmenden Alter leben Menschen immer häufiger allein, vor allem Frauen. Ein reichliches Viertel der 60- bis 69-Jährigen und die Hälfte der über 69-Jährigen lebten 2016 in einem Einpersonenhaushalt, von den Männern dieser Altersgruppen ungefähr jeder Fünfte.^{8,9} Mit den Babyboomern, die nun in diese Altersgruppe vorrücken, dürfte die Zahl der Senioren-Singlehaushalte noch einmal stark ansteigen. Doch im Unterschied zu vorangegangenen Generationen ziehen die Babyboomer auch Alternativen zum Alleinleben im Alter in Betracht – von der Alten-WG mit Freunden bis zum Mehrgenerationen-Wohnen.

Zwar leben inzwischen mehr Menschen in Haushalten ohne Kinder. Die durchschnittliche Größe von Familien* ist aber seit Mitte der 1990er Jahre nahezu konstant geblieben. Zu einer westdeutschen Familie gehören heute im Schnitt 3,45 Personen, zu einer ostdeutschen 3,28. Im Osten steigt seit Mitte der 2000er Jahre sogar die Zahl der Mitglieder von Familienhaushalten wieder leicht an. War die Kinderzahl in ostdeutschen Familien bis 2006 auf 1,43 im Mittel gesunken, leben dort inzwischen wieder 1,58 minderjährige Kinder in einer Familie. Der Unterschied zu westdeutschen Familien, zu denen heute im Schnitt 1,65 Kinder gehören, ist damit zurückgegangen.¹⁰

Trauschein bleibt für viele Eltern die Norm

Die Ehe gilt schon länger nicht mehr als Voraussetzung für Paare, eine Familie zu gründen. Trotzdem sind in drei von fünf Familien mit minderjährigen Kindern die Eltern miteinander verheiratet. Kündigen sich Kinder an, ist dies für viele der Anlass, den Weg zum Standesamt zu beschreiten, jedenfalls im Westen der Republik. Dort sind zwei Drittel der Mütter bei der Geburt ihres ersten Kindes bereits verheiratet, im Osten ist es nur etwas mehr als ein Drittel.¹¹

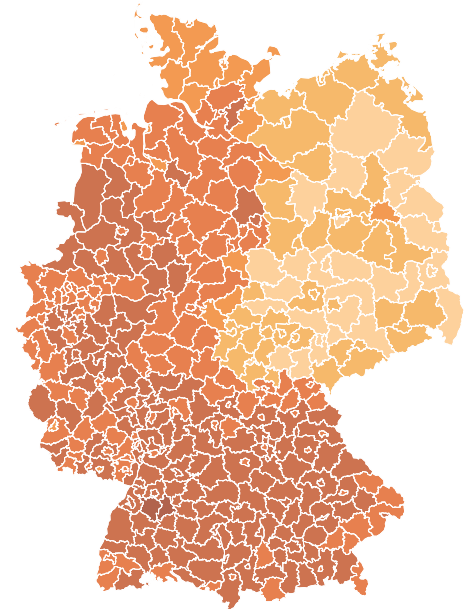
Und auch später leben in einem Viertel der ostdeutschen Familien die Eltern in „wilder“ Ehe, im Westen der Republik ist das nicht einmal in jeder zehnten Familie der Fall.¹² Ein Zusammenwachsen der Einstellungen ist hier kaum erkennbar. Ein Grund könnte darin liegen, dass die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern im Osten sehr viel geringer sind als im Westen (► 12). Die steuerrechtlichen Vorteile, die Ehepaare genießen, bieten für ostdeutsche Paare keinen ausreichenden Anreiz zu heiraten.

* Als Familie werden hier alle Lebensformen mit Kindern gezählt

Auch alleinerziehende Mütter oder Väter sind im Osten der Republik selbstverständlicher anzutreffen. Zwischen Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern leben in knapp einem Viertel der Familien Kinder mit nur einem Elternteil zusammen, zwischen Schleswig-Holstein und Bayern dagegen nur in einem reichlichen Sechstel. In beiden Landesteilen sind es aber weiterhin mehrheitlich Frauen, die eine Familie ohne Partner stemmen.¹³

Heirat gehört nicht überall dazu

Unterschiedliche Vorstellungen zu Ehe und Kindern aus der Zeit vor der Wiedervereinigung haben weiterhin Bestand. Dass vor der Geburt des ersten Kindes geheiratet wird, ist gerade im Süden bis heute für viele eine Selbstverständlichkeit. In Landkreisen wie Böblingen und Calw haben vier von fünf Neugeborenen verheiratete Eltern. Mit Ausnahme des thüringischen Eichsfelds kommen dagegen in allen ostdeutschen Kreisen und kreisfreien Städten mehr als die Hälfte der Kinder unehelich zur Welt.



Anteil von Lebendgeborenen mit verheirateten Eltern in den Kreisen und kreisfreien Städten, in Prozent, 2017

(Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder¹⁴)

- ☐ unter 40
- ☐ 40 bis unter 50
- ☐ 50 bis unter 60
- ☐ 60 bis unter 70
- ☐ 70 bis unter 80
- ☐ 80 und mehr

4 | Alterung, Pflege und Sterben

EINE NEUE NORMALITÄT

Als die DDR kurz nach ihrem 40. Geburtstag aufhörte zu existieren, blickte eine vergleichsweise junge Bevölkerung in eine ungewisse Zukunft. Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung war rund jeder vierte Bewohner Ostdeutschlands noch jünger als 20 Jahre, im damals jüngsten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern hatten die unter 20-Jährigen sogar einen Anteil von fast 30 Prozent. Im Westen dagegen war nur jeder Fünfte jünger als 20 Jahre alt. Heute gehört nur noch rund jeder sechste Einwohner Ostdeutschlands zu dieser Altersgruppe.¹

Mit der neuen Freiheit und aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktsituation in den folgenden Jahren verließen gerade die Jüngeren ihre Heimatorte gen Westen (► 6). Hinzu kam ein drastischer Geburtenknick in den 1990er Jahren. Aufgrund der unsicheren Perspektiven warteten viele Ostdeutsche mit ihrer Familiengründung. Die Geburtenziffer erreichte Mitte der 1990er Jahre ein historisches Tief (► 2).² Die Abwanderung und der fehlende Nachwuchs hinterließen Spuren in der ostdeutschen Bevölkerungspyramide und sorgten für eine rasche Alterung.

Und so ist in den dreißig Jahren seit der deutschen Einheit die Bevölkerung zwischen Rügen und Erzgebirge schneller gealtert als zwischen Sylt und Alpen. Während bundesweit das Durchschnittsalter inzwischen bei etwas mehr als 44 Jahren liegt, hat es in Sachsen-Anhalt – dem Bundesland mit der ältesten Bevölkerung – schon fast 48 Jahre erreicht. Auch in Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern sind die Menschen im Schnitt bereits älter als 47 Jahre. Heute sind die Bewohner von Hamburg, Berlin und auch Baden-Württemberg jünger als der bundesdeutsche Durchschnitt.³

Altes Land, junge Stadt

Sowohl östlich als auch westlich der ehemaligen innerdeutschen Grenze altern heute vor allem die ländlichen, abgelegenen und vom Strukturwandel betroffenen Gebiete schneller. Im thüringischen Altenburger Land, im sächsischen Vogtlandkreis oder in den ostdeutschen Städten Suhl und Dessau-Roßlau ist heute schon fast ein Drittel der Bewohner 65 Jahre und älter. Aber auch in den abgelegenen westdeutschen Landkrei-

sen Lüchow-Dannenberg oder Ostholstein gehören mehr als ein Viertel der Bewohner dieser Altersgruppe an.^{6,7} Gemeinsam teilen diese Regionen das Schicksal, dass sie einen großen Teil ihres Nachwuchses an attraktive Großstädte verlieren, der meist nicht in die Heimatregion zurückkehrt (► 6). In den Großstädten bremst hingegen der Zustrom der Bildungswanderer die Alterung – in Ost wie West. In Leipzig oder Jena ist bislang nur jeder fünfte, in Köln oder München sogar nur jeder sechste Bewohner 65 Jahre oder älter.⁸

Die Kreise und kreisfreien Städte, die heute schon stark gealtert sind, dürften auch künftig zu den ältesten zählen. Es sind vor allem Gebiete in den peripheren Regionen im Osten, in denen der Anteil der über 64-Jährigen bis 2035 auf bis zu 40 Prozent und mehr anwachsen dürfte. Den relativ stärksten Zuwachs an Älteren dürften allerdings die bislang noch jungen und wirtschaftlich erfolgreichen ländlichen Regionen im Westen und vor allem im Süden der Republik erleben. Dort leben überproportional viele Menschen aus der Gruppe der Babyboomer, die heute meist noch im Berufsleben stehen, aber bis

Deutschland altert

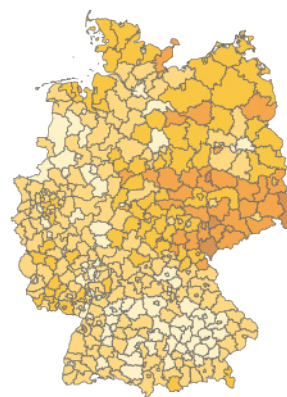
In den vergangenen Jahrzehnten ist die Bevölkerung in Deutschland deutlich gealtert. Dieser Trend dürfte sich auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Während 1995 in den meisten Kreisen und kreisfreien Städten noch weniger als 20 Prozent der Bevölkerung über 64 Jahre alt war, dürften es bis 2035 mancherorts mehr als 40 Prozent sein. Vorreiter sind ländliche Regionen im Osten Deutschlands. Vergleichsweise jung dürften die attraktiven Großstädte bleiben – in Ost und West.

- unter 20
- 20 bis unter 23
- 23 bis unter 26
- 26 bis unter 29
- 29 bis unter 32
- 32 bis unter 35
- 35 bis unter 38
- 38 und mehr

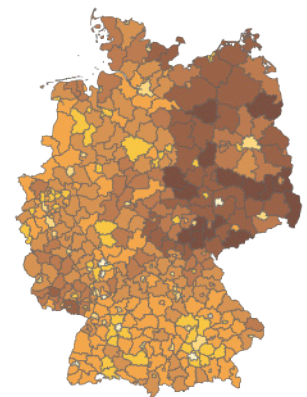
1995



2017



2035



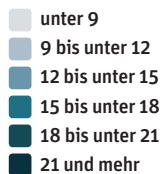
Anteil der über 64-Jährigen in den Kreisen und kreisfreien Städten, in Prozent, 1995, 2017 und 2035 (prognostiziert)
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt⁴, Berlin-Institut⁵)

Wo der Tod in den Alltag drängt

In Teilen Süd- und Nordwestdeutschlands starben 2017 bis zu neun Personen pro 1.000 Einwohner. Bis 2035 dürfte es kaum noch Kreise geben, deren Sterberaten so niedrig liegen. Vielerorts werden dann vermutlich zwischen 12 und 15 Sterbefälle auf 1.000 Einwohner kommen. In den östlichen Bundesländern sowie in Teilen von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind deutlich höhere Raten zu erwarten.

Sterbefälle pro 1.000 Einwohner in den Kreisen und kreisfreien Städten, 2017 und 2035 (prognostiziert)

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt²¹, Berlin-Institut²²)



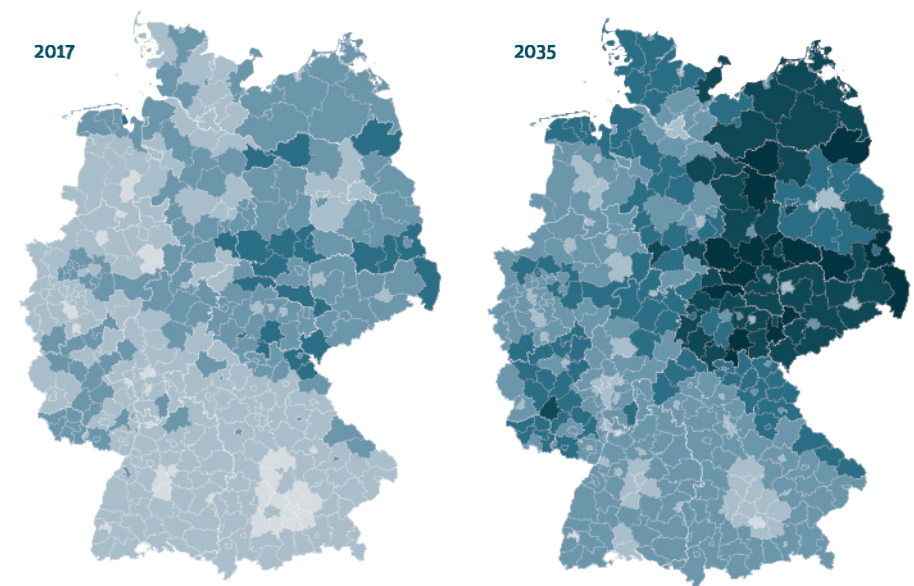
2035 in den Ruhestand gehen werden. In den niedersächsischen Kreisen Vechta und Cloppenburg oder im bayerischen Freising dürften 2035 zwischen 55 und 68 Prozent mehr über 64-Jährige leben als heute.⁹

Ältere sind länger fit – und engagiert

Das Rentenalter zu erreichen bedeutet heute nicht mehr den „Ruhestand“ im Wortsinn anzutreten. Heutige Rentner sind oft noch fit und wünschen sich auch im Alter sinnvolle Aufgaben. Gerade die Babyboomer bringen gute Qualifikationen mit, haben wertvolle Erfahrungen aus ihrem Berufsleben und möchten die Gesellschaft auch im „dritten Lebensabschnitt“ mitgestalten.¹⁰ Und so steigt der Anteil der engagierten Älteren überall im Land (► 25). Unter den über 64-Jährigen brachten sich 2014 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz über 40 Prozent ehrenamtlich ein, in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mehr als 30 Prozent. Zur Jahrtausendwende waren im Osten weniger als 20 Prozent und im Westen nur 24 Prozent der Altersgruppe ehrenamtlich aktiv.¹¹

Die Belastungsprobe kommt

Dennoch fordert die zunehmende Zahl an Älteren die Gesellschaft auch heraus. Denn



mit der Alterung und der steigenden Lebenserwartung wächst die Zahl der Hochbetagten, der 80-Jährigen und Älteren, und damit auch die Zahl an Menschen, die Unterstützung und Pflege benötigen.¹² Ende 2017 lag die Zahl der Pflegebedürftigen in Deutschland bei 3,4 Millionen Menschen.¹³ Die bereits gealterten ostdeutschen Flächenländer kamen dabei auf 5.000 und mehr Pflegebedürftige je 100.000 Einwohner. In Bayern waren es dagegen nur rund 3.000.¹⁴ Bis 2030 dürfte die absolute Zahl Pflegebedürftiger in Deutschland auf 4,1 Millionen steigen.¹⁵ Das wirft die Frage auf, wer sie versorgen wird. Es mangelt schon heute nahezu bundesweit an Arbeitskräften für die Altenpflege.¹⁶ Heute wird noch gut die Hälfte aller Pflegebedürftigen ausschließlich durch Angehörige zu Hause gepflegt.¹⁷ Neben den Partnern erledigen diese Aufgabe vor allem Kinder und Schwiegerkinder. Sie stehen künftig aber seltener zur Verfügung, wenn viele Hochbetagte von morgen keine Nachkommen haben oder diese weit entfernt leben.¹⁸

Das Sterben rückt näher

Mit der Alterung wird auch die Zahl der Sterbefälle künftig merklich steigen. 2019 starben in Deutschland 939.520 Menschen, in den 1990er Jahren waren es jährlich noch unter 900.000.¹⁹ Schon bald werden jedes Jahr

mehr als eine Million Einwohner aus dem Leben scheiden.²⁰ Dieser Trend wird mittelfristig anhalten, denn die geburtenstarken Babyboomer-Jahrgänge rücken in ein Alter mit höherer Sterbewahrscheinlichkeit auf. Immer mehr Angehörige und Freunde werden sich deshalb mit dem Sterben beschäftigen müssen.

Und die Menschen haben genaue Vorstellungen von ihren letzten Stunden. Die meisten möchten schmerzfrei, gut versorgt, nah an ihrem gewohnten Leben, sozial eingebunden sowie selbstbestimmt und zufrieden sterben. Darin gleichen sich Ost- und Westdeutsche, Frauen und Männer, Arme wie Reiche, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Doch es gibt auch Unterschiede: So wünschen sich die Bewohner ländlicher Regionen eher als Großstädter, dass ihre Angehörigen im Sterben für sie da sind und diese von Freunden und Nachbarn unterstützt werden.²³

Viele ostdeutsche Regionen sind Vorreiter im demografischen Wandel und müssen bereits heute Aufgaben lösen, die früher oder später auch in der restlichen Republik auf die Agenda rücken. Wie gut sie den Bedürfnissen der wachsenden Zahl Älterer gerecht werden oder wie es ihnen gelingt, die große Engagementbereitschaft für sich zu nutzen, dürfte Kommunen im ganzen Land als Lehrbeispiel dienen.

5 | Gesundheit und Lebenserwartung

WOHLHABENDE WERDEN ÄLTER

Bis Mitte der 1970er Jahre nahm die Lebenserwartung auf beiden Seiten der Mauer in annähernd gleichem Maße zu. Dann verlangsamte sich der Anstieg in der DDR, während er sich in der alten Bundesrepublik fortsetzte.¹ So konnten kurz nach der Wiedervereinigung geborene Jungen im Westen durchschnittlich auf 73 Jahre und Mädchen auf 80 Jahre Lebenszeit hoffen. Das waren 3,2 respektive 2,3 Lebensjahre mehr als für Neugeborene im Osten.²

In den Nachwendejahren verringerten sich die Differenzen zwischen beiden Landesteilen. Für Mädchen macht es seit Mitte der 2000er Jahre keinen Unterschied mehr, ob sie östlich oder westlich der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze zur Welt kommen. Ihre durchschnittliche Lebenserwartung beträgt zwischen Aachen und Zittau heute 83 Lebensjahre. Auch für ostdeutsche Jungen ist seit Anfang der 1990er Jahre die Lebenserwartung gestiegen, doch bis heute bleibt eine Lücke von 1,3 Jahren zu ihren westdeutschen Geschlechtsgenossen.³

Der ostdeutsche Aufholssprung geht dabei vor allem auf die nachgeholte „kardiovaskuläre Revolution“ und die damit gewonnenen Jahre im höheren Alter zurück. Im Westen hatte die Medizin bereits seit Ende der 1960er Jahre dazu beigetragen, die Sterblichkeit an Herz-Kreislauf-Erkrankungen von Menschen im Rentenalter erheblich zu verringern. In der ehemaligen DDR stand dagegen im Vordergrund, die Arbeitskraft der Bevölkerung im Erwerbsalter zu erhalten. Nach der Wiedervereinigung schloss der Osten rasch auf.⁴

Die Menschen in der DDR hatten insgesamt ein ungesünderes Leben geführt als jene in der alten Bundesrepublik. Sie tranken mehr Alkohol und vor allem die Männer rauchten öfter. Bluthochdruck und krankhaftes Übergewicht waren stärker verbreitet als im Westen.⁵ An Herz-Kreislauf-Erkrankungen – also an Herzinfarkt und anderen Erkrankungen der Herzkranzgefäße, Herzinsuffizienz oder Schlaganfall – starben die Ostdeutschen rund eineinhalb Mal häufiger als die Westdeut-

schen. Schon 20 Jahre nach der Einheit hatten sich viele gesundheitliche Unterschiede verringert oder waren ganz verschwunden. Der Trend hat sich bis heute fortgesetzt.⁶

Soziale Ungleichheit bestimmt über Lebensdauer

Wie stark die Menschen auf ihre Ernährung und Gesundheit achten, hängt auch von ihrer sozioökonomischen Situation, im Wesentlichen von Bildung, Erwerbsstatus und Einkommen sowie gesellschaftlichen Teilhabechancen ab. Die Risikofaktoren für krankhaftes Übergewicht, Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und manche Arten von Krebs sind häufiger bei denjenigen zu finden, die eine niedrigere Bildung und weniger Einkommen haben. Arme und sozial Schwache leben oft in einem wenig gesundheitsfördernden Umfeld, zudem setzt sie womöglich ihre soziale, familiäre oder finanzielle Situation unter Druck.⁷ Langzeitstress wiederum schwächt das Immunsys-

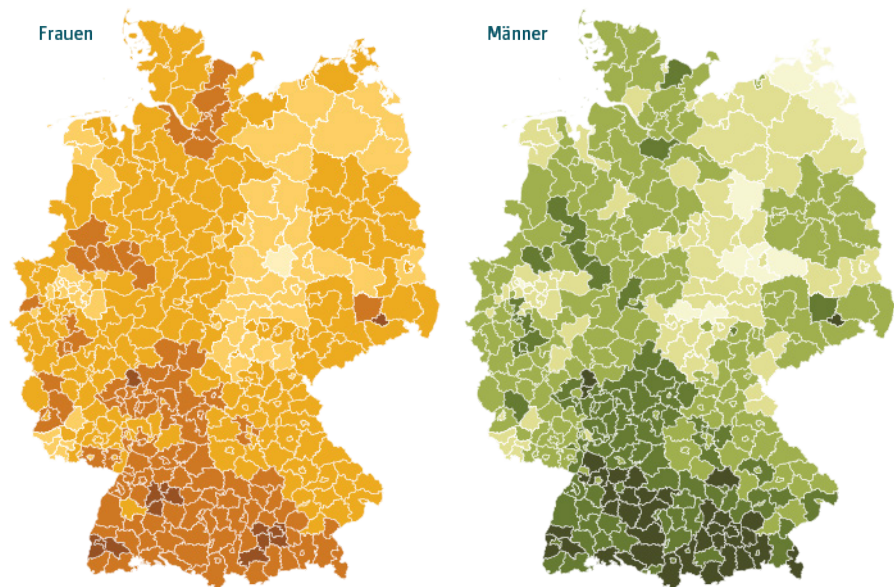
Wer gut verdient, lebt länger

Vor allem in den wirtschaftlich schwachen Regionen der östlichen Peripherie und im Ruhrgebiet ist die Lebenserwartung relativ niedrig. Im wohlhabenden Süden leben die Menschen dagegen besonders lang. Je besser Menschen finanziell dastehen, je besser sie gebildet sind, je mehr Möglichkeiten sie haben, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und sich selbst zu verwirklichen, desto länger leben sie im Schnitt.

Median der geschätzten Lebenserwartung bei Geburt von Frauen und Männern in den Kreisen und kreisfreien Städten, Altersjahre, 2015 bis 2017

(Datengrundlage: Roland Rau & Carl P. Schmertmann¹⁹)

unter 82	unter 77
82 bis unter 83	77 bis unter 78
83 bis unter 84	78 bis unter 79
84 bis unter 85	79 bis unter 80
85 und mehr	80 und mehr



tem, erhöht so die Anfälligkeit für Infektionen und andere Erkrankungen.⁸ Wer dagegen eine höhere Bildung genießen durfte und über ein sicheres Einkommen verfügt, hat es leichter, einen gesundheitsfördernden Lebensstil zu pflegen.⁹

Soziale Ungleichheit bestimmt somit maßgeblich über Unterschiede bei der Lebenserwartung.¹⁰ Heute ist der Abstand zwischen wirtschaftlich starken und strukturschwachen Regionen aussagekräftiger als jener zwischen Ost und West. So weist das prosperierende Baden-Württemberg mit 84 Jahren für Frauen und 80 für Männer die höchste durchschnittliche Lebenserwartung auf. Die niedrigste haben Frauen mit 82 Jahren im Saarland und Männer mit 76 Jahren in Sachsen-Anhalt.¹¹

Kleinräumig fallen die Differenzen noch deutlicher aus: Nach neuen Modellrechnungen können sich Frauen im reichsten deutschen Landkreis, dem bayerischen Starnberg, darüber freuen, durchschnittlich 85,7 Jahre alt zu werden. Ihre Geschlechtsgenossinnen im sachsen-anhaltinischen Salzlandkreis, einer ländlichen Region mit geringen gesellschaftlichen Teilhabechancen für die Bewohner (► 21), kommen auf 81,8 Jahre. Bei den Männern ist die Diskrepanz noch größer: Im Landkreis München, Teil des „Speckgürtels“ der Bayernmetropole, können sie auf 81,2 Jahre Lebenszeit hoffen, in Bremerhaven, wo immer noch ein tiefgreifender Strukturwandel nachwirkt, haben sie nur 75,8 Jahre.¹²

Wo sich Ost und West immer noch unterscheiden

Trotz weitgehender Angleichung zwischen Ost und West sind bei einigen Gesundheitsindikatoren nach wie vor Differenzen zu beobachten – etwa bei der kardiovaskulären Sterblichkeit. Im Jahr 2018 gingen im Osten 191 Todesfälle je 100.000 Einwohner auf das Konto von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, im Westen waren es 155.¹³ Auch einige der wichtigsten Risikofaktoren dafür finden sich nach wie vor häufiger in den östlichen

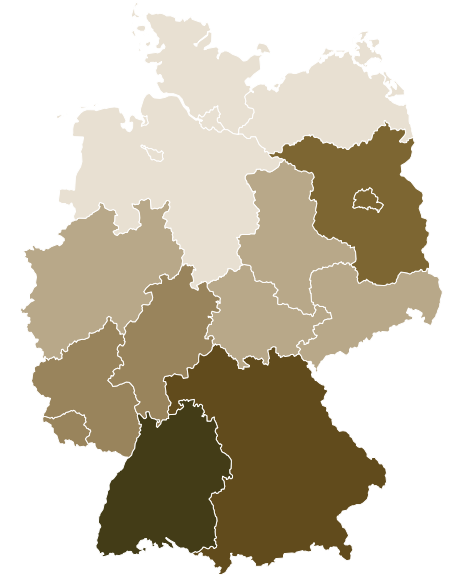
Bundesländern als im Westen und in Berlin: riskanter Alkoholkonsum bei Männern und bei beiden Geschlechtern Mangel an körperlicher Bewegung, Bluthochdruck, krankhaftes Übergewicht (Adipositas) und Diabetes.¹⁴ In Ostdeutschland ist ein deutlich geringerer Anteil der Bevölkerung in einem Sportverein organisiert als in Westdeutschland (► 27). Das ist ein Indiz für Inaktivität, mag aber auch darauf zurückgehen, dass Vereinssport zu DDR-Zeiten hauptsächlich für Leistungssportler da war. In Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen findet sich Adipositas am häufigsten, während der Bevölkerungsanteil krankhaft übergewichtiger in Hamburg am geringsten ausfällt. Beim Rauchen, einem Risikofaktor für Erkrankungen der Gefäße und der Lungen, liegen Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen zusammen mit dem Stadtstaat Bremen vorn, am niedrigsten ist die Rauchquote für Männer und Frauen zusammengenommen in Bayern. Dabei haben die Frauen im Osten, die zur Zeit der Wiedervereinigung noch deutlich seltener zur Zigarette griffen als die Westfrauen, seither im negativen Sinne aufgeholt.¹⁵

Im Osten ist Impfen normaler

Beim Infektionsschutz liegen die westdeutschen Bundesländer weit hinter den ostdeutschen zurück. Bis zur Jahrtausendwende lagen die Impfquoten bei Kindern im Osten deutlich über jenen im Westen, inzwischen haben sie sich angenähert.^{16,17} In der DDR hatte es für die meisten ansteckenden Krankheiten zumindest eine teilweise Impfpflicht gegeben. Vielen Ostdeutschen gilt daher bis heute die präventive Impfung als selbstverständlich. Noch 2016 befürworteten mit 85 Prozent zehn Prozent mehr Ostdeutsche Impfungen als Westdeutsche.¹⁸ Falls in nächster Zukunft ein wirksamer Impfstoff gegen das Coronavirus zur Verfügung steht, dürfte das Thema wieder hochkochen.

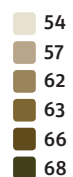
Stressland Deutschland

Überall in Deutschland steht mehr als die Hälfte der Menschen nach eigener Aussage manchmal oder häufig unter Stress. Ob dies das Leben verkürzt, lässt sich anhand dieser Daten nicht sagen. Interessanterweise ist aber das Stresslevel dort besonders hoch, wo die Menschen im Schnitt gesund und lange leben – vor allem in Baden-Württemberg und Bayern. Dort läuft die Wirtschaft gut und es gibt viel Arbeit. Genau das stresst offenbar am meisten: Viele belastet ein zu hohes Arbeitspensum, sie fühlen sich gehetzt oder stehen unter konstantem Termindruck.



Anteil Befragter, die manchmal oder häufig im Stress sind, in den Bundesländern, in Prozent, 2016

(Datengrundlage: Techniker Krankenkasse²⁰)



6 | Binnenmigration

ZWISCHEN OST-WEST UND STADT-LAND

Stadt oder Land – in regelmäßigen Abständen entbrennt in Deutschland die Diskussion, wo es sich besser leben lässt. Im letzten Jahrzehnt schien die Antwort darauf ziemlich eindeutig zu sein, wie ein Blick in die Wanderungstatistik zeigt. Städte wie Berlin, Leipzig oder Hamburg konnten zahlreiche neue Bewohner anlocken und erlebten ein rasantes Wachstum.¹ Doch nun mehren sich die Anzeichen, dass sich der massive Zuzug in die großen Ballungsräume abschwächt. In Berlin etwa wuchs die Bevölkerung im Jahr 2019 so langsam wie seit 2011 nicht mehr. Viele Berliner kehren der Hauptstadt mittlerweile den Rücken und ziehen ins brandenburgische Umland – rund 12.600 Bewohner mit deutscher Staatsangehörigkeit verlor die Stadt in den ersten drei Quartalen des Jahres 2019 unterm Strich an das benachbarte Bundesland.² Zur Freude der Umlandkreise: Brandenburg verzeichnete, bezogen auf die eigene Einwohnerstärke, unter allen Bundesländern zwischen 2015 und 2018 den höchsten Saldo bei der Binnenwanderung. In den vier Jahren zuvor hatte noch Berlin diesen Spitzenplatz inne.³

Die Landlust könnte also eine Renaissance erleben. Neu wäre ein solcher Trendbruch indes nicht. Seit der Wiedervereinigung durchliefen die Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands unterschiedliche Phasen.

Die „Abwanderung-Ost“ ist gestoppt

Mit dem Fall der Mauer war der Weg in den Westen für die DDR-Bürger endlich frei und sie konnten ihr Glück auch jenseits der Landesgrenzen suchen. In den Jahren 1989 und 1990 verlor der Osten im Saldo jeweils fast 400.000 Menschen an den Westen.⁴ Auch in den folgenden Jahren zog es viele aus den damals „neuen“ Bundesländern über die ehemalige innerdeutsche Grenze. Als der Aufholprozess des Ostens ins Stocken geriet und die Arbeitslosigkeit zwischenzeitlich einen Wert von mehr als 20 Prozent erreichte, setzte in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre eine zweite Abwanderungswelle ein.⁵ Erst als sich Mitte der 2000er Jahre die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt entspannte, ebnete der Wanderungsstrom in den Westen ab. Seit 2014 zeigt sich nun ein annähernd

ausgeglichener Saldo zwischen Ost und West.⁶

Bis heute haben die östlichen Bundesländer im Saldo annähernd 1,9 Millionen Bewohner eingebüßt.⁷ Wenig überraschend war, dass vor allem jüngere Menschen zwischen 18 und 30 Jahren ihre ostdeutsche Heimat verließen. Denn in diesem Lebensabschnitt sind die Menschen überall in Deutschland am mobilsten.⁸

Hin und her zwischen Stadt und Umland

Die hohe Ost-West-Wanderung nach der Wiedervereinigung fand in der Öffentlichkeit große Beachtung. Ein anderer Trend in Ostdeutschland blieb jedoch weitgehend unbemerkt: Viele Wanderer zog es nicht über die frühere Grenze, sondern vor die Tore der Städte.¹⁰ Die Zentren litten noch unter Jahrzehnten sozialistischer Stadtentwicklung, die um die historisch gewachsenen Innenstädte herum Plattenbauten hochgezogen hatte, während die alten Häuser verfielen und

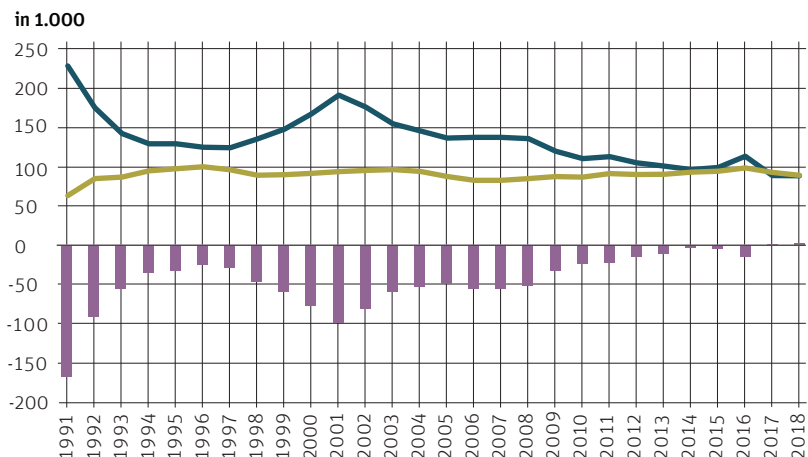
Der Westen lockt nicht mehr

Zu Beginn der 1990er Jahre zog es besonders viele Ostdeutsche gen Westen, vor allem auf der Suche nach Arbeit. Zur Mitte des Jahrzehnts flaute die Abwanderungswelle ab, um dann bis zu ihrem zweiten Höhepunkt im Jahr 2001 wieder anzusteigen. Danach hat der Westen deutlich an Anziehungskraft verloren und der Wanderungssaldo zwischen Ost und West ist seit 2014 nahezu ausgeglichen.

Wanderungen zwischen West- und Ostdeutschland (jeweils ohne Berlin), in Tausend, 1991 bis 2018

(Datengrundlage: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung⁹)

■ Bilanz Ost-West
■ Umzüge von West nach Ost
■ Umzüge von Ost nach West



Stadt- und Landflucht im ständigen Wechsel

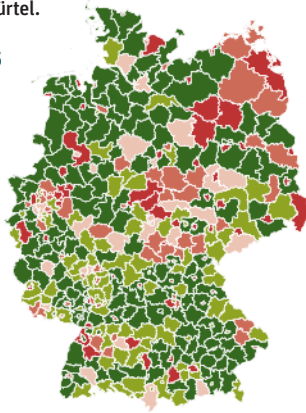
Mitte der 1990er Jahre zog es viele Städter hinaus ins Umland. Im Osten bescherte die nachholende Suburbanisierung Städten wie Dresden, Leipzig und Erfurt damals deutliche Wanderungsverluste. Ähnlich erging es einigen Städten im Westen wie Köln und Stuttgart. In den folgenden Jahren haben sich die Wanderungsbewegungen weitgehend umgedreht. Insbesondere im Osten erfreuten sich die Städte wieder einer starken Anziehungskraft. Nun scheint in Ost und West der Zug in die Zentren wieder abzuflauen – zur Freude der Speckgürtel.

Binnenwanderungssaldo pro 1.000 Einwohner der Kreise und kreisfreien Städte, 1995, 2006 und 2017

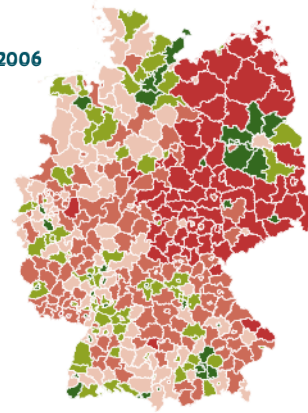
(Datengrundlage: BBSR¹⁴)

- unter -5
- -5 bis unter -1
- -1 bis unter 1
- 1 bis unter 5
- 5 und mehr

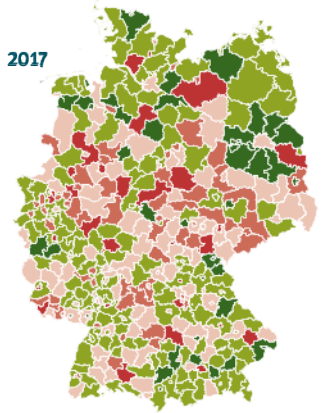
1995



2006



2017



kaum mehr bewohnbar waren (► 22).¹¹ So ist wenig verwunderlich, dass es viele Städter unmittelbar nach der Wende ins Umland zog, wo sie ihren Traum vom „Wohnen im Grünen“ verwirklichen konnten. Kreise in der Nähe der großen Ballungsräume wie Bad Doberan bei Rostock oder der Halle umschließende Saalekreis gewannen deutlich an Einwohnern hinzu.¹²

Die Städte verloren massiv an Einwohnern und lange dominierte das Schrumpfen die ostdeutsche Stadtplanung. Mit Förderprogrammen wie etwa „Stadtumbau Ost“ gelang es jedoch vielerorts, Menschen in die Zentren zurück zu locken, durch Abriss leerstehender Wohnungen, Sanierung von Altbauten und Aufwertung der Stadtkerne. Städte wie Potsdam, Jena, Erfurt oder Leipzig haben längst wieder auf den Wachstumspfad zurückgefunden (► 22).¹³

Junge in die Stadt, Familien aufs Land

Je nach Altersgruppe zeigen sich dabei unterschiedliche Wandermuster. Vor allem die jungen Menschen zwischen 18 und 24 Jahren zieht es deutschlandweit in die Städte. Mit dem Abitur in der Tasche entscheiden sie sich häufig für ein Studium. Ihr Weg führt sie dann in eine größere Gemeinde mit

Fachhochschule oder Universität. So konnten städtische Regionen in Deutschland bei der Binnenwanderung im Jahr 2017 unterm Strich ein Plus von 11 Bildungswanderern je 1.000 Einwohner in dieser Altersgruppe verbuchen. Leidtragende sind die ländlichen Regionen: Sie verloren im gleichen Jahr im Schnitt 27 junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren je 1.000 Einwohner gleichen Alters.¹⁵

Ganz anders verhalten sich die Familienwanderer im Alter zwischen 30 und 49 Jahren. Die Idylle des Lebens auf dem Dorf macht in der Vorstellung vieler Paare das junge Familienglück perfekt. Dies ist kein neues Phänomen. Doch steigende Mieten und Platzmangel in der Stadt erhöhen den Druck auf junge Familien. Für sie sind zunehmend selbst abgelegene Dörfer attraktiv. Und so konnten rund 80 Prozent der ostdeutschen Gemeinden zwischen 2012 und 2017 einen positiven Wanderungssaldo in dieser Altersgruppe verzeichnen.*¹⁶ Auch deutschlandweit schneiden ländliche Regionen in dieser Altersgruppe gut ab und konnten anders als Städte 2017 unterm Strich Familienwanderer anziehen.¹⁷ In vielen peripheren Regionen reicht aber der Zuzug von Menschen im Fami-

*Hierbei wurde der Gesamtwanderungssaldo betrachtet, also sowohl die inländischen Wanderungsbewegungen als auch jene aus dem Ausland

lienalter nicht, die Verluste bei den Bildungs- und Berufswanderern auszugleichen.

Arbeiten 4.0 auf dem Land?

Schon lange hegen ländliche Regionen die Hoffnung, im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung als Wohnort wieder attraktiver zu werden. Denn Menschen müssen nicht mehr unbedingt dort wohnen, wo sie arbeiten. In der Wissensgesellschaft können sie auch in entlegenen Regionen für einen Arbeitgeber in der Ferne tätig sein oder auf dem Land neue digitale Geschäftsmodelle entwickeln. Dies könnte einen wesentlichen Wettbewerbsnachteil entlegener Landstriche gegenüber den Städten wettmachen: den Mangel an Jobs. Lange Zeit scheiterte die Idee vor allem an den Arbeitgebern. Viele von ihnen entsprachen dem Wunsch ihrer Mitarbeiter, teilweise oder ganz im Homeoffice zu arbeiten, lediglich auf Anfrage oder in Ausnahmefällen.¹⁸ Die aktuelle Corona-Pandemie könnte hier als Innovationsbeschleuniger gewirkt haben. Denn deutschlandweit haben Unternehmen binnen weniger Wochen dafür gesorgt, dass ihre Angestellten von zuhause arbeiten können. Ob die Beschäftigten diese neuen Möglichkeiten künftig dafür nutzen, vom ländlichen Schreibtisch aus zu arbeiten, bleibt allerdings abzuwarten.

IM OSTEN NOCH IMMER KAUM MIGRANTEN

In jüngster Zeit haben Debatten um Zuwanderung neuen Aufschwung erfahren. Mit der wachsenden Zahl der Menschen, die seit Beginn der 2010er Jahre aus Erwerbsgründen oder um Schutz zu suchen nach Deutschland kamen, erstarkten allerdings auch fremdenfeindliche Bewegungen wie Pegida. Die rechtspopulistische AfD gelangte 2017 vor allem aufgrund ihrer zuwanderungskritischen Positionen als drittstärkste Partei in den Bundestag. Die Diskussion darum, wer unter welchen Bedingungen im Land willkommen sei, zieht sich durch alle gesellschaftlichen Schichten und Parteien.

Dabei ist Deutschland seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland und steht heute nach den Vereinigten Staaten weltweit an zweiter Stelle der Zielländer von Migranten.¹ Menschen, die hier eine neue Heimat gefunden haben, prägen seit Jahrzehnten Alltag und Kultur.

Doch scheint das unterschiedliche Migrationsgeschehen in der Zeit vor dem Fall der Mauer bis heute den Umgang mit Zuwanderung in Ost und West zu prägen.

In den 30 Jahren seit der Wiedervereinigung unterlag die Zuwanderung starken Schwankungen, abhängig von den Gründen, die Menschen in die Emigration trieben. In den 1990er Jahren flohen viele Menschen vor Konflikten auf dem Balkan. Der Fall des Eisernen Vorhangs ermöglichte es zudem Angehörigen deutschstämmiger Minderheiten aus Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion, in die Bundesrepublik zu ziehen.² Im ersten Jahrzehnt nach der Einheit kamen im Saldo pro Jahr durchschnittlich 400.000 Menschen nach Deutschland. Mit der Jahrtausendwende ebnete die Einwanderung ab. Nicht einmal mehr 100.000 Personen aus anderen Ländern wanderten nun im Saldo jährlich zu.³

Mit der neuen Freizügigkeit für Osteuropäer und den harten Folgen der Wirtschaftskrise in Südeuropa wuchs die Zahl der Zuwanderer ab 2010 wieder an. Hinzu kamen bewaffnete Konflikte außerhalb Europas, die Tausende aus ihren Heimatländern vertrieben. Im Jahr 2015 betrug der Wanderungsüberschuss 1,14 Millionen Personen – so viel wie nie zuvor seit Bestehen der Bundesrepublik.⁴ In den Folgejahren nahm die Zahl der Einwanderer wieder ab, lag aber 2019 noch immer bei rund 330.000 im Saldo.⁵

Ein Land mit zwei Zuwanderungsgeschichten

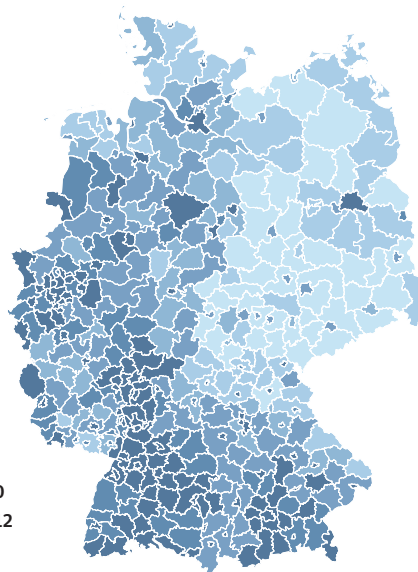
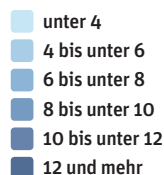
Allerdings verteilen sich die neuen Mitbürger nicht gleichmäßig im Land. Wo sie sich niederlassen, ergibt sich auch aus der Zuwanderungsgeschichte der ehemals zwei deutschen Staaten. Der nach dem Krieg wiederauflebenden Wirtschaft der alten Bundesrepublik fehlten bald Arbeitskräfte. Die Regierung bemühte sich deswegen um sogenannte Gastarbeiter, indem sie Anwerbeabkommen etwa mit Spanien oder der Türkei abschloss. Viele kehrten, wie vorgesehen, nach einigen Jahren in ihre Heimat zurück. Aber vor allem Menschen aus der Türkei, Italien und Jugoslawien ließen sich in Deutschland nieder und holten ihre Familien nach. An den wichtigen Industriestandorten wie im nordrhein-westfälischen Stahl- und Kohlerevier oder in Stuttgart, wo die Automobilproduktion prosperierte, entstanden so Diasporagemeinschaften, die eigene Vereine gründeten und oftmals regen Kontakt in die Herkunftsländer hielten. Sie tragen bis heute dazu bei, dass sich auch neue Zuwanderer hier schneller zurecht finden.⁶

Zuwanderung spaltet das Land

Zuwanderer aus dem Ausland zieht es seit jeher in die wirtschaftlich erfolgreichen Regionen. Der Ausländeranteil spiegelt dies auch noch wider, wenn die ökonomische Blütezeit bereits vergangen ist, wie im Ruhrgebiet. Heute leben viele der Menschen mit ausländischem Pass in den drei Stadtstaaten sowie in Frankfurt am Main, Stuttgart, Düsseldorf und Köln. Trotz gewachsenem Zuzug der letzten Jahre stellen Ausländer in den ostdeutschen Flächenländern nur einen geringen Bevölkerungsanteil.

Anteil der in Deutschland lebenden Menschen mit einem ausländischen Pass an der Gesamtbevölkerung in den Kreisen und kreisfreien Städten, in Prozent, 2018

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt¹⁶)



Manche Vorurteile halten sich hartnäckig

Die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen ist in Deutschland zwischen 1996 und 2016 insgesamt zurückgegangen. Doch während heute in Ost und West nur noch wenige Angst haben, ihren Arbeitsplatz an Ausländer zu verlieren, hält sich das Vorurteil hartnäckig, Ausländer würden das soziale Netz belasten – vor allem im Osten. Es sind viele Faktoren, die feindliche Einstellungen gegenüber Zugewanderten nähren. Oft sind es Orientierungslosigkeit, wirtschaftliche Unsicherheit und Zukunftsängste.

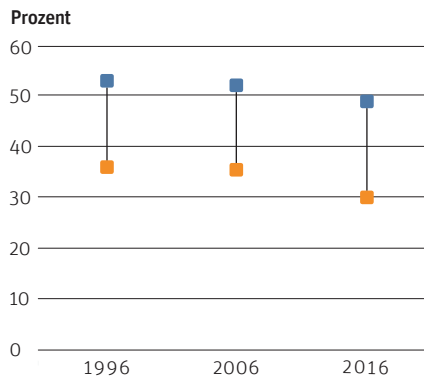
Zustimmung zu verschiedenen ausländerfeindlichen Aussagen in West- und Ostdeutschland, in Prozent, 1996, 2006 und 2016

(Datengrundlage: ALLBUS¹⁸)

Auch die DDR warb Menschen an, um Lücken auf dem Arbeitsmarkt zu füllen. Dort hießen sie Vertragsarbeiter und stammten aus sozialistischen Bruderstaaten wie Polen oder Ungarn, später auch aus Mosambik und Vietnam. Ihr Aufenthalt war allerdings zeitlich strikt begrenzt und der Austausch mit der Bevölkerung vor Ort ausdrücklich nicht erwünscht.⁷ Nach der Wende endeten die Abkommen und viele der Vertragsarbeiter verließen das Land.⁸ Dies führte dazu, dass in den ostdeutschen Bundesländern zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung nur wenige Ausländer lebten, gerade einmal ein Prozent betrug ihr Anteil an der Bevölkerung der DDR Ende 1989.⁹

Lange änderte sich daran kaum etwas. Zwischen 1995 und 2010 blieb der Ausländeranteil zwischen Rügen und Erzgebirge vielerorts unter drei Prozent.¹⁰ In Regionen, denen viele Einheimische den Rücken kehrten, gab es auch für Migranten kaum einen Grund, sich niederzulassen. Gerade die ländlichen Gebiete im Osten gewinnen deshalb bis heute kaum Zuzügler aus dem Ausland hinzu. Allein Städte wie Leipzig, Magdeburg oder Halle stechen heraus, denn sie sind inzwischen nicht nur für Deutsche attraktive Lebensorte, sondern für Menschen aus aller Welt. Vor allem Studierende zieht es an die Universitäten und Hochschulen. Der Ausländeranteil liegt hier fast dreimal so hoch wie in vielen anderen ostdeutschen Landstrichen.¹¹

„Ausländer belasten unser soziales Netz.“

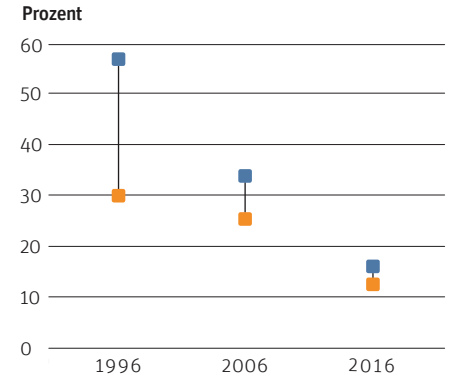


Mit dem wachsenden Zuzug Geflüchteter seit Beginn der 2010er Jahre sind erstmalig größere Migrantengruppen auch in die ländlicheren Regionen des Ostens gekommen. In einigen Landkreisen wie im sächsischen Meißen oder im brandenburgischen Märkisch-Oderland verdoppelte sich der Ausländeranteil zwischen 2013 und 2017.¹² Vor allem Schutzsuchende aus Syrien und Afghanistan wurden nun in vergleichsweise kurzer Zeit Teil der örtlichen Bevölkerung.¹³

Willkommens- oder Ablehnungskultur?

Bundesweit gehen die Meinungen dazu, wie Bund, Länder und Kommunen die Zuwanderung der letzten Jahre organisierten, weit auseinander. Überall vertreten heute mehr Einwohner stärkere Positionen zu Migration als noch zur Jahrtausendwende – positiv wie negativ.¹⁵ Ressentiments gegenüber Menschen anderer Herkunft waren schon vor den Jahren der großen Zuwanderung verbreitet, im Osten stärker als im Westen. Manche haben sich gehalten: 2016 stimmte fast die Hälfte der ostdeutschen Befragten der Aussage zu: „Die Ausländer belasten unser soziales Netz“. Doch auch im westlichen Teil der Republik war fast ein Drittel der Bevölkerung dieser Ansicht.¹⁶ Ausländerfeindlichkeit bleibt ein gesamtdeutsches Problem, auch wenn die östlichen Länder stärker damit zu kämpfen haben.¹⁷

„Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg.“



In vielen Kommunen in Ost wie West haben die neuen Nachbarn aber auch viel Unterstützung und Hilfsbereitschaft erfahren. So entstanden zahlreiche Initiativen und Gruppen, um gerade Geflüchteten das Ankommen zu erleichtern, sie bei Behördengängen zu begleiten oder ihnen bei der Suche nach Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu helfen. Auch wo die Skepsis gegenüber den Zuzüglern groß war, haben sich lokale Bündnisse oder kleine Organisationen darum bemüht, zwischen Alteingesessenen und neuen Nachbarn zu vermitteln.¹⁹

Diese offene Haltung ist unverzichtbar, denn Deutschland ist, will es seinen Wohlstand halten, auf weiteren Zuzug angewiesen. Der Fachkräftenachwuchs wird nicht die Lücken füllen können, welche die Babyboomer mit ihrem Eintritt in den Ruhestand hinterlassen. Gerade im östlichen Teil des Landes, wo die Bevölkerung schon stark gealtert ist, dürfte der Mangel an Arbeitskräften künftig besonders groß sein (► 11). Wollen diese Regionen also wirtschaftlich zum Westen aufschließen, müssen sie sich für kluge Köpfe aus aller Welt öffnen. Das jüngst in Kraft getretene Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ob es aber den Zuzug von Fachkräften deutlich steigern kann, wird auch von der lokalen Einstellung abhängen, mit denen die hier Ansässigen ihren neuen Nachbarn begegnen.

DER OSTEN MUSS SICH NICHT VERSTECKEN

Im Vergleich zu den Wendejahren hat sich viel getan in der schulischen Bildungslandschaft. Beendete Anfang der 1990er Jahre in den ostdeutschen Bundesländern nicht einmal jeder fünfte und in den westdeutschen jeder vierte Absolvent seine Schullaufbahn mit einer Fachhochschul- oder Hochschulzugangsberechtigung, so ist es heute im ganzen Land ungefähr jeder dritte. Gleichzeitig verlässt nur noch jeder sechste Schulabgänger die Schule mit einem Hauptschulabschluss, vor 30 Jahren war es westlich der ehemaligen Grenze fast noch jeder dritte. Östlich spielte dieser Abschluss schon damals kaum eine Rolle. Dort hatte weit mehr als die Hälfte der Absolventen einen mittleren Abschluss in der Tasche.¹

Der Trend zu höheren Abschlüssen ist erfreulich. Je besser junge Menschen in der Schule abschneiden, desto höher sind ihre Chancen, einen gut bezahlten und sicheren Job zu bekommen. Eine gut qualifizierte Bevölkerung ist überdies in einem ressourcenarmen Land wie Deutschland der wichtigste Faktor für eine prosperierende Wirtschaft. Allerdings hat dieser Trend auch eine Schattenseite. Denn mit der Qualifikation wächst die Mobilität junger Menschen, die es mit dem Abitur in der Tasche in eine der größeren Städte mit Hochschule zieht (► 6). Gerade entlegene und ländliche Regionen können dem Wegzug ihres Nachwuchses kaum etwas entgegensetzen und drohen mit den Bildungswanderern auch den wirtschaftlichen Anschluss zu verlieren.

In der ehemaligen DDR besuchten die Schüler mehrheitlich von der 1. bis zur 10. Klasse die Polytechnischen Oberschulen (POS). Wie viele junge Menschen im Anschluss noch

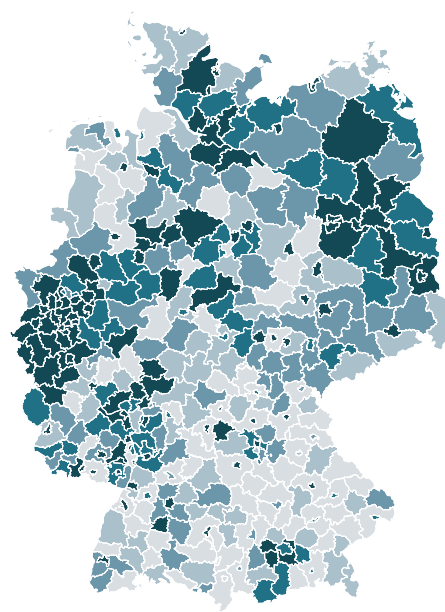
an einer Erweiterten Oberschule (EOS) oder durch eine spezielle Berufsausbildung das Abitur erwerben konnten, war maßgeblich zentral gelenkt. In den Jahren, in denen der Bedarf an Facharbeitern stieg, ging die Zahl der Abiturienten zurück. 1989 hatten gerade einmal 15,5 Prozent der 18- und 19-Jährigen eine Studienzugangsberechtigung, weniger als noch Mitte der 1970er Jahre.⁴

Schulsysteme im Wandel

Nach der Wiedervereinigung ging in allen ostdeutschen Bundesländern ziemlich geräuschlos der Wandel in Richtung neuer Schulsysteme einher. Die seinerzeit „neuen“ Länder orientierten sich dabei an den gegliederten Bildungssystemen westdeutscher Länder, behielten aber auch Elemente aus dem DDR-System bei, wie beispielsweise das 12-jährige Abitur.⁵ Eine Berechtigung zum Studium konnte nun jeder erwerben, dessen Leistungen gut genug waren. Diese neue Freiheit nutzten zahlreiche Schülerinnen und Schüler sofort, vor allem die Mädchen. Bereits 1993 hatten ostdeutsche 17-Jährige ihre westdeutschen Altersgenossinnen beim Besuch der gymnasialen Oberstufe überholt.⁶ Auch Jungen strebten nun häufiger ein Abitur an, konnten in der Geschwindigkeit jedoch nicht mit den Mädchen mithalten und blieben auch hinter den westdeutschen Jungen zurück. Dies führte zu einem besonders stark ausgeprägten Bildungsunterschied zwischen den Geschlechtern in den ostdeutschen Ländern. Bis Anfang der 2000er Jahre machten Mädchen dort zu 50 Prozent häufiger ein Abitur als Jungen.⁷ Dieser Bildungsvorsprung führte auch dazu, dass gerade in den 1990er Jahren mehr junge Frauen als Männer zwischen 18 und 25 Jahren Ostdeutschland in Richtung

Im Süden seltener Abitur ...

Beim höchsten Schulabschluss sind kaum noch Unterschiede zwischen den ehemaligen zwei Landesteilen sichtbar. Besonders häufig beenden junge Erwachsene in Großstädten ihre Schulzeit mit dem Abitur. Spitzenreiter ist Hamburg, wo 2017 mehr als die Hälfte der Absolventen eine Hochschulzugangsberechtigung erlangten. Vor allem in den ländlichen Regionen im wirtschaftsstarken Süden sind erfolgreiche berufliche Karrieren bislang auch ohne Studium möglich. In Bayern und Baden-Württemberg machen Abiturienten weniger als ein Drittel der Schulabgänger aus.



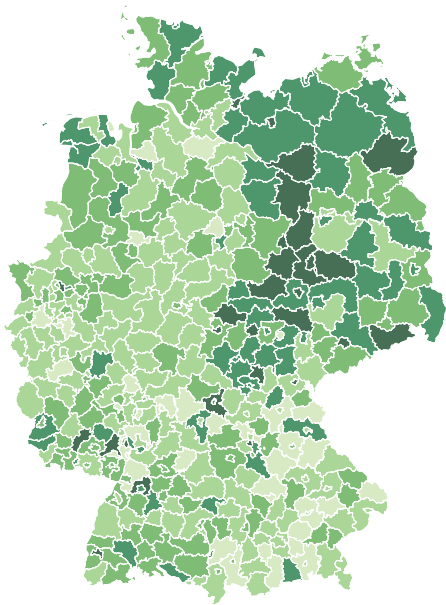
Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife an allen Schulabgängern in den Kreisen und kreisfreien Städten, in Prozent, 2017
(Datengrundlage: BBSR²)

unter 25
25 bis unter 29
29 bis unter 33
33 bis unter 37
37 und mehr

Westen verließen.⁸ Seit Anfang der 2010er Jahre sind die Geschlechterunterschiede bei der Hochschulzugangsberechtigung nicht mehr so groß. 2017 waren mit 54 Prozent etwas mehr als die Hälfte der Abiturienten weiblich, sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland.⁹

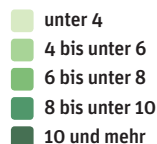
... aber auch die wenigsten Schulabbrecher

Im Süden des Landes beendet kaum ein junger Mensch die Schule ohne wenigstens einen Hauptschulabschluss. Ganz anders sieht es dagegen in weiten Teilen Sachsen-Anhalts aus, wo mehr als jeder zehnte keinen Abschluss in der Tasche hat. Doch außer in einigen ostdeutschen Regionen gibt es hohe Abbrecherquoten auch in Teilen von Rheinland-Pfalz und im nördlichen Bayern.



Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabgängern in den Kreisen und kreisfreien Städten, in Prozent, 2017

(Datengrundlage: BBSR³)



Orientierten sich die ostdeutschen Länder Anfang der 1990er Jahre an den Schulsystemen des Westens, sind sie in den letzten Jahrzehnten wiederum selbst zum Vorbild geworden. Heute können Schülerinnen und Schüler in den meisten Ländern ihre Hochschulreife bereits nach 12 Jahren erlangen, doch einige westdeutsche Länder machen die sogenannte G8-Reform nun wieder rückgängig. Außerdem ist das stark untergliederte Oberschulsystem nach Hauptschule, Realschule und Gymnasium immer mehr auf dem Rückzug. Neben dem Gymnasium gibt es in vielen Ländern mittlerweile integrierte Gesamtschulen, Gemeinschaftsschulen sowie Schulen mit mehreren Bildungsgängen, die zum Teil bis zum Abitur führen. Die wachsende Vorliebe fürs Gymnasium konnte dies bislang noch nicht stoppen. Wechselten 2000 noch 34 Prozent der Grundschüler aufs Gymnasium, waren es 2018 schon 43 Prozent.^{10,11}

Kompetenzen unterscheiden sich nicht mehr zwischen Ost und West

Grund für anhaltende Reformen der Schulsysteme war unter anderem der PISA-Schock, der Deutschland Anfang des Jahrtausends ereilte. Die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) durchgeführte PISA-Studie bescheinigte deutschen Schülern im Vergleich mit Schülern aus 31 anderen Nationen unterdurchschnittliche Kompetenzen im Lesen, Schreiben sowie in Mathematik und Naturwissenschaften.¹² Seitdem hat sich einiges getan. Hiesige Schüler lagen in der letzten PISA-Studie aus dem Jahr 2018 mit ihren Mathematik- und Lesekompetenzen knapp über dem OECD-Durchschnitt, in den Naturwissenschaften sogar deutlich. Doch auch wenn Deutschland insgesamt abgeschlossen hat, treten innerhalb des Landes große Wissensunterschiede auf. Zum einen ist die soziale Herkunft in Deutschland noch überdurchschnittlich für schulischen Erfolg verantwortlich.¹³

Zum anderen ist bis heute das Bundesland entscheidend, wie gut ein junger Mensch lesen und rechnen kann. Das Institut für Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) vergleicht im Auftrag der Kultusministerkonferenz seit nunmehr zehn Jahren schulische Kompetenzen von Viert- und Neuntklässlern. Die Spitze dieser Rankings zieren seit vielen Jahren die Freistaaten Sachsen und Bayern, aber auch Thüringen und Baden-Württemberg spielen ganz oben mit. Während im aktuellen IQB-Bildungstrend Neuntklässler aus diesen vier Ländern überdurchschnittlich häufig die Mindeststandards in Mathematik erreichen, scheitern in den Stadtstaaten Bremen und Berlin die Gleichaltrigen besonders oft an den Minimalanforderungen, in Bremen fast 41 Prozent. Bereits Viertklässler hinken dort stark mit ihren mathematischen Kenntnissen hinterher.^{14,15}

Auch die übrigen ostdeutschen Länder standen bislang in schulischen Qualitätsvergleichen eher oben. Doch in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern sowie Sachsen-Anhalt sind seit 2012 die mathematischen Kompetenzen der Neuntklässler bundesweit am stärksten zurückgegangen.¹⁶ Der Leistungsvorsprung der ostdeutschen Schüler ist dort mittlerweile verloren gegangen. Eine Erklärung ist, dass es nicht ausreichend Lehrkräfte für die aktuell wieder wachsenden Schülerzahlen im Osten gibt.¹⁷ Perspektivisch dürfte der Lehrermangel sogar noch größer werden. Denn 2016 waren über 60 Prozent der Pädagogen zwischen Ostsee und Erzgebirge bereits 50 Jahre und älter.¹⁸

Wie wahrscheinlich es ist, dass ein Schüler Abitur macht und wie gut seine mathematischen Kenntnisse sind, hat heute kaum mehr etwas mit Ost und West zu tun. Bildungserfolge hängen auch von der Bildung der eigenen Eltern ab. In Gegenden, in denen sozial schwächere Mütter und Väter leben, haben es meist auch die nachfolgenden Generationen schwerer.

DEM OSTEN GEHEN DIE STUDIERENDEN AUS

Der Trend zu höherer Schulbildung setzt sich bei der Wahl der anschließenden Qualifikation fort. In den letzten drei Jahrzehnten strebten immer mehr junge Erwachsene einen Hochschulabschluss an. Gab es Mitte der 1990er Jahre noch eine reichliche viertel Million Studienanfänger an deutschen Universitäten und Hochschulen, beträgt ihre Zahl seit nun bald zehn Jahren stabil mehr als eine halbe Million jährlich. Mehr noch als Männer haben dabei junge Frauen ihren Weg in eine akademische Berufsqualifizierung gesucht. Waren Mitte der 1990er Jahre die männlichen Studienanfänger in der Überzahl, sind inzwischen mehr als die Hälfte der Erstsemester weiblich.¹

An den ostdeutschen Hochschulen schrieben sich in den ersten zwei Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung Jahr für Jahr mehr Studierende ein. Doch seit Beginn der 2010er Jahre flacht der Ansturm ab. Außer in Mecklenburg-Vorpommern gab es in allen ostdeutschen Flächenländern 2017 weniger Studienanfänger als noch 2010, in Thüringen und Brandenburg ist die Zahl sogar um mehr als zehn Prozent gesunken.² Allerdings liegt dies nicht daran, dass ein Studium bei den Abiturienten nun weniger hoch im Kurs stünde. Vielmehr hat dieser Rückgang demografische Gründe. Die geburtenschwachen Jahrgänge der 1990er Jahre hatten zunächst an den Schulen für sinkende Schülerzahlen gesorgt und führen nun mit etwas Zeitverzögerung auch zu rückläufigen Studierendenzahlen an den Hochschulen.

Studieren nicht fern der Heimat

Da die Zahl der Studierenden zunächst wuchs, haben sich im wiedervereinigten Deutschland auch die Hochschulstand-

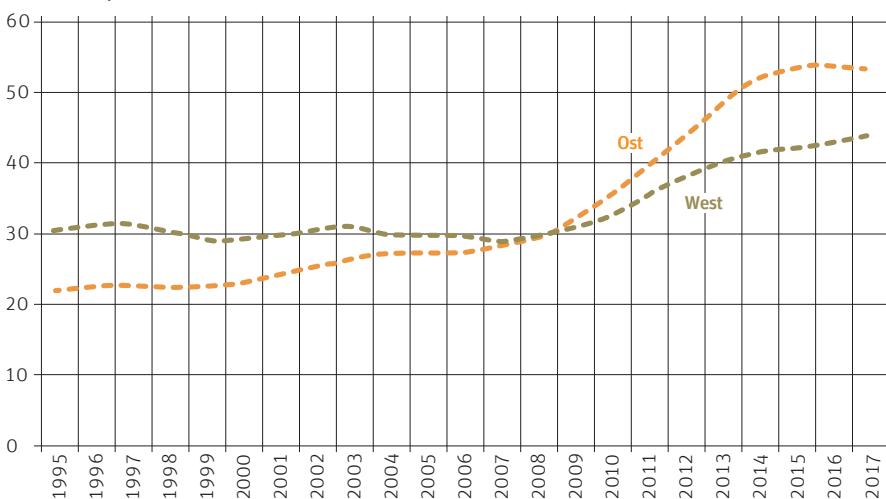
orte vermehrt. Zwischen 1990 und 2016 sind deutschlandweit an 387 Standorten Neugründungen und Zweigstellen von Hochschulen und Universitäten entstanden. Abiturienten können heute an 619 Orten ein Studium beginnen. Die meisten dieser neuen akademischen Ausbildungsorte kamen in Ballungszentren hinzu. Spitzenreiter sind Berlin, Hamburg, Köln und das Rheinland sowie München und Stuttgart, die somit immer mehr Bildungswanderer anziehen. Aber auch in der Fläche, sowohl im Osten als auch im Westen, haben zahlreiche Studienorte eröffnet. Heute gibt es keinen Postleitzahlbezirk, der weiter als 59 Kilometer Luftlinie von der nächsten Hochschule entfernt ist.³

Doch jetzt macht sich vor allem in den ostdeutschen Ländern der Verlust an Studierenden bemerkbar. Von 41 schrumpfenden Hochschulstandorten deutschlandweit, die zwischen 2012 und 2017 mehr als fünf Prozent ihrer Studierenden verloren haben, lagen 28 in Ostdeutschland, davon 8 in Sachsen, 7 in Thüringen und 6 in Sachsen-Anhalt.⁴ Das überrascht, da die Studienorte im Osten beste Lern- und Lebensbedingungen bieten. Die Universitäten sind nicht überfüllt und die Kosten für Wohnen und Freizeit sind geringer als in anderen Ballungszentren. Doch obwohl die Bildungswanderer zwischen 18 und 24 Jahren die mobilste Bevölkerungsgruppe sind, bleiben sie häufig in der vertrauten

Studieren für Ostdeutsche erste Wahl

Überall im Land ist der Anteil Studierender in den letzten Jahrzehnten gestiegen, besonders stark im Osten. Waren 1995 beispielsweise nicht einmal 10 Prozent der Brandenburger zwischen 18 und 25 Jahren an einer Hochschule eingeschrieben, waren es 2017 bereits über 40 Prozent.

Studierende je 100 Einwohner



Studierende je 100 Einwohner zwischen 18 und 25 Jahren in West- und Ostdeutschland (inkl. Berlin), 1995 bis 2017

(Datengrundlage: BBSR⁷)

Umgebung. Fast drei Viertel der Erstsemester des Jahres 2017 begannen ihr Studium in dem Bundesland, in dem sie ihr Abitur abgelegt hatten. Ein weiteres Fünftel konnte sich immerhin für das Nachbarbundesland erwärmen. Von Baden-Württemberg nach Sachsen oder von Nordrhein-Westfalen nach Brandenburg zieht es hingegen nur wenige. Etwas mobiler sind die Thüringer oder Rheinland-Pfälzer, von denen immerhin die Hälfte ihr Heimatbundesland für ein Studium verlässt.⁵

Die ostdeutschen Hochschulen konnten bis zum Beginn der 2010er Jahre von wachsenden Zuzügen aus dem Westen profitieren. Zum Höhepunkt im Jahr 2011 kamen 16.000 Erstsemester, ein Wanderungsplus von 7.000 neuen Studierenden.⁶ Grund waren die doppelten Jahrgänge, die nach der Verkürzung des Abiturs von 13 auf 12 Jahre die Schule verließen. Diesen Andrang konnten nicht alle heimatnahen Hochschulen aufnehmen und die jungen Erwachsenen mussten sich andere Studienorte suchen. Doch nachdem dieser außergewöhnliche Ansturm abgeebbt war, sank die Umzugsfreude gen Osten.

Fachkräftenachwuchs dünnt aus

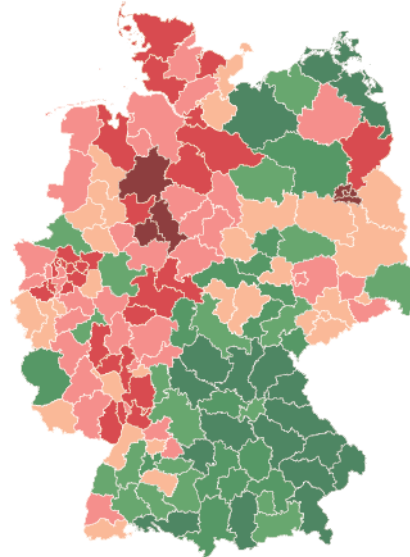
Weil insgesamt weniger junge Menschen nachkommen, von denen immer mehr ein Studium beginnen, verzeichnet Ostdeutschland einen dramatischen Einbruch bei den beruflichen Ausbildungen. Um 39 Prozent ist die Zahl der Jugendlichen, die eine Berufsausbildung beginnen, zwischen 2007 und 2017 in den ostdeutschen Flächenländern gesunken. Deutschlandweit betrug der Rückgang gerade einmal 16 Prozent – von knapp 1,2 Millionen auf weniger als 1 Million. In den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen blieb der Verlust an jungen Menschen im Ausbildungsmarkt mit 9 Prozent einstellig, in den westdeutschen Flächenländern betrug er 12 Prozent.⁸

Wie Auszubildende ihren Beruf erlernen, unterscheidet sich bis heute zwischen Ost und West. Deutschlandweit beginnt ungefähr die

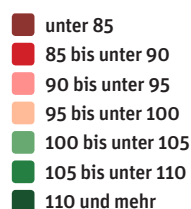
Hälfte der jungen Menschen eine duale Ausbildung. Das heißt, sie lernen in einem Unternehmen oder Betrieb ihren zukünftigen Beruf und besuchen parallel eine Berufsschule. Doch während die Azubis im dualen System Jahr für Jahr weniger werden, bleibt seit vielen Jahren die Zahl derjenigen stabil, die eine komplett schulische Berufsausbildung be-

Wo der Nachwuchs fehlt und wo die Ausbildungsplätze

Die Angebots-Nachfrage-Relation beschreibt, wie viele Ausbildungsplätze es gibt in Relation zu Ausbildungsplatzsuchenden. Bei 100 ist das Verhältnis ausgeglichen. Ist es kleiner als 100, gibt es weniger Plätze im Angebot als Suchende. Über 100 haben die Suchenden eine größere Auswahl. Vor allem in Süddeutschland, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gab es 2019 nicht ausreichend Bewerber für alle Ausbildungsplätze. Nachfrage und Angebot klaffen aber nicht nur regional auseinander, sondern auch nach Berufen. Mehr Bewerber als Ausbildungsplätze gibt es beispielsweise bei Informatikberufen (91), umgekehrt verhält es sich bei Reinigungsberufen (121).



Verhältnis der Zahl der Ausbildungsangebote zur Zahl der Ausbildungs-nachfrage, nach Arbeits-agenturbezirken, 2019
(Datengrundlage: Autoren-gruppe Bildungsberichter-stattung¹⁴)



ginnen. Im sogenannten Schulberufssystem, dem zweiten Ausbildungssektor, erlernen die Azubis vor allem Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufe. In den westdeutschen Flächenländern startet heute ungefähr jeder fünfte neue Auszubildende eine schulische Berufsausbildung, in den ostdeutschen ist es dagegen fast jeder dritte.⁹ Der höhere Anteil der schulischen Ausbildung im Osten geht auf die Wendejahre zurück. In den wirtschaftlich turbulenten 1990er Jahren, in denen viele ehemalige Kombinate und Betriebe ihre Tore schlossen, entstanden zahlreiche überbetriebliche Ausbildungsstätten.¹⁰

Unternehmen und Betriebe überall im Land müssen sich inzwischen verstärkt um qualifizierte Fachkräfte bemühen. Dank der günstigen Konjunktur vor der Corona-Pandemie sind die freien Arbeitsangebote und die Zahl der Beschäftigten in den letzten Jahren immer weiter gestiegen (► 11). Etwas anders sieht es auf dem Nachwuchsmarkt aus: Die Stellenangebote für Azubis haben sich zwischen 2007 und 2019 um 10 Prozent verringert. Obwohl die Zahl derjenigen, die eine berufliche Ausbildung beginnen wollen, im gleichen Zeitraum stärker, nämlich um 21 Prozent geschrumpft ist, finden deutschlandweit immer noch 12 Prozent junger Menschen keinerlei Ausbildungsplatz. Grund dafür sind wachsende Passungsprobleme zwischen Ausbildungsangebot und -nachfrage. 2019 blieben im Osten 11 Prozent und im Westen 9 Prozent der ausgeschriebenen Ausbildungsplätze unbesetzt.¹¹

Diese Diskrepanz ist jedoch regional unterschiedlich ausgeprägt. Besonders in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg können Unternehmen einen relativ großen Anteil ihrer Nachwuchsstellen nicht besetzen, gleichzeitig finden Jugendliche keinen passenden Ausbildungsort. Qualifikationen und Berufswünsche stimmen nicht mit den regionalen Angeboten überein. Auch in vielen Regionen Bayerns bleiben zahlreiche Ausbildungsplätze unbesetzt. Dort mangelt es tatsächlich bereits am Nachwuchs: Kaum ein suchender Jugendlicher bleibt ohne Ausbildungsvertrag.^{12,13}

DIE ZUKUNFT LIEGT IN DEN METROPOLEN

Weit entwickelte Volkswirtschaften wie Deutschland erwirtschaften ihren Wohlstand immer weniger aus Rohstoffen und Massenprodukten, sondern vermehrt aus Know-how und intellektuellen Fähigkeiten. Bildung und Gebildete stellen heute das wichtigste Kapital in diesen Gesellschaften. Neue Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft entstehen vor allem dort, wo kreative Köpfe ihr Wissen am besten und am schnellsten zu neuen, lukrativen Produkten und Dienstleistungen kombinieren können.

Doch wo in Deutschland sind im dreißigsten Jahr der Einheit die Regionen zu finden, die den Wandel zur Wissensgesellschaft am besten meistern? Bislang sind es vor allem die großen Städte. Hier gibt es eine kritische Masse an jungen Menschen, Unternehmen, Universitäten, Forschungseinrichtungen und innovativen Start-ups. Dieses Umfeld wiederum wirkt auf junge Bildungswanderer attraktiv. Städte und ihr Umland wachsen unaufhörlich, während ländliche und periphere Gebiete einen großen Teil ihres Nachwuchses verlieren (► 6).

Die Wissensarbeiter konzentrieren sich in den Ballungsräumen

In den urbanen Zentren arbeiten besonders viele Hochqualifizierte, also Menschen mit einer akademischen Berufsausbildung. Deutschlandweit hatte 2019 jeder sechste sozialversicherungspflichtig Beschäftigte einen Hochschul- oder Universitätsabschluss. In den Stadtstaaten Hamburg und Berlin war es mehr als jeder vierte. An Hochschul- und Wissenschaftsstandorten wie München, Erlangen oder Darmstadt trifft das sogar auf jeden dritten Angestellten zu. In die

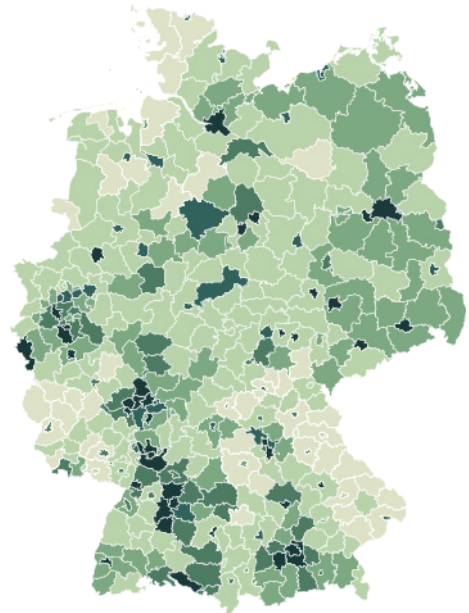
deutschlandweite Top-Riege der Kreise mit dem am besten qualifizierten Personal reihen sich auch mehrere ostdeutsche Städte, wie Jena, Dresden, Potsdam und Weimar.¹

Dagegen finden sich die Kreise mit den wenigsten Akademikern fern der Metropolen, etwa in der Südwestpfalz, im Bayerischen Wald oder im westlichen Niedersachsen. Etwas besser stehen die ländlichen Regionen im Osten da. Doch dieser Vorsprung könnte bald verschwunden sein. In den 1980er Jahren hatte jeder fünfte Beschäftigte in der DDR einen Fach- oder Hochschulabschluss, in der damaligen BRD nur jeder sechste.² Noch zur Jahrtausendwende waren in den ostdeutschen Ländern im Bundesvergleich überdurchschnittlich viele Hochschulabsolventen beschäftigt. Zehn Jahre später zählte nur noch Sachsen anteilig etwas mehr Hochqualifizierte – auch dank der Städte Dresden und Leipzig.³ Die Gründe für den Rückgang liegen auf der Hand: Junge Hochschulabsolventen ziehen kaum in eine Region, wenn sie dort keine adäquaten Arbeitsangebote finden. Gleichzeitig gehen die älteren Ostdeutschen nach und nach in Rente, die noch zu DDR-Zeiten ihre beruflichen Qualifikationen erworben haben und formal besser gebildet waren als ihre westdeutschen Alterskollegen.⁴

Laut einer Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung dürften weiterhin die Metropolräume am stärksten davon profitieren, dass auch zukünftig immer mehr Beschäftigte einen Hochschulabschluss haben (► 9). Bis 2035 dürfte demnach der Anteil der Erwerbspersonen mit Universitätsabschluss in Berlin fast 33 Prozent erreichen, während Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern voraussichtlich gerade einmal auf 13 Prozent kommen werden.⁵

Die wenigsten Akademiker auf dem Land im Westen

Die höchsten Anteile von akademisch qualifiziertem Personal finden sich heute in den Metropolräumen mit ihren Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie in Regionen, wo innovationsstarke Branchen viel Personal für Forschung und Entwicklung benötigen, wie die Automobilindustrie in Niedersachsen und Baden-Württemberg. Während in vielen ländlichen Regionen Westdeutschlands kaum Akademiker arbeiten, sind sie in weiten Teilen der östlichen Länder zurzeit noch häufiger anzutreffen.



Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort mit akademischem Berufsabschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Kreisen und kreisfreien Städten, in Prozent, 2019

(Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder⁶)

- unter 8
- 8 bis unter 11
- 11 bis unter 14
- 14 bis unter 17
- 17 bis unter 20
- 20 und mehr

Hochtechnologien erblühen dort, wo viele kreative und gut qualifizierte Menschen arbeiten und Unternehmen Geld in Forschung stecken. Traditionell sind in Deutschland die süddeutschen Länder besonders stark darin, Innovationen voranzutreiben. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt geben Unternehmen dort besonders viel für Forschung aus und beschäftigen überdurchschnittlich viel Forschungspersonal. Entsprechend zahlreich sind dort die Patentanmeldungen. Zwei Drittel aller Patente des Jahres 2017 stammten aus Süddeutschland.⁷

Seltener kommen neue Erfindungen aus den ostdeutschen Ländern. Das ist kaum verwunderlich, da es hier fast keine Großunternehmen mit den nötigen Finanzmitteln für Forschung gibt (► 14). So arbeiten auch nur wenige in diesem Bereich.⁸ Allein Sachsen sticht heraus. Der Freistaat weist mit knapp 30.000 Beschäftigten dreimal so viel Personal in Forschung und Entwicklung auf wie das benachbarte Thüringen oder Brandenburg.⁹

Digitalbranche lässt neue ökonomische Zentren entstehen

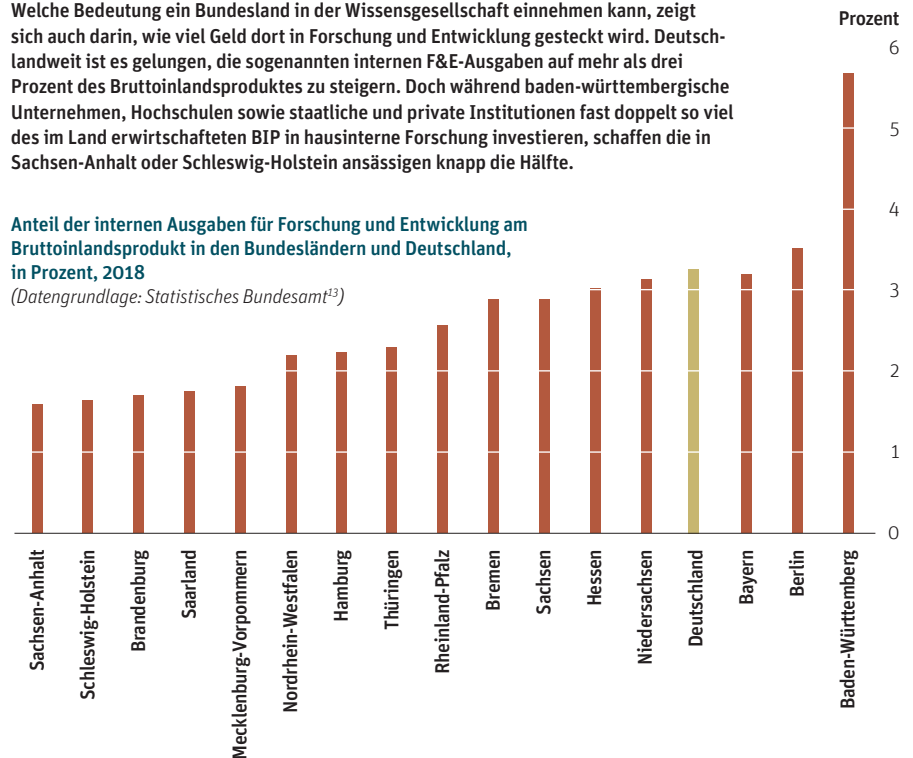
Es ist vor allem die Automobilindustrie, die den Süden des Landes wirtschaftlich stark und innovativ macht. Doch diese Branche steht vor einer ungewissen Zukunft. Verliert sie an Bedeutung, könnte sich das auf die Innovationskraft der Region auswirken. Andere könnten dann aufschließen oder den Süden sogar hinter sich lassen. Da ist zum Beispiel Berlin, das seit einigen Jahren scharenweise Kreative aus allen Teilen der Welt anzieht. Dies zahlt sich inzwischen auch ökonomisch aus. Die Wirtschaftskraft der Hauptstadt legt seit einigen Jahren überdurchschnittlich zu. Der Aufschwung erfasst auch den Arbeitsmarkt. Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze ist stärker gewachsen als in der restlichen Republik. Dabei entstand jeder fünfte neue Job in der Informations- und Kommunikationsbranche.¹⁰

Der Süden und Berlin forschen am intensivsten

Welche Bedeutung ein Bundesland in der Wissensgesellschaft einnehmen kann, zeigt sich auch darin, wie viel Geld dort in Forschung und Entwicklung gesteckt wird. Deutschlandweit ist es gelungen, die sogenannten internen F&E-Ausgaben auf mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu steigern. Doch während baden-württembergische Unternehmen, Hochschulen sowie staatliche und private Institutionen fast doppelt so viel des im Land erwirtschafteten BIP in hausinterne Forschung investieren, schaffen die in Sachsen-Anhalt oder Schleswig-Holstein ansässigen knapp die Hälfte.

Anteil der internen Ausgaben für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern und Deutschland, in Prozent, 2018

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt¹³)



Die Digitalwirtschaft mit ihren zahlreichen neuen Geschäftsmodellen trägt zum zunehmenden Wohlstand der Spreemetropole maßgeblich bei. Gut 16 Prozent aller deutschen Start-ups fanden sich 2019 in Berlin, deutscher Spitzenwert. Andere Hotspots sind die Metropolregion Rhein-Ruhr mit rund 14 Prozent sowie Hamburg, Stuttgart/Karlsruhe sowie München mit jeweils um die 7 Prozent. Mehr als die Hälfte der Szene konzentriert sich auf diese urbanen Zentren. Es sind überwiegend junge Akademiker mit einem wirtschaftswissenschaftlichen oder MINT-Abschluss, die in unmittelbarer Nähe ihrer ehemaligen Universitäten und Hochschulen ihre digitalen Geschäftsideen umsetzen. Und sie schaffen nicht nur für sich selbst eine Beschäftigung. Mit durchschnittlich 13 Mitarbeitern kurbeln sie stärker als „klassische“ Gründer den Arbeitsmarkt in diesen Metropolen an.¹¹

Regionen fern der Städte sind dagegen kaum interessante Standorte für Start-ups. Besonders wenige haben sich in den ostdeutschen Flächenländern, in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein angesiedelt. Im Vergleich mit den Zentren verlieren diese weiter den Anschluss. Waren beispielsweise 2018 noch 4,6 Prozent aller deutschen Start-ups in Sachsen zu finden, ließ die Zunahme in den Städten diesen Anteil binnen eines Jahres auf 2,8 Prozent schrumpfen. Aber auch Hessen mit seinem wirtschaftsstarke Süden beheimatet gerade einmal 4 Prozent aller deutschen Start-ups. Das Finanz- und Bankenzentrum Deutschlands bietet scheinbar nicht das Umfeld, das junge internet- und technikaffine Gründer suchen.¹²

FACHKRÄFTE DRINGEND GESUCHT

Wenige Themen prägen die Diskussion über den Stand der deutschen Einheit so stark wie die Chancen der Menschen in Ost und West auf einen guten Job. Dies kommt nicht von ungefähr. Denn ob jemand in Lohn und Brot steht und mit seinem Einkommen den Lebensunterhalt bestreiten kann, beeinflusst maßgeblich die Chancen, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, und damit auch die allgemeine Zufriedenheit. Bevor die Corona-Pandemie im Frühjahr 2020 den Arbeitsmarkt in ganz Deutschland traf, hatte sich für Beschäftigte und Arbeitssuchende in den letzten Jahren vieles zum Positiven verändert. Die folgenden Ausführungen zeichnen vor allem die Vor-Corona-Entwicklungen nach. Wie sich die aktuelle Krise langfristig auf den Arbeitsmarkt auswirkt, ist noch ungewiss (► 30).

Die harten Jahre waren vorbei

Mit dem Fall der Mauer erfuhr eine wachsende Zahl Ostdeutscher erstmalig, was es heißt seinen Job zu verlieren und arbeitslos zu sein. Zahlreiche Betriebe konnten im marktwirtschaftlichen Wettbewerb nicht mithalten und mussten ihre Werkstore schließen. Die Arbeitslosigkeit schnellte in die Höhe. Im ersten Jahr nach der Vereinigung war bereits 1 Million Arbeitswilliger im Osten ohne Job. Bis zum Höhepunkt im Jahr 2005 stieg diese Zahl auf mehr als 1,6 Millionen an, was einer Arbeitslosenquote von mehr als 20 Prozent entsprach. Viele junge Ostdeutsche wanderten in Richtung Westen ab (► 6). Doch auch dort konnte der Arbeitsmarkt längst nicht alle Zuziehenden problemlos auffangen. Gerade in der ersten Hälfte der 1990er Jahre stieg die Arbeitslosenquote in der früheren Bundesrepublik ebenfalls an, auf bis zu elf Prozent Mitte der 2000er Jahre. Erst dann entspannte sich die Lage und die Zahl der Menschen ohne Beschäftigung sank Jahr

für Jahr – besonders schnell im Osten. 2019 betrug die Arbeitslosenquote im östlichen Teil der Republik noch sieben, im westlichen gerade einmal fünf Prozent.¹ Nun ist sie bedingt durch die Corona-Krise wieder angestiegen. Im Juli 2020 lag sie bundesweit 1,3 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert.²

Regional bleiben bislang die Unterschiede bestehen, die sich auch schon vor der Krise zeigten. In Süddeutschland sind noch immer kaum Menschen auf Jobsuche. Anders sieht es in vielen Ruhrgebietsstädten, aber auch in Bremerhaven und Wilhelmshaven an der Nordseeküste sowie im rheinland-pfälzischen Pirmasens aus.³ Bundesweit

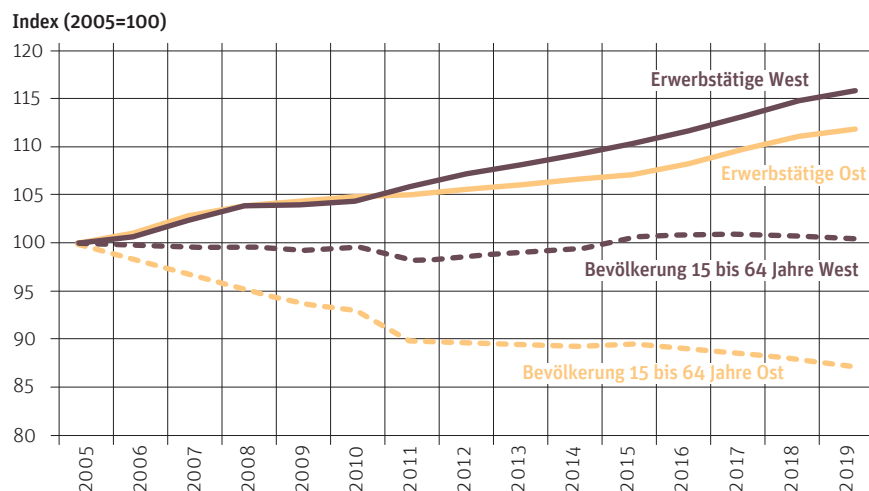
finden sich dort seit längerem die höchsten Arbeitslosenquoten. Westdeutsche Regionen, in denen der Strukturwandel tiefe Spuren hinterlassen hat, haben mittlerweile die ostdeutschen Kreise von den Spitzenplätzen verdrängt. Einzig der Landkreis Uckermark im nördlichen Brandenburg gehörte 2019 noch zu den zehn am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Kreisen Deutschlands.⁴

Beschäftigungswachstum nicht überall gleich stark

Viele Jahre ist der Arbeitsmarkt in Deutschland kontinuierlich gewachsen. Ende 2019 gab es in Deutschland mehr als 45,5

Noch wächst der Arbeitsmarkt

In den vergangenen 15 Jahren ist die Zahl der Erwerbstätigen sowohl in den westdeutschen als auch in den ostdeutschen Ländern kontinuierlich gestiegen. Doch seit Beginn der 2010er Jahre hat im Osten die Dynamik nachgelassen, einen Großteil seines Beschäftigungswachstums verdankt er allein Berlin. In den Flächenländern zwischen Ostsee und Erzgebirge mangelt es inzwischen spürbar an Menschen im erwerbsfähigen Alter, die nötig sind, um den Arbeitsmarkt weiter wachsen zu lassen. Dort ist die Zahl der Menschen im Erwerbsalter schon merklich gesunken.



Entwicklung der Erwerbstätigen sowie der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren in Ost- und Westdeutschland, Index (2005=100), 2005 bis 2019 (Ost inklusive Berlin)
(Datengrundlage: AK ETR⁹, Statistisches Bundesamt¹⁰)

Millionen Erwerbstätige, fast 6 Millionen mehr als Mitte der 2000er Jahre.⁵ Die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften hatte deutschlandweit die Jobchancen verbessert. Doch nicht überall in der gleichen Geschwindigkeit. Besonders kräftig entwickelte sich der Arbeitsmarkt in der Hauptstadt. Dort gab es 2019 ein Drittel mehr Erwerbstätige als 14 Jahre zuvor.⁶ Der Boom beruht vor allem auf neu entstehenden Arbeitsplätzen der Wissensgesellschaft. Er konzentriert sich im Allgemeinen auf die urbanen Zentren, die gut gebildete junge Menschen anlocken können (► 10). Aber auch im Süden des Landes, in Bayern, wo Forschung und Innovation die Wirtschaft prägen, stieg die Zahl neuer Erwerbsmöglichkeiten um ein Fünftel.

Gering fällt der Zuwachs dagegen in strukturschwachen Regionen aus. In Sachsen-Anhalt hat die Zahl der Erwerbstätigen seit Mitte der 2000er Jahre um nicht einmal ein Prozent zugelegt, im Saarland gerade einmal um 3,5 Prozent. Auch in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern sieht es kaum besser aus.⁷ Doch es ist nicht allein die fehlende Wirtschaftskraft, weswegen diese Gebiete nicht an dem Jobwunder teilhaben. Gerade Thüringen steht wirtschaftlich im Vergleich aller ostdeutschen Länder gut da.⁸ Dort tritt jedoch schon deutlich zutage, was künftig die meisten Regionen Deutschlands treffen dürfte: Die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte sinkt. Denn die geburtenstarken Jahrgänge gehen in den nächsten Jahren in Rente und die nachwachsenden Generationen können zahlenmäßig die entstehende Arbeitskräftelücke nicht füllen. In den meisten ostdeutschen Gebieten kommt hinzu, dass ein Teil der Bevölkerung im Erwerbsalter in den 1990er und 2000er Jahren auf der Suche nach einem Job abgewandert und dadurch das potenzielle Personal noch schneller geschrumpft ist.

Fern der Großstädte werden Fachkräfte knapp

Der Zuwachs an Beschäftigten in den letzten 30 Jahren ist vor allem einer stark gewachsenen Erwerbsbeteiligung von Frauen und

Älteren zu verdanken. So ist die weibliche Erwerbsquote bundesweit seit 1995 um mehr als zehn Prozentpunkte gestiegen – auf fast 75 Prozent im Jahr 2019. Bei den Älteren zwischen 55 und 64 Jahren wuchs dieser Anteil sogar von 43 auf ebenfalls 75 Prozent an.¹¹

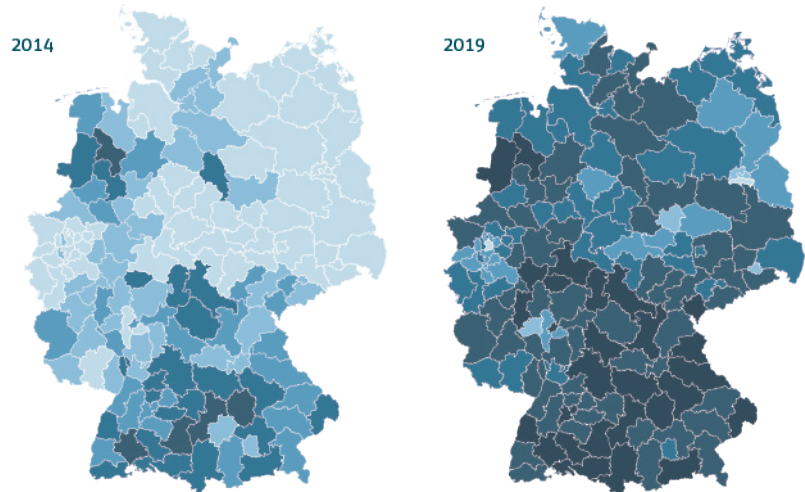
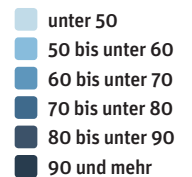
Weil sich diese Quoten kaum mehr steigern lassen, können sie künftig auch die demografisch bedingten Rückgänge beim Arbeitskräftepotenzial nicht mehr abfedern. Davon dürften fast alle Regionen Deutschlands betroffen sein, denn bis 2035 leben voraussichtlich in nur 31 von 401 deutschen Kreisen ähnlich viele oder mehr Menschen im typischen Erwerbsalter zwischen 20 und 64 Jahren wie noch 2017. Nur einigen Großstädten, wie Hamburg, Berlin, München, aber auch Leipzig, Dresden und Potsdam dürfte es noch gelingen, ihr Arbeitskräftepotenzial stabil zu halten oder gar zu vergrößern. Abgesehen von diesen Inseln wird einer

Prognose des Berlin-Instituts zufolge in Deutschland fast flächendeckend die Zahl der 20- bis 64-Jährigen sinken. Besonders wird sich die Situation in vielen ostdeutschen Regionen verschärfen, wo bis 2035 über ein Drittel der Bewohner im Erwerbsalter im Vergleich zu 2017 fehlen dürfte.¹²

Es ist absehbar, dass fehlende Arbeitskräfte auch in wirtschaftsstarke westdeutschen Regionen wie Südwestfalen oder der Schwäbischen Alb zu einem größeren Problem werden, vor allem dort, wo der eigene Nachwuchs in die Großstädte abwandert. Die Arbeitslosenzahlen in diesen Gebieten zeigen, dass sich hier der Markt bereits gedreht hat. Wo die Arbeitslosigkeit bei weniger als drei Prozent liegt, herrscht quasi Vollbeschäftigung und freies Personal ist kaum mehr zu finden. Dies war 2019 in 73 von 401 deutschen Kreisen der Fall. Sie liegen bislang fast ausschließlich im Süden der Republik.¹³

Engpässe machen sich breit

Als Engpassberufe gelten die, bei denen weniger als 200 qualifizierte Arbeitslose auf 100 gemeldete offene Stellen kommen. Deutschlandweit waren 2019 fast vier von fünf Stellen in solchen Engpassberufen ausgeschrieben. Wo die Beschäftigung stark wächst, wie in Bayern, ist auch der Mangel an Fachkräften besonders ausgeprägt. Auch in vielen ostdeutschen Gebieten haben es Unternehmen heute schwerer Arbeitskräfte zu rekrutieren als noch 2014. In den Metropolregionen dagegen können Stellen noch einfacher besetzt werden.



Anteil der offenen Stellen, die auf Engpassberufe entfallen, in den Arbeitsagenturbezirken, in Prozent, 2014 und 2019 (Datengrundlage: KOFA¹⁴)

WO DER WESTEN DEM OSTEN FOLGTE

Zwei Welten trafen aufeinander, als 1990 aus dem geteilten Deutschland wieder ein Land wurde: Für ostdeutsche Mütter war es selbstverständlich, berufstätig zu sein und die eigenen Kinder während der Arbeitszeit in Krippen und Kindergärten unterzubringen. In der alten Bundesrepublik dagegen war die Familiengründung für viele Frauen der Moment, an dem ihre eigene Berufstätigkeit in den Hintergrund trat. Sie pausierten viele Jahre oder schieden komplett aus dem Erwerbsleben aus. Ganztägige Betreuungsplätze für Kinder waren rar – auch weil es kaum eine Nachfrage dafür gab.

In Sachen Gleichstellung hat sich in den vergangenen 30 Jahren einiges getan. Zu den Zielen der deutschen Familienpolitik zählt heute, dass sich Mütter und Väter gleichberechtigt der Betreuung ihres Nachwuchses widmen und dass es besser gelingt, berufliche und familiäre Aufgaben miteinander in Einklang zu bringen. Mit dem Elterngeld setzt die Bundesregierung seit 2007 jungen Familien einen Anreiz, sich die Kinderbetreuung gerechter untereinander aufzuteilen. Seit 2013 hat jedes Kind mit seinem ersten Geburtstag einen rechtlichen Anspruch auf einen außerhäuslichen Betreuungsplatz.¹ Der Ausbau der Kinderbetreuung und die stärkere Einbindung von Vätern in die Familienarbeit haben bundesweit die gesellschaftliche Normvorstellung von Beruf und Familie verändert.² Doch sind Frauen deswegen heute auch gleichwertiger Teil der Arbeitswelt? Und haben sich die beiden Welten von damals einander angenähert?

Fast vereint am Arbeitsmarkt

Im Jahr 2018 waren fast drei Viertel aller Frauen zwischen 15 und 64 Jahren in Deutschland erwerbstätig. Im Vergleich der EU-Mitgliedsstaaten sind nur Frauen in Schweden und den Niederlanden

etwas häufiger am Arbeitsmarkt aktiv. Den dritten Platz auf dem Siegestreppchen hat Deutschland noch nicht lange inne. Mitte der 1990er Jahre belegte die hiesige weibliche Erwerbstätigenquote von 55 Prozent noch Platz 6 in der europäischen Rangliste.³

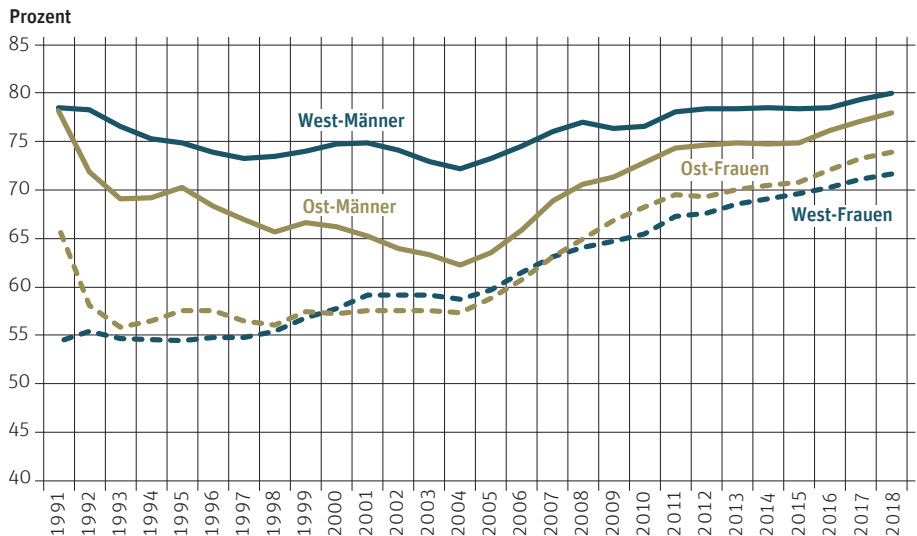
Dabei sind nicht allein die ostdeutschen Frauen für den weiblichen Beschäftigungsboom verantwortlich. Zu beiden Seiten der ehemaligen Mauer gehen seit Mitte der 2000er Jahre immer mehr Frauen einer bezahlten Tätigkeit nach. Im Osten erreichen die weiblichen Beschäftigungsquoten nun bald wieder Werte wie in den letzten Jahren der DDR. Es zeigt sich, dass viele Frauen im Osten hauptsächlich wegen der schwierigen Arbeitssituation nach dem Zusammenbruch

der Industrie beruflich nicht aktiv waren und zuhause blieben. Sobald sich die Aussichten auf dem Arbeitsmarkt verbesserten, kehrten sie zurück ins Erwerbsleben (► 11).

Westlich der ehemaligen innerdeutschen Grenze gab es diesen Einbruch nicht. Die Entwicklung verlief hier von niedrigem Niveau ausgehend kontinuierlich bergan. Waren im Jahr nach der Wiedervereinigung gerade einmal die Hälfte aller Frauen zwischen 15 und 64 Jahren erwerbstätig, sind es inzwischen mit knapp 72 Prozent ähnlich viele wie im Osten.⁴ Über die drei Jahrzehnte im geeinten Land ist es zu einem deutschlandweit akzeptierten Lebensmodell geworden, dass Frauen, auch wenn sie Mütter werden, berufstätig sind. Der Osten war das Vorbild, der Westen hat nachgezogen.

Alle arbeiten mehr

Die Arbeitsmarktbeteiligung der Menschen in Ost und West hat sich dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung angeglichen und beträgt durchschnittlich 75 Prozent. Trotzdem sind Frauen noch immer seltener beruflich aktiv als Männer, wobei der Geschlechterunterschied im östlichen Landesteil weiterhin geringer als im westlichen ausfällt.



Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-Jährigen nach Geschlecht sowie Ost- und Westdeutschland, in Prozent, 1991 bis 2018

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt⁵)

Dennoch bestehen Unterschiede fort

Trotz der Fortschritte bei der Erwerbsbeteiligung kann von einer Gleichstellung immer noch keine Rede sein. Wenn sich der erste Nachwuchs ankündigt, treten meist Frauen beruflich kürzer – im Westen stärker als im Osten. So arbeiteten 2017 drei Viertel der westdeutschen Mütter mit einer reduzierten Stundenzahl. Unter den ostdeutschen war es die Hälfte.⁶ Im Osten ist es bis heute selbstverständlicher, dass auch Mütter im vollen Stundenumfang berufstätig sein können. Dazu trägt bei, dass eine ganztägige Kinderbetreuung in den ostdeutschen Ländern immer noch verbreiteter ist (► 2). Denn Väter in Ost und West reduzieren mit der Geburt ihrer Kinder weiterhin nur selten ihre Vollzeitstellen.

Die Teilzeitquote von Frauen ist zwischen Rügen und Erzgebirge geringer als zwischen Sylt und Alpenrand. Sie ist aber in beiden Landesteilen nach der Wiedervereinigung angewachsen.⁷ Während 2016 noch über 60 Prozent westdeutscher Mütter in Teilzeit angaben, ihre Arbeitszeit aufgrund von Familienverpflichtungen zu reduzieren, war dies nur für 45 Prozent der ostdeutschen Mütter der Grund. 18 Prozent von ihnen wollten gern mehr arbeiten, konnten aber schlichtweg keine Vollzeitstelle finden.⁸ Mit durchschnittlich 24 Wochenstunden sind sie dennoch stärker beruflich eingebunden als westdeutsche Frauen mit 20 Stunden.⁹

Gleichstellung noch nicht erreicht

Deutschland tut sich schwer, die führenden Positionen in Politik und Wirtschaft mit einem Anteil an Frauen zu besetzen, der ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht. Zwar wird das Land seit nunmehr 15 Jahren von einer Frau regiert. Doch schon unter den 16 derzeit amtierenden Ministerpräsidenten sind nur zwei weiblich. In den deutschen Großstädten waren 2017 gerade einmal acht Prozent der Oberbürgermeister weiblich.¹⁰ In der Wirtschaft ist in den letzten Jahren mit der gesetzlichen Geschlechterquote für Aufsichtsräte einiges in Bewegung gekom-

men, eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an obersten Führungspositionen ist aber noch nicht erreicht. 2019 waren immerhin zehn Prozent der Vorstandsmitglieder der 200 umsatzstärksten Unternehmen Deutschlands weiblich, 2006 lag dieser Anteil bei etwas mehr als einem Prozent.¹¹

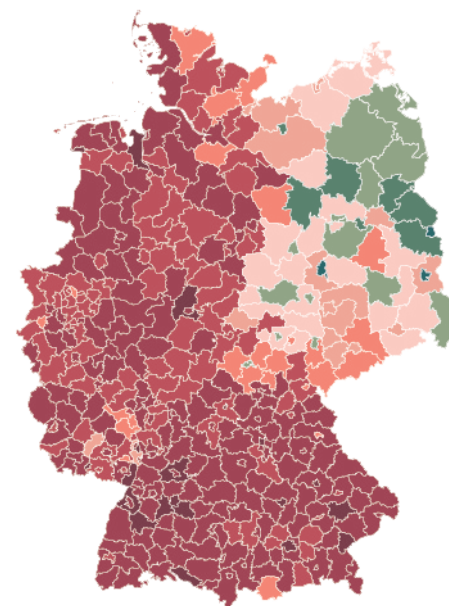
Ebenfalls selten kommen bis heute Menschen mit ostdeutscher Biografie in den obersten Führungsetagen an. Wo sie es aber schaffen, sind es öfter Frauen. Neben der Kanzlerin ist zurzeit das einzige weitere ostdeutsche Mitglied des Bundeskabinetts eine Frau. Und von den gerade einmal vier DAX-Vorstandsmitgliedern mit Ostbiografie sind drei weiblich.¹²

Die gewachsene Erwerbsbeteiligung und die höhere Bildung von Frauen haben nicht die Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern schwinden lassen. Vielmehr hält sich die Differenz seit Mitte der 1990er Jahre hartnäckig. Häufigere Teilzeittätigkeiten, geschlechtsspezifische Berufswahl, längere Erwerbsunterbrechungen für Kinder sowie seltenere Führungspositionen sind verantwortlich, dass der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern deutschlandweit noch immer bei 20 Prozent liegt.¹³ Europaweit ist der sogenannte *Gender Pay Gap* nur in Estland größer.¹⁴

Die Gründe für die niedrigeren Löhne sind im Osten weniger ausgeprägt. Deshalb herrscht dort auch in Einkommensfragen mehr Gleichberechtigung: Mit gerade einmal 7 Prozent fällt der Unterschied sehr viel geringer aus als im Westen mit 21 Prozent.¹⁵ Bundesweit verdienen Frauen in insgesamt 23 von 401 Kreisen und kreisfreien Städten sogar mehr als Männer. Und diese liegen alle im Osten der Republik.¹⁶ Der fortbestehende Vorsprung in der beruflichen Gleichstellung zahlt sich also ganz konkret aus. Hinzu kommt, dass Frauen im Osten öfter im öffentlichen Dienst tätig sind und aufgrund von Tarifverträgen ähnlich viel verdienen wie im Westen. Die Gehälter der Männer, die in der kleinteiligeren Privatwirtschaft des Ostens arbeiten, liegen dagegen weit unter dem Niveau vor allem der Männer in Süddeutschland.

Gleicher im Osten

Der Gehaltsunterschied zwischen den Geschlechtern fällt regional unterschiedlich aus. Im Westen der Republik verdienen Männer überall mehr als Frauen. In einigen Landkreisen im wirtschaftsstarken Süden erzielen die Männer im Medianeinkommen über 1.000 Euro mehr als Frauen. Umgekehrt im Osten: Hier bringen in zahlreichen Landkreisen und kreisfreien Städten Frauen am Ende des Monats mehr Geld mit nach Hause. Dies passiert jedoch auf einem insgesamt niedrigeren Lohnniveau.



Hier verdienen Frauen diesen Betrag mehr

- mehr als 300
- zwischen 300 und 100
- zwischen 100 und 0

Hier verdienen Männer diesen Betrag mehr

- zwischen 0 und 100
- zwischen 100 und 200
- zwischen 200 und 300
- zwischen 300 und 500
- zwischen 500 und 1.000
- mehr als 1.000

Differenz im Median der erzielten monatlichen Bruttoarbeitsentgelte von sozialversicherungspflichtig vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern in den Kreisen und kreisfreien Städten, in Euro, 2019

(Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit¹⁷, Darstellung nach Katapult¹⁸)

EINHEIT NOCH NICHT IN SICHT

Wie weit die deutsche Einheit gediehen ist, wird gern daran gemessen, ob die Bewohner im Osten der Republik inzwischen annähernd gleich viel verdienen wie jene im Westen. Auf den ersten Blick scheint die Antwort klar: Nach einer anfänglichen Aufholjagd, bei der das verfügbare Einkommen* der Ostdeutschen von 61 auf 79 Prozent des Westniveaus anstieg, passiert mittlerweile nicht mehr viel. Seit Mitte der 1990er Jahre verringert sich die Lücke nur noch im Schneckentempo. Den Ostdeutschen stehen 30 Jahre nach der Wiedervereinigung im Durchschnitt noch immer 14 Prozent weniger Einkommen zur Verfügung.¹ Viele fassen das als Zeichen dafür auf, dass die Arbeitsleistung zwischen Ostsee und Erzgebirge weniger gewürdigt werde.

Doch was am Ende des Monats in der Lohntüte steckt, hängt nicht per se von der Himmelsrichtung ab, sondern von der regionalen Wirtschaftsstruktur. So sind im Osten mehr Menschen in Branchen beschäftigt, in denen der Verdienst unterdurchschnittlich ist, in der Gastronomie, im Tourismus oder in einfachen Dienstleistungen. Unternehmen des produzierenden Gewerbes, die überdurchschnittlich hohe Löhne zahlen, wie Automobilhersteller, Chemie- und Maschinenbaubetriebe, sind besonders häufig im Süden und Südwesten der Republik ansässig.² Außerdem fehlen im Ostteil des Landes bis heute die ganz großen Unternehmen, die oftmals besser bezahlen. Gerade einmal 8 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten arbeiten in Betrieben mit 250 und mehr Mitarbeitern, in Westdeutschland sind es 23 Prozent. Auch gibt es die besonders gut entlohnten Jobs in den Leitungs- und Führungsebenen sowie den zentralen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen dort, wo die Konzernzentralen

sitzen. Diese sind im östlichen Landesteil aber kaum zu finden (► 14).³

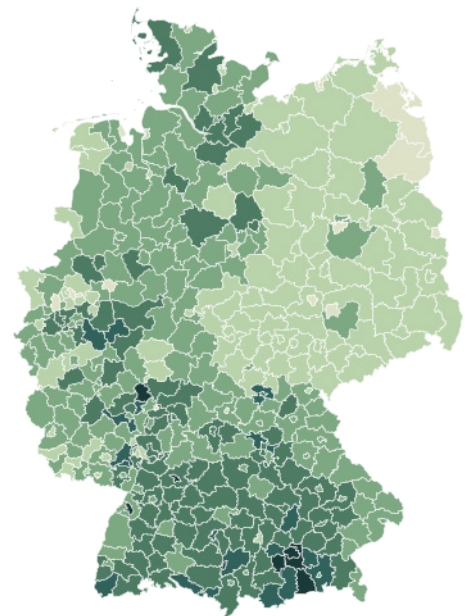
Und schließlich orientieren sich die Löhne an der Produktivität. Das Bruttoinlandsprodukt je Arbeitsstunde, das diese misst, lag 2018 in den östlichen Bundesländern noch immer bei 80 Prozent des westdeutschen Niveaus.⁴ Dieser Rückstand erklärt sich teilweise aus dem Mangel an großen Unternehmen mit strategischen Unternehmensfunktionen. Doch auch innerhalb der gleichen Betriebsgrößenklassen hängen ostdeutsche Unternehmen bis heute dem westdeutschen Produktivitätsniveau hinterher.⁵ Entsprechend können die Unternehmen ihren Mitarbeitern keine höheren Gehälter zahlen.

Im Osten sind die Unterschiede geringer

Das eigentliche Einkommensgefälle besteht jedoch nicht zwischen Ost und West, sondern zwischen den wirtschaftlich besonders erfolgreichen Regionen und jenen, die in einem harten Strukturwandel stecken. Dabei fallen die Unterschiede innerhalb des Westens weit größer aus als östlich der ehemaligen innerdeutschen Grenze. Noch zur Jahrtausendwende lagen die einkommensschwächsten Landkreise ausschließlich im Osten. Nun sind diese zunehmend weit im Westen der Republik zu finden. So haben die Bewohner einiger Ruhrgebietsstädte inzwischen deutschlandweit am wenigsten in ihren Geldbeuteln. Gleichzeitig wird die Kluft zu den reichsten Regionen immer größer. In den einkommensstärksten Landkreisen, in Starnberg bei München, dem Hochtaunuskreis im Umland der Finanzmetropole Frankfurt oder im baden-württembergischen Heilbronn haben die verfügbaren Einkommen in den letzten zwei Jahrzehnten deutschlandweit am deutlichsten zugelegt.⁶

In der Mitte schwimmt die Grenze

Mitte der 1990er Jahre hatte ein Bewohner Deutschlands im Mittel 14.600 Euro jährlich zur Verfügung, 2017 waren es 22.600 Euro. Zwar verdienen die Menschen im Ostteil des Landes im Schnitt noch immer weniger als jene im Westen, doch die Kreise mit den niedrigsten Einkommen liegen heute im Ruhrgebiet und damit im Westen. Die einkommensstärksten Kreise, allen voran Starnberg mit 39.000 Euro, sind mehrheitlich im Süden der Republik zu finden, aber auch in Hessen rund um die Finanzmetropole Frankfurt am Main.



Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in den Kreisen und kreisfreien Städten, in Euro, 2017

(Datengrundlage: VGRDL⁷)

- unter 18.500
- 18.500 bis unter 21.000
- 21.000 bis unter 23.500
- 23.500 bis unter 26.000
- 26.000 bis unter 28.500
- 28.500 und mehr

* gesamtes Einkommen (Gehälter, Renten, Pensionen, Sozialleistungen) nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben

Doch auch wenn die Einkommen bis heute in den meisten ostdeutschen Regionen niedriger sind, heißt das nicht zwangsläufig, dass sich die Menschen so viel weniger leisten können, als die Zahlen zunächst vermuten lassen. Laut Wirtschaftsforschern des ifo Dresden ist das Wohlstandsniveau höher, als Einkommens- und Vermögensdaten zeigen. Denn regional gehandelte Güter und Dienstleistungen, etwa die Brötchen vom Bäcker um die Ecke oder der Friseurbesuch, sind günstiger zu haben. Die Mieten liegen vielerorts und selbst in den Großstädten unter denen in Westdeutschland. Und wo die Immobilie weniger wert ist, kostet es im Umkehrschluss auch weniger, sich den Traum vom eigenen Häuschen zu erfüllen (► 22). Im Schnitt sieben Prozent günstiger ist das ostdeutsche Leben, wodurch die real verfügbaren Einkommen bereits bei 92,2 Prozent des westdeutschen Niveaus liegen. Dies ist kaum weniger als in Bremen oder im Saarland.⁸

Noch immer weniger im Sparstrumpf

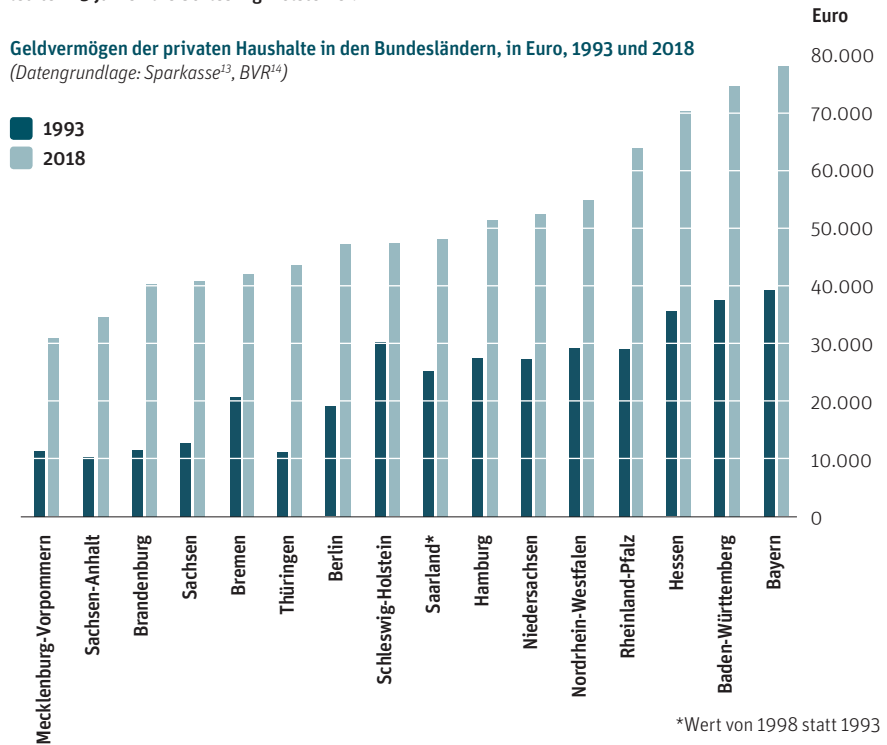
Die unterschiedlichen Einkommen innerhalb Deutschlands beeinflussen auch, wie viel die Menschen seit der Einheit sparen, anlegen oder in den Kauf einer Immobilie stecken konnten. Der Abstand zwischen den Vermögen in Ost und West ist zwar in den drei Jahrzehnten geschrumpft, aber immer noch groß. Bis 1998 hatten ostdeutsche Haushalte gerade einmal ein Drittel dessen angespart, was Haushalte auf der westlichen Seite zurückgelegt und investiert hatten. Heute verfügen sie im Schnitt über 88.000 Euro in Bargeld, Wertpapieren oder Immobilien, knapp halb so viel wie Westdeutsche mit 182.000 Euro.^{9,10}

Dabei hatte der Osten eine wesentlich ungünstigere Startposition: Die Nachkriegsgeneration in der alten Bundesrepublik und ihre Erben konnten schon lange vor dem Mauerfall Vermögen anhäufen – in Form eines eigenen Hauses, von Aktien oder üppigen Sparguthaben. Die Bewohner der ehemaligen DDR konnten dagegen in der Regel weniger beiseitelegen und nur selten in eine eigene

Der Süden bleibt reich, der Osten holt am schnellsten auf

Auch ohne Immobilien und Grundbesitz besitzt ein Haushalt ganz im Süden der Republik im Durchschnitt mit fast 80.000 Euro Geldvermögen mehr als doppelt so viel wie ein Haushalt an der Ostseeküste, der nur knapp 31.000 Euro an Geld und Wertpapieren angespart hat. Zwar sind weiterhin die ostdeutschen Haushalte weniger vermögend, konnten aber seit Anfang der 1990er Jahre am stärksten zulegen, allen voran die Thüringer, die heute fast viermal so viel Erspartes auf dem Konto haben. Das geringste Vermögenswachstum hatten in den letzten 25 Jahren die Schleswig-Holsteiner.

Geldvermögen der privaten Haushalte in den Bundesländern, in Euro, 1993 und 2018
(Datengrundlage: Sparkasse¹³, BVR¹⁴)



Immobilie investieren. Mit der Währungsunion kurz vor der Einheit wurden überdies die in DDR-Mark angesparten Rücklagen zwei zu eins umgetauscht, das heißt, sie halbierten sich. 30 Jahre sind kein besonders langer Zeitraum, um große Besitztümer aufzubauen, zumal mit niedrigeren Löhnen und einem geringeren Immobilien- und Wertpapierbesitz.¹¹ Und auch wer ein Haus oder eine Wohnung in den östlichen Bundesländern sein Eigen nennt, besitzt oft nicht so viel wie jemand im Westen des Landes. In vielen Regionen Ostdeutschlands sind Immobilien wegen der jahrelangen Abwanderung und den sinkenden Einwohnerzahlen sehr viel weniger wert als in den westdeutschen Boomregionen (► 22). So konnten sich die Vermögen bis heute kaum angleichen.

Ein Teil der noch immer großen Unterschiede im Besitz lassen sich auch durch das Fehlen einer Bevölkerungsgruppe erklären: Im Osten gibt es kaum Superreiche. Sie sitzen vor allem im Süden der Republik und in Hessen. Obwohl es nur einige wenige sind, ziehen sie dort mit ihren immensen Besitztümern das Durchschnittsvermögen nach oben. Wo weniger besonders Vermögende zu Hause sind, verfügt ein durchschnittlicher Haushalt auch über weniger Barschaft und Guthaben: So lag Schleswig-Holstein 2018 beim Geldvermögen je Haushalt nur knapp über Thüringen, Bremen sogar darunter.¹²

ANGLEICHUNG NOCH NICHT GESCHAFFT

Die Wirtschaftsstruktur der ostdeutschen Länder ist noch jung, sie entstand mit der Wiedervereinigung quasi neu. Im „Arbeiter- und Bauernstaat“ war kurz vor seinem Ende die Mehrheit der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft und in der industriellen Produktion beschäftigt, in der alten Bundesrepublik arbeiteten damals schon die meisten im Dienstleistungssektor.¹ Gerade die Produktion im Osten hat sich tiefgreifend gewandelt. Bereits 1991 war die Hälfte der Industriearbeitsplätze verloren gegangen, bis Mitte der 1990er Jahre war ihre Zahl auf ein Viertel geschrumpft.²

Die großen staatseigenen Betriebe der DDR konnten im marktwirtschaftlichen Wettbewerb, dem sie auf einen Schlag ausgesetzt waren, nicht bestehen. Aus den gut 12.000 Betrieben, welche die Treuhandanstalt nach der Zerlegung und Entflechtung der Kombinate im Portfolio hatte, entstanden bis 1994 knapp 8.000 privatisierte und reprivatisierte

Unternehmen. Rund 300 gingen an Kommunen und 3.700 mussten ihre Tore für immer schließen.³

Die Übernahme, aber auch die Neugründung von Betrieben im industriellen Sektor erfolgte häufig durch westdeutsche oder ausländische Eigentümer. Je größer diese Unternehmen waren, desto häufiger waren zumindest Miteigentümer aus dem Westen im Spiel. In den letzten 30 Jahren haben sich Ostdeutsche die ostdeutsche Wirtschaft nach und nach zurückerobert. Dies gilt vor allem für sogenannte Familienunternehmen, zu denen rund neun von zehn Firmen im Osten zählen. Hatte 1993 ungefähr die Hälfte der eigentümergeführten oder familienkontrollierten Unternehmen mit 250 und mehr Mitarbeitern mindestens einen Miteigentümer aus der alten Bundesrepublik, waren 2017 zwei Drittel der großen Familienunternehmen allein in ostdeutscher Hand.⁴

Neben den umgewandelten ehemaligen Staatsbetrieben entstanden vor allem in den 1990er Jahren zahlreiche neue Firmen. Dabei gründeten die Einheimischen vor allem in Branchen, die sich weniger gegen die westliche Konkurrenz behaupten mussten und regionale Bedürfnisse bedienten, etwa im Baugewerbe, in der Ernährung oder konsumnahen Dienstleistungen.⁵ Das prägt die Wirtschaftsstruktur bis heute.

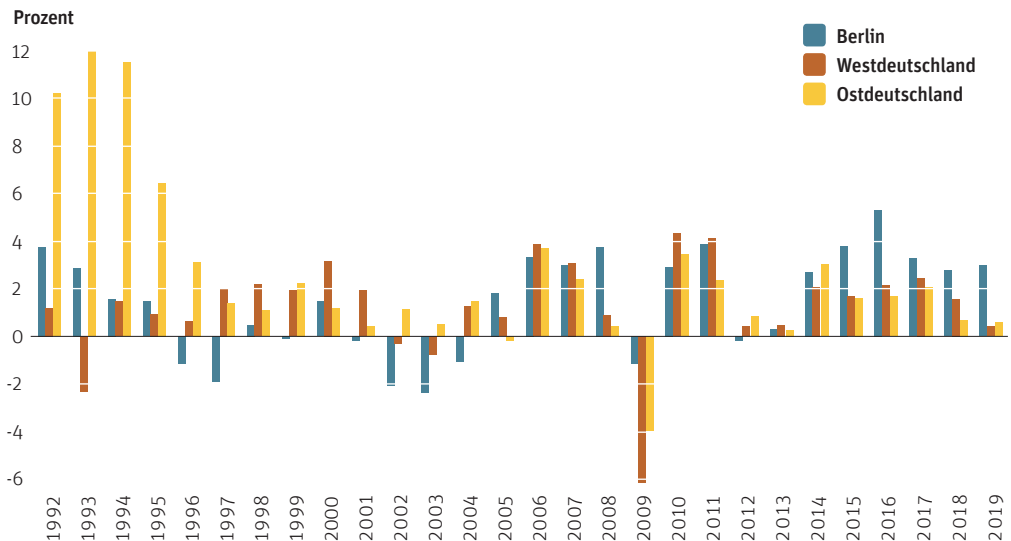
Branchen prägen Wirtschaftsstärke

Vor dem Hintergrund, dass die wirtschaftlichen Strukturen seit 1990 komplett umgekrempelt wurden, sehen Ökonomen die Fortschritte als enorm an. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbstätigen, das die Wirtschaftskraft einer Region misst, ist zwischen Ostsee und Erzgebirge um 127 Prozent gewachsen.⁶ Trotzdem haben die ostdeutschen Länder bislang wirtschaftlich nicht mit dem Westen aufschließen

Im Wachstum wieder zurückgefallen

Die Wirtschaft der ostdeutschen Bundesländer ist ausgehend von einem niedrigen Niveau vor allem in den ersten Jahren nach der Vereinigung rasant gewachsen. Doch schon ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre blieb dieses Wachstum oft hinter dem der westdeutschen Länder zurück, was eine Angleichung der Wirtschaftskraft kaum möglich machte. Seit Mitte der 2010er Jahre sticht die Bundeshauptstadt als Wachstumsmotor heraus.

Veränderungsrate des Bruttoinlandsproduktes (preisbereinigt, verkettet) gegenüber dem Vorjahr in Berlin, Ostdeutschland und Westdeutschland, in Prozent, 1992 bis 2019
(Datengrundlage: AG VGL¹²)



können. Seit Beginn des Jahrtausends nähert sich die Produktivität – gemessen am BIP je Arbeitsstunde – der ostdeutschen Wirtschaft nur noch sehr langsam der westdeutschen an und beträgt ungefähr vier Fünftel des westdeutschen Niveaus (► 13).⁷

Großen Wohlstand erwirtschaften bislang vor allem die Regionen, in denen die Produktion hochwertiger Güter eine zentrale Rolle einnimmt. Dazu gehört der Süden der Republik mit der Automobilindustrie. Auch innerhalb Ostdeutschlands gibt es Unterschiede. In Thüringen und Sachsen sind ebenfalls relativ viele Industriebetriebe ansässig.⁸ Die beiden Freistaaten konnten nach dem Mauerfall an alte Traditionen anknüpfen. Rund um das thüringische Eisenach sowie in den sächsischen Städten Zwickau und Chemnitz sitzt die Automobilindustrie, in der thüringischen Universitätsstadt Jena ist die optische Industrie zu Hause. Im Deutschlandranking des Berlin-Instituts von 2019 gehörten diese beiden Länder zu den wirtschaftlichen Aufsteigern der letzten Jahre.⁹

Mecklenburg-Vorpommerns wirtschaftliches Standbein ist dagegen der Tourismus, der zwölf Prozent der Bruttowertschöpfung des Landes ausmacht.¹⁰ Damit verbunden sind oft einfache Dienstleistungen sowie saisonale und prekäre Arbeitsverhältnisse in Gastronomie und Hotellerie, die selten Wohlstand in eine Region bringen.¹¹

Im Osten kaum Marktführer

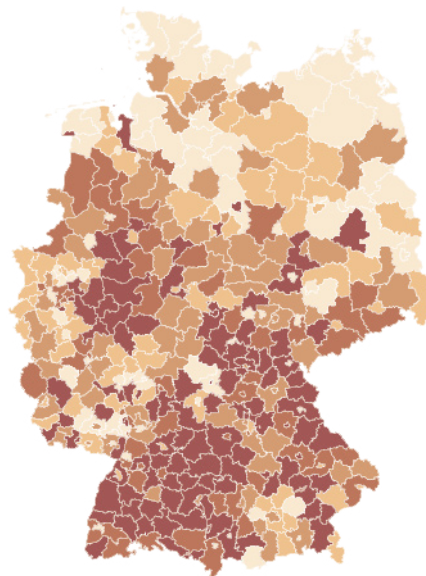
Antriebskräfte wirtschaftlicher Prosperität sind Unternehmenszentralen. Dort sind Forschung und Entwicklung, Marketing und Vertrieb angesiedelt und bieten Jobs für höher Qualifizierte. 2016 befanden sich die Stammsitze von 464 der 500 umsatzstärksten deutschen Unternehmen im Westen. Im östlichen Landesteil einschließlich Berlin waren dagegen nur 36 ansässig.¹³ Doch auch in der alten Bundesrepublik sind sie nicht gleichmäßig verteilt. Nach dem Top-500-Ranking 2018 häufen sich die Hauptsitze in den Metropolen, allen voran Hamburg mit allein

35 Zentralen, München mit 32 und Frankfurt am Main mit 26.¹⁴

Manch einer dieser Sitze verdankt der Westen der Teilung. Als die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs das heutige Staatsgebiet unter sich aufteilten, verlagerten Unternehmer ihre Standorte von Ost nach West. Das Optikunternehmen Carl Zeiss, Mitte des 19. Jahrhunderts im thüringischen Jena gegründet, hat seinen Sitz seit dieser Zeit im baden-württembergischen Oberkochen.¹⁵

Die Mitte und der Süden produzieren

Noch ist das verarbeitende Gewerbe vielerorts ein Garant für wirtschaftlichen Erfolg und Wachstum. Bis heute ist der industrielle Sektor dort besonders stark vertreten, wo er auch traditionell beheimatet war, unabhängig von Ost und West. Während Ostdeutschland insgesamt inzwischen weniger industrialisiert ist als Westdeutschland, ähnelt die Branchenstruktur im südlichen Thüringen und Westsachsen eher jener in Baden-Württemberg, Bayern oder dem südlichen Westfalen als der in Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern.



Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Bruttowertschöpfung in den Kreisen und kreisfreien Städten, in Prozent, 2017
(Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder²¹)

☐	unter 15
☐	15 bis unter 20
☐	20 bis unter 25
☐	25 bis unter 30
☐	30 und mehr

Dabei bestimmen die Großunternehmen nur einen Teil des Wirtschaftsgeschehens. Der Mittelstand ist der „Motor der deutschen Wirtschaft“.¹⁷ Kleine und mittelgroße Unternehmen bieten die meisten Arbeitsplätze und erwirtschaften mehr als die Hälfte des Wohlstandes, in Ost und West gleichermaßen.¹⁷

Vor allem die sogenannten Hidden Champions – wenig bekannte Weltmarktführer – sind das Rückgrat der deutschen Exportstärke. Sie sind allerdings mehrheitlich in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern anzutreffen, kaum in den ostdeutschen Flächenländern. Das liegt unter anderem daran, dass eine lange Tradition nötig ist, um mit hochspezialisiertem Wissen eine Marktnische für sich zu erobern. Drei Jahrzehnte reichen da kaum aus. Ein Sechstel aller Hidden Champions bundesweit ist älter als 140 Jahre, nur ein Viertel jünger als 40 Jahre.¹⁸

Besser durch die Krise?

Eine geringere industrielle Basis könnte den östlichen Ländern in der coronabedingten Krise zum Vorteil gereichen, vermuten Wirtschaftsforscher. Während Industrieunternehmen ihre Produktion drosseln mussten und es schwerer haben, ihre Waren an die Frau oder den Mann zu bringen, wirken sich die Einschränkungen gerade in den öffentlichen Dienstleistungen etwas schwächer aus.¹⁹ Der Vorteil dieser Struktur hat sich bereits einmal nach der Finanzkrise 2008 gezeigt, als die westdeutschen Länder einen stärkeren Wirtschaftseinbruch als die ostdeutschen verkraften mussten.²⁰

DEUTSCHLAND MIT GUTEM APPETIT

Durchreisende Autofahrer bemerken kaum, wenn sie die einstige Staatengrenze zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern überqueren. Der Blick auf die vorbeiziehende Landschaft offenbart jedoch eine auffällige Veränderung: Östlich der Grenzlinie dehnen sich riesige Ackerflächen bis zum Horizont aus, im Westen dagegen bilden Felder, Weiden und Waldstücke einen kleinteiligen Flickenteppich.

Zwei Agrarsysteme stießen nach dem Mauerfall aufeinander. Die Unterschiede sind bis heute sichtbar. In der alten Bundesrepublik liegt die Produktion pflanzlicher und tierischer Nahrungsmittel traditionell und bis heute hauptsächlich in den Händen bäuerlicher Familienbetriebe. Im Osten, wo im Zuge der Kollektivierung in den 1950er Jahren überwiegend landwirtschaftliche Produk-

tionsgenossenschaften (LPG) entstanden waren, dominieren Genossenschaften sowie Personengesellschaften, meist mit großen Nutzflächen. In Mecklenburg-Vorpommern lag die durchschnittliche Betriebsgröße 2016 bei 275 Hektar, in Sachsen bei 139 Hektar. Dagegen bewirtschafteten bäuerliche Betriebe in Schleswig-Holstein im Mittel 78 Hektar, in Baden-Württemberg sogar nur 35 Hektar.¹

Erfolgsmodell industrielle Landwirtschaft?

Im Vergleich zu allen anderen Branchen konnte sich die Ost-Landwirtschaft nach 1989 relativ erfolgreich an die neuen Bedingungen anpassen. Agrargenossenschaften fielen nicht unter das „Volkseigentum“. Vielmehr erhielten die Bauern, die freiwillig oder erzwungen einer LPG beigetreten waren, das

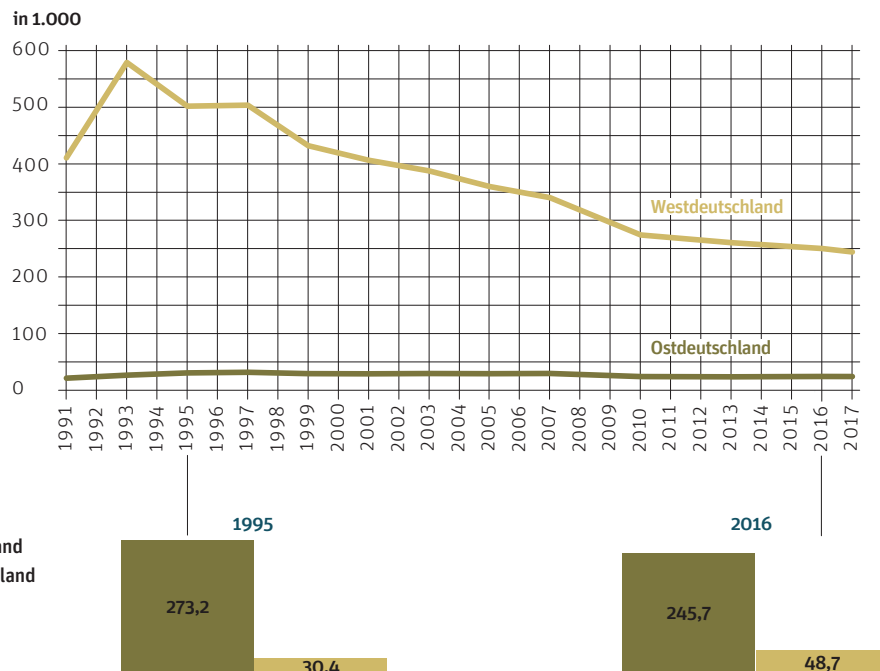
Eigentum an den eingebrachten Produktionsmitteln, vor allem am Boden zurück. Damit konnten sie sich noch im letzten Jahr der DDR als „Wiedereinrichter“ selbständig machen. Manche scheuten jedoch das Risiko oder die Flächen waren für einen rentablen Betrieb zu klein. So bildeten sich neue Genossenschaften oder Personengesellschaften, wobei häufig frühere LPG-Führungskräfte oder Funktionäre die Abwicklung der alten und die Leitung der neuen Betriebe übernahmen.

Die Großbetriebe hatten zu Zeiten der Planwirtschaft mit mehr Beschäftigten weniger erzeugt als die Höfe im Westen. In der DDR waren kurz vor dem Mauerfall etwa elf Prozent aller Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig, im alten Bundesgebiet, trotz kleinerer Betriebe, nur rund vier Prozent. Infolge zügiger Restrukturierung verloren bis 1993

Weniger Bauernhöfe, größere Flächen

Die moderne Landwirtschaft in Deutschland erfordert zunehmend höheren Kapitaleinsatz, die Preise für Agrarland und die Pachtentgelte steigen.²⁹ Landwirtschaftliche Betriebe mit großen Flächen, wie sie zu DDR-Zeiten üblich waren, können im harten EU-Wettbewerb nach wie vor gut mithalten. In Westdeutschland, wo kleine und mittlere Betriebsflächen vorherrschen, ist die Zahl der Höfe in den vergangenen 30 Jahren zurückgegangen.

Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in West- und Ostdeutschland mit einer Fläche von mehr als 5 Hektar, in Tausend, 1991 bis 2017



Durchschnittsgröße je Betrieb ab 5 Hektar in West- und Ostdeutschland, in Hektar, 1995 und 2016

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt²⁵, Deutscher Bauernverband²⁶, BMEL²⁷)

vier von fünf landwirtschaftlichen Beschäftigten in Ostdeutschland ihren Arbeitsplatz.² Für die ländlichen Räume dort bedeutete das einen gesellschaftlichen und ökonomischen Niedergang. Die landwirtschaftliche Produktionsleistung hingegen erlebte einen mächtigen Schub. Unter den Bedingungen der EU-Agrarpolitik wurden die Großbetriebe im Osten konkurrenzfähig und fuhren Gewinne ein.³

Den kleineren Familien- und Einzelbetrieben im Westen fällt es zusehends schwerer in diesem Wettbewerb mithalten. Schon lange vor der Einheit gaben insbesondere im Südwesten Höfe auf, häufig wegen fehlender Nachfrage.⁴ Jetzt schmälern steigende Investitionskosten bei sinkenden Erlösen die Renditen und die bäuerliche Einkommen.^{5,6}

Immer mehr geht nicht mehr

Die Ernährung der Bevölkerung ist gesichert, selbst unter verschärften Bedingungen wie dem Corona-Lockdown. Bei Getreide, das überwiegend auf den großen Flächen im Osten gedeiht, beträgt der Selbstversorgungsgrad in Deutschland rund 90 Prozent, bei Eiern 72 Prozent. Der heimische Gemüseanbau deckt knapp 36 Prozent des Bedarfs und der Obstbau gut 22 Prozent.⁷ Betriebe in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bayern, den Schwerpunkten der Nutztierhaltung, erzeugen Fleisch und Milch weit über den einheimischen Bedarf hinaus.⁸ Bei Schweinefleisch und Käse ist Deutschland Exportweltmeister.⁹ Und mehr als ein Drittel des weltweit produzierten Hopfens stammt aus deutschem Anbau.¹⁰

Seit einiger Zeit wächst das Bewusstsein, dass industrielle landwirtschaftliche Produktionsweisen zum Teil in eine Sackgasse führen. Die Kehrseiten sind bekannt: verdichtete Böden, nitratbelastete Gewässer, schwindende Artenvielfalt und Treibhausgas-Emissionen, die immerhin sieben Prozent am gesamtdeutschen jährlichen Ausstoß ausmachen. Klimawirksam ist vor allem das Methan aus den Mägen von Rindern. Die

Methan-Emissionen gingen zwar nach der Wiedervereinigung zurück, weil die Viehbestände reduziert wurden, bleiben aber seit der Jahrtausendwende ungefähr konstant.¹¹ Bei Verbrauchern wie auch bei vielen Bauern steigt die Unzufriedenheit mit der bisherigen EU-Agrarpolitik, die hohe Produktion auf großen Flächen belohnt, aber eine umwelt- und klimaschonende Erzeugung immer noch weniger berücksichtigt.

Zugleich steigt die Nachfrage nach Biolebensmitteln. Nach dem jüngsten Ernährungsreport des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) achten 40 Prozent der Befragten im Osten und 52 Prozent im Westen beim Einkauf auf das EU-Biosiegel.¹² Landwirte steigen daher zunehmend auf nachhaltige Wirtschaftsweisen um. Die Zahl der Ökobetriebe hat sich von 1996 bis 2019 mehr als vervierfacht. In gleichem Ausmaß haben sich die Ökoanbauflächen über diesen Zeitraum ausgedehnt. Sie stellen derzeit zehn Prozent der gesamten Agrarflächen.¹³ Dabei bilden sich zwischen Ost und West wieder die alten Unterschiede ab. Die fünf östlichen Flächenländer beherbergen zusammengenommen rund 5.000 ökologisch erzeugende und verarbeitende Betriebe, Importeure und Handelsunternehmen, wobei die Erzeuger eine Fläche von 566.000 Hektar bewirtschaften. Im Westen einschließlich Berlins sind es achtmal mehr Betriebe bei knapp doppelter Fläche.¹⁴

Gespaltenes Bewusstsein

Wiederkehrende Schlagzeilen über Missstände in Massentställen und Schlachthöfen, über Antibiotika-Einsatz und Seuchenausbrüche verursachen zwar bei vielen Unbehagen, verderben aber nur wenigen ganz den Appetit auf Fleisch. Dem BMEL-Ernährungsreport zufolge ernähren sich fünf Prozent der Bevölkerung im Westen vegetarisch und ein Prozent vegan, also gänzlich ohne tierische Lebensmittel, während 57 Prozent sich zu den „Flexitariern“ rechnen, also ab und zu zum Schnitzel greifen. Im Osten fanden sich vier Prozent Vegetarier, ein verschwindend

geringer Anteil Veganer und 46 Prozent gelegentliche Fleischesser.¹⁵ Bundesweit gaben 26 Prozent der Befragten an, täglich Fleisch oder Wurst zu verzehren, Männer häufiger als Frauen, Menschen mit Hauptschulabschluss eher als höher Gebildete und Ostdeutsche – wie schon um 1989 – häufiger als Westdeutsche.^{16,17}

Dem BMEL-Ernährungsreport zufolge ist für praktisch alle Befragten das Wichtigste am Essen, dass es „gut schmeckt“, und fast ebenso wichtig, dass es „gesund ist“.¹⁸ Gleichzeitig muss es aber auch schnell gehen, im Westen etwas mehr als im Osten.¹⁹ Fertiggerichte liegen voll im Trend. Wissenschaftler kamen jüngst zum Befund, in Deutschland herrsche „ungesunde Kost“ immer noch vor.²⁰ Tatsächlich essen die meisten nach wie vor zu viel, zu fettig, zu salzig und zu süß. Mitte der 2000er Jahre ergab die erste Nationale Verzehrsstudie (NVS II) nach der Einheit, dass 66 Prozent der Männer und 51 Prozent der Frauen Übergewicht aufweisen. 20 Prozent der Erwachsenen leiden an Fettleibigkeit (Adipositas) und haben damit ein erhöhtes Risiko, an Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Typ-2-Diabetes zu erkranken (► 5).²¹

Daran dürfte sich so bald nichts ändern. Ein Indiz dafür ist der Befund zur Risikowahrnehmung der NVS II: Die Befragten hielten zwar das Lebensmittelangebot in Deutschland für sicher. Die größten Risiken sahen jedoch drei Viertel von ihnen in Pestizidrückständen und verdorbener Ware, nur wenige in einer einseitigen Ernährung und zu hoher Kalorienaufnahme. Tatsächlich verhält es sich genau umgekehrt.²² Wie der Bundesverband der Krankenversicherung AOK kürzlich herausfand, verfügt mehr als die Hälfte der Bundesbürger über eine problematische oder ungenügende Kompetenz in Sachen Ernährung. Sie sind gewissermaßen Analphabeten, wenn es um die Auswahl von Lebensmitteln nach gesundheitlichen Gesichtspunkten geht, um die Planung von Mahlzeiten nach Geldbeutel und Zeitbudget, um variantenreiche Zubereitungsarten oder um die Bedeutung gemeinsamer Mahlzeiten für das Wohlbefinden.^{23,24}

UMWELT ALS EINHEITSGEWINNER?

Anhaltende Hitzewellen und Trockenheit lassen derzeit viele Land- und Forstwirte verzweifeln. Zu warme Winter vermässeln den Skigebieten in den Mittelgebirgen die Saison, ob am Fichtelberg im Erzgebirge oder dem Feldberg im Schwarzwald. Das Thema Erderwärmung treibt längst nicht mehr nur Wissenschaftler und einzelne Aktivisten um. Seit nunmehr zwei Jahren schließen sich auch in Deutschland Jugendliche der weltweiten Bewegung *Fridays for Future* an und fordern von den politischen Entscheidungsträgern mehr wirksames Handeln gegen den menschengemachten Klimawandel.

Eine Zeitlang gehörte die Bundesrepublik zu den weltweiten Vorreitern beim Klimaschutz. Bis Ende der 2000er Jahre gingen die Emissionen von Kohlendioxid (CO₂) und anderen klimawirksamen Treibhausgasen kontinuierlich zurück. Das war aber größtenteils eine Folge der Deindustrialisierung des Ostens nach der Wiedervereinigung. Weil zahlreiche Fabriken ihre Tore schließen mussten, reduzierten sich die Emissionen deutlich.¹

Es liegt eine Spur Ironie darin, dass es Proteste gegen die Umweltschäden in der DDR waren, die zum Ende des politischen Systems beitrugen – und damit letztlich zu diesem Fortschritt beim Klimaschutz. Die Unzufriedenheit wuchs spätestens in den 1980er Jahren, weil die Zerstörungen sicht- und spürbar waren. Die DDR-Industrieanlagen und Kraftwerke stießen pro Kopf europaweit am meisten Schadstoffe aus. Neben Kohlendioxid, Staub und Schwermetallen war das vor allem Schwefeldioxid aus der Verbrennung von Braunkohle, aus der das Land 70 Prozent seines Energiebedarfs deckte. 1989 lagen die Schwefeldioxid-Emissionen im Osten um mehr als das Fünffache über jenen der alten Bundesrepublik.² Vielerorts herrschte im Wortsinn dicke Luft, in manchen Gegenden

litt fast jedes zweite Kind an Atemwegserkrankungen.³ Die Schaumkronen aus giftigen Industrieabwässern, die auf Flüssen und Seen schwammen, waren nicht zu übersehen. Doch die Staatsführung unterdrückte eine öffentliche Diskussion zu Umweltschäden, die sich aber nicht mehr verheimlichen ließ. Umwelterstörung war eines der zentralen Themen der Oppositionsbewegung, die schließlich zur Wende und zum Fall der Mauer führte.⁴

Bemühungen um Umweltschutz reichen nicht

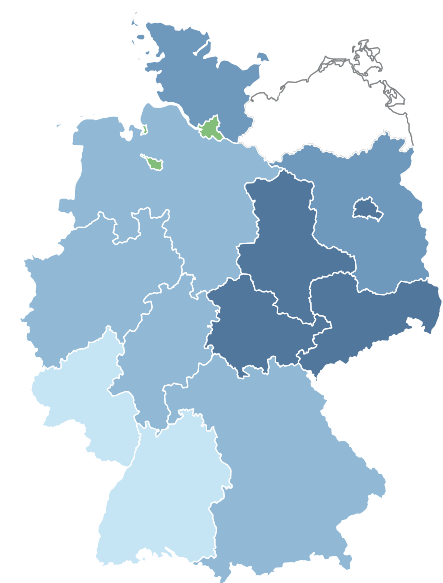
Im Zuge des Vereinigungsprozesses gehörten schlechte Luft und vergiftete Flüsse im Osten bald der Vergangenheit an. Die Betriebe, die weiter produzieren konnten, mussten nun die bundesdeutschen Umweltstandards erfüllen und Filter- und Entschwefelungsanlagen einbauen. Infolgedessen sanken die industriellen Emissionen von Kohlen- und Schwefeldioxid rasch.⁵

Im dritten Jahrzehnt der Einheit zeigt sich jedoch immer deutlicher, dass die Bemühungen um Umweltschutz bei Weitem nicht ausreichen – bundesweit. Der menschengemachte Klimawandel mit seinen negativen Folgen ist nicht nur ein globales Problem, sondern immer häufiger vor der eigenen Haustür zu spüren. Aufgrund mangelnder Niederschläge trocknen die Böden besonders im Osten des Landes und im Rhein-Main-Gebiet immer stärker aus.⁶ Vor allem in Brandenburg und im östlichen Sachsen, aber auch in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen steigt Jahr für Jahr die Waldbrandgefahr.⁷

Im Jahr 2002 hat die Bundesregierung erstmalig eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie verfasst. 2016 hat sie diese in Anlehnung an die internationalen *Sustainable Development*

Emissionen sinken zu langsam

In der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung hat sich Deutschland vorgenommen, bis 2020 seine Treibhausgasemissionen um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Allein die drei mitteldeutschen Länder sowie Berlin hatten bereits 2017 dieses Ziel erreicht, vor allem dank der Schließung alter Industriebetriebe Anfang der 1990er Jahre. Thüringen und Berlin zählen mit einem Ausstoß von 4,8 respektive 4,4 Tonnen CO₂-Äquivalenten pro Einwohner im Jahr 2017 auch aktuell zu den Klimavorreitern. In Brandenburg oder Sachsen gelangen dagegen 22 respektive 12 Tonnen klimaschädliche Gase pro Einwohner jährlich in die Atmosphäre. Das sind die höchsten Werte im ganzen Bundesgebiet.



Energiebedingte CO₂-Emissionen aus dem Primärenergieverbrauch (ohne Luftverkehr) in den Bundesländern, in Prozent, 2017 im Vergleich zu 1990

- -40 und weniger
- -20 bis unter -40
- -10 bis unter -20
- 0 bis unter -10
- 0 und mehr
- keine Daten

(Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder¹²)

Goals (SDGs) grundlegend überarbeitet. Konkret steht in der Strategie unter anderem, in welchem Ausmaß Deutschland seinen Energiebedarf durch erneuerbare Energien decken, die Schadstoffbelastung der Luft weiter verringern und die Emissionen von Treibhausgasen reduzieren will.⁸

Bis vor kurzem war absehbar, dass Deutschland das selbstgesteckte Ziel weit verfehlen würde, den Ausstoß von CO₂ und anderen klimawirksamen Gasen bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber dem Wert von 1990 zu senken. Dann kam der Corona-Pandemie erneut ein historisches Ereignis zu Hilfe: Mehrere Wochen lang waren weniger Autos und LKW unterwegs, mussten Flugzeuge am Boden bleiben und die Industrie ihre Produktion drosseln. Entsprechend weniger klimaschädliche Emissionen erwarten Experten.⁹ Es ist allerdings zu erwarten, dass es sich dabei um einen Einmaleffekt handelt ohne grundlegende Veränderungen. Bislang ist jedenfalls beim Verkehr keine Umkehr festzustellen: Auspuffe blasen heute noch praktisch gleich viele CO₂-Äquivalente in die Atmosphäre wie Anfang der 1990er Jahre.¹⁰ Trotz gestiegenem Umweltbewusstsein und spürbarem Klimawandel verzichten die wenigsten im Land auf ihr Auto oder Flugreisen (► 17).¹¹

Die Wende zu den Erneuerbaren

Im Energiesektor bewegt sich immerhin etwas. Bei der Erzeugung von Strom verdrängt ein steigender Anteil erneuerbarer Energien die fossilen Energieträger. So konnte Deutschland seine Emissionen 2019 um mehr als 50 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente im Vergleich zum Vorjahr allein dank des Stromsektors senken.¹³

Die sogenannte Energiewende ist in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich vorangeschritten. Seit der Jahrtausendwende fließt immer mehr Strom aus Wind, Sonne, Wasser und Biomasse durch die Leitungen. Aktuell stammen bereits 43 Prozent des in Deutschland verbrauchten Stroms aus diesen

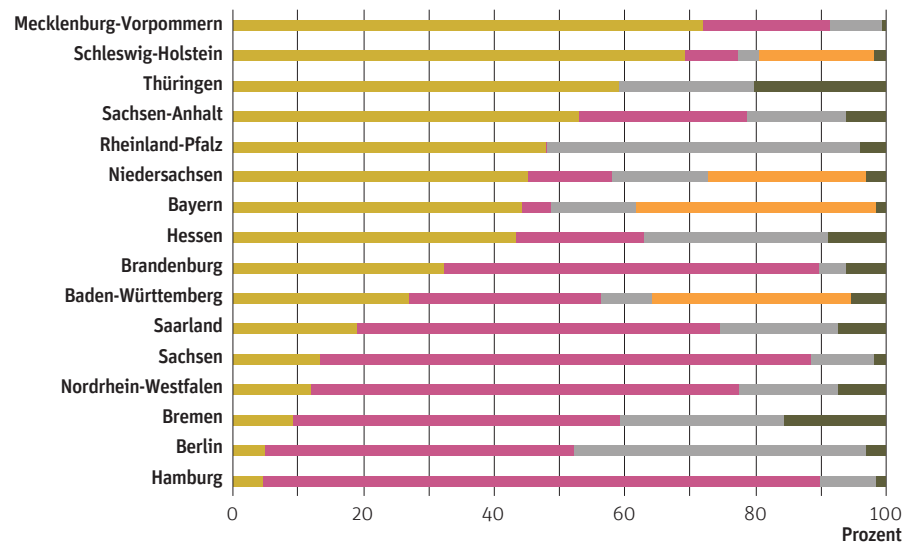
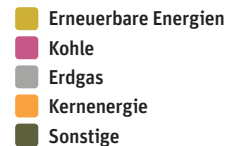
Quellen. Zwanzig Jahre zuvor lag der Anteil gerade einmal bei 6 Prozent.^{14,15} An der Erzeugung dieses „sauberen“ Stroms sind vor allem die Länder beteiligt, in denen der Wind kräftig weht, wie Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern, aber auch jene, die ausreichend Platz für Windparks bieten, wie Thüringen und Sachsen-Anhalt. Diese Länder decken mehr als die Hälfte ihres Strombedarfs aus nachhaltigen Quellen. Dagegen stammt in Ländern, in denen noch immer Kohle aus der Erde gebaggert wird, wie Sachsen, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen, der Strom mehrheitlich aus diesem fossilen Brennstoff.¹⁶

Auch wenn der Strom vielerorts in Deutschland bereits „grün“ ist, der gesamte Energieverbrauch – also auch die Energie, die wir beispielsweise als Wärme oder als

Kraftstoff für Fahrzeuge nutzen – beruht in Deutschland zu fast 80 Prozent noch immer auf den endlichen fossilen Rohstoffen.¹⁷ Es bedarf daher weiterer Anstrengungen, damit zukünftig die Energiewende gelingt. Am weitesten fortgeschritten in diesen Bemühungen sind laut einem Vergleich der Bundesländer des DIW bislang Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg. Aber auch Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern gehören zu den Top 5 der deutschen Energiewende-Vorreiter. In diesen Ländern sind sowohl die politischen Bestrebungen zu einer nachhaltigeren Energienutzung als auch die Erfolge, wie mehr Elektromobilität, Rückgang der CO₂-Emissionen oder Nutzung erneuerbarer Wärmequellen, am weitesten fortgeschritten. Am Ende des Rankings stehen Sachsen, Berlin und das Saarland.¹⁸

Bei der Energiewende liegen der Norden und die Mitte des Landes vorn

Im Norden der Republik liefert vor allem Wind regenerative Energien, während der Süden hauptsächlich Photovoltaik und Wasserkraft nutzt.¹⁹ Durch seine windreichen Regionen weist der Osten Deutschlands im gesamtdeutschen Vergleich einen hohen Anteil an erneuerbaren Energien auf.²⁰ Aber auch die Braunkohle bleibt kennzeichnend für die Energieerzeugung in Ostdeutschland. In Sachsen stammen drei Viertel des Stroms daraus, in Brandenburg immer noch mehr als die Hälfte.



Bruttostromerzeugung nach Energieträgern in den Bundesländern, in Prozent, 2017
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt²¹)

AUF DEM LAND WENIG ALTERNATIVEN ZUM EIGENEN AUTO

Die Liebe der Deutschen zum eigenen Auto zeigt sich in Ost und West gleichermaßen. Ende der 1980er Jahre besaßen zwei Drittel der westdeutschen und etwas mehr als die Hälfte aller ostdeutschen Haushalte ein eigenes Auto.¹ In der DDR waren der Kauf eines Trabanten oder Wartburg mit viel Geduld und einer Wartezeit von 12 bis 16 Jahren verbunden.² Mit dem Mauerfall fiel diese weg und der Motorisierungsgrad stieg rasch. Bereits 1993 nannten auch dort zwei von drei Haushalten einen PKW ihr Eigen.³ Inzwischen verfügen deutschlandweit mehr als drei Viertel der privaten Haushalte über mindestens einen PKW, aber links und rechts der ehemaligen Grenze bestehen weiterhin Unterschiede.⁴ Gibt es aktuell in acht von zehn westdeutschen Haushalten ein Auto, ist dies nur in sieben von zehn ostdeutschen der Fall.⁵ In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern leben ein Viertel der Haushalte ohne eigenen PKW, obwohl gerade dort die Wege weit sind. In allen westlichen Flächenländern außer dem stark verstädterten Nordrhein-Westfalen trifft dies nicht einmal auf ein Fünftel zu. Ein Grund dafür dürfte sein, dass gerade in den ländlichen Räumen im Osten der Republik schon überdurchschnittlich viele Ältere zu Hause sind. Diese sind seltener im Besitz eines Autos.⁶

Das Auto bleibt für viele Deutsche das Verkehrsmittel der Wahl, trotz anhaltender Diskussionen um Klimawandel, Verkehrssicherheit und Staus. Die vielfach geforderte Verkehrswende ist noch nicht in Sicht. 2017 legten die Deutschen im Schnitt drei von vier Kilometern in einem PKW zurück.⁷ Die umweltfreundlichen Alternativen, wie Fahrrad, ÖPNV oder Bahn machen seit Jahren unverändert gerade einmal ein Fünftel des Verkehrsaufkommens in Deutschland aus.⁸

Deutschland auf Achse

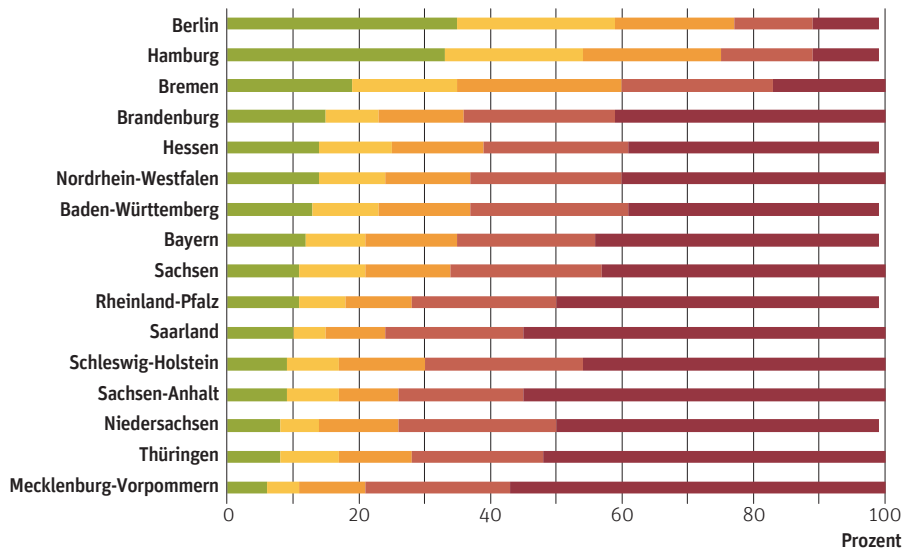
An einem durchschnittlichen Tag verlassen 85 Prozent der Bevölkerung ihr Haus, um zur Arbeit, zum Kindergarten oder zur Schule zu gehen, aber auch um einzukaufen, einen Arzt zu besuchen oder im Sportverein aktiv zu sein.⁹ Seit der Wiedervereinigung sind diese täglichen Wege immer länger geworden – auf dem Land mehr als im urbanen Umfeld. Die Zahl der Kilometer, die Menschen in Deutsch-

land mit ihren Autos, in Bussen und Bahnen insgesamt unterwegs waren, lag 2018 um 30 Prozent höher als noch zu Beginn der 1990er Jahre.¹⁰ Ein Bewohner Deutschlands legt heute im Schnitt täglich 39 Kilometer zurück. In ländlichen Regionen und in Kleinstädten sind dabei die Wege mit durchschnittlich 44 Kilometern am Tag deutlich länger als in zentralen Städten. Deren Bewohner sind im Schnitt nur 36 Kilometer am Tag unterwegs.¹¹

Wo Menschen selten Bus und Bahn fahren

Dort, wo die Wege weit und der ÖPNV stark ausgedünnt sind, nutzen die Bewohner kaum Busse und Bahnen. Aber auch in Regionen, wo besonders viele ein Auto besitzen, hat der öffentliche Nahverkehr wenig Kunden. In der Autostadt Wolfsburg legen die Menschen gerade einmal sechs Prozent ihrer Wege mit dem ÖPNV zurück, deutschlandweit sind nur die Bewohner im brandenburgischen Landkreis Ostprignitz-Ruppin seltener öffentlich unterwegs.

- täglich bzw. fast täglich
- an 1 bis 3 Tagen pro Woche
- an 1 bis 3 Tagen pro Monat
- seltener als monatlich
- nie bzw. fast nie



Häufigkeit der Nutzung von Bussen und Bahnen von Personen ab 14 Jahren in den Bundesländern, in Prozent, 2017 (Datengrundlage: infas¹⁵)

Die wachsenden Distanzen gehen vor allem auf das Konto der Arbeitswege. 19,3 Millionen Beschäftigte pendelten 2018 zu ihrem Arbeitsplatz. Das sind 4,3 Millionen mehr als zwei Jahrzehnte zuvor. Gependelt wird insbesondere zwischen den Großstädten und ihrem Umland. In die Pendlerhauptstadt München kommen jeden Tag 390.000 Umlandbewohner mit Bahn, Bus oder Auto. Auch nach Frankfurt am Main, Hamburg und Berlin pendeln täglich tausende Bewohner aus dem Umland. Und dieses vergrößert seinen Radius stetig. Unter anderem deshalb sind die durchschnittlichen Arbeitswege länger geworden, von 14,8 Kilometer im Jahr 2000 auf 16,9 Kilometer im Jahr 2018. Jeder zehnte Beschäftigte legt sogar mehr als 50 Kilometer zurück.¹²

Besonders lang sind die Distanzen für diejenigen, die fern der Ballungszentren leben. Dies trifft vor allem die Bewohner dünn besiedelter ostdeutscher Flächenländer. In großen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns, Brandenburgs und Sachsens-Anhalts fahren die Menschen im Durchschnitt mehr als 30 Kilometer in eine Richtung zur Arbeit.¹³

Verkehrswende bislang vor allem in den Städten

Gerade dort, wo die Wege besonders weit sind, ist die öffentliche Verkehrsinfrastruktur oft nur noch unzureichend vorhanden: Busse fahren selten, mancherorts sind sie nur noch zweimal täglich unter der Woche als Schülerverkehr unterwegs. Mit Gras überwachsene Gleise zeugen von Bahnstrecken, die schon vor Jahren stillgelegt wurden. In Ost wie in West gilt: Je ländlicher es wird, umso seltener haben Bewohner einen adäquaten ÖPNV-Anschluss in erreichbarer Nähe. Doch während in den östlichen dünn besiedelten ländlichen Kreisen 2017 immerhin 83 Prozent der Bewohner eine Haltestelle mit mindestens zehn Fahrten am Tag im 1.000 Meter Radius erreichen konnten, galt dies in den abgelegenen Landkreisen des Westens nur noch für 75 Prozent der Bewohner. Besonders dünn sind die Angebote gemeinschaftlichen Fahrens in ländlichen Regionen Bayerns, Rheinland-

Pfalz, im westlichen Niedersachsen sowie in Mecklenburg-Vorpommern gesät.¹⁴ Das lässt wenig Alternativen zum Auto.

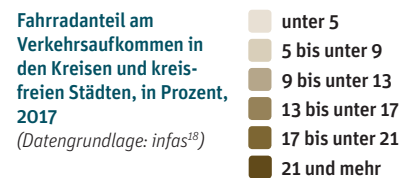
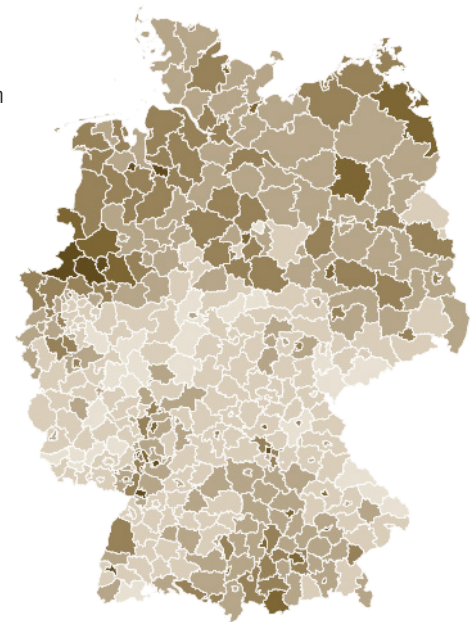
Am einfachsten ist das Leben ohne motorisierten Untersatz für die Bewohner der Großstädte. Der öffentliche Nahverkehr ist in den meisten Städten so gut ausgebaut, dass fast jeder Bewohner mit Bussen und Bahnen sein Ziel erreichen kann. In Berlin kommt die Hälfte ohne eigenes Auto aus, in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen nur geringfügig weniger. Dort sind es vor allem die Jüngeren, die immer öfter auf Alternativen zum motorisierten Individualverkehr setzen. Verzichtete nicht einmal ein Drittel kinderloser Haushalte, deren Bewohner jünger als 35 Jahre alt waren, zur Jahrtausendwende auf einen PKW, ist es heute schon fast die Hälfte.¹⁶

Auch das Fahrrad als Alternative zum Auto gewinnt vor allem in den Städten an Fahrt. Dass immer mehr Deutsche sich aufs Rad schwingen, liegt hauptsächlich an den Stadtbewohnern. Dort legte der Fahrradanteil an allen Wegen zwischen 2002 und 2017 von 9 auf 15 Prozent zu. Die Wege sind vergleichsweise kurz und lassen sich einfacher mit Muskelkraft und Pedalen bewältigen. Auf dem Land nimmt der Radverkehr dagegen insgesamt weiter ab, obwohl es mit Elektrofahrrädern in den letzten Jahren einfacher geworden ist, auch längere Distanzen auf zwei Rädern zu überwinden.¹⁷

Neben den schon länger bekannten umweltfreundlichen Alternativen zum eigenen Auto sind in den letzten Jahrzehnten Mobilitätslösungen entstanden, die zur Wiedervereinigung noch in den Kinderschuhen steckten. Die ersten Carsharing-Fahrzeuge – Autos zum Teilen – kamen in den Wendejahren in Berlin auf die Straße. 30 Jahre später nutzen deutschlandweit 2,3 Millionen Kunden die insgesamt 25.000 Carsharing-Fahrzeuge. Den größten Marktanteil hat dieses Modell bis heute aber auch in den Städten. Die meisten Fahrzeuge zum Teilen pro Einwohner gibt es in Karlsruhe, München und Hamburg. Allein Leipzig und Halle an der Saale

Der Norden fährt Rad

30 Jahre nach der Wiedervereinigung ist das Fahrrad beliebter denn je, doch das Radeln bleibt ein urbanes Phänomen. Wo Bewohner mit der Fahrradinfrastruktur zufrieden sind, schwingen sie sich auch häufiger auf den Sattel. Gerade die Norddeutschen machen sich besonders häufig mit dem Fahrrad auf den Weg. Das flache Gelände dürfte ein wesentlicher Grund dafür sein. In der Mitte des Landes, wo Mittelgebirge die Landschaft durchziehen, setzen sich die Menschen seltener auf ihren Drahtesel.



haben es als ostdeutsche Städte in das Top-20-Ranking geschafft.^{19,20} Und so ist in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin immerhin in 20 respektive 16 Prozent der Haushalte mindestens eine Person Carsharing-Mitglied, in den ostdeutschen Flächenländern trifft dies nur auf 1 Prozent der Haushalte zu.²¹

VOM FEHLENDEN TELEFONANSCHLUSS ZUM GLASFASERNETZ

Kaum etwas hat sich in den letzten 30 Jahren so stark verändert wie die Art und Weise, wie wir miteinander kommunizieren. Als die Mauer fiel, war das verbreitetste Kommunikationsmittel das Festnetztelefon. Doch während es in fast jedem westdeutschen Haushalt zur Standardausstattung gehörte, war es in der DDR ein seltenes Gut. Gerade einmal 1,6 Millionen Telefonanschlüsse gab es dort 1989, im Schnitt für neun Bewohner einen.^{1,2} Eine veraltete Technik und kaum ausreichend Leitungen machten es auch nach dem Mauerfall unmöglich, von heute auf morgen alle mit einem eigenen Telefon zu versorgen. Es dauerte noch bis 1997, weitere 7,2 Millionen Anschlüsse zu legen. Dann konnten endlich die meisten aus den eigenen vier Wänden telefonieren, statt dafür zur nächsten Telefonzelle gehen zu müssen.³

Heute hat fast jeder in Deutschland ein privates Telefon. Seit Ende der 2000er Jahre laufen aber die mobilen Telefone für unterwegs den fest installierten den Rang ab. Besaß 1998 gerade einmal jeder zehnte Haushalt ein Mobiltelefon, gibt es heute in fast jedem mindestens eins. Die Zahl der Festanschlüsse nimmt hingegen langsam ab.⁴ Diese Entwicklung verlief in allen Ecken der Republik ähnlich.

Das Internet erreicht immer mehr Menschen

Ein weiterer Wandel der Kommunikation hat das gesamte Land erfasst und eröffnet neue Möglichkeiten: Ungefähr so lang wie das wiedervereinigte Deutschland existiert das weltweite Kommunikationsnetz, das Internet. Der Austausch per E-Mail oder Besprechungen per Videokonferenz nehmen einen immer

größeren Teil des beruflichen Alltags ein. Und auch privat nutzen die Menschen das Netz, um sich zu informieren, für die Buchung der nächsten Urlaubsreise oder das Streamen von Filmen. Zurzeit sind 86 Prozent der Bevölkerung Deutschlands ab 14 Jahren regelmäßig online. Kurz nach der Jahrtausendwende traf dies auf gerade einmal 37 Prozent der Bevölkerung zu.⁵ Der rasante Anstieg liegt auch daran, dass der Computer nicht mehr der einzige Weg ins Netz ist, sondern mit der Verbreitung des Smartphones das Internet quasi in der Hosentasche immer dabei ist. Drei von vier Bewohnern Deutschlands nutzen das World Wide Web mobil.⁶ Im Bus und auf der Parkbank rufen sie nun die aktuellsten Nachrichten ab, senden Fotos an Freunde oder kaufen das Busticket bargeldlos.

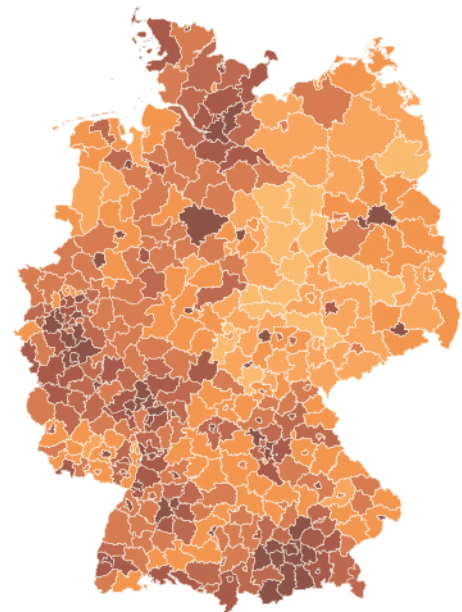
Doch es zeigen sich auch regionale Unterschiede. Während fast neun von zehn Norddeutschen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen immer mal wieder online gehen, sind es in den Flächenländern im Osten nur acht von zehn Bewohnern. Dass im Osten mehr Menschen offline bleiben, lässt sich zum einen mit einer schlechteren digitalen Anbindung erklären, zum anderen mit der demografischen und sozialen Struktur: Bei den über 69-Jährigen nutzt gerade einmal die Hälfte das Internet und auch Menschen ohne Job sind seltener im Netz unterwegs.⁷ Beide Gruppen sind im Osten stärker vertreten (► 4).

Digitalisierung als Chance für den ländlichen Raum

Die Corona-Pandemie hat im dreißigsten Jahr der deutschen Einheit schlagartig viele öffentliche Lebensbereiche in das häusliche

Aus der Großstadt ins weltweite Netz

Die meisten Webseiten entstehen dort, wo viele Internetnutzer, aber auch die beste Datenverfügbarkeit anzutreffen sind: in den Städten. Die mit Abstand meisten deutschen www-Adressen stammen aus der Stadt Osnabrück, wo im Schnitt jeder Einwohner 1,5 Internetseiten betreibt. In Sachsen-Anhalt sind dagegen die wenigsten Seiten beheimatet. Im Altmarkkreis Salzwedel kommt auf 16 Bewohner gerade einmal eine Seite.



Anzahl der Internetdomains .de je 1.000 Einwohner in den Kreisen und kreisfreien Städten, 2018

(Datengrundlage: Statistische Ämter des Bundes und der Länder⁸)

- unter 50
- 50 bis unter 75
- 75 bis unter 100
- 100 bis unter 125
- 125 bis unter 150
- 150 bis unter 175
- 175 bis unter 200
- 200 und mehr

Umfeld der Menschen verbannt. Bei allen Beeinträchtigungen, die das mit sich brachte, trat zutage, welche Vorteile die Digitalisierung bieten kann. Arbeiteten 2019 etwas mehr als sieben Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland wenigstens manchmal im sogenannten Homeoffice, erledigten im April 2020 laut der Mannheimer Corona-Studie ungefähr jeder Vierte und laut einer Studie des DIW sogar mehr als jeder Dritte seinen Job mobil vom heimischen Schreibtisch aus.^{9,10} Unternehmen, die bislang noch Bedenken hatten, lernten in Zeiten des Kontaktverbots Nutzen und Möglichkeiten des digitalen Arbeitens kennen.

Das ortsungebundene Arbeiten über Laptop und Smartphone könnte auch eine Chance für das Land, vor allem in ostdeutschen Regionen sein. Nicht weit von stark wachsenden Städten wie Leipzig oder Berlin liegen ländliche Gebiete mit viel Platz und leerstehenden Immobilien. Dort finden gestresste Städter neue Freiräume. In bestimmten urbanen Milieus stößt das Landleben in jüngster Zeit auf wachsendes Interesse. Die Digitalisierung dient dabei als Umzugshelfer für Menschen, deren Arbeitsplätze bislang vor allem in den Städten zu finden sind. Das sind oft Akademiker und Wissensarbeiter, die ihren Broterwerb einfach „mitnehmen“ können. Dörfer in der brandenburgischen Uckermark oder in der sächsischen Oberlausitz können so neue Bewohner gewinnen.¹¹

Noch keine gleichwertigen Anschlüsse

Welche Regionen von diesen Vorteilen der Digitalisierung profitieren können, hängt davon ab, wie gut sie an das digitale Netz angeschlossen sind, ob per Kabel, Glasfaser oder Funk. Der Ausbau des Breitbandnetzes schreitet zwar voran, aber Deutschland ist noch weit davon entfernt, dass Daten in jedem Winkel des Landes mit vergleichbar hohen Übertragungsraten durchs Netz jagen. Wie schnell Nutzer im Internet unterwegs sein können, ist vielerorts noch abhängig davon, ob sie in der Stadt oder auf dem Land wohnen. Während fast jeder großstädtische Haushalt heute mit mindestens 50 Mbit pro

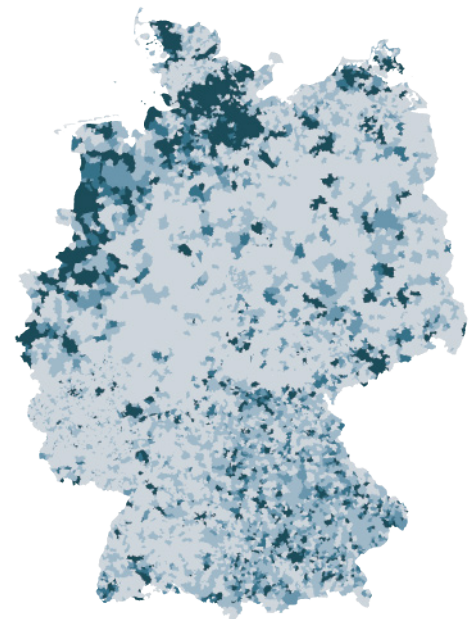
Sekunde im Netz surfen kann, trifft dies auf dem Land nur bei sieben von zehn Haushalten zu.¹² Die größten Lücken in der flächenhaften Breitbandverfügbarkeit zeigen sich dabei noch immer in besonders abgelegenen Regionen, in großen Teilen Mecklenburg-Vorpommerns, Sachsen-Anhalts und im nördlichen Hessen.¹³

Je größer die Datenmenge wird, die theoretisch pro Sekunde durch die Leitung fließen kann, desto größer wird auch der Stadt-Land-Unterschied. 2019 konnte immerhin fast jeder zweite städtische Haushalt auf mindestens 1.000 Mbit pro Sekunde zugreifen, auf dem Land war es gerade einmal jeder zehnte.¹⁴ Diese Leistungsstärke kann nur erreichen, wer ein Glasfaserkabel hat. Laut aktuellem Koalitionsvertrag soll bis 2025 jede Gemeinde ans Glasfasernetz angeschlossen sein. Ob Deutschland dies schaffen kann, ist derzeit noch nicht absehbar. Vom Ziel des letzten Koalitionsvertrags, dass bis 2018 die Menschen überall mit mindestens 50 Mbit pro Sekunde im Internet unterwegs sein können, war Deutschland selbst 2020 noch weit entfernt.¹⁵

Ein wachsender Anteil von mobilen Internetnutzern und immer mehr mobile Anwendungen machen das verfügbare Funknetz genauso wichtig. Doch auch die mobile Erreichbarkeit ist in vielen Ecken des Landes noch dürftig. Seit Herbst 2019 hat die Bundesregierung eine Mobilfunkstrategie. Eine Milliarde Euro sollen nun auch die letzten Funklöcher im Land stopfen.¹⁶ Doch während darüber diskutiert wird, ob der neue Mobilfunkstandard 5G an „jeder Milchkanne“ verfügbar sein müsse, ist noch nicht einmal die Vorläufertechnologie 4G für alle selbstverständlich. Auch hier hängen die ländlichen Regionen am stärksten hinter, doch diesmal eher der Süden. Im baden-württembergischen Landkreis Waldshut beispielsweise hat nicht einmal die Hälfte der Bewohner einen 4G-Empfang, der niedrigste Wert in der gesamten Republik. Den besten 4G-Empfang im Vergleich der Landkreise hat der thüringische Saale-Orla-Kreis, wo ihn fast neun von zehn Bewohnern nutzen können.¹⁷

Glasfaser noch immer eine Seltenheit

Nur vereinzelt ist es ländlichen Gemeinden bislang gelungen, einen Glasfaseranschluss in ihren Ort zu holen. Am weitesten ist Schleswig-Holstein im Ausbau dieses leistungsstärksten Netzes. In Sachsen-Anhalt, Hessen oder Baden-Württemberg sind die Datenübertragungsraten, die Glasfaser ermöglicht, quasi nirgends verfügbar.



Anteil der Haushalte mit Breitbandverfügbarkeit von mindestens 1.000 Mbit pro Sekunde über FTTH/B in den Gemeinden, in Prozent, 2019

- ☐ unter 1
- ☐ 1 bis unter 5
- ☐ 5 bis unter 10
- ☐ 10 bis unter 20
- ☐ 20 und mehr

(Datengrundlage: BMVI, atene KOM GmbH¹⁸)

DER OSTEN KOMMT KAUM VOR

„Die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens ist gewährleistet“, hieß es in Artikel 27 der DDR-Verfassung.¹ In Wahrheit wurden die Medien zentral gelenkt und unterlagen strenger Kontrolle.² Zeitungen, Fernsehen und Radio berichteten linientreu, die Staats- und Parteiführung mischte sich regelmäßig in die Themenwahl und die Inhalte ein.³ Allerdings waren viele DDR-Bürger nicht allein auf die regierungskonforme Berichterstattung angewiesen. Außer in den sogenannten Tälern der Ahnungslosen in und um Dresden und Rostock konnten 90 Prozent der Haushalte Westprogramme empfangen.⁴ Ein freier Blick auf das Weltgeschehen war theoretisch für die meisten schon im geteilten Land möglich.

Mit dem Fall der Mauer änderte sich die Medienlandschaft im Osten radikal. In den 1990er Jahren schalteten in ganz Deutschland die meisten Bewohner einmal am Tag

die – ursprünglich westdeutsche – Tagesschau oder das heute-Journal ein, um sich über die neuesten Nachrichten aus aller Welt zu informieren. Für die ehemaligen DDR-Bürger war zusätzlich das Radio ein wichtiges Informationsmedium, während im Westen Tageszeitungen etwas beliebter waren. Diese regionalen Vorlieben haben sich bis heute weitestgehend gehalten.^{5, 6}

Ostmedien verabschieden sich

Das Fernsehen der DDR wurde 1991 abgewickelt, stattdessen entstanden regionale ARD-Anstalten. Ähnlich erging es dem ehemals staatlichen Hörfunk. In allen Ostbundesländern gründeten sich zudem lokale und landesweite Privatsender. Auch bei den Redaktionen der Printmedien zwischen Ostsee und Erzgebirge hielt reale Pressefreiheit Einzug – aber ebenso das freie Spiel von Angebot und Nachfrage. Einst etablierte Medien

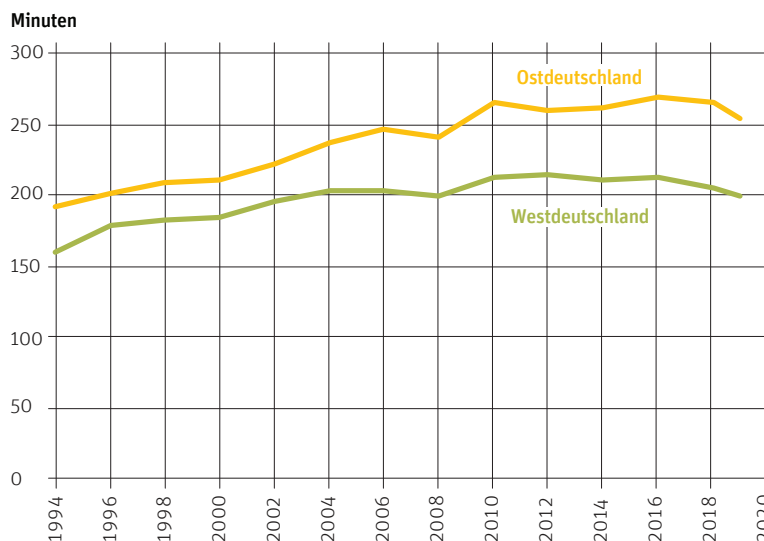
kämpften nun ums Überleben. So überstand das ehemalige offizielle Sprachrohr des SED-Zentralkomitees „Neues Deutschland“ zwar die Einheit, die Auflage sank jedoch von über einer Million Ende der 1980er Jahre auf heute rund 20.000 Stück. Ähnlich erging es dem ehemaligen Organ der Freien Deutschen Jugend (FDJ), der Tageszeitung „junge Welt“.^{7, 8}

Während die beiden ehemals wichtigsten überregionalen Tageszeitungen ihr Dasein heute als Nischenpublikationen fristen und die wenigen anderen ganz verschwanden, konnten sich die insgesamt 14 ehemaligen SED-Bezirkszeitungen als Regionalblätter auch nach der Wende behaupten, wenn auch unter dem Dach großer Westverlage.⁹ So berichtet die Volksstimme nach wie vor in und um Magdeburg und im südwestlichen Sachsen erscheint weiterhin die Tageszeitung Freie Presse. Dagegen verschwanden kurz nach der Wende die weniger auflagenstar-

Der Osten schaut länger fern

Schon Anfang der 1990er Jahre sahen die Ostdeutschen mehr fern als Westdeutsche. Während sich die Unterschiede bei der Mediennutzung insgesamt eher verringern, haben sie bei der Fernsehdauer bis heute zugenommen. Dazu trägt die demografische Entwicklung bei, da Ältere im Schnitt mehr Zeit vor dem Fernsehbildschirm verbringen als junge Menschen.

Tägliche Fernsehdauer in Ost- und Westdeutschland, in Minuten, 1994 bis 2019
(Datengrundlage: Frey-Vor & Mohr²⁰, Media Perspektiven²¹)



ken 14 Regionalzeitungen der sogenannten Blockparteien, 1996 wurde die einst beliebte Wochenpost abgewickelt. Auch von den insgesamt 11 publizistischen Neugründungen aus der Umbruchzeit überlebten nur 3 längerfristig.¹⁰ Deutschlandweit sind regionale und lokale Tageszeitungen mit insgesamt 10,7 Millionen verkauften Exemplaren bis heute das beliebteste Printmedium. Überregionale Tageszeitungen schaffen es dagegen gerade einmal auf 900.000 Exemplare täglich.¹¹

Digitale Informationsquellen gewinnen

Dreißig Jahre nach der Wende verlieren die Druckerzeugnisse allerdings überall an Bedeutung, zwischen 2000 und 2019 ging die verkaufte Auflage von Regional- und Lokalzeitungen im Osten um 49 Prozent und im Westen um 31 Prozent zurück.¹² Mit Online-Angeboten von Zeitungen, sozialen Medien oder Blogs stehen neue Möglichkeiten bereit, sich zu jeder Tageszeit dem Welt- und Lokalgeschehen zu widmen. Inzwischen informieren sich 55 Prozent der Ostdeutschen und 63 Prozent der Westdeutschen wenigstens gelegentlich über das Internet. 2008 waren es nicht einmal halb so viele.¹³ Das *World Wide Web* bietet den Menschen eine größere Bandbreite an Informationsquellen und lässt sie selbst entscheiden, wann sie einen Artikel lesen oder eine Nachrichtensendung sehen möchten. Den Menschen wird es dabei zunehmend wichtiger, ihren Medienkonsum dem eigenen Tagesablauf anzupassen.¹⁴

Neben der Möglichkeit, sich über das politische Geschehen zu informieren, bieten insbesondere soziale Medien auch Gelegenheit zum Austausch. Wurden diese anfangs vor allem genutzt, um Kontakte zu knüpfen oder zu pflegen, sind sie inzwischen regelmäßig auch Schauplatz erbitterter ausgetragener Debatten, etwa um die Klimaproteste von *Fridays for Future* oder die Migrationspolitik. Die beliebtesten Plattformen sind heute Facebook, YouTube und WhatsApp.¹⁵ Am häufigsten sind mit 55 bis 57 Prozent

die Bewohner des Saarlandes, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalens, Hessens und Niedersachsens in sozialen Netzwerken aktiv. In Brandenburg, Thüringen und Sachsen, aber auch in Baden-Württemberg, Bremen und Hamburg sind es jeweils weniger als 50 Prozent.¹⁶ Die bereits fortgeschrittene Alterung in den ostdeutschen Ländern sowie die schlechtere Breitbandversorgung gerade in den ländlichen Gebieten dürften zu dem niedrigeren Anteil beitragen (► 4, 18).¹⁷

Vertrauenskrise der unabhängigen Presse

Immer wieder erschallt auf Demonstrationen in den letzten Jahren der Ruf „Lügenpresse“. Erst jüngst brach eine Journalistin aus Sicherheitsbedenken die Berichterstattung über eine Corona-Demonstration ab, weil sie massiv beschimpft und bedroht wurde.¹⁸ Mit der Einheit hatte die lang ersehnte Pressefreiheit in den östlichen Landesteilen Einzug gehalten. Drei Jahrzehnte später scheint das Vertrauen in die freie und unabhängige journalistische Berichterstattung abzunehmen, besonders im Osten. Nur knapp die Hälfte der Ostdeutschen hielt 2019 die Informationen aus Presse und Funk für glaubwürdig, im Westen waren es immerhin zwei Drittel der Bevölkerung. Zwar ist das Vertrauen heute wieder etwas höher als noch 2015, doch die aktuellen Ereignisse zeigen, wie schnell sich das Blatt wieder wenden kann.¹⁹

Die Unzufriedenheit mit politischen Maßnahmen überträgt sich auf Journalisten, denen ein einseitiger Blick vorgeworfen wird. 2019 glaubte einer Umfrage zufolge die Hälfte der ostdeutschen Befragten, die Regierung nehme Einfluss auf die Berichterstattung, im Westen war es ein Drittel.²² Dies mag einerseits daran liegen, dass im Osten die Erfahrungen mit einem staatlich gelenkten Mediensystem noch immer tief verwurzelt sind. Andererseits zeichnen die gesamtdeutschen Medien oftmals ein Bild von Ostdeutschland, welches durch wenige und oft negativ besetzte Themen geprägt ist.

Ostdeutsche Stimmen fehlen

Seit der Wende schaffte es Ostdeutschland vor allem als Problem auf die Titelseiten. Die zu berichtenden Schwierigkeiten waren dabei zunächst vor allem wirtschaftliche. Seit Anfang der 2000er Jahre geht es zunehmend um den Osten als angeblich abgehängte Region.²³ Eigene ostdeutsche Themen wie die Geschichte und Identitätsfindung derjenigen, die in den Wirren der Nachwendezeit ihre Kindheit verbrachten, finden seltener Beachtung.

Die eingeschränkte Berichterstattung über den Osten könnte nicht zuletzt daran liegen, dass der Anteil von Journalisten mit einer ostdeutschen Biografie in den Redaktionen der großen Zeitungen bis heute eher gering ist und entsprechende Themen auf den Redaktionskonferenzen daher weniger Gehör finden. Die wichtigen Journalistenschulen zählen nach wie vor nur wenige ostdeutsche Schüler, daran hat sich seit den 1990er Jahren kaum etwas geändert.²⁴

Viele Ostdeutsche finden sich somit in den großen Medien kaum wieder, was dazu beitragen könnte, dass die Skepsis gegenüber Rundfunk und Presse höher bleibt. Tom Buhrow, seit Anfang 2020 ARD-Vorsitzender, kündigte gleich bei seinem Amtsantritt an, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ostdeutscher zu machen.²⁵ Gelingt dies, könnte es dabei helfen, dass auch das Mediensystem die Vielfalt im Land stärker widerspiegelt und die Menschen Presse und Rundfunk wieder mehr Vertrauen schenken.

IN REGIONALEN VORLIEBEN VEREINT

Jüngst hat die Bundesregierung als Reaktion auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie die Mehrwertsteuer gesenkt und einen Kinderbonus für Familien von 300 Euro pro Kind bereitgestellt, damit die Menschen in die Kaufhäuser strömen oder den Online-Handel beleben.¹ Der anschwellende Konsum soll die Wirtschaft aus ihrer bislang tiefsten Krise seit Bestehen der Bundesrepublik holen.² Immerhin hatten die privaten Konsumausgaben 2019 einen Anteil von 52 Prozent am Bruttoinlandsprodukt, sie sind also ein bedeutender Treiber der deutschen Ökonomie.³

Der Privatkonsum war auch in der sozialistischen Planwirtschaft Gegenstand politischer Programme. Walter Ulbricht, damals erster Sekretär des Zentralkomitees der SED, gab 1957 das Ziel aus, binnen vier Jahren Lebensstandard und Konsum der Bundesrepublik zu übertreffen.⁴ Doch den Anspruch, ihre Bürger mit den entsprechenden Gütern zu versorgen,

konnte die DDR nicht einlösen. Immer wieder schlitterte sie in Versorgungsgespässen. So waren beispielsweise Autos trotz Produktion im eigenen Land immer knapp und wer sich beim IFA-Autohandel für einen Neuwagen registrierte, musste mit einer Wartezeit von 12 bis 16 Jahren für den motorisierten Untersatz rechnen.⁵ Importgüter wie Südfrüchte gab es selten, Kaffee war teuer und selbst das im Land gebraute Radeberger Bier war für den Normalbürger nur manchmal verfügbar.^{6,7,8}

Angeglichene Haushaltsausstattung

Die Mangelwirtschaft gehörte zum Lebensalltag in der DDR und ihre Bürger reichten sich oft in lange Warteschlangen, um etwa die gewünschten Weihnachtsgeschenke oder auch nur ein paar Orangen zu erstehen.⁹ Mit dem Fall der Mauer öffneten sich im Osten die Tore zur bunten Warenwelt, die im Westen bereits seit vielen Jahrzehnten selbstverständlich war. Die ersehnten ersten

West-Einkäufe beinhalteten häufig Levi's-Jeans, Milka-Schokolade und Videorekorder.¹⁰

Nachdem sich die Ostdeutschen viele ihrer lang gehegten Wünsche erfüllt hatten, glichen sich die Konsumgewohnheiten in Ost und West zusehends an.¹¹ Aufgrund geringerer Einkommen steht den Menschen im östlichen Landesteil zwar noch immer weniger Geld zur Verfügung: 2018 konnte ein westdeutscher Haushalt monatlich rund 3.900 Euro ausgeben, ein ostdeutscher hatte im Schnitt ganze 800 Euro weniger im Portemonnaie.^{*12} Aber wofür die Menschen landauf landab ihr Geld aufwenden, unterscheidet sich heute kaum noch: Mit einem Drittel stellen Miete, Strom sowie gelegentliche Reparaturen in der Wohnung den größten Haushaltsposten

*Die ausgabenfähigen Einkommen berechnen sich aus Haushaltsnettoeinkommen plus Einnahmen aus dem Verkauf von Waren, wie Gebrauchtwagen, sowie sonstige Einnahmen, wie Rückerstattung von Leergut oder Energiekosten.

Kleine Unterschiede bleiben

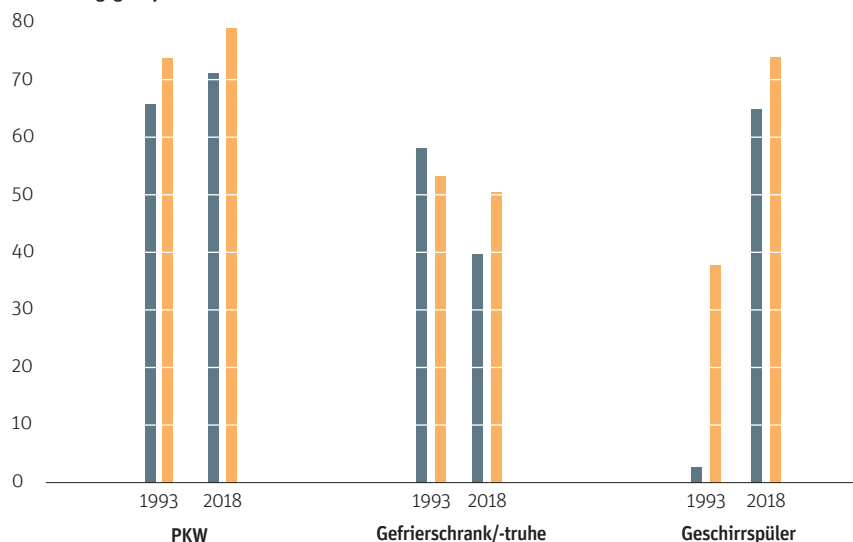
Ost- und westdeutsche Haushalte sind heute ähnlich mit Haushaltswaren ausgestattet. Doch manche Unterschiede sind geblieben. So verfügen heute noch immer mehr westdeutsche Haushalte über ein Auto als ostdeutsche. Ihre Gefrierschränke haben viele Ostdeutsche abgeschafft, seit sie auch Kühlschränke mit Gefrierfächern kaufen können. Bei Geschirrspülern haben die Osthaushalte inzwischen fast zum Westen aufgeschlossen.

Ausstattungsgrad je 100 Haushalte in Ost- und Westdeutschland, 1993 und 2018

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt¹⁴)

■ Ost
■ West

Ausstattungsgrad je 100 Haushalte



ten. Zwischen 13 bis 15 Prozent fließen in Lebensmittel, Tabak sowie Mobilität, also das eigene Auto, Bus oder Bahn. Fast ebenso viel investieren die Menschen in Unterhaltungs- und Freizeitaktivitäten, etwa in Konzert- und Theaterkarten (► 28).¹³

Doch nicht nur die Zusammensetzung der Konsumausgaben hat sich angeglichen. West- und ostdeutsche Haushalte sind heute auch ähnlich gut ausgestattet. So besitzt ein nahezu identischer Teil der Haushalte eine Waschmaschine oder eine Mikrowelle.¹⁵ Die Öffnung hat den Menschen östlich der ehemaligen Mauer auch „Weiße Ware“ gebracht, die sie bis dahin nur aus der Werbung des Westfernsehens kannten. Noch 1993 stand nur in knapp 3 von 100 ostdeutschen Haushalten eine Geschirrspülmaschine, aber in 38 von 100 westdeutschen Haushalten. Inzwischen ist der Geschirrspüler auch in zwei Drittel der ostdeutschen Haushalte eingezogen. Im Westen lassen mit drei Vierteln noch etwas mehr Teller und Töpfe automatisch abwaschen.¹⁶

Doch nicht alle Produkte konnten sich im östlichen Teil der Republik gleichermaßen durchsetzen. So sind Ostdeutsche etwa weniger vom Nutzen eines Wäschetrockners überzeugt. Bis 2018 besaß gerade einmal ein Viertel der ostdeutschen Haushalte einen Trockner, während er in fast der Hälfte der westdeutschen Haushalte zum Inventar gehört.¹⁷ Regional unterschiedliche Vorlieben zeigen sich auch bei der Kaffeezubereitung: Bis heute sind im Osten Filterkaffeemaschinen besonders beliebt, während die Menschen im Westen ihren Kaffee inzwischen häufiger im Vollautomaten brühen.¹⁸

Regionale Produkte bevorzugt

Den Bewohnern Deutschlands ist es zunehmend wichtig, dass ihre Lebensmittel ökologisch und sozial nachhaltig produziert sind. Die Menschen im Osten achten aber beim Einkauf seltener auf das EU-Biosiegel oder das Fair-Trade-Siegel als Westdeutsche (► 15). Auf die regionale Herkunft ihrer Lebensmittel legen die Menschen dies- und

jenseits der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze dagegen ähnlich großen Wert. Gerade bei Milch, Eiern, Obst und Gemüse sowie Fleischwaren ist ihnen besonders wichtig, dass sie vom Hof im Nachbarort oder aus der näheren Umgebung stammen.¹⁹

Östlich der ehemaligen Grenze stehen Waren aus der Region aber nicht unbedingt nur für nachhaltigeren Konsum, sondern auch für eine Verbundenheit mit und ein nostalgisches Festhalten an einigen Produkten wie den typischen Schrippen (Brötchen) und an den „Ostmarken“.²⁰ Es sind nur wenige Produkte, welche die Jahre nach der Wiedervereinigung dauerhaft überlebt haben. Und noch weniger haben es auch im Westen in die Supermarktregale geschafft, etwa das allseits beliebte Radeberger Pilsner oder Bautz'ner Senf. Den Großteil ihres Umsatzes machen aber selbst die erfolgreichen Ostmarken weiterhin zwischen Rügen und Erzgebirge. Ihr Vorteil ist, dass sie größtenteils in den mittleren Preissegmenten rangieren und so auch den geringeren finanziellen Möglichkeiten vieler Ostdeutscher entgegen kommen.²¹ Lediglich Rotkäppchen-Sekt, das Waschmittel Spee und Florena-Creme liegen im Westen häufiger auf dem Kassenband.²² Ein Grund dürfte darin liegen, dass inzwischen die beiden letzteren zu großen westdeutschen Konzernen gehören und entsprechend vermarktet werden.

Andere haben den Sprung in den Westen gar nicht erst versucht, etwa die im Osten weiterhin sehr beliebte Vita-Cola. Anstatt in die westlichen Länder zu expandieren, hat sich das Unternehmen aus Thüringen auf die ostdeutschen Länder konzentriert und dort seine Produktpalette erfolgreich erweitert. In ihrem „Heimatland“ übertrifft der Marktanteil der Ost-Cola sogar jenen des großen internationalen Konkurrenten Coca-Cola.²³

Von der Mangelwirtschaft zur Konsumkritik?

Am Kaufverhalten der Deutschen hat sich kaum etwas geändert: Die privaten Konsumausgaben sind in den letzten 30 Jahren Jahr für Jahr gewachsen.²⁴ Mit dem Klimawandel im Rücken und dem Wissen, dass die Ressourcen des Planeten endlich sind, gerät übermäßiger Konsum jedoch zunehmend in die Kritik. Nicht immer mehr und billiger, sondern nachhaltiger und langlebiger sollen Produkte heute sein, egal ob Lebensmittel, Kleidung oder technische Geräte. Im Westen der Republik verfolgt, der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) zu Folge, schon ein Drittel der Menschen einen Lebensstil, der Gesundheit und Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt stellt, im Osten immerhin ein Viertel der Bevölkerung.²⁵

Um dies zu leben, entstehen Tauschbörsen für Kleidung und Werkzeuge. Gerade in den Städten brauchen nur noch wenige ein eigenes Auto zu besitzen, das sogenannte Carsharing hat sich immer mehr etabliert (► 17). Und wenn das Küchengerät kaputt ist, kann man sich in Repair-Cafés Hilfe bei der Reparatur holen, anstatt gleich ein neues zu kaufen. Viele dieser „neuen“ Ideen für einen nachhaltigeren Konsum sind älteren Ostdeutschen noch sehr geläufig – allerdings weniger aufgrund einer konsumkritischen Haltung, sondern weil die DDR-Mangelwirtschaft viele zum Improvisieren, Reparieren und Tauschen zwang.²⁶

DAS GLÜCK WOHNTE EHER IM NORDEN

So zufrieden wie 2019 waren die Deutschen seit der Wiedervereinigung nie. Auf einer Skala von 0 bis 10, mit der das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) alljährlich die „selbstberichtete allgemeine Lebenszufriedenheit“ erfragt, kamen sie auf einen Durchschnitt von 7,14 Punkten. Dabei erreichten die Ostdeutschen ein Allzeithoch von 7,0 Punkten. Nach dem Glücksatlas der Deutschen Post, der unter anderem auf SOEP-Daten beruht, war damit der Glücksabstand zwischen Ost und West auf 0,17 Punkte geschrumpft.¹

Im Vergleich mit der Kluft von vor 30 Jahren ist das kaum noch der Rede wert. Die Westdeutschen verfolgten den Mauerfall und die Vereinigung mehr oder weniger gleichmütig vom Sofa aus. Die ehemaligen DDR-Bürger durchlebten dagegen ein Wechselbad der Gefühle. Aufgestaute Unzufriedenheit mündete in die friedliche Revolution. Die Euphorie über deren Erfolg und über die neu gewonnene Freiheit wich nach 1990 einer tiefen

Verunsicherung. Enttäuschte Erwartungen, die abrupt gestiegene Arbeitslosigkeit und Zukunftssorgen trieben die Zufriedenheitswerte nach unten.² Bis 1995 hatte sich die Lücke zum Westen wieder etwas geschlossen, stagnierte für rund zehn Jahre, um sich seither stetig zu verkleinern.

Das ist ein Indiz dafür, dass sich die Lebensbedingungen, zumindest die gefühlten, im vereinten Deutschland allmählich angleichen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass dies noch nicht in allen Lebensbereichen der Fall ist: Nach den SOEP-Ergebnissen zur Zufriedenheit liegen Ost und West in Sachen Wohnung, Freizeit, Haushaltsarbeit und Kinderbetreuung etwa gleichauf. Mit ihrer Arbeit und mit dem Haushaltseinkommen sind die Ostdeutschen jedoch weniger zufrieden als die Westdeutschen (► 13).³

Letztere Faktoren entscheiden ganz besonders über die Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe. Der Begriff Teilhabe ist hier weit gefasst als Zugang zum sozialen Gemeinwesen und dessen Errungenschaften. Dazu gehören neben dem passiven und aktiven Wahlrecht etwa eine gute, der Ausbildung entsprechende Arbeit, die genug zum Leben einbringt, eine bezahlbare Wohnung oder eine ausreichende Gesundheitsversorgung. Auch ein schneller Internetzugang zählt heutzutage dazu, der insbesondere in entlegenen ländlichen Gebieten Versorgungsdefizite ausgleichen kann.

Vielfalt statt Gleichwertigkeit

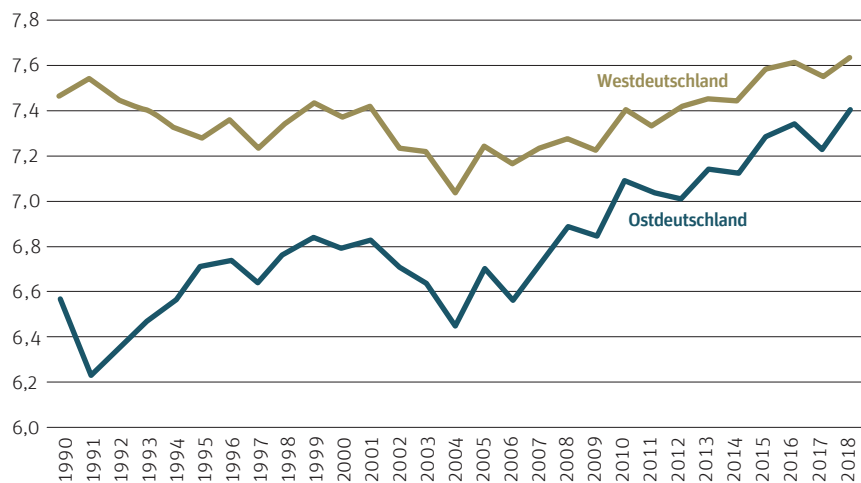
Im Teilhabeatlas haben das Berlin-Institut und die Wüstenrot Stiftung 2019 untersucht, wie es um die Teilhabechancen in unterschiedlichen Regionen Deutschlands bestellt ist und wie die jeweiligen Bewohner diese beurteilen.⁴ Dabei haben sich deutliche regio-

Allmählich schließt sich die Lücke

Im bevölkerungsrepräsentativen Sozio-oekonomischen Panel erfragen Wissenschaftler regelmäßig die Zufriedenheit der Menschen in Deutschland. Die Befragten drücken diese in Punkten auf einer Skala von 0 bis 10 aus, sowohl für einzelne Bereiche als auch insgesamt. Bei der selbstberichteten allgemeinen Lebenszufriedenheit klappte der Abstand zwischen Ost und West in den ersten Jahren nach der Einheit zunächst weit auseinander. Seit Mitte der 2000er Jahre schrumpft er immer weiter. Ein minimaler „Happiness Gap“ ist geblieben.

Durchschnittliche allgemeine Lebenszufriedenheit in Ost- und Westdeutschland auf einer Skala von 0 bis 10 („0“= ganz und gar unzufrieden und „10“=ganz und gar zufrieden), 1990 bis 2018

(Quelle: Priem, Kaiser & Schupp⁹)



nale Unterschiede gezeigt, wenn die Teilhabechancen allein anhand von harten Daten analysiert werden, vom durchschnittlichen Haushaltseinkommen über die Lebenserwartung bis hin zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs.

Gebiete, die von Abwanderung, Mangel an modernen Arbeitsplätzen und schwindenden Angeboten der Daseinsvorsorge geprägt sind, weisen häufig nur eine mäßige Wahlbeteiligung auf – oder haben vor allem im Osten bei der Bundestagswahl 2017 rechtspopulistisch gewählt (► 26). Die Bundesregierung hat als Reaktion auf die gestiegene Aufmerksamkeit für angeblich „abgehängte“ Regionen unter anderem das Bundesministerium des Innern um das Arbeitsfeld „Heimat“ erweitert und eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt.

Gefühle und echte Verluste

In der subjektiven Wahrnehmung der Menschen spielt die im Grundgesetz verankerte, aber schwer definierbare „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ indessen eine untergeordnete Rolle. Was eine Region tatsächlich an Leistungen und Bedingungen bietet, unterliegt ganz unterschiedlichen Einschätzungen, je nachdem, welche Erwartungen die Bewohner an sie stellen und welche gefühlten oder realen Verluste sie erleben. Das hat sich im Rahmen des Teilhabeatlas bei einer qualitativen und nicht repräsentativen Befragung von Bewohnern ausgewählter Kreise mit – gemäß Datenanalyse – hohen, mittleren und niedrigen Teilhabechancen ergeben: Die Menschen schätzen die Bedingungen in ihrer jeweiligen Region im Allgemeinen realistisch ein und akzeptieren, dass Deutschland eine Vielfalt unterschiedlicher Lebensverhältnisse aufweist. Dabei bezeichneten Befragte ihre jeweilige Region als Heimat, in der sie sich wohl fühlen – unabhängig davon, wie hoch sie ihre Teilhabechancen dort einschätzen.

Natürlich kamen auch Sorgen und Defizite zur Sprache. Über tiefgreifende Verluste berichten beispielsweise die Menschen im sachsen-anhaltinischen Landkreis Mansfeld-Südharz, einem der Kreise mit geringeren Teilhabechancen: Der Kupferbergbau, einst Stolz der Region und Arbeitgeber für Zehntausende, ist komplett zusammengebrochen. Zahlreiche Menschen sind abgewandert, zurückgeblieben sind viele Ältere und relativ viele Langzeitarbeitslose. „Die Stimmung in der Bevölkerung ist: Die haben uns alles weggenommen, aber es kommt nichts Neues“, wie ein Befragter feststellte.

Überraschende Widersprüche offenbarten sich in Baden-Württemberg: Sowohl der Stadt Heilbronn und dem umliegenden Landkreis als auch dem ländlichen Ostalbkreis geht es ausgesprochen gut, alle weisen überdurchschnittliche Wirtschafts- und Sozialdaten auf. Trotzdem äußerten dort einige Interviewpartner Unzufriedenheit und Besorgnis über die künftige Entwicklung. Die Zukunft der Automobil- und Elektroindustrie und ein möglicher Verlust des hohen Lebensstandards sorgten für Verunsicherung. Immerhin waren sich die meisten bewusst, dass sie „auf hohem Niveau jammern“.⁵

Sorgen kommen auch im SOEP zur Sprache. Dabei haben sich die Menschen in Ostdeutschland über den gesamten Untersuchungszeitraum seit 1990 in fast allen Bereichen besorgter als jene im Westen der Bundesrepublik geäußert. Zwischen 2014 und 2016 zeigte sich gesamtdeutsch ein starker Anstieg der Besorgnis um Zuwanderung, Ausländerfeindlichkeit und Kriminalität. Das dürfte zunächst auf die gewachsene Zuwanderung aus Osteuropa infolge der EU-Erweiterung zurückgehen, dann auf den Zustrom Geflüchteter aus internationalen Krisenherden (► 7). Auf dem Höhepunkt der Sorgen in diesen drei Bereichen 2016 zeigten sich die Ostdeutschen in puncto Zuwanderung und Kriminalität deutlich besorgter als die Westdeutschen (► 26). Der Unterschied bleibt bestehen, auch wenn seitdem die Ängste zu den drei Themen insgesamt abgenommen haben.⁶

Aus dem Glücksatlas 2019 geht Brandenburg als Bundesland mit dem niedrigsten Wert für die allgemeine Lebenszufriedenheit hervor. Brandenburger hadern vor allem mit dem Bereich Gesundheit. Das deckt sich mit objektiven Indikatoren wie dem bundesweit zweithöchsten Anteil gesundheitlich beeinträchtigter Menschen sowie der vierthöchsten Pflegequote (► 5). Am glücklichsten waren 2019 wie schon seit Jahren die Schleswig-Holsteiner.⁷ Einen Anhaltspunkt dafür hat die qualitative Befragung für den Teilhabeatlas in Schleswig-Flensburg gefunden. Der nördlichste Landkreis Deutschlands ist vom Rest der Republik im Wortsinn abgehängt. Im Süden ermöglicht der Nord-Ostseekanal nur eine schlechte verkehrliche Erschließung, im Norden stößt der Landkreis an die dänische Grenze. Er ist wirtschaftlich schwach und daher als Region mit geringeren Teilhabechancen eingestuft. Trotzdem schätzen die Menschen ihre Lebenslage als gut ein und sagen augenzwinkernd: „Wir gelten ja als glücklich, näh.“⁸

Positive Bilanz der deutschen Vereinigung

In der SOEP-Befragung 2019 waren die Befragten auch aufgefordert, ihre Lebenszufriedenheit im Vergleich zu 1989 anzugeben. Dabei war fast die Hälfte der Westdeutschen der Auffassung, diese sei gleich geblieben, bei rund einem Drittel hatte sie sich erhöht. Die Ostdeutschen zogen eine deutlich positivere Gesamtbilanz: Rund die Hälfte befand, ihre Lebenszufriedenheit sei höher als zur Zeit vor der Einheit, ein Drittel gab an, sie habe sich kaum verändert, und weniger als ein Fünftel meinte, sie habe sich verringert.⁹

IM OSTEN NOCH IMMER HÄUFIGER ZUR MIETE

Wir haben immer mehr Platz. Fast zwölf Quadratmeter Wohnfläche hat jeder Bewohner Deutschlands in den letzten 30 Jahren im Schnitt hinzugewonnen. Besonders erweitert haben sich die Menschen im östlichen Teil des Landes: Von 28 Quadratmetern im Jahr der Wiedervereinigung ist die Wohnfläche pro Kopf bis 2018 auf fast 44 Quadratmeter gewachsen. An den westdeutschen Wohnflächenverbrauch von 47,4 Quadratmetern kommen die Menschen im Osten aber bis heute nicht heran.¹ Wobei die Bewohner der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen mit rund 40 Quadratmetern vergleichsweise beengt leben, während sich die Saarländer und Rheinland-Pfälzer mit über 53 Quadratmetern am meisten ausbreiten können.²

Die Gründe liegen zum einen in den gestiegenen Ansprüchen der Menschen, zum anderen an der Alterung. Denn mit zunehmendem Alter verkleinern sich zwar die Haushalte, das heißt, weniger Menschen leben zusammen unter einem Dach (► 3). Doch statt mit dem Auszug der Kinder in eine kleinere Wohnung zu ziehen, bleiben die sogenannten Empty Nester in der ehemaligen Familienwohnung zu zweit und später sogar allein zurück, wenn einer der Partner verstorben ist.³

Vom Mangel zum Überfluss

Für die Ostdeutschen brachte die Wiedervereinigung massive Verbesserungen ihrer Wohnverhältnisse.⁴ Bis zum Ende der DDR waren Wohnraumangel und die Vernachlässigung der Bausubstanz bestimmende Themen. Zwar waren in den 1970er und 1980er Jahren insgesamt über zwei Millionen neue Wohnungen entstanden, überwiegend in standardisierter Plattenbauweise. Dies

deckte jedoch nicht den wachsenden Bedarf. Denn die Neubauwohnungen waren begehrt: Dort gab es Zentralheizungen, das warme Wasser kam direkt aus der Wand und jede Wohnung hatte ihr eigenes WC und Bad – im Gegensatz zu den Altbauten, die oft noch mit Außen-WC und Ofenheizung ausgestattet waren.⁵ An den Rändern der Städte schossen ganze Plattenbausiedlungen aus dem Boden, während die Innenstädte zusehends verfielen und kaum mehr bewohnbar waren. Die Mieten für Neubauwohnungen lagen trotz der hohen Nachfrage niedrig, denn sie waren zentral auf circa eine DDR-Mark pro Quadratmeter festgelegt. Im Schnitt zahlten DDR-Bürger nur 3 Prozent des Haushaltseinkommens fürs Wohnen.⁶ Heute beträgt

die sogenannte Mietbelastungsquote im deutschlandweiten Durchschnitt 27 Prozent.⁷

Während im Osten viele Familien glücklich waren, wenn sie eine Drei-Zimmer-Neubauwohnung ergatterten konnten, verfolgten auf der anderen Seite der Mauer vor allem Mittelschichtsfamilien den Traum vom eigenen Häuschen. Die Bundesrepublik unterstützte dies mit ihrer teuersten Subvention, der Eigenheimförderung.⁸ Das trieb die Suburbanisierung voran, das Ausfern der Stadtränder und den Verbrauch von immer mehr Fläche.

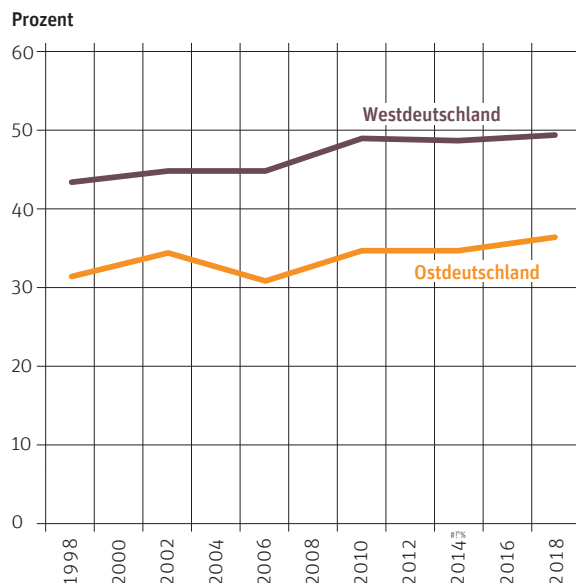
Nach dem Fall der Mauer konnten bald auch Rostocker oder Chemnitzer die Eigenheimförderung in Anspruch nehmen. Wer konnte,

Keine Annäherung beim Wohnungseigentum

Auch wenn seit der Wiedervereinigung die Ostdeutschen ebenso von der Eigenheimförderung profitieren wie die Westdeutschen, hat sich bis heute der Eigentümeranteil nicht angeglichen. Gründe sind günstigere Mieten und weniger Kapital zum Immobilienerwerb. Auch konnte bislang kaum etwas vererbt werden. Besonders selten leben die Sachsen in den eigenen vier Wänden, besonders oft die Saarländer. Die Brandenburger haben in den letzten zehn Jahren kräftig aufgeholt und überschreiten inzwischen den Bundesdurchschnitt.

Anteil der von Eigentümern selbst bewohnten Wohnungen in West- und Ostdeutschland, in Prozent, 1998 bis 2018

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt²¹)



baute sich ein Haus im Umland und ließ die verfallenen Innenstädte wie auch die eher kleinen Plattenbauwohnungen hinter sich (► 6). Durch diese nachholende Suburbanisierung verlor beispielsweise Leipzig Mitte der 1990er Jahre jährlich fast 12.000 Einwohner an die umliegenden Landkreise. Bis zur Jahrtausendwende schrumpfte die Stadt, die heute deutschlandweit am schnellsten wächst.⁹

Auch andere Bauaktivitäten gewannen an Fahrt. In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre entstanden im Ostteil der Republik im jährlichen Schnitt um die 130.000 neue Wohnungen.¹⁰ Gleichzeitig wurden mit Hilfe der Städtebauförderung sowohl die Altstädte als auch die Großwohnsiedlungen saniert. Gepaart mit der hohen Abwanderung drehte sich innerhalb nur eines Jahrzehnts die Situation auf dem ostdeutschen Wohnungsmarkt komplett um: Statt Mangel gab es nun ein Überangebot an Wohnraum, wodurch in Gebieten mit besonders hohen Bevölkerungsverlusten manchmal selbst frisch renovierte Wohnungen leer standen. Mit dem Programm „Stadtumbau Ost“ subventionierte die Bundesregierung nach der Jahrtausendwende den Abriss von ungefähr 350.000 Wohnungen, vor allem in den zum Teil erst in den 1980er Jahren errichteten Großwohnsiedlungen.¹¹

Neubau auch dort, wo Leerstand dominiert

Mit Ausnahme einiger wachsender Städte ist Leerstand für den ostdeutschen Wohnungsmarkt weiterhin eine Herausforderung. Während bundesweit etwas mehr als fünf Prozent aller Wohnungen unbewohnt sind, liegt der Anteil in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen ungefähr doppelt so hoch. Dort sind es vor allem die abgelegenen ländlichen Gebiete in denen zum Teil jede sechste Wohnung ungenutzt ist.¹² Das liegt jedoch nicht allein am Bevölkerungsrückgang. Oft sind die freien Wohnungen und Häuser zu klein, zu dunkel oder zu alt und entsprechen nicht den heutigen Wünschen Wohnungssuchender. Statt eine leerstehende Immobilie wieder zu beleben, ziehen es

viele vor, von Grund auf neu zu bauen. Laut einer Umfrage der Bundesstiftung Baukultur entstehen in drei von vier schrumpfenden Gemeinden neue Einfamilienhausgebiete, was das Leerstandsproblem verschärft.¹³

Doch Leerstand ist nicht allein ein ostdeutsches Phänomen. Auch in abgelegenen ländlichen Gebieten des Westens, etwa im oberfränkischen Wunsiedel im Fichtelgebirge oder im niedersächsischen Holzminden, ist jede zehnte Wohnung unbewohnt. Ganz anders sieht es in den Großstädten aus. In Hamburg, Köln, Berlin und Potsdam gibt es nicht einmal mehr eine Wohnungsreserve von einem Prozent.¹⁴

Preiswerter Wohnen im Osten

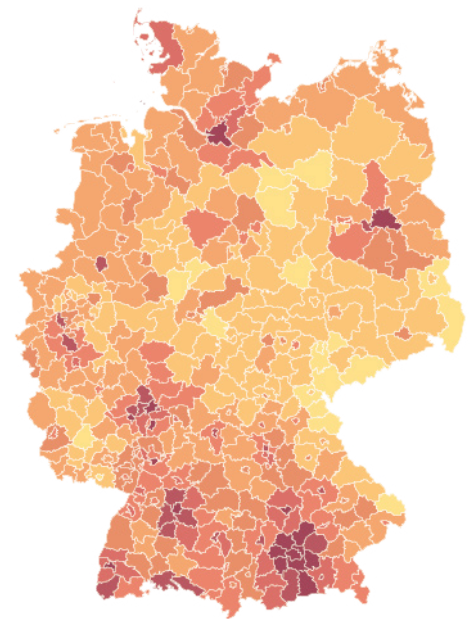
Der anhaltende Zuzug in die Städte hat das Wohnen in den urbanen Zentren merklich teurer gemacht. Neben westdeutschen Metropolen wie München oder Hamburg, wo Wohnen noch nie ein Schnäppchen war, haben die Angebotsmieten im Osten der Republik vor allem in Berlin und seinem Umland überdurchschnittlich zugelegt. Wer heute eine Wohnung in der Bundeshauptstadt neu mietet, muss im Schnitt 42 Prozent mehr zahlen als noch 2012.¹⁵ Daneben zählt Potsdam 2018 mit einem Quadratmeterpreis von über 10 Euro nettokalt zu den 40 teuersten Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands. In anderen ostdeutschen Metropolen ist das Wohnen dagegen noch deutlich günstiger. Leipzig beispielsweise belegt gerade einmal Platz 223 im Mietenvergleich aller 401 deutschen Kreise.¹⁶

Auch im Verhältnis zu ihrem Einkommen müssen die meisten Ostdeutschen bislang fürs Wohnen weniger tief in ihre Taschen greifen. Während ein Hamburger Haushalt im Mittel 30 Prozent seines monatlichen Nettoeinkommens fürs Wohnen aufbringen muss, sind es für einen sächsischen oder thüringischen Haushalt nur 23 Prozent.^{17,18} In den vergangenen Jahren ist das Wohnen für Ostdeutsche relativ sogar günstiger geworden, denn laut einer Analyse des IW

Köln sind zwischen 2014 und 2018 in allen ostdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten die Bruttolöhne im Mittel stärker gestiegen als die Mieten. Allein in Berlin konnten die Lohnsteigerungen mit der rasanten Erhöhung der Mieten nicht mithalten.^{19,20}

Fern der Zentren lebt es sich weiterhin günstig

Die höchsten und am schnellsten steigenden Mieten finden sich in den urbanen Zentren, denn dort wächst die Nachfrage nach Wohnraum aufgrund von Zuzug besonders rasch. Auch im Ostteil des Landes ziehen die Mieten an. Das Wohnen in Städten wie Leipzig ist aber trotzdem noch immer merklich günstiger als im Westen. Allein die Bundeshauptstadt und die angrenzenden Kreise haben in den letzten Jahren ein westdeutsches Mietniveau erreicht.



Angebotsmieten nettokalt pro Quadratmeter in den Kreisen und kreisfreien Städten, in Euro, 2018 (Datengrundlage: BBSR²²)

- unter 5
- 5 bis unter 6
- 6 bis unter 7
- 7 bis unter 8
- 8 bis unter 9
- 9 bis unter 10
- 10 bis unter 11
- 11 und mehr

DIE HEIMAT PRÄGT ÜBERALL

Seit der Wiedervereinigung ist in Deutschland eine Generation herangewachsen, welche das Nebeneinander zweier deutscher Staaten nicht mehr persönlich kennt, sondern nur noch aus Erzählungen und aus dem Geschichtsunterricht. Die Vermutung liegt nahe, dass die ehemalige Teilung Deutschlands keine große Bedeutung für die eigene Identität und Zugehörigkeit dieser Generation hat. Doch ist dies wirklich so?

Stereotype und Vorurteile bestehen fort

Eine Erhebung für das Berlin-Institut im 25. Jahr der deutschen Einheit brachte zum Vorschein, dass damals noch immer fast die Hälfte der Deutschen der Ansicht war, es gebe Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen. Unter den Ostdeutschen glaubten dies sogar fast drei Viertel.¹ Die erste Nachwendegeneration der heute 18- bis 29-Jährigen bejaht dies nicht mehr so eindeutig. In einer aktuellen Erhebung der Otto Brenner Stiftung sind die Befragten dieser Altersgruppe der Meinung, nur die älteren Generationen sowie die Medien hielten noch stark an diesen Unterschieden fest. Dennoch trägt aber auch die junge Generation bestimmte Stereotype in den Köpfen: Gefragt nach einem einzigen Wort beschreiben die jungen Westdeutschen die Ostdeutschen am häufigsten als „ärmer“ aber auch als „offener“ als Westdeutsche. Den meisten jungen Ostdeutschen fällt dagegen noch immer das Attribut „arroganter“ ein, wenn sie einen Vergleich zwischen den Menschen in Ost und West ziehen sollen.² Letzteres ist ein Bild, das sich seit Beginn der 1990er Jahre in Umfragen hartnäckig hält.^{3,4} Nach ihren eigenen Werten gefragt, steht bei 18- bis 29-Jährigen Ehrlichkeit, Respekt und Menschlichkeit ganz oben, egal ob sie aus Ost oder West stammen.⁵

Auch bei der Selbstwahrnehmung bleiben Mauern in den Köpfen bestehen. Vier von zehn Ostdeutschen haben noch immer das Gefühl, die Menschen im Osten seien „Bürger zweiter Klasse“.⁶ Der Sachsen-Monitor aus dem Jahr 2018 zeigt jedoch, dass dies regional unterschiedlich ausgeprägt ist. Während 65 Prozent der Bewohner der Region Chemnitz die Ostdeutschen als benachteiligt sehen, sind es in und um Leipzig „nur“ 40 Prozent.⁷ Der Erfolg dieser Region dürfte dazu beitragen, dass sich die Menschen dort weniger zurückgesetzt fühlen.

Wie wichtig die Kategorie Ost-West für die Nachwendegeneration noch ist, hängt stark von der eigenen Herkunft ab. So sind fast 60 Prozent der jungen Westdeutschen der Ansicht, dass es heute keine Rolle mehr spielt, ob jemand aus dem Osten oder Westen stammt. Dagegen denken 65 Prozent der jungen Ostdeutschen, dass dies relevant ist. Besonders stark spüren das diejenigen, die

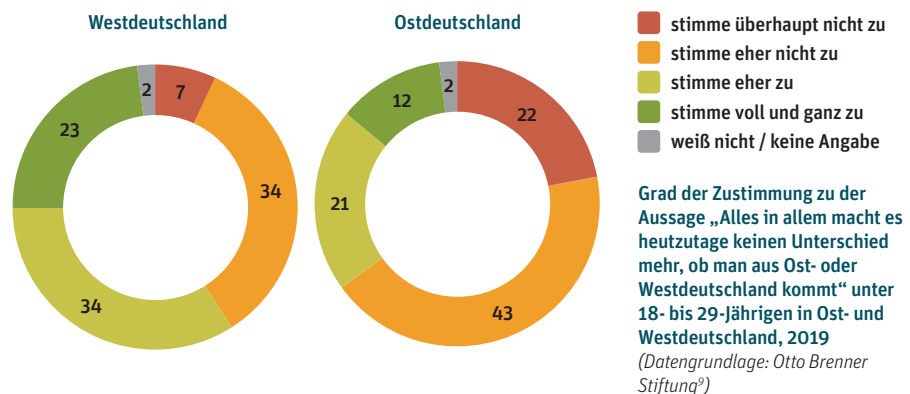
ihre Eltern eher als Wendevertierler sehen, und auch diejenigen, die fern der prosperierenden Zentren leben und die wirtschaftliche Lage ihrer Region als schlecht wahrnehmen.⁸ Wer sich als benachteiligt empfindet, ob zu Recht oder nicht, rückt tendenziell das Ostdeutschsein stärker in den Fokus und sieht darin möglicherweise auch den Grund für seine schlechtere Lage.

Vielfalt der Identitäten

Wirklich als Ostdeutsche nehmen sich viele Menschen überhaupt erst seit kurz nach der Wiedervereinigung wahr. Die damals empfundenen Benachteiligungen und das Gefühl mangelnder Wertschätzung ließen diese neue Identität entstehen, darin sind sich Wissenschaftler und Zeitzeugen einig.¹⁰ Zwar fühlen sich heute die meisten Menschen östlich der ehemaligen Grenze als Deutsche. Doch Ostdeutschland bleibt für seine Bewohner als Identifikationsrahmen wichtiger

Die Frage nach der Herkunft teilt auch die junge Generation

Für junge Westdeutsche spielt die Unterteilung in Ost und West eine viel geringere Rolle als für junge Ostdeutsche. Obwohl im vereinten Deutschland geboren und aufgewachsen, glauben ostdeutsche junge Erwachsene noch immer häufiger, dass die Herkunft Einfluss auf Chancen und Möglichkeiten hat.



als Westdeutschland für die seinen. Im ARD-Deutschlandtrend vom November 2019 fühlte sich mehr als jeder dritte Befragte zwischen Rügen und Erzgebirge überwiegend ostdeutsch. Zwischen Sylt und Alpenrand beschrieb sich jedoch nur jeder sechste als westdeutsch.¹¹ In der Nachwendegeneration fühlen sich die Bewohner der alten Bundesrepublik je nach Wohnort eher Süd- oder Norddeutschland zugehörig, allein diejenigen, die in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz oder dem Saarland leben, bezeichnen sich auch als Westdeutsche.¹²

Die Gründe für den starken Ostbezug dürften in den Transformationserfahrungen liegen. In den Jahren nach der Vereinigung erlebten die Menschen einen schmerzhaften wirtschaftlichen Umbruch, viele verloren ihre Jobs und Biografien erlitten Brüche (► 11). Berichterstattungen über die damals „neuen“ Bundesländer waren oft problembezogen (► 19). Und nach der Euphorie rund um den Mauerfall fühlten sich viele Menschen nicht mehr ausreichend wertgeschätzt. Immer öfter waren sie konfrontiert mit dem Bild des latent unzufriedenen „Jammer-Ossis“. In Abgrenzung dazu zogen sich viele auf ihre ostdeutsche Vergangenheit und vertraute Kultur zurück.¹³

Doch auch wenn das „Ostdeutschsein“ für viele noch ein wichtiger Teil ihrer Biografie ist, ist es selten die einzige, sondern oft eine von mehreren Identitäten. Im jährlich erscheinenden Thüringen-Monitor gibt es beispielsweise die Frage, als was sich die Bewohner Thüringens in erster Linie fühlen. Gerade einmal ein Siebtel gab 2019 ostdeutsch an. Dagegen fühlte sich knapp die Hälfte der Befragten vor allem als Thüringer und fast ein Viertel als Deutsche. Daran hat sich seit 2000 kaum etwas verändert. Ostdeutschsein ist also nicht die dominante Identität. Am stärksten fühlen sich Menschen ihrer Heimatregion und Deutschland zugehörig.¹⁴

Unabhängig vom eigenen Zugehörigkeitsgefühl und Wohnort hat für sechs von zehn Deutschen die Wiedervereinigung in den letzten dreißig Jahren vor allem persönliche Vorteile gebracht.¹⁵ Und trotz aller Schwierigkeiten und Herausforderungen, die vor allem Ostdeutsche wahrgenommen haben, wünscht sich dort kaum jemand die DDR zurück.¹⁶

Blick auf die Einheit

In den letzten Jahren hat der positive Blick der Ostdeutschen auf die Wiedervereinigung teilweise Risse bekommen. In Thüringen beispielsweise überwogen 2014 noch für acht von zehn der dortigen Befragten die persönlichen Vorteile, heute nicht einmal mehr für sieben von zehn.¹⁷ Es sind vor allem diejenigen, die vom wirtschaftlichen Aufschwung und der steigenden Beschäftigung der Vor-Corona-Jahre nicht profitieren konnten, die der Vereinigung für sich weniger Positives abgewinnen können.¹⁸ Aber auch die Einsicht, dass eine komplette Angleichung an Wohlstand und Lebensbedingungen

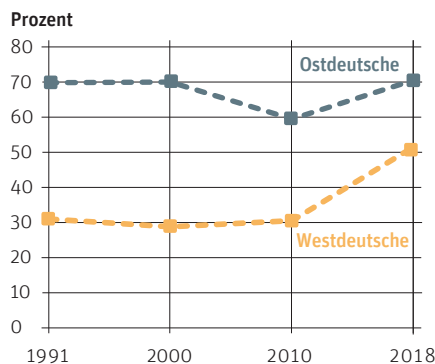
vieler westdeutscher Regionen in absehbarer Zeit nicht stattfinden wird, dürfte eine Rolle spielen.

Selbst für die ostdeutsche Nachwendegeneration ist die Wiedervereinigung nicht nur ein Erfolgsprojekt. Mit über 60 Prozent stimmt zwar die Mehrheit der Aussage zu, dass die Wiedervereinigung insgesamt gelungen ist. Unter ihren westdeutschen Alterskollegen liegt dieser Anteil jedoch bei 75 Prozent. Die jungen Ostdeutschen sind häufiger und direkter mit den Enttäuschungen und der fehlenden Anerkennung von Biografien konfrontiert, die im Zuge des Einigungsprozesses entstanden sind. Die jungen Bewohner der alten Bundesrepublik haben seltener Berührung mit diesen Themen. Denn für ihre Eltern hat die Wiedervereinigung kaum etwas an ihren Lebensentwürfen verändert, während die ostdeutsche Nachwendegeneration damit aufwuchs, dass sich ihre Eltern und Großeltern in einem ganz neuen Staat orientieren und zum Teil neu erfinden mussten.¹⁹

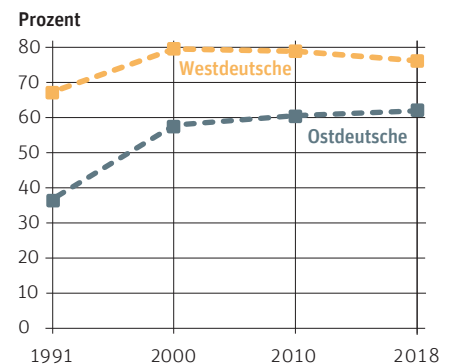
Die anderen gewinnen mehr

Die Mehrheit der Deutschen ist heute der Ansicht, dass die Bewohner des ganzen Landes von der Wiedervereinigung vor allem profitiert haben. Inzwischen sind selbst etwas mehr als die Hälfte der Westdeutschen der Meinung, dass auch für die Menschen in der alten Bundesrepublik die Einheit hauptsächlich Positives gebracht hat. Es sind aber jeweils die Bürger auf der anderen Seite der ehemaligen Grenze, die nach Ansicht der Menschen mehr Vorteile aus der Einheit gezogen haben.

Vorteile für alte Bundesländer



Vorteile für neue Bundesländer



Anteil der Ost- und Westdeutschen, die den Aussagen: „Die Wiedervereinigung hat für die Bürger der alten bzw. neuen Bundesländer mehr Vorteile als Nachteile gebracht“ voll zustimmen und eher zustimmen, 1991 bis 2018 (Datengrundlage: Allbus²⁰)

DER OSTEN IST SÄKULARER, DER WESTEN VIELFÄLTIGER

Die großen Kirchen in Deutschland leiden unter einem dramatischen Nachwuchsmangel. Während viele ältere Seelsorger sich in den Ruhestand verabschieden, entscheiden sich immer weniger junge Leute, dem Ruf Gottes zu folgen. Weihten die katholischen Bischöfe in beiden deutschen Staaten 1962 noch 557 Männer zu Priestern, hatte sich die Zahl der Weihen 1991 auf 263 mehr als halbiert, um 2019 mit 55 einen vorläufigen Tiefststand zu erreichen.¹ Vorschlägen, den Beruf durch eine Lockerung des Zölibats attraktiver zu machen oder sogar Frauen gleichberechtigten Zugang zu Weiheämtern zu gewähren, erteilte Papst Franziskus erst kürzlich eine erneute Absage.² Allerdings zeichnet sich auch in den evangelischen Kirchen ein Pfarrermangel ab, obwohl sie Verheiratete und Frauen akzeptieren.³

Anders als etwa in vielen Handwerksberufen hat dieser Mangel weniger mit dem demografischen Wandel und der schrumpfenden Zahl junger Arbeitskräfte zu tun (► 11), als vielmehr mit einem umfassenden gesellschaftlichen Wandel. Den großen Kirchen gehen nicht nur die Geistlichen, sondern auch die Gläubigen aus. Die Gruppe der Konfessionslosen ist mittlerweile die größte „religiöse“ Gruppe – mehr als jeder dritte Bundesbürger gehörte 2018 dazu.⁴

Säkularer Osten

Dabei nimmt der Osten eine Vorreiterrolle ein. In der DDR waren die massiven Mitgliederverluste der Kirchen eine Folge der marxistisch-leninistischen Staatsdoktrin. Religion galt als „Opium des Volkes“. Anders als in der Bundesrepublik, wo in den Jahrzehnten nach ihrer Gründung eine Kirchenmitgliedschaft weiterhin zum bürgerlichen Leben

dazugehörte, wurden Christen in der DDR mit Misstrauen bedacht. 1989 waren nur noch 37 Prozent der DDR-Bürger Mitglied einer Kirche.⁵ Im Westen hatten die Kirchen seit der Gründung der Bundesrepublik deutlich weniger Schäfchen verloren und zählten 1987 noch immer rund 85 Prozent der Bevölkerung zu ihren Mitgliedern.⁶

Nach der Wiedervereinigung erwarteten viele Kirchenleute eine Renaissance des Christentums in den ostdeutschen Ländern. Denn trotz der massiven Mitgliederverluste spielte die evangelische Kirche eine wichtige Rolle in der DDR. Als einzige staatsunabhängige Organisation bot sie einen Schutzraum nicht nur für gläubige Oppositionelle. Von den Kanzeln bestärkten viele Pfarrer Ende der 1980er Jahre die regimekritische Aufbruchsstimmung. Viele Kirchengemeinden unterstützten aktiv die Protestbewegung und nicht von ungefähr gingen die ersten Montagsdemonstrationen von der Leipziger Nikolaikirche aus.

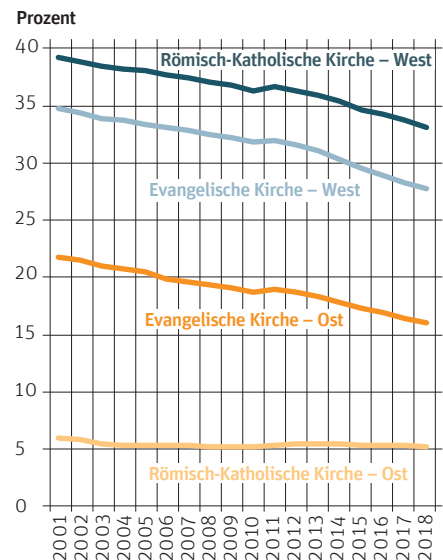
Es kam anders. Der Mitgliederschwund setzte sich nach der Wiedervereinigung im Osten fort und nahm im Westen an Fahrt auf. In den ostdeutschen Bundesländern einschließlich Berlins gehörten 2018 rund 21 Prozent der Menschen einer der beiden großen Kirchen an, im Westen waren es noch knapp 61 Prozent.⁷ Diese Entwicklung hat mehrere Ursachen. Der demografische Wandel trifft die Kirchen besonders hart. Die Mitglieder sind im Durchschnitt älter als die Gesamtbevölkerung, gleichzeitig lassen immer weniger Eltern ihre Kinder taufen. Hinzu kommen massive Austrittszahlen. 2019 beerdigten die großen Kirchen anderthalbmal so viele ihrer Mitglieder als sie durch Taufen neu in ihrem Kreis begrüßen konnten. Und die Zahl

der Menschen, die den Kirchen schon im Diesseits den Rücken kehrten, war ebenfalls etwa anderthalbmal so hoch wie die Zahl der Taufen.^{8,9}

Die Säkularisierung ist vor allem ein städtisches Phänomen.¹¹ In der Mehrzahl sind es junge Leute, die vom Land in die Städte ziehen und dort eine Umgebung vorfinden, in der das Christentum kaum noch eine Rolle

Schrumpfende Volkskirchen

Die großen Kirchen verlieren seit vielen Jahren Mitglieder. Der Osten ist hierbei Vorreiter, gerade einmal jeder Fünfte ist hier noch Kirchenmitglied. Der Westen zieht nach. Mittlerweile sind deutschlandweit mehr Menschen konfessionslos als Mitglied einer der beiden Volkskirchen.



Anteil der Mitglieder der Römisch-Katholischen Kirche und der Evangelischen Kirche an der west- und ostdeutschen Bevölkerung, 2001 bis 2018, in Prozent (Datengrundlage: fowid¹⁰)

spielt. So manche Stadtbewohner verlieren im Alltag den Bezug zur Kirche und entscheiden sich irgendwann zum Austritt, etwa um die Kirchensteuer zu sparen oder weil sie sich in den Werten der Kirche nicht mehr wiederfinden. Andere lassen zumindest ihre Kinder nicht mehr taufen.

Die sozialen Folgen der Kirchenschwund sind bislang kaum abzusehen. Die Kirchen gehören zu den größten nichtstaatlichen Trägern etwa von Kitas, Pflegeeinrichtungen oder Krankenhäusern. Fast jeder dritte Krankenhauspatient wird im Westen in einer Klinik in kirchlicher Trägerschaft behandelt, im Osten knapp jeder fünfte.¹² Zwar finanziert der Staat diese sozialen Einrichtungen fast vollständig. Es ist jedoch fraglich, ob sich die konfessionelle Bindung so vieler systemrelevanter Institutionen angesichts der schwindenden Bedeutung der Kirchen langfristig rechtfertigen lässt.

Vielfalt im Glauben

Gleichzeitig nimmt die religiöse Vielfalt in Deutschland zu – allerdings vor allem im Westen. Besonders die Zuwanderung aus allen Teilen der Welt befördert dies. Schon zu Zeiten der deutschen Teilung zog es deutlich mehr Zuwanderer in die Bundesrepublik als in die DDR – ein Trend, der sich seit der Wiedervereinigung fortsetzt (► 7). Muslime bilden die größte, wenn auch in sich sehr heterogene, nichtchristliche Religionsgemeinschaft. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schätzte ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung Ende 2015 auf 5,4 bis 5,7 Prozent.¹³ Mit großem Abstand folgen Buddhisten, Juden, Hindus und Jesiden.*¹⁴

Der Holocaust der Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg hat jüdisches Leben in Deutschland fast ausgelöscht. Bei ihrer Gründung lebten in den beiden deutschen Staaten

nur noch wenige Tausend Juden. Erst nach der Wiedervereinigung erlebte das jüdische Gemeindeleben vor allem durch „Kontingentflüchtlinge“ aus der ehemaligen Sowjetunion einen Aufschwung. 2006 zählten die jüdischen Gemeinden deutschlandweit knapp 108.000 Mitglieder. Sie stehen allerdings vor ähnlichen demografischen Herausforderungen wie die christlichen Kirchen. Bis 2019 sank die Zahl ihrer Mitglieder Jahr für Jahr auf knapp 95.000, gut 0,1 Prozent der deutschen Bevölkerung.¹⁶

Vor allem Muslime standen zuletzt in der Debatte um Zuwanderung und Integration im Schlaglicht. Große Teile der Öffentlichkeit überschätzen ihre Zahl deutlich, 2018 bezifferten die Teilnehmer einer repräsentativen Befragung ihren Anteil im Schnitt auf über 20 Prozent der deutschen Bevölkerung.¹⁹ Viele sehen im Islam ein Integrationshindernis.²⁰ Hochrangige Politiker diskutierten wiederholt öffentlichkeitswirksam, ob der Islam „zu Deutschland gehöre“.^{21,22}





Dabei sind Vorurteile gegenüber Muslimen besonders dort verbreitet, wo die wenigsten von ihnen leben. So sind in den ostdeutschen Bundesländern die Vorbehalte deutlich größer als im Westen. Die selbsternannten Patriotischen Europäer (Pegida) „spazierten“ zuerst in Dresden gegen die angebliche Islamisierung des Abendlandes, einer Stadt mit einem muslimischen Bevölkerungsanteil von gerade einmal 0,1 Prozent.²³ Mehr Ost- als Westdeutsche sehen den Islam als Bedrohung und wollen Muslime in ihrer Religionsfreiheit einschränken.²⁴ Trotz fortschreitender Säkularisierung rückt Religion seit einigen Jahren wieder stärker ins öffentliche Bewusstsein. Während der muslimische Glaube als vermeintliches Integrationshindernis gesehen wird, wird in den Debatten eine christlich-jüdische Tradition betont.^{25,26} Doch dies hat bislang nicht dazu geführt, dass sich Kirchen und Synagogen wieder füllen.

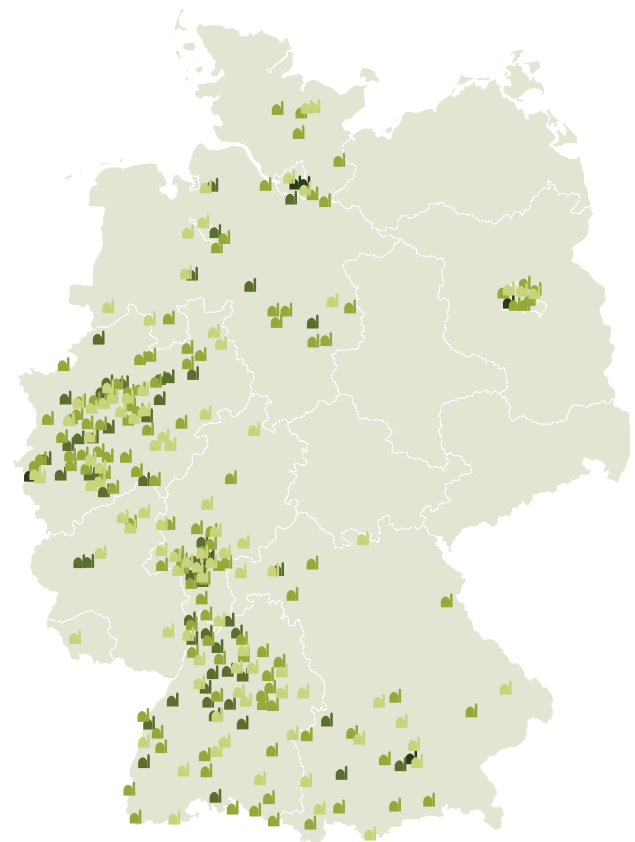
Lebendiger Islam im Westen

Muslimischen Gemeinden gelingt es besser als den christlichen Kirchen, auch jüngere Generationen anzusprechen. Immer mehr der schätzungsweise 2500 Moscheegemeinden¹⁷ wagen den Schritt aus den Hinterhöfen in repräsentative Bauten – allerdings nur im Westen und in Berlin.

Städtebaulich markante Moscheen nach Zeitraum der Eröffnung, 2018

(Quelle: Ifl¹⁸)

-  vor 1980 (6)
-  1980 bis 2000 (59)
-  2001 bis 2011 (143)
-  2012 bis 2018 (94)



* Da nicht-christliche Religionsgemeinschaften meist keine formelle Organisation kennen, können die Mitgliederzahlen nur grob geschätzt werden.¹⁵

IM LAND DER „VEREINSMEIER“

Im Sommer 2015 löste sich der Männer-Gesangsverein des brandenburgischen Dorfes Wenzlow im 127. Jahr seit seiner Gründung auf. Die Sänger waren alt geworden, die Stimmen schwächer und neue Vereinsmitglieder nicht in Sicht.¹ Wenzlow ist kein Einzelfall. An die Stelle der vereinsgebundenen Sanges-tradition treten deutschlandweit zunehmend temporäre Chorprojekte, einmalige „Rudelsingen“-Events, „Ich-kann-nicht-singen“-Chöre ohne verpflichtende Beteiligung und Alternativen wie etwa Kiez- oder Kneipenchöre.²

Wer sich heute freiwillig und meist unbezahlt für Kultur, Sport, Umwelt oder Soziales engagiert, will sich tendenziell seltener in festen Vereinsstrukturen langfristig binden. Das offenbart sich im Deutschen Freiwilligen-survey (FWS), der seit 1999 alle fünf Jahre freiwilliges Engagement in der Bevölkerung ab 14 Jahren abfragt: Von 1999 bis zum vorläufig letzten FWS 2014 ist der Anteil jener, die sich in Vereinen und Verbänden engagieren, von fast 56 Prozent auf etwas mehr als 52 Prozent zurückgegangen. Derweil wuchs der Anteil jener, die sich in informellen Initiativen, Selbsthilfegruppen oder zeitlich begrenzten Projekten einbringen, von 11 auf 16 Prozent.³

Seither haben sich immer wieder schnell und spontan Gruppen von Bürgern gebildet, die einsprangen, wo Staat und Verwaltung nicht hinterher kamen. Solch kurzzeitiges Engagement zeigte sich etwa bei dem massiven Zustrom an Geflüchteten 2015 oder neuerdings im coronabedingten Lockdown, als manche Mitmenschen Hilfe benötigten.⁴

Das bedeutet aber nicht, dass sich die absolute Zahl der in formalen Organisationen aktiven Engagierten verringert hätte – im Gegenteil: Das zivilgesellschaftliche Engagement hat insgesamt zugenommen. Nur die Richtung hat sich verschoben. Der Zuwachs fiel bei den individuell organisierten Gruppen stärker aus.⁵

Neue Themen fürs Ehrenamt

Die Deutschen werden ihrem Ruf als Vereinsmeier weiterhin gerecht: Nach wie vor ist die Mehrheit der Engagierten in formalen Organisationen eingebunden. Die Zahl der eingetragenen Vereine hat in den letzten 25 Jahren fast durchgängig neue Rekordhöhen erreicht: 1995 waren es rund 417.000, 2016 etwa 603.000, so viele wie nie zuvor.⁶ Unter den Handlungsfeldern von Vereinen steht immer

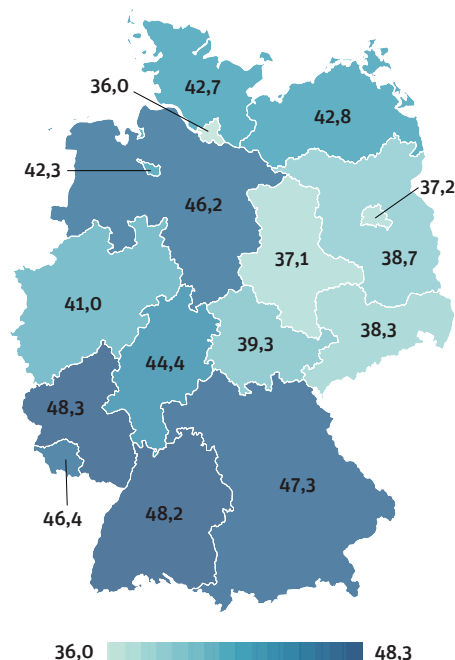
noch der Sport an erster Stelle, zuvorderst der Fußball. In etwa 133.000 Sportvereinen, fast einem Viertel aller Vereine, sind so viele Mitglieder und als Vorstände oder Trainingsleiter Aktive eingebunden wie in keinem anderen Bereich.⁷ Indessen gründen sich seit den 1990er Jahren verstärkt Vereine, die sich gesellschaftlichen Themen verschrieben haben. Neugründungen haben insbesondere im Bereich Bildung und Erziehung zugenommen, etwa in Form von Förderkreisen für Schulen, sowie in Bereichen wie fairer Handel oder nachhaltige Entwicklung, Mitbestimmung, Verbraucherrechte, Umwelt- oder Tierschutz.⁸

Mächtig zugelegt hat auch die Zahl der Bürgerstiftungen, die als „lokale Mitmach-Stiftungen“ ein breites Feld für freiwilliges Engagement bieten, von 278 im Jahr 2008

Wo sich besonders viele Bürger einbringen

Ob sich Menschen freiwillig im Sinne des Gemeinwerts einbringen, hängt nicht nur von individuellen Voraussetzungen, sondern auch von den regionalen Rahmenbedingungen ab. Im Süden und in Niedersachsen liegen die Engagementquoten deutlich über dem Bundesdurchschnitt, im Osten weit darunter. Auf dem Land sind sie höher als in den Städten. Deutschlandweit engagieren sich Männer häufiger als Frauen, höher Gebildete und Schüler eher als Personen mit mittlerem und niedrigem Bildungsstand. Beim Anteil freiwillig Engagierter nach Erwerbsstatus finden sich jedoch Unterschiede: In Westdeutschland sind Voll- und Teilzeitbeschäftigte häufiger aktiv als in Ostdeutschland, bei den arbeitslos Gemeldeten ist es umgekehrt.

Anteil freiwillig Engagierter an der Bevölkerung ab 14 Jahren in den Bundesländern, in Prozent, 2014 (Datengrundlage: FWS¹⁸)



bis Ende 2018 auf 410. Fast die Hälfte davon widmet sich Bildungs- und Erziehungsprojekten, die übrigen fördern vor allem Kultur, Soziales oder Gesundheit und Bewegung. Bürgerstiftungen gibt es von Hamburg bis ins badische Rheinfeldern, von Aachen in Nordrhein-Westfalen bis Zittau im äußersten Südosten Sachsens. Allerdings sind sie ungleichmäßig über das Bundesgebiet verteilt. Auf die drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin entfallen 8, auf die fünf Ost-Flächenländer zusammen 31 und der große Rest auf Westdeutschland. Nur das Saarland hat keine. Insgesamt 113 beherbergt allein Nordrhein-Westfalen. Im bevölkerungsreichsten Bundesland lebt gut die Hälfte der Bevölkerung im Einzugsbereich einer Bürgerstiftung. Im dünn besiedelten Mecklenburg-Vorpommern dagegen erreichen 4 Bürgerstiftungen ein Fünftel der Bevölkerung.⁹

Tradition auf dem Land, Projekte in Städten

Auch die Vereine sind nicht gleichmäßig über das Land verteilt. Bei der absoluten Zahl der Vereine zeigt sich ein Gefälle von West nach Ost, wobei wiederum Nordrhein-Westfalen Spitzenreiter ist. Dieses Gefälle verschwindet jedoch, wenn die Zahl der Vereine im Verhältnis zur Bevölkerungszahl betrachtet werden. Bei der Vereinsdichte ergibt sich kein klares Muster mehr. 2016 war das Saarland mit 10,4 Vereinen je 1.000 Einwohner ganz vorn, während die fünf östlichen Flächenländer mit 7 bis 9 Vereinen je 1.000 Einwohner etwa gleichauf mit Baden-Württemberg oder Hessen lagen und Schleswig-Holstein mit 6 das Schlusslicht bildete.¹⁰

Die Menschen im Osten haben nachgeholt, was ihnen einst versagt war: Vereinsfreiheit. Zu DDR-Zeiten durften Vereine einzig der Freizeitgestaltung dienen, von Modellbau bis Bergsteigen, und standen unter strenger Kontrolle durch Massenorganisationen wie die „Freie Deutsche Jugend“ oder den Kulturbund. Nur Kleingartenvereine genossen gewisse Freiräume, weil sie halfen die Er-

nährung zu sichern. Schon Karnevalsvereine, die witzig verpackte Kritik am System übten, standen unter Beobachtung.¹¹

Die Daten zur Vereinsdichte weisen allerdings auf ein deutliches Gefälle zwischen Land und Stadt hin. Auf dem Land gibt es bislang mehr Vereine und mehr Engagement als in urbaner Umgebung.¹² In manchen ländlichen Regionen gehört es einfach dazu, bei der Freiwilligen Feuerwehr, im Schützenverein oder bei den Landfrauen mitzumachen. Inwieweit sich diese Traditionen aufrechterhalten lassen, hängt weitgehend von der sozioökonomischen Entwicklung der jeweiligen Region ab: In strukturschwachen Gegenden, wo viele Jüngere abwandern und wenige zuziehen, schlafen Vereinsaktivitäten nach und nach ein. Zwischen 2006 und 2016 haben sich rund 15.500 Vereine in ländlichen Regionen aufgelöst, dabei verzeichnete Brandenburg den stärksten Schwund. Deutschlandweit sank in diesem Zeitraum die Zahl der Engagierten bei 22 Prozent der ländlichen Vereine, aber nur in 14 Prozent der Vereine in Städten.¹³ Neuartige Projekte entstehen zwar auch auf dem Land, aber in Ballungszentren finden sich eher genügend Gleichgesinnte.¹³

Aktive Zivilgesellschaft

Die steigende Zahl von Vereins-Neugründungen im gesellschaftspolitischen Bereich, von Bürgerstiftungen und Initiativen ist ein Indiz dafür, dass die Zivilgesellschaft in zunehmendem Maß öffentliche Aufgaben übernimmt oder sich zumindest dafür bereithält. Darin liegt in Zeiten knapper kommunaler Kassen und rückgängiger Leistungen der Daseinsvorsorge eine Chance: Wenn auf dem Land tagsüber kein Bus mehr fährt, schließen Bürgerbusse so manche Lücke. Wenn ältere Alleinstehende oder alleinerziehende Mütter nur mit Mühe ihren Lebensunterhalt bestreiten können, springen Tafeln ein und verteilen den Überfluss an Lebensmitteln. Die wachsenden Erwartungen an die Zivilgesellschaft bergen aber auch Gefahren: Bürger können nicht alle Ausfälle kompensieren. Der Staat muss seine

zentralen Aufgaben auch in Zukunft wahrnehmen. Dazu gehört, der Zivilgesellschaft so viel Handlungsfreiheit zu lassen, dass sie sich optimal im Sinne der Gemeinschaft und der Demokratie entfalten kann.^{14,15}

Wer engagiert sich freiwillig?

Die erwähnte Zunahme des zivilgesellschaftlichen Engagements in Deutschland lässt sich an der Engagementquote ablesen: Nach dem FWS ist der Anteil freiwillig Engagierter an der Bevölkerung ab 14 Jahren zwischen 1999 und 2014 von 34 auf fast 44 Prozent angewachsen. Darin sind alle eingeschlossen, die sich freiwillig im Sinne des Gemeinwesens betätigen, ob im Freizeitbereich, in Politik, Bundesfreiwilligendienst, Religionsgemeinschaften oder Nachbarschaftshilfe.

Der Zuwachs war in Ost und West gleich stark, bei der Engagementquote zeigen sich jedoch deutliche regionale Unterschiede: In Westdeutschland stieg der Anteil freiwillig Engagierter zwischen 1999 und 2014 von 35,7 Prozent auf 44,8 Prozent, in Ostdeutschland von 27,9 auf 38,5 Prozent. Die höchsten Engagementquoten finden sich beim FWS 2014 im Süden, in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg mit jeweils mehr als 48 Prozent. Unter den ostdeutschen Flächenländern weist Mecklenburg-Vorpommern den höchsten Anteil auf, Sachsen-Anhalt den niedrigsten. Das geringere Engagement im Osten dürfte im Wesentlichen auf den fortgeschrittenen demografischen Wandel zurückgehen, auf die Erwerbsbeteiligung und die niedrigeren Einkommen (► 4,13).^{16,17}

DEUTSCHLAND IST EINE DEMOKRATISCHE REPUBLIK

Im März 1990 konnte das Volk der DDR zum letzten Mal, aber erstmals frei über die Zusammensetzung der Volkskammer entscheiden. 93,4 Prozent der Wahlberechtigten gingen damals zur Urne. Sie votierten mehrheitlich für die Ost-CDU: Knapp 41 Prozent der Stimmen entfielen auf die gewendete Blockpartei. Die neu gegründete SPD kam auf etwas mehr als die Hälfte davon. Die zur „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) mutierte SED, die zuvor regelmäßig mit nahezu hundertprozentiger Wahlbeteiligung fast hundert Prozent der Stimmen erreicht hatte, musste sich mit 16,4 Prozent begnügen.¹

Knapp neun Monate später – inzwischen hatten sich die beiden deutschen Staaten zu einem vereinigt – hatten die Ostdeutschen schon wieder die Wahl. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl Anfang Dezember 1990 war indes die Freude über die neu gewonnene pluralistisch-liberale Demokratie sichtlich geschwunden: Nur noch 72 Prozent der ostdeutschen Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab, die westdeutschen kamen auf 78 Prozent. Seither liegt die Beteiligung bei Bundestagswahlen deutschlandweit im Mittel bei 76,8 Prozent. Dabei liegen die Westdeutschen um einen Prozentpunkt über dem Durchschnitt, die Ostdeutschen um 4,3 Punkte darunter.² Wissenschaftler erklären dies mit der unterschiedlichen politischen Sozialisation und der verschiedenartigen Wahrnehmung der eigenen Handlungsmöglichkeiten in den beiden Landesteilen.³

Nicht nur bei der Wahlbeteiligung, auch bei der Verbundenheit zu einer bestimmten Partei hat sich ein erkennbares West-Ost-Gefälle gehalten. Die Ergebnisse der einzelnen Parteien bei den Bundestagswahlen seit 1990 unterlagen in der ehemaligen DDR größeren Schwankungen als in der alten Bundesrepublik. Bis 2005 nahmen zu beiden Seiten der ehemaligen innerdeutschen Grenze stets die Union und die Sozialdemokraten im Wechsel den ersten und zweiten Platz in der Wählergunst ein. Aber die einst großen Volksparteien verlieren an Einfluss. Und bei den kleineren Parteien sind die Gewichte in Ost und West ganz unterschiedlich verteilt.⁴

Wo linke und rechte Parteien Stimmen fangen

Während Die Linke – ein Zusammenschluss der vormaligen PDS und der linksgerichteten „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ – in Westdeutschland nicht über den Status einer Kleinpartei hinaus kommt, hat sie im Osten immer noch großes politisches Gewicht. Die „Alternative für Deutschland“ (AfD), die 2013 als EU-kritische rechtsliberale Partei gegründet worden war, aber bald auf einen rechtsnationalistischen Kurs einschwenkte, hätte schon beim ersten Versuch den Sprung in den Bundestag geschafft, wäre es nur nach den ostdeutschen Wählern gegangen. Deutschlandweit scheiterte sie jedoch knapp an der Fünfprozenthürde. Beim zweiten Anlauf holte die AfD dann im Osten mit 21,9 Prozent mehr als doppelt so viele Zweitstimmen wie im Westen. Umgekehrt erhielten die Grünen 2017 mit 9,7 Prozent in Westdeutschland einen doppelt so hohen Zweitstimmenanteil wie in Ostdeutschland. Mit Ausnahme der ersten Bundestagswahl

1990 haben die Grünen im Westen durchgängig bessere Ergebnisse erzielt als im Osten.^{5,6,7} Bei den jeweils letzten Landtagswahlen hat die AfD in den fünf ostdeutschen Flächenländern stets weit besser abgeschnitten als in Westdeutschland und Berlin. 2019 erreichte sie in Sachsen 27,5 Prozent und lag damit nur wenig hinter der CDU. An dritter Stelle folgte Die Linke, die mit 10,4 Prozent besser abschnitt als die Grünen und die SPD.⁸

Ältere haben mehr zu sagen

Der demografische Wandel wirkt sich auch auf die Parteienlandschaft und das Wahlverhalten in Deutschland aus. Bei der Bundestagswahl 1990 hatte die Altersgruppe ab 60 gut ein Viertel aller Wahlberechtigten gestellt, die unter 30-Jährigen noch knapp ein Viertel. 2017 machten die Älteren bereits ein Drittel der potenziellen Wählerschaft aus, der Anteil der Jungen war auf ein Sechstel geschrumpft.⁹ Abgesehen von den Grünen sind in allen Parteien die 60-Jährigen und Älteren unter den Mitgliedern überrepräsentiert. Gleichzeitig schafft es keine Partei unter 30-Jährige ausreichend in den eigenen Kreis zu locken. Am ehesten gelingt dies noch den kleinen Parteien. Bei Linke, Grüne und FDP finden sich anteilig die meisten unter 30-Jährigen unter den Mitgliedern, aber auch bei ihnen ist die junge Altersgruppe unterrepräsentiert.¹⁰

Die Alterung schlägt sich unter anderem in sinkenden Mitgliederzahlen bei den Parteien nieder: In den vergangenen 30 Jahren haben denn auch alle Parteien Mitglieder verloren, nur die spät hinzugekommene AfD legt bisher zu. Der schwindende Zuspruch der Wähler für

die großen Volksparteien hat zur Folge, dass bei der Bundestagswahl 2017 sieben Parteien im Berliner Reichstagsgebäude einzogen – so viele wie noch nie seit der Einheit.¹¹

Demokratie in Gefahr?

Indessen bestimmen zunehmend Gruppierungen außerhalb der Parlamente die politische Debatte. Überall im Land sind Proteste und Parolen gegen Vertreter von Regierung und Parlament zu vernehmen, vor kurzem noch wegen der Flüchtlingspolitik und neuerdings wieder wegen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Das alles lässt viele schon befürchten, die Demokratie sei in Gefahr: Immerhin 53 Prozent der Deutschen äußerten sich 2019 bei einer repräsentativen Umfrage dahingehend. Dabei sahen AfD-Wähler die größte Gefahr in Migranten, an zweiter Stelle folgte die Bundesregierung und an dritter Linksextremisten. Grünen-Wähler wännen dagegen die stärkste Bedrohung der Demokratie in Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sowie in den USA.¹²

Darin zeigt sich jedenfalls eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft. Die Demokratie ist trotzdem nicht in Gefahr. Die Proteste und Aufmärsche gehen von einer zwar lautstarken, aber verschwindend kleinen Minderheit aus, die überproportional hohe mediale Aufmerksamkeit erfährt. Die Flüchtlingsfrage ist infolge rückläufiger Migrantenzahlen und weil sich Covid-19 in den Vordergrund geschoben hat, kaum noch ein Thema. Und wie Umfragen zeigen, unterstützt die Mehrheit der Bevölkerung die Vorkehrungen der Regierung gegen die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus.¹³

Die Mehrheit der Deutschen hält die Demokratie für eine gute Staatsform: Bei der Befragung im Spätsommer 2019 äußerten sich 83 Prozent in diesem Sinne. Allerdings ergab sich bei der Frage, wie es mit der praktischen Umsetzung der Demokratie in Deutschland stehe, ein durchwachsenes Bild: 54 Prozent waren damit zufrieden, 40 Prozent waren unzufrieden. Sie bemängelten vor allem, das Volk habe zu wenig Mitsprache oder ihre Wahlstimme vermöge nichts zu bewirken.¹⁴ Hier zeigt sich allerdings wieder ein West-Ost-Gefälle: Zwar ziehen auch die Ostdeutschen mehrheitlich die Demokratie jeder anderen Staatsform vor, sie stehen der Demokratie in ihrer tatsächlichen Umsetzung in Deutschland aber kritischer gegenüber als die Westdeutschen.¹⁴

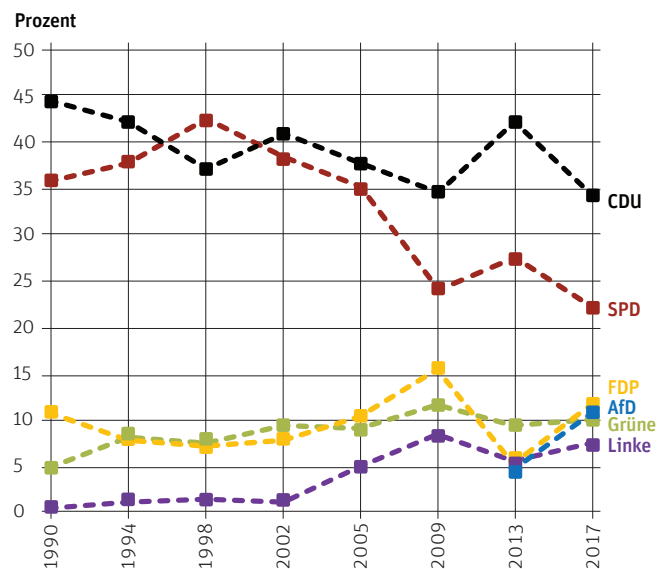
Der Westen wählt grüner, der Osten eher an den Rändern

Die beiden Volksparteien CDU/CSU und SPD führen bei Bundestagswahlen in der alten Bundesrepublik stets satte Ergebnisse zwischen knapp 30 und bis zu 50 Prozent ein.¹⁵ Seit der Einheit können sich beide immer weniger darauf verlassen. Die Sozialdemokratie befindet sich seit 2002 auf einem steilen Sinkflug. In Ostdeutschland stieg die aus der ehemaligen Staatspartei SED hervorgegangene Linke zeitweilig zur zweitstärksten Partei auf, sie wurde jedoch bei der letzten Bundestagswahl von der AfD überholt.

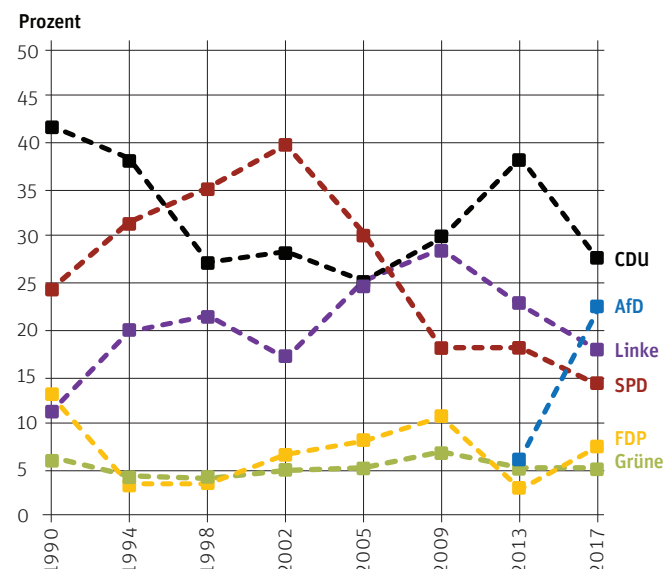
Anteil der gültigen Zweitstimmen nach Partei bei Bundestagswahlen in West- und Ostdeutschland, in Prozent, 1990 bis 2017

(Datengrundlage: Bundeswahlleiter¹⁶)

West (mit West-Berlin)



Ost (mit Ost-Berlin)



FUSSBALLBEGEISTERUNG GRENZENLOS

Die DDR war berühmt für ihre Athleten, die auf internationalen Wettkämpfen unzählige Medaillen sammelten. Insgesamt 203 olympische Goldmedaillen, 768 Welt- und 747 Europa-Meistertitel konnte der sozialistische Staat in den rund 40 Jahren seiner Existenz für sich erringen. Bei den letzten Olympischen Sommerspielen der DDR 1988 im südkoreanischen Seoul schaffte es das kleine Land sogar auf Rang zwei des Medaillenspiegels, nach der Sowjetunion, aber vor den USA und weit vor der damaligen BRD.¹

Zum Teil lebt diese Tradition fort. Von den Gewinnern der insgesamt 42 deutschen Medaillen bei den Olympischen Spielen 2016 in

Rio de Janeiro stammen zwar die meisten aus Berlin und Nordrhein-Westfalen. Aber an dritter Stelle im Medaillenvergleich der Bundesländer steht bereits Brandenburg und auch aus Sachsen und Thüringen kommen einige Träger olympischen Edelmetalls.² In diesen Ländern konzentrieren sich auch die Olympiastützpunkte und Sportleistungszentren.³

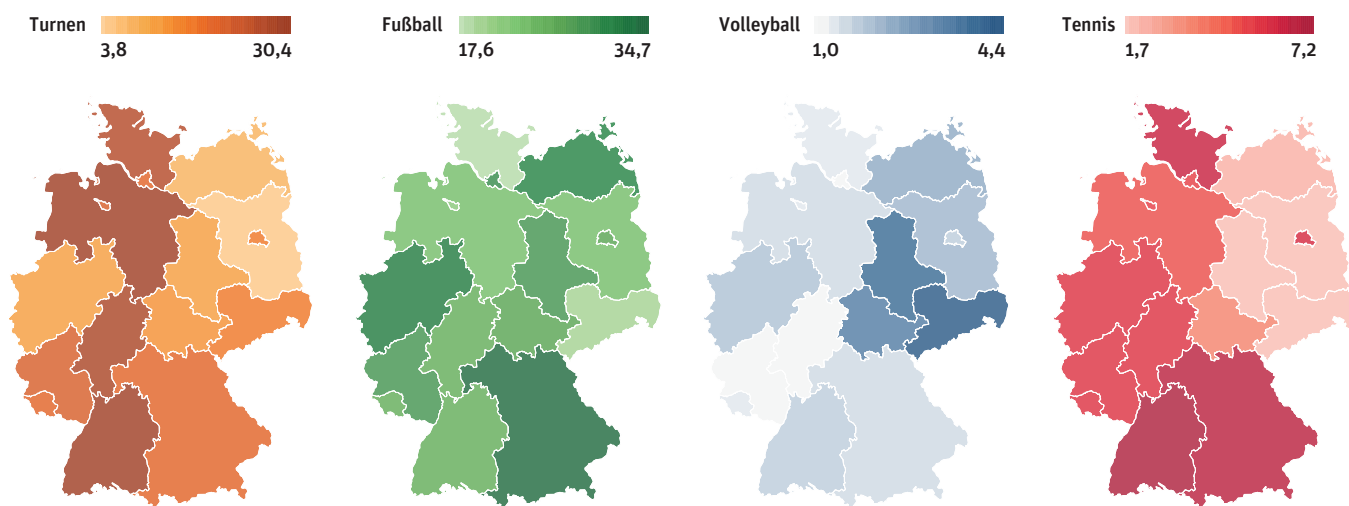
Im Breitensport hängt der Osten weiter hinterher

Vom Medaillenspiegel lässt sich aber nicht automatisch auf die Sportbegeisterung der Menschen schließen. 2016 waren 37 Prozent der Saarländer Mitglieder in

einem Sportverein, mehr als in jedem anderen Bundesland. Im gleichen Jahr schaffte es dennoch kein Sportler von dort aufs olympische Siebertreppchen. Genau andersherum sieht es in Brandenburg aus. Das Bundesland war zwar bei den vorerst letzten Olympischen Spielen erfolgreich, aber damals gehörten gerade einmal 13 Prozent der Bewohner einem Sportverein an. Auch in den anderen östlichen Bundesländern bleiben die Menschen hinsichtlich ihrer in Vereinen organisierten Sportbegeisterung bislang weit hinter den westlichen zurück. Während in Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern nicht einmal jeder sechste einen Mitgliedsausweis

Volleyball im Osten, Tennis im Westen

Die drei nach Mitgliederzahl in Vereinen beliebtesten Sportarten in Deutschland sind Fußball, Turnen sowie Tennis mit sieben, fünf und mehr als eine Millionen vergebenen Mitgliedsausweisen. Mit Ausnahme des Fußballs spielen sie bei den sportlich Aktiven im Osten des Landes eine nicht so große Rolle. Dort stehen bis heute auch Sportarten weit oben in der Beliebtheitsskala, die schon zu DDR-Zeiten besondere Aufmerksamkeit erhielten, wie zum Beispiel Volleyball.



Anteil der Mitglieder in Turn-, Fußball-, Volleyball- und Tennisvereinen an allen Sportvereinsmitgliedern in den Bundesländern, in Prozent, 2019/2020

(Datengrundlage: Landessportbünde¹³, eigene Berechnung)

eines Sportvereins besitzt, gehört er in vielen westdeutschen Flächenländern für jeden Dritten selbstverständlich dazu.^{4,5}

Der einstige Graben zwischen Spitzen- und Breitensport im Osten besteht weiter. Die DDR-Führung legte zwar großen Wert auf sportliche Aktivitäten von Kindesbeinen an. Es fanden unzählige Sportfeste und Spartakiaden statt. Jeder Betrieb hatte seine Betriebssportgruppen. Doch die Sportförderung diente vorrangig dem Ziel, neue Talente für den Leistungssport zu entdecken. Der Staat steckte viel Geld und Aufwand – bis hin zum gezielten Doping – in den Aufbau von Weltspitzensportlern. Für Freizeitsportler oder auch Disziplinen, die keinen internationalen Ruhm versprachen, gab es dagegen nicht genügend Sportstätten, Schwimmhallen oder Ausrüstung.⁶ In den nach 1990 neu geschaffenen Landessportbünden saßen weiter viele DDR-Sportkader, die sich auch im vereinten Deutschland mehr um die Sporteliten als den Breitensport kümmerten.⁷

Aber der Fußball dominiert nicht überall

Insgesamt sind die Menschen heute sportlicher als noch vor 30 Jahren. Auf einer Skala von 1 bis 4 – bei der 1 keinerlei sportliche Aktivität bedeutet und 4 mindestens einmal wöchentlich – haben sich die Ostdeutschen seit 1991 von 1,6 auf fast 2,3 Punkte hochtrainiert, wie die Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) zeigen. Die Unterschiede zu den westdeutschen Sportkameraden bleiben, denn auch sie ziehen inzwischen häufiger ihre Sportschuhe an als noch Anfang der 1990er Jahre. Von knapp über 2 auf der Skala haben sie sich auf 2,6 gesteigert. Auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik schwitzte 2015 fast die Hälfte der Bewohner mindestens einmal wöchentlich beim Laufen, Fußballspielen oder Tennismatch. Im Osten traf dies nur auf gut ein Drittel zu.⁸

Bei welchen sportlichen Aktivitäten sich die Menschen am liebsten verausgaben, ist regional unterschiedlich. Es gibt aber auch

Gemeinsamkeiten. So ist fast überall im Land der Fußball das beliebteste „Sportgerät“. In den meisten Regionen sind ungefähr ein Viertel aller Sportvereinsmitglieder in einem Fußballverein organisiert, in Bayern und Nordrhein-Westfalen sogar mehr als ein Drittel. Das heißt aber nicht, dass alle selbst gegen den Ball treten: Wo große Bundesligavereine zu Hause sind, zählen auch viele Fans zu den Mitgliedern, die sich allenfalls auf den Zuschauerrängen verausgaben. In Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg gehören jedoch mit jeweils knapp 30 Prozent an allen Sportvereinsmitgliedern anteilig noch mehr Menschen einem Turn- als einem Fußballverein an.⁹

Welchen langfristigen Einfluss die DDR-Sportpolitik auf Vorlieben zu bestimmten Sportarten hat, zeigt sich beim Volleyball. Vom Staat besonders gefördert, findet dieser Mannschaftssport bis heute auch im Breitensport im Osten anteilig mehr Sportenthusiasten als im Westen. Ganz anders sieht es beim Tennis aus, der bundesweit mit fast 1,4 Millionen Vereinsmitgliedern drittstärksten Sportart¹⁰: Während in Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Sachsen Tennis nicht einmal zwei Prozent der Sportvereinsmitgliedschaften ausmacht, sind es in Baden-Württemberg und Bayern mit sieben Prozent mehr als dreimal so viele.¹¹ Im Westen hatten die Erfolge der Tenniswunderkinder Steffi Graf und Boris Becker in den 1980er Jahren dem Sport einen starken Zulauf beschert. In der DDR war er dagegen aus der staatlichen Förderung gefallen und wurde kaum trainiert.¹²

Reisen im Osten besonders beliebt

Aktiver als beim Sport sind die Ostdeutschen beim Reisen. Schon in den 1980er Jahren unternahmen bis zu 80 Prozent der Bevölkerung mindestens eine fünftägige Reise im Jahr, in der damaligen BRD waren es nur bis zu 65 Prozent.¹⁴ Nach Westen geschlossene Grenzen hielten die DDR-Bürger nicht ab, unterwegs zu sein. Im Sommer waren Ostseeküste und Mecklenburgische Seenplatte besonders beliebt, im Winter lockten

Thüringer Wald, Harz und Erzgebirge. Die Menschen zog es auch in die sozialistischen Brüderländer, wie an die bulgarische Schwarzmeerküste oder in die tschechoslowakischen Berge. Doch die Auswahl der Ziele war begrenzt.¹⁵ Der Wunsch frei zu reisen, war daher ein wichtiger Grund für viele Menschen, im Herbst 1989 auf die Straßen zu gehen. „Reisefreiheit“ wurde sogar im selben Jahr zum Wort des Jahres gekürt.¹⁶

Mit dem Fall der Mauer konnten die DDR-Bürger sich uneingeschränkt über die Grenzen bewegen und das taten sie zunächst auch: Drei von vier Reisen führten sie 1990 ins Ausland. Doch nachdem die erste Neugier gestillt war, genügte vielen das eigene Land als Urlaubsziel, mehr als den Bewohnern der alten Bundesrepublik. Zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung verbrachten vier von zehn Ostdeutschen ihren Urlaub im Inland, aber nur drei von zehn Westdeutschen. Dabei steht der Ostseestrand in Mecklenburg-Vorpommern bei den Ostdeutschen weiterhin besonders hoch im Kurs, während Westdeutsche eher die Küsten Schleswig-Holsteins bevorzugen.¹⁷ Bayern ist das einzige Bundesland, das Ost- wie Westdeutsche gleichermaßen anzieht. Insgesamt reisen die Menschen lieber in jeweils „ihrem“ Landesteil.¹⁸ Trotzdem gibt es drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung kaum noch einen Ostdeutschen, der den anderen Teil der Republik nicht gesehen hat. Jeder sechste Westdeutsche dagegen hat noch nie privat den Osten besucht.¹⁹

Dazu passt, dass in den ersten Jahren nach dem Mauerfall fast zwei Drittel der ehemaligen DDR-Bewohner neue Eindrücke als Reisegrund angaben, während dies nur für knapp die Hälfte der Bürger der alten Bundesrepublik eine Rolle spielte. Zwei Jahrzehnte später, in denen die Ostdeutschen unbegrenzt die Welt erkunden konnten, waren die Neugierigen auf ein Drittel geschrumpft und die Urlaubsbedürfnisse hatten sich denen der Westdeutschen angeglichen. Faulenzen, Baden und gutes Essen war von nun an das Wichtigste für die Mehrzahl der Urlauber aus Ost und West.^{20,21}

DIE ERSTE GEIGE SPIELT IM OSTEN

Die DDR galt als Leseland. Noch 1992 gaben mehr als zwei Drittel der Ostdeutschen an, mindestens einmal wöchentlich ein Buch zur Hand zu nehmen. Im Westen galt dies für weniger als die Hälfte.¹ Literatur bot den Menschen hinter der Mauer die Möglichkeit, die Welt wenigstens in Gedanken zu erleben, so eine Erklärung für diese große Vorliebe. Zwar begrenzte die Zensur auch diese Welt, doch immer wieder schafften es auch Bücher in den Druck, in denen kritische Stimmen zwischen den Zeilen zu finden waren. Dies verlieh dem Lesen einen besonderen Reiz.²

Doch mit den neuen Freiheiten verloren Bücher für die Ostdeutschen immer mehr das Besondere. Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall hatte sich das Leseverhalten östlich der ehemaligen Grenze dem niedrigen Niveau im Westen angeglichen. Nur vier von zehn Bewohnern Deutschlands schlugen 2008 noch mindestens einmal wöchentlich ein Buch auf.³

Trotzdem spielen Bücher in der Kulturlandschaft weiterhin eine tragende Rolle, zu der Schriftsteller mit ostdeutschen Wurzeln maßgeblich beitragen. So rücken Literatur sowie Autoren aus der ehemaligen DDR immer wieder in den gesamtdeutschen Blick, beispielsweise im Frühjahr 2020, als die Schriftstellerin Helga Schubert mit 80 Jahren den Ingeborg-Bachmann-Wettbewerb im österreichischen Klagenfurt für sich entschied. Bereits 1980 war sie eingeladen worden, durfte damals jedoch nicht aus der DDR ausreisen und teilnehmen.

Auch sonst müssen die ostdeutschen Länder literarisch nicht hinter dem Berg halten. Seit 2005 wird der beste deutschsprachige Roman des Jahres zum Auftakt der Frankfurter Buchmesse mit dem Deutschen Buchpreis geehrt. Von den Autorinnen und Autoren der 15 bislang ausgezeichneten Bücher haben 5 eine

zumindest teilweise ostdeutsche Biographie, 6 stammen aus der alten Bundesrepublik und 4 haben migrantische Wurzeln.⁴ Auffällig ist, dass die Mehrzahl der prämierten Bücher aus dem Ostteil der Republik Geschichten aus der verschwundenen DDR erzählt: Uwe Tellkamps „Der Turm“, Eugen Ruges „In Zeiten des abnehmenden Lichts“ und Lutz Seilers „Kruso“. Fast macht es den Eindruck, dass diese Themenwahl für ostdeutsche Literaten Voraussetzung ist, um in den gesamtdeutschen literarischen Olymp aufzusteigen.

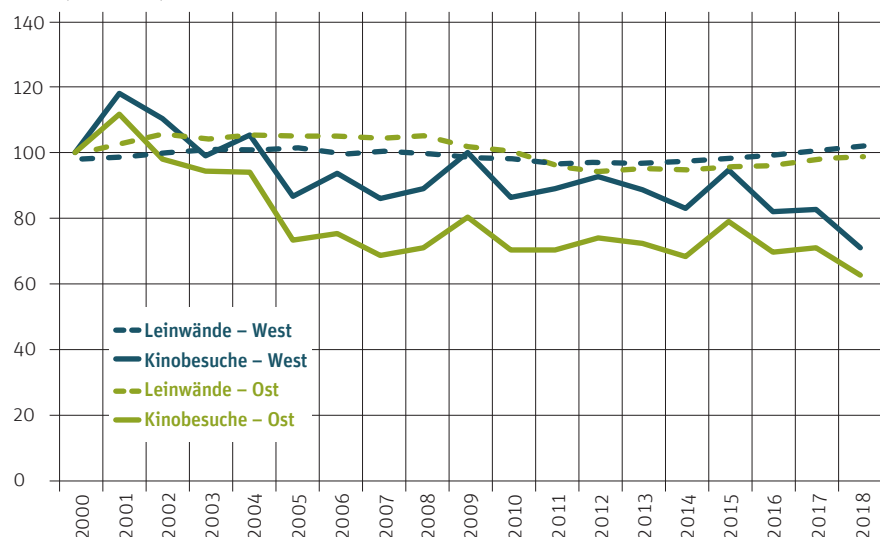
Auf der Leinwand präsent

Auch unter den besonders erfolgreichen deutschen Schauspielern ist der Osten gut vertreten. Zu den Gewinnern des deutschen Schauspielpreises, der seit 2012 vergeben wird, gehörten fast jedes Jahr Darsteller mit ostdeutschen Wurzeln. Preisträgerinnen und Preisträger wie Corinna Harfouch, Devid Striesow oder Peter Kurth sind im ganzen Land bekannt. Auf den Theaterbühnen und vor der Kamera spielen Ostdeutsche ganz vorn mit. Manche gehen so weit zu behaupten, dass es kein anderes Feld gibt, in dem Ostdeutsche so erfolgreich sind wie in der Schauspielerei. Während sie in den

Immer seltener das große Kino

Heute gibt es in Ost wie West noch ähnlich viele Orte, an denen Menschen einen Kinofilm sehen können, wie zur Jahrtausendwende. Trotzdem nehmen sie das Angebot der großen Kinoleinwand immer seltener wahr. Um fast 40 Prozent sind im Osten die Kinobesuche in den letzten 20 Jahren zurückgegangen, im Westen immerhin um rund 30 Prozent.

Index (2000=100)



Veränderung der Zahl der Leinwände und der Zahl der Kinobesuche in Ost (inkl. Berlin) und West, Index (2000=100), 2000 bis 2018

(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt⁶)

Vorstandsetagen fehlen, sind sie auf den Leinwänden und Bildschirmen omnipräsent.⁵ Zwar verkörpern sie immer wieder auch ostdeutsche Charaktere, wie der inzwischen verstorbene Ulrich Mühe als Stasioffizier in dem oskarprämiierten Film „Das Leben der Anderen“. Sie sind aber nicht allein auf diese Rollen festgeschrieben, wie das Beispiel des aus Dresden stammenden Jan-Josef Liefers zeigt. Seit vielen Jahren begeistert er im Münsteraner „Tatort“ mit seiner Darstellung des Gerichtsmediziners Friedrich Börne.

Bei der Kinodichte liegt der Osten vorn. Gab es 2017 in den westdeutschen Ländern eine Kinoleinwand für durchschnittlich 17.700 Einwohner, mussten sich in Ostdeutschland nur 15.500 Einwohner eine teilen.⁶ Doch Streamingdienste machen den Kinos das Leben schwer. Außer in Hamburg gibt es heute in allen Bundesländern weniger „Lichtspielhäuser“ als noch zur Jahrtausendwende. Wie lange die verbleibenden Kinos überleben, wird sich zeigen. Die Menschen machen sich immer seltener dahin auf. Bundesweites Schlusslicht ist Brandenburg: Ein durchschnittlicher Bewohner des Bundeslandes kam 2018 mit 0,9 Besuchen nicht einmal mehr auf einen Kinoausflug im Jahr. Nur die Bewohner der Stadtstaaten setzten sich noch zweimal jährlich im Schnitt in einen Kinosessel. Zur Jahrtausendwende galt dies noch für alle Bundesbürger.⁷

Im Osten locken Museen, in Sachsen besonders oft Konzerte

Konzert- und Theaterbesuche sind dagegen seit Anfang der 1990er Jahre immer beliebter geworden. Waren es zunächst die Westdeutschen, die diese Aktivitäten stärker für sich entdeckten, ist dies seit der Jahrtausendwende ausgeglichen. 15 Prozent der Ostdeutschen und 18 Prozent der Westdeutschen besuchten 2015 mindestens einmal monatlich eine Musik- oder Theateraufführung.⁹ Im Osten besonders beliebt sind außerdem Museen. Nach den Stadtstaaten Berlin und Bremen stehen Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern bei der Zahl der

Museumsbesuche pro Einwohner ganz vorn im bundesweiten Vergleich.¹⁰

Kulturelle Traditionen, die zum Teil Jahrhunderte alt sind, wirken in den Regionen bis heute nach. Thüringen ist stolz auf die Weimarer Klassik. Sachsen-Anhalt präsentiert die runderneuerten Gebäude des Bauhauses in Dessau. Und die Kunst- und Musikliebe der Preußen und Sachsen lebt auch in der Gegenwart fort. Sachsen zählt mit 15 Orchestern zu den vier Bundesländern, die zusammen mehr als die Hälfte aller deutschen Kulturorchester beheimaten. Bayern und Baden-Württemberg haben mit dreimal so vielen Einwohnern mit 16 respektive 17 Orchestern kaum mehr.¹¹ Sachsen blickt auf eine lange musikalische Geschichte zurück, hier wirkten beispielsweise Johann Sebastian Bach und Richard Wagner. Weltweit bekannte Orchester wie das Gewandhausorchester in Leipzig prägen bis heute das kulturelle Leben. Sie locken nicht nur Einheimische, sondern auch Besucher von außerhalb. Sachsen ist damit das Bundesland, das gemeinsam mit Berlin mit jeweils knapp über 200 Konzertbesuchen pro 1.000 Einwohner im Jahr die

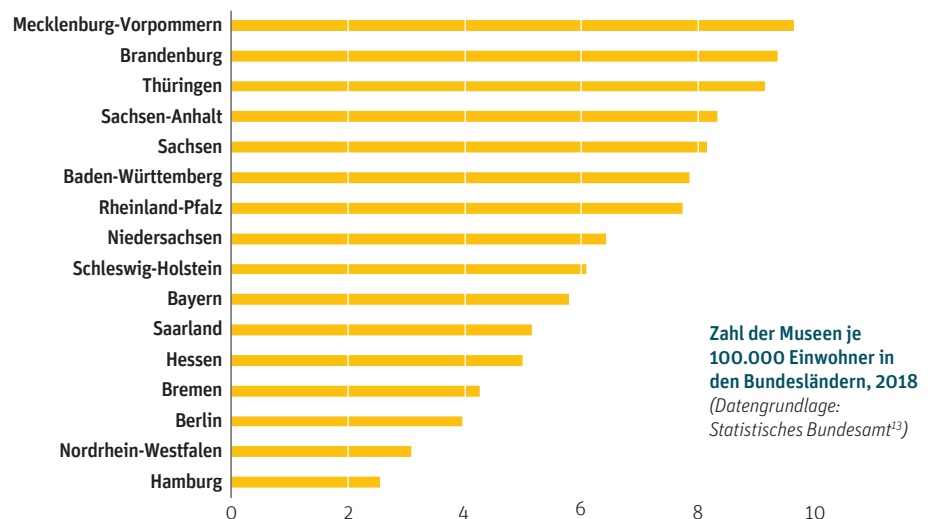
bundesweite Statistik anführt. Im deutschlandweiten Mittel waren es in der Spielzeit 2015/16 gerade einmal 66.¹²

Der Osten zahlt mehr für Kultur

Ein Grund für die rege Nutzung von Kultur dürfte darin liegen, dass mehrere ostdeutsche Länder ganz oben stehen, wenn es um die Finanzierung von Theatern, Musik, Bibliotheken, Museen oder auch den Denkmalschutz geht. Mit Abstand die meisten öffentlichen Kulturgelder fließen pro Kopf in Sachsen, 212 Euro im Jahr 2015. Neben den Stadtstaaten investieren auch Thüringen mit 139 Euro und Sachsen-Anhalt mit 131 Euro im Bundesvergleich überdurchschnittlich viel Geld in diesen Bereich. Dagegen nehmen Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen – die Schlusslichter in der öffentlichen Kulturfinanzierung – pro Kopf gerade einmal ein Drittel des sächsischen Betrags in die Hände.¹⁴ Privat zahlen die Menschen überall ähnlich viel für Kultur. Ungefähr jeden zehnten Euro ihrer Konsumausgaben stecken sie in Zeitungen, Bücher, Theater-, Kino- und Museumsbesuche.¹⁵

Museumsländer

Die mit Abstand meisten Museen zählte 2018 Baden-Württemberg mit fast 870 Ausstellungsorten. Mit etwas mehr als 330 Museen kommt Sachsen als erstes ostdeutsches Land auf Platz fünf. Mecklenburg-Vorpommern beherbergt zwar gerade einmal halb so viele Museen, dafür hat es bundesweit die höchste Museumsdichte. Die anderen ostdeutschen Länder folgen gleich danach. Entsprechend öfter besuchen Menschen dort auch diese Kulturorte.



Zahl der Museen je 100.000 Einwohner in den Bundesländern, 2018
(Datengrundlage: Statistisches Bundesamt¹³)

DIE FURCHT IST GRÖßER ALS DIE BEDROHUNG

Bevor die Corona-Pandemie an die Spitze der Bedrohungen rückte, zählte Kriminalität und Gewalt zu den Themen, die den Deutschen die größten Sorgen bereiteten.¹ 30 Prozent der Teilnehmenden an einer repräsentativen Befragung fürchteten sich etwa davor, angegriffen und verletzt, ausgeraubt, sexuell belästigt oder Opfer eines Terroranschlags zu werden. Doch nicht überall und zu jeder Zeit fühlen sich die Menschen gleichermaßen bedroht. Unsicherheit kann sich durch gesellschaftliche Entwicklungen wie den Zusammenbruch der DDR und die darauffolgende Wiedervereinigung, durch Wirtschaftskrisen oder die sogenannte Flüchtlingskrise verstärken.

In den Jahren nach der Wende fühlten sich besonders viele Menschen durch Kriminalität bedroht. Über die Hälfte der Bewohner des alten Bundesgebiets äußerte 1994, diese bereite ihr große Sorgen, in den damals neuen Bundesländern waren es sogar fast drei Viertel.² Nachdem die Kriminalitätsfurcht in den letzten drei Jahrzehnten überall im Land gesunken war, stieg sie zuletzt im Osten wieder an.³ Einer Umfrage aus dem Januar 2020 zufolge fühlen sich 35 Prozent der Ostdeutschen unsicher, zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Anders als im Westen, wo der Wert bei 21 Prozent verharrte.⁴

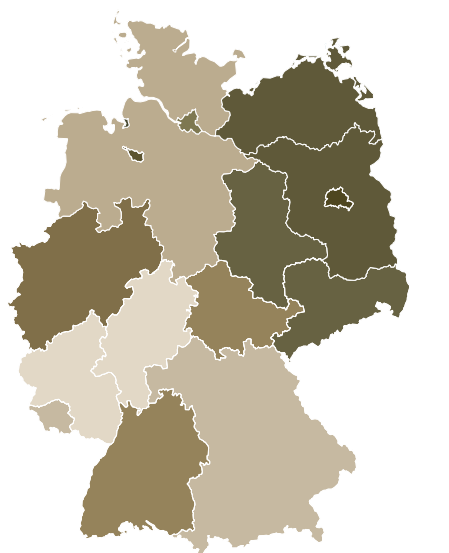
Die Wahrnehmung kann trügen

Das tatsächliche Ausmaß der Kriminalität und die Angst davor können weit auseinandergehen. So lag das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, schon 1993 in Ostdeutschland kaum höher als im Westen.⁵ Die Verunsicherung der Ostdeutschen hatte wohl viel mehr mit dem gesellschaftlichen Umbruch zu tun, den die Wiedervereinigung mit sich brachte.

Nach offizieller Lesart der DDR-Führung war der Kapitalismus für sozialen Verfall und Kriminalität verantwortlich. Im „ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden“ musste die Verbrechensstatistik entsprechend positiver ausfallen als in der Bundesrepublik. Delikte wie Hausfriedensbruch oder

Ostdeutsche weiterhin verunsichert

Das Gefühl von Unsicherheit in der eigenen Wohnumgebung ist ein guter Indikator für die Furcht vor Kriminalität. In Ost wie in West ist dieses Unbehagen seit Mitte der 1990er Jahre zurückgegangen, im Osten ist es allerdings noch immer stärker verbreitet. Zuletzt hat die Angst wieder zugenommen.



Anteil der Bevölkerung, der sich sehr oder eher unsicher in der Wohnumgebung fühlt in den Bundesländern, in Prozent, 2017
(Datengrundlage: Bundeskriminalamt⁶)

Ladendiebstahl zählten nur als Verfehlungen und nicht als Straftaten.⁶ Darüber hinaus erschwerten es die intensiven Grenzkontrollen und die umfassende Überwachung dem internationalen Verbrechen, in der DDR Fuß zu fassen.⁷

Nach dem Fall der Mauer gab es tatsächlich mehr Einbrüche, Banküberfälle oder Zigarettenschmuggel. Die Kriminalitätsrate glied sich dem Niveau des Westens an. Dieser Anstieg dürfte in Verbindung mit dem in der DDR vermittelten Bild von der Bundesrepublik zu der hohen Verunsicherung der neuen Bundesbürger beigetragen haben.⁸

Auch heute ist etwa die Hälfte der Deutschen der Meinung, die Kriminalität nehme zu, in Ostdeutschland sind es sogar rund zwei Drittel.¹⁰ Dabei liegt die Zahl der registrierten Straftaten heute fast 20 Prozent unter jener von 1993.¹¹ 2019 sank sie im dritten Jahr in Folge, zuletzt um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Besonders stark, um jeweils rund 10 Prozent, sind Wohnungseinbrüche, Autodiebstähle und Taschendiebstähle zurückgegangen. Auch die Gewaltkriminalität ist um über zwei Prozent gesunken.¹²

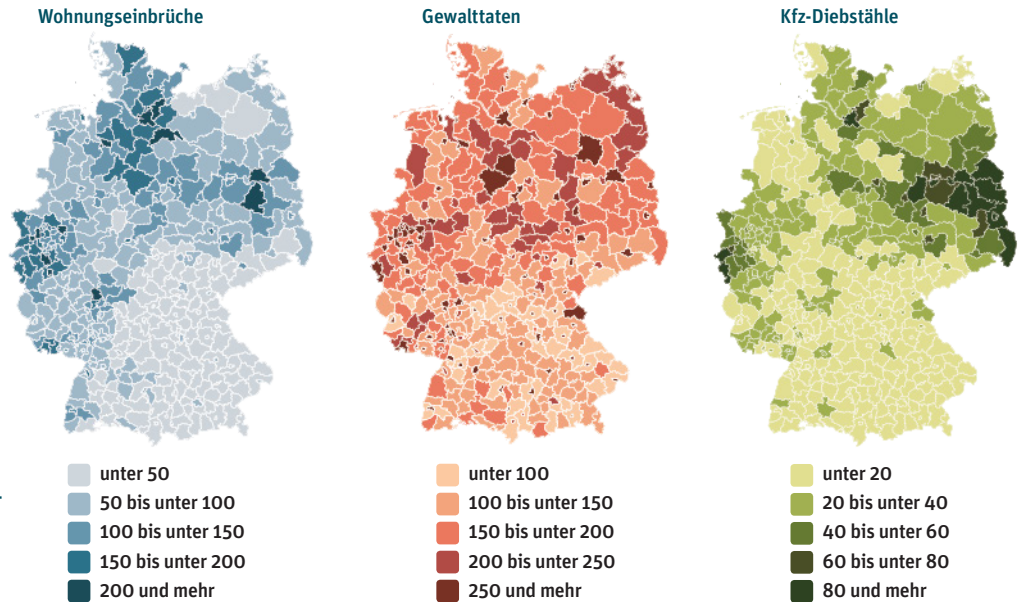
Nicht alle gleichermaßen bedroht

Die polizeiliche Kriminalstatistik weist 2019 für die ostdeutschen Flächenländer insgesamt eine etwas höhere Kriminalitätsbelastung je Einwohner aus als für die westlichen. Noch deutlicher ist aber ein Nord-Süd-Gefälle zu erkennen: Nirgendwo registriert die Polizei so wenige Straftaten je Einwohner wie in Bayern und Baden-Württemberg. Kriminologen führen dies auf die wirtschaftlichen Unterschiede und die

Deliktarten regional ungleich verteilt

Einzelne Deliktarten verteilen sich sehr unterschiedlich über das Bundesgebiet. Das Nord-Süd-Gefälle zeigt sich deutlich bei den Wohnungseinbrüchen. Gewaltkriminalität ist dagegen ein Phänomen größerer Städte. Autodiebe wiederum schlagen überwiegend in der Nähe der Grenzen zu Polen, zu Belgien und den Niederlanden zu, von wo aus sie die entwendeten Kraftfahrzeuge schnell dem Zugriff der deutschen Polizei entziehen können.

Anzahl der polizeilich registrierten Wohnungseinbrüche, Gewalttaten und Kfz-Diebstähle je 100.000 Einwohner in den Kreisen und kreisfreien Städten, 2019
(Datengrundlage: Bundeskriminalamt¹⁸)



ungleichen gesellschaftlichen Teilhabe Chancen zurück. Während Sachsen-Anhalt oder das Saarland, die die Kriminalitätsstatistik anführen, in den vergangenen Jahrzehnten harte Strukturbrüche durchgemacht haben, steht der Süden glänzend da.¹³ Wenn Armut und fehlende Perspektiven zusammenkommen, kann das zu einem Anstieg von Kriminalität führen.¹⁴ Darüber hinaus sind gerade aus den ostdeutschen Flächenländern zahlreiche Bewohner gen Westen gewandert, viele soziale Netzwerke sind zerbrochen. Vor allem im Süden der Republik seien diese häufig noch intakt, so die Erklärung: Die Menschen könnten sich hier in persönlichen Krisen stärker auf die Unterstützung ihrer Mitmenschen verlassen, weshalb weniger auf die schiefe Bahn gerieten. Damit gehe eine geringere Anzeigebereitschaft einher, man kenne sich und regle Delikte wie einfache Körperverletzung oder Diebstahl unter sich, ohne dass diese polizeibekannt würden und in die Kriminalstatistik eingingen.¹⁵

Die Zahlen der Kriminalstatistik sind dementsprechend mit Vorsicht zu betrachten, denn sie umfassen nur die tatsächlich polizeilich erfassten Straftaten. Die sogenannte Dunkelziffer hängt sowohl vom Anzeigeverhalten der

Menschen als auch von der Schwerpunktsetzung der Polizei ab. Eine Befragung tatsächlicher Opfer ergab ein zwischen Ost und West relativ ausgeglichenes Bild.¹⁶

Ein deutlicher Ost-West-Unterschied zeigt sich jedoch bei den politisch motivierten Gewalttaten. Im Osten scheinen Worten häufiger auch Taten zu folgen. Der Verfassungsschutzbericht führt sowohl rechts- als auch linksextremistisch motivierte Gewalttaten bezogen auf die Einwohnerzahl rund viermal häufiger in den ostdeutschen als in den westdeutschen Bundesländern auf.¹⁷

Insgesamt lebt es sich in größeren Städten gefährlicher als im Umland. Hauptstadt des Verbrechens ist Berlin, hier registrierte die Polizei 2019 rund 14.000 Straftaten je 100.000 Einwohner, etwa drei Mal so viele wie in Bayern.¹⁹ Hier leben mehr Menschen eng beieinander und das Leben ist insgesamt anonym. Sogenannte Straßenkriminalität ist in Großstädten deutlich häufiger.

Auch innerhalb und Regionen sind nicht alle Personengruppen gleichermaßen von Kriminalität betroffen. Gewaltkriminalität konzentriert sich etwa auf eine vergleichs-

weise kleine Gruppe wiederholt betroffener Personen. Rund zwei Drittel aller Körperverletzungen entfallen auf Mehrfachopfer, häufig junge Männer, die in Schlägereien mit anderen jungen Männern geraten.²⁰ Auch Raub, Mord und Totschlag treffen überwiegend Männer. Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung betreffen dagegen überwiegend Frauen.^{21,22}

Während die Opfer (wie auch die Täter) überwiegend Männer im jungen und mittleren Alter sind, fühlen sich vor allem Frauen und alte Menschen auf der Straße in ihrer Wohnumgebung unsicher. Frauen schränken sich deutlich stärker in ihrem alltäglichen Verhalten ein, um sich vor Kriminalität zu schützen. Fast die Hälfte vermeidet es, bei Dunkelheit allein unterwegs zu sein, vier von zehn Frauen meiden bestimmte Straßen, Plätze oder Parks und mehr als jede dritte Frau nimmt regelmäßig Umwege in Kauf, um ihr Ziel zu erreichen.²³ Wie sehr Menschen von Kriminalität individuell betroffen sind, hängt weniger davon ab, ob sie in Ost oder West leben, sondern vielmehr von anderen Dingen – etwa, ob sie in der Stadt leben oder in Grenznähe, von ihrem Alter oder ihrem Geschlecht.

IN DER PANDEMIE VEREINT?

Mit dem sich weltweit ausbreitenden Coronavirus erlebt Deutschland im dreißigsten Jahr der Einheit etwas, womit niemand wirklich gerechnet hat – obwohl eine Risikoanalyse der Bundesregierung 2012 die Möglichkeit eines solchen Ausbruchs ziemlich präzise beschrieben hat.¹ Kontaktbeschränkungen, um die „Kurve abzufachen“, also den Anstieg der Neuinfektionen zu verringern, verbannten die Menschen in ihre eigenen vier Wände. Von dort erledigten sie auf einmal alles: ihre Arbeit, die Betreuung der Kinder, das Lernen, aber auch sportliche Aktivitäten und der Konsum verlagerten sich in die Privaträume.

Einiges hat das neuartige Virus durcheinandergewirbelt. Auch die statistischen Daten, auf die sich der vorliegende Bericht stützt, könnten sich teilweise als überholt erweisen. Bei allen positiven und auch stagnierenden Entwicklungen in den drei Jahrzehnten seit der Einheit schien es in jüngster Zeit oft so, dass keine „großen“ Sprünge in die eine oder andere Richtung mehr zu erwarten seien. Nun stellt sich die Frage, welchen Einfluss

Sars-CoV-2 auf die verschiedensten Lebensbereiche haben wird. Gefährdet das Virus die bisherigen Erfolge beim Zusammenwachsen des Landes, vergrößert es fast verschwundene Unterschiede wieder oder eint die Pandemie das Land?

Gemessen an der Zahl der Erkrankten und Toten ist Deutschland bislang vergleichsweise gut durch diese globale Krise gekommen. Doch Wirtschaftswissenschaftler erwarten mit einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes um 6,7 Prozent im Jahr 2020 den größten wirtschaftlichen Einbruch der Nachkriegszeit.² Dabei lässt sich bis dato nicht sagen, welche Regionen langfristig wie stark betroffen sind, denn die Krise ist noch nicht vorbei.

Wirtschaftlicher Nachteil als Vorteil?

Theoretisch sind alle Regionen gleich vor dem Virus. Der Blick auf die Karte des bisherigen Infektionsgeschehens in Deutschland (Stand Mitte August 2020) zeigt jedoch

teilweise große regionale Unterschiede in der Verbreitung des Virus. Mit der ehemaligen Teilung des Landes hängt dies wohl kaum zusammen. Vielmehr dürften regionale Unterschiede in räumlichen, demografischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen die Ausbreitung beeinflussen.

Der Lockdown, bei dem Schulen und Kitas, Büros und Betriebe, Kultureinrichtungen, Restaurants und Hotels ab Mitte März 2020 schließen mussten, um die weitere Ausbreitung des Virus einzudämmen, betraf das gesamte Land. Entsprechend sind die sozioökonomischen Auswirkungen republikweit zu spüren. Doch auch diese zeigen sich in regional unterschiedlichem Ausmaß.

So könnten die ostdeutschen Länder etwas weniger vom wirtschaftlichen Einbruch betroffen sein: Ihre geringere industrielle Basis – sonst noch immer ein Nachteil – verschafft in der Covid-19-Krise womöglich einen kleinen Vorteil. Denn die Einschränkungen trafen das produzierende Gewerbe besonders hart: So ging die Nachfrage beispielsweise nach Autos stark zurück, Produktionen mussten heruntergefahren werden und die stark exportabhängige Wirtschaft litt unter geschlossenen Grenzen und eingeschränkten Warenströmen.

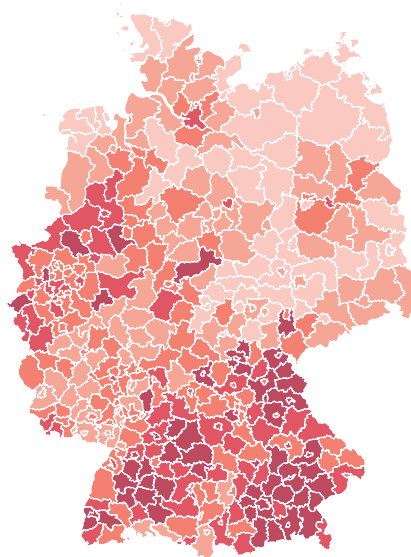
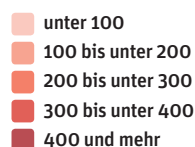
Die Auswirkungen auf die Dienstleistungsbranche fallen bislang schwächer aus. Zwar kämpfen auch konsumnahe Branchen wie die Gastronomie und die Hotellerie mit Verlusten infolge wochen- oder gar monatelanger Schließungen. Da die weniger betroffenen öffentlichen Dienstleistungen jedoch im Osten einen gewichtigeren Anteil an der Wertschöpfung ausmachen als im Westen, könnte die Wirtschaft im bundesweiten Vergleich etwas schwächer schrumpfen.⁴ Die Wirtschaftswissenschaftler des ifo Dresden prognostizieren

Regionale Unterschiede auch beim Virus

Während der Süden und Westen der Republik mit zum Teil bis zu 1.500 Erkrankten pro 100.000 Einwohner seit Anfang März im deutschlandweiten Vergleich besonders stark betroffen sind, scheinen viele Kreise im Norden und im Osten der Republik angesichts dieser neuen Gesundheitsbedrohung bislang glimpflich davonzukommen, jedenfalls im Hinblick auf die diagnostizierten Covid-19-Fälle. Die Landkreise Rostock, Uckermark oder Friesland verzeichneten bis zum 14. August 2020 gerade einmal rund 40 Erkrankte pro 100.000 Einwohner.

Zahl Covid-19-Fälle je 100.000 Einwohner in den Kreisen und kreisfreien Städten zwischen 01.03. und 18.08.2020

(Datengrundlage: RKI³)



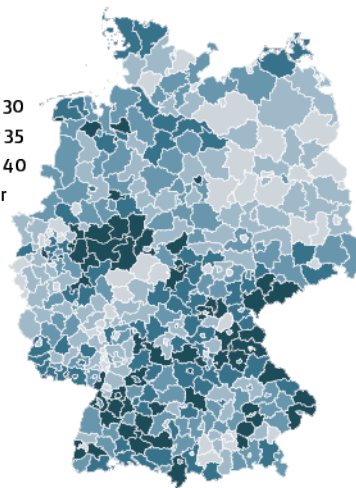
Schock am Arbeitsmarkt?

Zwar zeigte das Gastgewerbe mit über 90 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Folge der Coronaschließungen von Restaurants, Cafés und Hotels häufiger als in anderen Branchen Kurzarbeit an. Alle Beschäftigten betrachtet, kam dieses Arbeitsmarktinstrument aber in Regionen mit viel Produktion am stärksten zum Einsatz.

Angezeigte Kurzarbeit in Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, März und April 2020 und coronabedingter Anstieg der Arbeitslosigkeit, Mai 2020, in den Kreisen und kreisfreien Städten (Datengrundlage: WSI¹⁵)

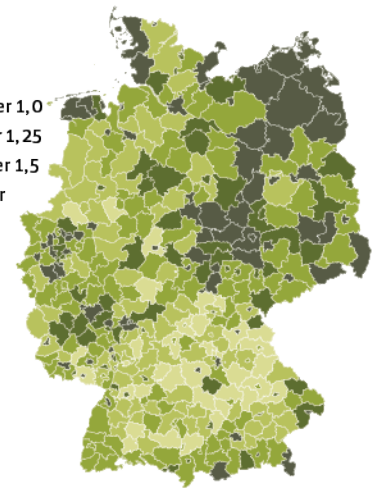
Kurzarbeit

- ☐ unter 25
- ☐ 25 bis unter 30
- ☐ 30 bis unter 35
- ☐ 35 bis unter 40
- ☐ 40 und mehr
- ☐ keine Daten



Arbeitslosigkeit

- ☐ unter 0,75
- ☐ 0,75 bis unter 1,0
- ☐ 1,0 bis unter 1,25
- ☐ 1,25 bis unter 1,5
- ☐ 1,5 und mehr



für den Osten einen Rückgang von 5,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes gegenüber dem Vorjahr.⁵

Sind die guten Jahre am Arbeitsmarkt vorbei?

Was bedeutet der massive Einbruch für den Arbeitsmarkt? Bis zum Beginn der Krise wuchsen die Beschäftigtenzahlen fast durchgängig. Erstmals seit Mitte der 2000er Jahre gehen sie nun zurück.⁶ Im Mai 2020 gab es 1,1 Prozent weniger Erwerbstätige in Deutschland als ein Jahr zuvor, das entspricht knapp einer halben Million Menschen, die ihren Job verloren haben.⁷ Die Arbeitslosigkeit stieg deutschlandweit bis Juli auf 6,3 Prozent, 1,3 Prozentpunkte mehr als im Vorjahresmonat.⁸ Im internationalen Vergleich steht Deutschland dabei noch gut da. In den USA und in Spanien schnellten die Arbeitslosenquoten auf zeitweilig fast 15 respektive 16 Prozent.^{9,10}

Dank Kurzarbeit ist es hierzulande bislang gelungen, die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt überschaubar zu halten. Im April 2020 war laut vorläufigen Angaben ein Fünftel aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland in konjunktureller Kurzarbeit. Im April und Mai zahlte die Bundesagentur für Arbeit für jeweils über 6 Millionen Arbeitnehmer konjunkturelles Kurzarbeitergeld.¹¹ Im

Vergleich erreichte die Zahl der Kurzarbeiter im Frühjahr 2009 in Folge der Finanzkrise gerade einmal rund 1,3 Millionen.¹²

Doch auch hier zeigen sich regionale Unterschiede: Kurzarbeit dominiert dort, wo noch viel produziert wird, in Süddeutschland, Südwestfalen oder Südwest-Sachsen. In manchen Kreisen wurde dort für mehr als die Hälfte aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Kurzarbeit angezeigt. Doch im Unterschied zur Finanzkrise meldeten diesmal auch Dienstleistungsbranchen, allen voran das Gastgewerbe, Kurzarbeit an. In Tourismusregionen, wie an der ostdeutschen Ostseeküste, in Garmisch-Partenkirchen oder im Berchtesgadener Land waren ebenfalls mehr als ein Drittel der Beschäftigten in Kurzarbeit. Gleichzeitig stieg dort aber auch die Arbeitslosigkeit coronabedingt besonders stark, zum Teil über zwei Prozentpunkte. Auch Berlin, wo vor der Krise die Beschäftigung deutschlandweit am rasantesten wuchs, ist nun besonders stark vom Arbeitsplatzverlust betroffen.^{13,14}

Beschleunigung der Digitalisierung?

Doch die Corona-Krise bringt nicht nur Herausforderungen, sondern hat auch Chancen für zukünftige Entwicklungen eröffnet. Wer nicht hinter der Ladenkasse, am Fließband oder im Krankenhaus arbeitet, konnte seinem

Broterwerb von zu Hause aus nachkommen. Unternehmen landauf landab schufen in Rekordzeit die technischen Voraussetzungen dafür.

Das mobile Arbeiten, von vielen Arbeitgebern vor Corona noch skeptisch betrachtet, war nun ihre Rettung. Im April 2020 arbeitete laut der Mannheimer Corona-Studie ungefähr jeder Vierte und laut einer Studie des DIW auf Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP-CoV) sogar mehr als jeder Dritte von zu Hause. Nach dem Mikrozensus hatte 2018 nur rund jeder zwanzigste Befragte mindestens die Hälfte seiner Arbeitszeit am heimischen Schreibtisch verbracht.¹⁶

Die coronabedingte Heimarbeit könnte den Wandel in der Arbeitswelt beschleunigen. Das flexible, ortsunabhängige Arbeiten wird mehr und mehr zur Selbstverständlichkeit. Dies wiederum bietet die Chance, dass Menschen ganz anders darüber nachdenken, wo sie tatsächlich leben wollen. Wenn der tägliche Weg ins Büro wegfällt, müssen sie vielleicht nicht mehr unbedingt in den Städten wohnen, wo ihre Arbeitgeber sitzen. Das Landleben könnte auch für die wachsende Zahl höher Qualifizierter wieder eine Alternative sein. Davon könnten abgelegene ländliche Regionen vor allem im Osten profitieren.¹⁷

QUELLEN

1. Bevölkerungsentwicklung

¹ Statistisches Bundesamt (2020). Bevölkerungsstand Bevölkerung nach Gebietsstand (ab 1950). bit.ly/2XoxrRe (04.08.20).

² Statistisches Bundesamt (2020). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden. bit.ly/2YokhUZ

³ Ifo Institut. Niederlassung Dresden (2019). Die Wucht der deutschen Teilung wird völlig unterschätzt. ifo Dresden berichtet 26, Nr. 03.

⁴ siehe Endnote 2

⁵ CIMA Institut für Regionalwirtschaft (2019). Cima Deutschlandprognose. Hannover.

⁶ Slupina, M., Dähler, S., Reibstein, L. et al. (2019). Die demografische Lage der Nation. Wie zukunfts-fähig Deutschlands Regionen sind. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

⁷ siehe Endnote 6

⁸ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2015). Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung von 1990 bis 2012.

⁹ siehe Endnote 2

¹⁰ siehe Endnote 6

¹¹ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020). Regionaldatenbank Deutschland. Düsseldorf. www.regionalstatistik.de.

¹² siehe Endnote 6

¹³ siehe Endnote 6

2. Kinder und Geburten

¹ Statistisches Bundesamt (2020). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden. bit.ly/2YokhUZ

² siehe Endnote 1

³ siehe Endnote 1

⁴ Statistisches Bundesamt (2020). Zusammengefasste Geburtenziffer nach Kalenderjahren. bit.ly/3fA5lsv (07.08.20).

⁵ Damm, T., Geyer, D., Kreuter, V., Maget, K., Müller, R., Rösler, W. et al. (2015). So geht Einheit. Wie weit das einst geteilte Deutschland zusammengewachsen ist. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

⁶ siehe Endnote 1

⁷ siehe Endnote 5

⁸ Statistisches Bundesamt

(2020). Geburtenziffer 2019 auf 1,54 Kinder je Frau gesunken. Pressemitteilung Nr. 282 vom 29. Juli 2020.

⁹ Kreyenfeld, M. und Konietzka, D. (2004). Angleichung oder Verfestigung von Differenzen? Geburtenentwicklung und Familienformen in Ost- und Westdeutschland. Rostock.

¹⁰ siehe Endnote 8

¹¹ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2020). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2020. Bonn. www.inkar.de

¹² siehe Endnote 11

¹³ siehe Endnote 1

¹⁴ siehe Endnote 1

¹⁵ siehe Endnote 1

¹⁶ siehe Endnote 5

¹⁷ Statistisches Bundesamt (2019). Kindertagesbetreuung regional 2018. Ein Vergleich aller Kreise in Deutschland. Bonn. bit.ly/2PBjxH6 (07.08.20).

¹⁸ siehe Endnote 1

¹⁹ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2015). Gewollt oder ungewollt? Der Forschungsstand zu Kinderlosigkeit. BIB Working Paper 2/2015. Wiesbaden.

²⁰ Statistisches Bundesamt (2019). Jede fünfte Frau zwischen 45 und 49 Jahren war 2018 kinderlos. Pressemitteilung Nr. 475 vom 11. Dezember 2019.

3. Familie und Haushalte

¹ Statistisches Bundesamt (2019). Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus. 2018 (Fachserie 1 Reihe 3). Wiesbaden.

² siehe Endnote 1

³ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2020). Durchschnittliche Größe der Privathaushalte in den Bundesländern (2018). Wiesbaden. bit.ly/2CGBlRZ (29.05.20).

⁴ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2018). Einpersonenhaushalte – Altersspezifische Häufigkeit alleinlebender Männer und Frauen in West- und Ostdeutschland, 2016. Wiesbaden. bit.ly/2A12Vo7 (27.02.20).

⁵ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

(2018). Einpersonenhaushalte – Altersspezifische Häufigkeit alleinlebender Männer und Frauen in West- und Ostdeutschland, 1991. Wiesbaden. bit.ly/2YwIWao (27.02.20).

⁶ Statistisches Bundesamt (2019). Kinderlosigkeit, Geburten und Familie. Ergebnisse des Mikrozensus 2018. Wiesbaden.

⁷ Bundeszentrale für politische Bildung (2019). Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur. Zahlen und Fakten. Die soziale Situation in Deutschland. bit.ly/2Z9OF6J (19.08.20).

⁸ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2018). Einpersonenhaushalte – Einpersonenhaushalte je 100 Frauen der jeweiligen Altersgruppe in Deutschland, 1991 bis 2016. Wiesbaden. bit.ly/31hb4zV (29.05.20).

⁹ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2018). Einpersonenhaushalte je 100 Männer der jeweiligen Altersgruppe in Deutschland, ab 1991. Wiesbaden. bit.ly/2Vjlj31 (25.06.20).

¹⁰ siehe Endnote 1

¹¹ Bastin, S., Kreyenfeld, M. & Schnor, C. (2012). Diversität von Familienformen in Ost- und Westdeutschland. MPIDR Working Paper WP 2012-001. Rostock.

¹² siehe Endnote 1

¹³ siehe Endnote 1

¹⁴ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020). Regionaldatenbank Deutschland. Düsseldorf. www.regionalstatistik.de.

4. Alterung, Pflege und Sterben

¹ Statistisches Bundesamt (2020). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden. bit.ly/2YokhUZ

² Damm, T., Geyer, D., Kreuter, V., Maget, K., Müller, R., Rösler, W. et al. (2015). So geht Einheit. Wie weit das einst geteilte Deutschland zusammengewachsen ist. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

³ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020). Regionaldatenbank Deutschland. Düsseldorf. www.regionalstatistik.de.

⁴ siehe Endnote 1

⁵ Slupina, M., Dähler, S., Reibstein, L. et al. (2019). Die demografische Lage der Nation. Wie zukunfts-fähig Deutschlands Regionen sind. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

⁶ siehe Endnote 1

⁷ siehe Endnote 5

⁸ siehe Endnote 1

⁹ siehe Endnote 5

¹⁰ Carrasco Heiermann, A., Klingholz, R. & Slupina, M. (2018). Die Babyboomer gehen in Rente. Was das für die Kommunen bedeutet. Thesenpapier des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung für die Körber-Stiftung, Körber-Stiftung, Hamburg, Berlin.

¹¹ Deutsches Zentrum für Altersfragen (2020). Statistisches Informationssystem GeroStat: Anteil freiwillig Engagierter nach Bundesländern. Berlin. bit.ly/2Dw5qkj (28.05.20).

¹² Rothgang, H., Kalwitzki, T., Unger, R. & Amsbeck, H. (2016). Pflege in Deutschland im Jahr 2030 - regionale Verteilung und Herausforderungen. Bertelsmann Stiftung, Lebenswerte Kommune.

¹³ Statistisches Bundesamt & Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2020). Pflegebedürftige nach Altersgruppen, 1999-2050. bit.ly/3iuZlxs (19.08.20).

¹⁴ Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Statistisches Bundesamt (2017). Pflegebedürftige (absolut, je 100.000 Einwohner, in Prozent), 2017. Berlin, Wiesbaden. bit.ly/30KHpyy (11.08.20)

¹⁵ siehe Endnote 13

¹⁶ Bundesagentur für Arbeit (2020). Arbeitsmarktsituation im Pflegebereich (Blickpunkt Arbeitsmarkt). Nürnberg. bit.ly/2XLWRsc (11.08.20)

¹⁷ Statistisches Bundesamt (2018). Pflegestatistik. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschlandergebnisse. 2017. Wiesbaden.

¹⁸ siehe Endnote 5

¹⁹ siehe Endnote 1

²⁰ siehe Endnote 5

²¹ siehe Endnote 1

²² siehe Endnote 5

²³ Carrasco Heiermann, A., Kiziak, T. & Hinz, C. (2020).

Auf ein Sterbenswort. Wie die alternde Gesellschaft dem Tod begegnen will. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

5. Gesundheit und Lebenserwartung

¹ Damm, T., Geyer, D., Kreuter, V., Maget, K., Müller, R., Rösler, W. et al. (2015). So geht Einheit. Wie weit das einst geteilte Deutschland zusammengewachsen ist. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

² Statistisches Bundesamt (2006). Perioden-Sterbetafeln Für Deutschland. Allgemeine und abgekürzte Sterbetafeln von 1871/1881 bis 2002/2004. bit.ly/33NzLW3 (10.08.20).

³ Statistisches Bundesamt (2019). Sterbetafel 2016/2018. Methoden- und Ergebnisbericht zur laufenden Berechnung von Periodensterbetafeln für Deutschland und die Bundesländer. Wiesbaden. bit.ly/2CeBxnl (10.08.20).

⁴ Sütterlin, S. (2017). Hohes Alter, aber nicht für alle. Wie sich die soziale Spaltung auf die Lebenserwartung auswirkt. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

⁵ siehe Endnote 1

⁶ Lampert, T., Müters, S., Kuntz, B., Dahm, S. & Nowossadek, E. (2019). 30 Jahre nach dem Fall der Mauer: Regionale Unterschiede in der Gesundheit der Bevölkerung Deutschlands. Journal of Health Monitoring, 4(S2), S. 1–25.

⁷ siehe Endnote 4

⁸ American Psychological Association (2006). Stress Weakens the Immune System. bit.ly/3fEFHtT (06.08.2020).

⁹ siehe Endnote 4

¹⁰ siehe Endnote 4

¹¹ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2020). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2020. Bonn. www.inkar.de.

¹² Rau, R. & Schmettmann, C. P. (2020). Lebenserwartung auf Kreisebene in Deutschland. Dtsch Arztebl Int 2020; 117: 493-9.

¹³ Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Statis-

tisches Bundesamt (2020). Sterbefälle, Sterbeziffern (je 100.000 Einwohner, altersstandardisiert). bit.ly/3heFzMb (19.08.20).

¹⁴ siehe Endnote 6

¹⁵ siehe Endnote 6

¹⁶ Robert-Koch-Institut (2020). Epidemiologisches Bulletin. Aktuelle Daten und Informationen zu Infektionskrankheiten und Public Health. 32/33 2020.

¹⁷ siehe Endnote 6

¹⁸ Horstkötter, N., Müller, U., Ommen, O., Platte, A., Reckendrees, B., Stander, V. et al. (2017). Einstellungen, Wissen und Verhalten von Erwachsenen und Eltern gegenüber Impfungen – Ergebnisse der Repräsentativbefragung 2016 zum Infektionsschutz, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung. BZgA-Forschungsbericht. Köln.

¹⁹ siehe Endnote 12

²⁰ Techniker Krankenkasse (2016). Entspann dich, Deutschland. TK-Stressstudie 2016.

6. Binnenmigration

¹ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020). Regionaldatenbank Deutschland. Düsseldorf. www.regionalstatistik.de.

² Amt für Statistik Berlin Brandenburg (2020). Geringster Bevölkerungszuwachs seit 2011 in Berlin. Pressemitteilung Nr. 6.

³ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (ohne Jahr). Binnenwanderungssalden nach Bundesländern (1991-2018). bit.ly/2Q4x3TX (18.08.20).

⁴ Slupina, M., Damm, T. & Klingholz, R. (2016). Im Osten auf Wanderschaft. Wie Umzüge die demografische Landkarte zwischen Rügen und Erzgebirge verändern. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

⁵ Statistisches Bundesamt (2020). GENESIS-Online-Datenbank. Wiesbaden. bit.ly/2YokhUZ.

⁶ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (ohne Jahr). Wanderungen zwischen West- und Ostdeutschland (1991-2018). bit.ly/3h5MHuo (18.08.20).

⁷ siehe Endnote 6 und Statistisches Bundesamt

(2008). Datenreport 2008. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Kapitel 1 Bevölkerung.

⁸ Kubis, A. und Schneider, L. (2008). Wanderungsverhalten der Ostdeutschen. Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Halle.

⁹ siehe Endnote 6

¹⁰ siehe Endnote 8

¹¹ Wilhelm, H. (2000). Angleichung der Wohnverhältnisse in Ost und West. In: Deutschland Archiv 33. 6pp.

¹² Schlömer, C. (2004). Binnenwanderung seit der deutschen Einheit. Raumforschung und Raumordnung 62. H. 2, S. 96-108. Bonn.

¹³ siehe Endnote 1

¹⁴ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2020). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2020. Bonn. www.inkar.de.

¹⁵ siehe Endnote 14

¹⁶ Dähler, S., Reibstein, L., Slupina, M., Klingholz, R., Hennig, S. & Gruchmann, G. (2019). Urbane Dörfer. Wie digitales Arbeiten Städter aufs Land bringen kann. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung & Neuland 21 e.V.

¹⁷ siehe Endnote 14

¹⁸ DIW Berlin (2016). Home Office: Möglichkeiten werden bei weitem nicht ausgeschöpft. DIW Wochenbericht Nr. 5.

7. Zuwanderung

¹ IOM UN Migration (2019). World Migration Report 2020. Genf: International Organization for Migration.

² Bundesverwaltungsamt (2019). Aussiedler, Spätaussiedler und ihre Angehörigen. Zeitreihe 1950 - 201. Köln. bit.ly/3gCu2pI (07.08.20).

³ Slupina, M., Dähler, S., Reibstein, L. et al. (2019). Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

⁴ siehe Endnote 3

⁵ Statistisches Bundesamt (2018). Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland, Zugezogene, Fortgezogene und Saldo. Wiesbaden. bit.ly/31q13is.

⁶ Berlinghoff, M. (2018). Geschichte der Migration in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. bit.ly/3a4wtig (07.08.20).

⁷ Damm, T., Geyer, D., Kreuter,

V., Maget, K., Müller, R., Röslér, W. et al. (2015). So geht Einheit. Wie weit das einst geteilte Deutschland zusammengewachsen ist. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

⁸ Bade, K. J. & van Eijl, C. (H.) (2010). Enzyklopädie Migration in Europa. Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart. 3. durchgese. Auflage. Paderborn: Schöningh.

⁹ Statistisches Bundesamt (1990). Wirtschaft und Statistik 8/1990. Stuttgart.

¹⁰ Statistisches Bundesamt (2019). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2018.

¹¹ siehe Endnote 10

¹² Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2020). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2020. Bonn. www.inkar.de.

¹³ MIDE M Mercator Forum Migration und Demokratie (2019). Migration und Europa. MIDE Jahresbericht 2019. Dresden.

¹⁴ siehe Endnote 11

¹⁵ Ademmer, E. & Stöhr, T. (2018). Europeans are more accepting of immigrants today than 15 years ago. Evidence from eight waves of the European Social Survey. MEDAM Policy Brief 2018/1. Kiel.

¹⁶ GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2020). ALLBUS 1980-2018 - Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. GESIS Datenarchiv ZA5274 Datenfile Version. Köln.

¹⁷ Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (2020). Drei Todesopfer und durchschnittlich fünf Angriffe täglich: Jahresbilanz rechte Gewalt 2019. Pressemitteilung vom 12.05.2020. Berlin.

¹⁸ siehe Endnote 16

¹⁹ Hamann, U. & Karakayali, S. (2016). Practicing Willkommenskultur. Migration and Solidarity in Germany. Intersections, 2(4).

8. Schulische Bildung

¹ Statistisches Bundesamt (2019). Bildung und Kultur. Allgemeinbildende Schulen - Schuljahr 2018/19 (Fachserie 11 Reihe 1). Wiesbaden.

² Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2020). Indikatoren und

Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2020. Bonn. www.inkar.de.

³ siehe Endnote 2

⁴ Griesbach, H. & Heine, C. (2000). Trends beim Hochschulzugang in den neuen und alten Ländern. Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Beiträge zur Hochschulforschung. 1/2-2000, S. 101-123.

⁵ Martens, B. (2010). Wende in den Schulen, Bundeszentrale für politische Bildung. bit.ly/3iEMuzi.

⁶ Riphahn, R. T. & Trübswetter, P. (2011). Die Veränderung der Bildungsmobilität in Ost- und Westdeutschland nach der Wiedervereinigung. ifo Dresden berichtet. 6/2011.

⁷ Sievert, S. & Kröhnert, S. (2015). Schwach im Abschluss. Warum Jungen in der Bildung hinter Mädchen zurückfallen – und was dagegen zu tun wäre. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

⁸ Erler, D. & Dähler, S. (2008). Frauen machen Neue Länder. Lebenssituation und Perspektiven junger Frauen in den neuen Bundesländern - Forschungsstand. Berlin: pme Familienservice GmbH.

⁹ siehe Endnote 2

¹⁰ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2018). Bildung in Deutschland 2018. Ein Indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung. Bielefeld.

¹¹ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2020). Bildung in Deutschland 2020. Ein Indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung. Bielefeld.

¹² Bundeszentrale für politische Bildung (2013). PISA-Studie. Deutsche Schüler über dem Durchschnitt. Bonn. bit.ly/3eRm2PU.

¹³ OECD (2018). PISA-Studie 2018. Leistungen in Deutschland insgesamt überdurchschnittlich, aber leicht rückläufig und mit großem Abstand zu den Spitzenreitern; Chancengerechtigkeit gilt es weiterhin zu fördern. Paris, Berlin.

¹⁴ Stanat, P., Schipolowski, S., Mahler, N., Weirich, S. & Henschel, S. (H.) (2019). IQB-Bildungstrend 2018. Mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen am Ende der Sekundarstufe im zweiten Ländervergleich. Münster, New York: Waxmann Verlag GmbH.

¹⁵ Stanat, P., Schipolowski, S., Rjosk, C., Weirich, S. & Haag, N. (H.) (2017). IQB-Bildungstrend 2016. Kompetenzen in den Fächern Deutsch und Mathematik am Ende der 4. Jahrgangsstufe im zweiten Ländervergleich. Münster, New York: Waxmann Verlag GmbH.

¹⁶ siehe Endnote 14

¹⁷ Statistisches Bundesamt (2018). Schulen auf einen Blick – Ausgabe 2018. Wiesbaden.

¹⁸ siehe Endnote 10

9. Berufsbildung und Studium

¹ Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2020). Bildung in Deutschland 2020. Ein Indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung in einer digitalisierten Welt. Bielefeld.

² Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2018). Bildung in Deutschland 2018. Ein Indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Wirkungen und Erträgen von Bildung. Bielefeld.

³ Hüning, L., Mordhorst, L., Röwert, R. & Ziegele, F. (2017). Hochschulbildung wird zum Normalfall – auch in räumlicher Hinsicht? Ausbreitung der Hochschulstandorte in Deutschland seit 1990. Gütersloh.

⁴ Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2019). Demografischen Wandel entgegen. Wie schrumpfende Hochschulstandorte internationale Studierende gewinnen und halten. Berlin.

⁵ Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (2019). Die Mobilität der Studienanfänger/-innen und Studierenden in Präsenzstudiengängen an Hochschulen in Trägerschaft der Länder in Deutschland 2017. Berlin.

⁶ Statistisches Bundesamt (2019). 30 Jahre nach dem Mauerfall. Osten Deutschlands ist attraktiv für Studierende aus dem Westen. Pressemitteilung Nr. 378 vom 25. September 2019. Wiesbaden.

⁷ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2020). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2020. Bonn. www.inkar.de.

⁸ Burkard, C. (2019). Ländermonitor berufliche Bildung 2019. Zusammenfassung der Ergebnisse. Gütersloh:

Bertelsmann Stiftung.

⁹ siehe Endnote 8

¹⁰ Schönherr, M. (2020). DDR-Ausbildung: Was übrig ist? MDR. Leipzig. bit.ly/2ByyxIU (03.07.20).

¹¹ siehe Endnote 1

¹² siehe Endnote 1

¹³ siehe Endnote 8

¹⁴ siehe Endnote 1

10. Wissensgesellschaft

¹ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020). Regionaldatenbank Deutschland. Düsseldorf. www.regionalstatistik.de.

² Maaz, K. (2002). Ohne Ausbildungsabschluss in der BRD und DDR. Berufszugang und die erste Phase der Erwerbsbiographie von Ungelernten in den 1980er Jahren. Berlin: Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. Selbstständige Nachwuchsgruppe Working paper 3/2002.

³ siehe Endnote 1

⁴ Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (2019). Vereintes Land. drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall. Halle (Saale).

⁵ Zika, G., Schneemann, C., Hummel, M., Maier, T., Kalinowski, M., Bernardt, F. et al. (2020). Langfristige Folgen von Demografie und Strukturwandel für regionale Arbeitsmärkte. IAB-Forschungsbericht 1/2020. Nürnberg.

⁶ siehe Endnote 1

⁷ Slupina, M., Dähler, S., Reibstein, L. et al. (2019). Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

⁸ siehe Endnote 4

⁹ Bundesministerium für Bildung und Forschung (2019). Bildung und Forschung in Zahlen 2019. Ausgewählte Fakten aus dem Daten-Portal des BMBF. Bonn.

¹⁰ siehe Endnote 7

¹¹ Kollman, T., Henselke, S., Jung, P. B. & Kleine-Stege-mann, L. (2019). Deutscher Startup Monitor 2019. Mehr Mut, neue Wege. Berlin.

¹² siehe Endnote 11

¹³ Statistisches Bundesamt (2020). Interne Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie deren Anteil am Bruttoinlandsprodukt nach Bundesländern. bit.ly/2Z0s38m.

11. Arbeit und Beschäftigung

¹ Statistisches Bundesamt (2020). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden. bit.ly/2YokhUZ

² Bundesagentur für Arbeit (2020). Der Arbeitsmarkt im Juni 2020. Presseinfo Nr. 34. Nürnberg.

³ Seils, E. & Emmeler, H. (2020). Die Folgen von Corona. Eine Auswertung regionaler Daten. Policy Brief WSI Nr. 43 6/2020. Düsseldorf.

⁴ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020). Regionaldatenbank Deutschland. Düsseldorf. www.regionalstatistik.de.

⁵ siehe Endnote 1

⁶ Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (2020). Erwerbstätige (Inland) in Deutschland 1991 bis 2019 nach Bundesländern (WZ 2008). Stuttgart.

⁷ siehe Endnote 6

⁸ Slupina, M., Dähler, S., Reibstein, L. et al. (2019). Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

⁹ siehe Endnote 6

¹⁰ siehe Endnote 1

¹¹ Eurostat (2020). Online-Datenbank. Luxemburg.

¹² siehe Endnote 8

¹³ siehe Endnote 4

¹⁴ Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung (2019). Engpassquote. Berechnungen auf Basis von Sonderauswertungen der Bundesagentur für Arbeit, 2019. Köln. www.kofa.de.

12. Gleichstellung

¹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2013). Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung und Betreuungsgeld in Kraft getreten. Berlin.

² Weick, S. (2018). Einstellungen zu Familie und Lebensformen. bpb, WZB & DIW (H.), Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, S. 393-396. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

³ Eurostat (2020). Online-Datenbank. Luxemburg.

⁴ Statistisches Bundesamt (2019). Erwerbstätigenquote 1991 bis 2018. Wiesbaden. bit.ly/3ffh2iQ.

⁵ siehe Endnote 4

⁶ Statistisches Bundesamt (2018). 69 % der Mütter und 6 % der Väter sind in Teilzeit tätig. Pressemitteilung Nr. 345. Wiesbaden.

⁷ Wippermann, C. (2015). 25 Jahre Deutsche Einheit. Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit in Ostdeutschland und Westdeutschland. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

⁸ Keller, M. & Kahle, I. (2018). Realisierte Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Statistisches Bundesamt. WISTA – Wirtschaft und Statistik. 3/2018, S. 54–71.

⁹ Statistisches Bundesamt (2020). Arbeitszeitwünsche 2018: 2,2 Millionen Erwerbstätige wollen mehr arbeiten, 1,4 Millionen weniger. Pressemitteilung Nr. 020. Wiesbaden.

¹⁰ Holtkamp, L., Wiechmann, E. & Buß, M. (2017). Gender-ranking deutscher Großstädte 2017. Nur 8,2 Prozent der Oberbürgermeister/innen sind weiblich. Berlin: Heinrich Böll Stiftung.

¹¹ Kirsch, A. & Wrohlich, K. (2020). Managerinnen-Barometer 2020. DIW Wochenbericht 4/2020. Berlin.

¹² Schönherr, M. & Jacobs, O. (2019). Ostfrauen – Wege zur Macht. Ostdeutsche Frauen in den Eliten und Frauenquoten in Ostdeutschland. Leipzig.

¹³ Statistisches Bundesamt (2020). Unbereinigter Gender Pay Gap nach Gebietsstand. Wiesbaden. bit.ly/2Z0nZ82.

¹⁴ Eurostat (2020). Gender pay gap statistics - Statistics Explained. Luxemburg. bit.ly/203gA1e.

¹⁵ siehe Endnote 13

¹⁶ Statistik der Bundesagentur für Arbeit (2020). Beschäftigungsstatistik, Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte. Stichtag 31.12.2019. Nürnberg.

¹⁷ siehe Endnote 16

¹⁸ Katapult (2020). In 23 von 401 Landkreisen und kreisfreien Städten verdienen Frauen mehr als Männer. bit.ly/3l8ysHp (21.08.20)

13. Einkommen und Vermögen

¹ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019). Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit. Berlin.

² Ragnitz, J. (2019). Schlechter als erwartet, besser als

gedacht. Die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall (5/2019), S. 3-8.

³ Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (2019). Vereintes Land, drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall. Halle (Saale).

⁴ siehe Endnote 1

⁵ siehe Endnote 3

⁶ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2019). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder. Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1995 bis 2017. Reihe 2 Kreisergebnisse Band 3. Stuttgart.

⁷ siehe Endnote 6

⁸ siehe Endnote 2

⁹ Statistisches Bundesamt (2010). Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Geld- und Immobilienvermögen sowie Schulden privater Haushalte. 2008, Fachserie 15 Heft 2. Wiesbaden.

¹⁰ siehe Endnote 9

¹¹ Decker, M. (2018). Aktienbesitzer sind vor allem Westdeutsche. Frankfurter Rundschau. bit.ly/2NWMQDV (06.07.20).

¹² Sparkasse (2019). 30 Jahre Mauerfall. Geldvermögen im Osten um 24,4 Prozent gewachsen. Berlin. bit.ly/2C6Bn1x.

¹³ siehe Endnote 12

¹⁴ Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (2004). Private Haushalte in neuen Bundesländern holen in der Geldvermögensbildung auf. Berlin. bit.ly/2Z9y42v.

14. Unternehmensstruktur und Gründungen

¹ Kuhn, E. (H.) (1999). Die Endzeit der DDR-Wirtschaft - Analysen zur Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik (Bd. 4). Opladen: Leske + Budrich.

² Ragnitz, J. (2020). Strukturwandel nach Entindustrialisierung, Bundeszentrale für politische Bildung. bit.ly/3jcn4CH.

³ Bundeszentrale für politische Bildung (2015). Das Vermögen der DDR und die Privatisierung durch die Treuhänder. Dossier: Zahlen und Fakten zur Deutschen Einheit. bit.ly/2CKNOQC.

⁴ Gottschalk, S. & Lubczyk, M. (2019). Die Entwicklung der Familienunternehmen in den neuen Bundesländern.

München: Stiftung Familienunternehmen.

⁵ siehe Endnote 2

⁶ Ragnitz, J. (2019). Schlechter als erwartet, besser als gedacht. Die wirtschaftliche Situation in Ostdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall. ifo Dresden berichtet 5/2019, S. 3-8.

⁷ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019). Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit. Berlin.

⁸ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020). Regionaldatenbank Deutschland. Düsseldorf. www.regionalstatistik.de.

⁹ Slupina, M., Dähler, S., Reibstein, L. et al. (2019). Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

¹⁰ Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern (2016). Wirtschaftsfaktor Tourismus – erste Phase der Erarbeitung der neuen Landestourismuskonzeption abgeschlossen.

¹¹ siehe Endnote 9

¹² Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (2020). Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2019 Stuttgart (Reihe 1, Länderergebnisse Band 1). Stuttgart.

¹³ Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (2019). Vereintes Land, drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall. Halle (Saale).

¹⁴ Redaktion dts (2019). 500 größte Unternehmen steigern Umsatz nur noch leicht. Wallstreet online. bit.ly/2CHd2tQ.

¹⁵ siehe Endnote 9

¹⁶ KfW Research (o. J.). Mittelstand ist der Motor der deutschen Wirtschaft. Frankfurt. bit.ly/2Wrt6fC.

¹⁷ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019). Wirtschaftsmotor Mittelstand. Zahlen und Fakten zu den deutschen KMU, Broschüre Mittelstandspolitik. Berlin.

¹⁸ Leibniz Institut für Länderkunde (2019). Hidden Champions und Stadtentwicklung. Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung innovativer Unternehmen für Kleinstädte in peripherer Lage. Bonn: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

¹⁹ IWH Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (2020). Pressemitteilung 6/2020. Der Einbruch der Wirtschaft infolge der Corona-Pandemie dürfte in Ostdeutschland etwas schwächer ausfallen als im Westen. Halle/Saale.

²⁰ siehe Endnote 12

²¹ siehe Endnote 8

15. Landwirtschaft und Ernährung

¹ Statistisches Bundesamt (2017). Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Rechtsformen und Erwerbscharakter Agrarstrukturerhebung (Fachserie 3 Reihe 2.1.5). Wiesbaden.

² Top agrar online (2009). Die Wende: Das schwere Erbe der DDR-Landwirtschaft. Münster. bit.ly/2CkGVpx (06.08.20).

³ Martens, B. (2010). Landwirtschaft in Ostdeutschland. Der späte Erfolg der DDR. Bundeszentrale für politische Bildung. bit.ly/2XZeN1C.

⁴ Proplanta GmbH (2013). Höfesterben setzt sich fort. Stuttgart. bit.ly/20xfnQ4 (06.08.20).

⁵ Kopsidis, M. (2016). Indikatoren der Agrarentwicklung. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. bit.ly/2DOH44Y.

⁶ Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2020). Landwirtschaftliche Gesamtrechnung. Bonn. bit.ly/3jt2WTO.

⁷ Bundesinformationszentrum Landwirtschaft (2018). Der Selbstversorgungsgrad in Deutschland. Bonn. bit.ly/20HWhqK.

⁸ Moderne-landwirtschaft.de (2016). Was wird wo in Deutschland erzeugt? Berlin. bit.ly/2Cl2wxU (06.08.20).

⁹ Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2020). Agrarexporte: Zahlen und Fakten. Bonn.

¹⁰ siehe Endnote 9

¹¹ Umweltbundesamt (2020). Beitrag der Landwirtschaft zu den Treibhausgas-Emissionen. Dessau-Roßlau. bit.ly/32jSO9Q.

¹² Forsa Politik- und Sozialforschung GmbH Büro Berlin (2020). Ernährungsreport 2019/2020. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung. Berlin.

¹³ Ökolandbau.de (2020). Zahlen zum Ökolandbau in Deutschland. Bonn. bit.ly/39q9D4w (06.08.20).

¹⁴ Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2019). Ökologischer Landbau in Deutschland. Bonn.

¹⁵ siehe Endnote 13

¹⁶ siehe Endnote 13

¹⁷ NABU (o. J.). Fleischkonsum in Deutschland: Ethische, soziale und ökologische Konsequenzen unserer Ernährungsweise. Berlin.

¹⁸ Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2019). Deutschland, wie es isst. Der BMEL-Ernährungsreport 2019.

¹⁹ siehe Endnote 13

²⁰ Atzendorf, J., Apfelbacher, C., Matos, & E. G. de, Lochbühler et al. (2020). Do smoking, nutrition, alcohol use, and physical activity vary between regions in Germany? - results of a cross-sectional study. BMC Public Health, 20(1), S. 1151.

²¹ Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2019). Nationale Verzehrsstudie II: Wie sich Verbraucher in Deutschland ernähren. Bonn.

²² siehe Endnote 22

²³ AOK (2020). AOK-Studie: Hälfte der Deutschen mit problematischer Ernährungskompetenz. Berlin. bit.ly/3eCjF3n.

²⁴ Bundeszentrum für Ernährung (ohne Jahr). Food & Move Literacy. Ein innovativer Methodenkoffer. bit.ly/3htliCr (22.07.20).

²⁵ Statistisches Bundesamt (2020). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden. bit.ly/2YokhLZ

²⁶ Deutscher Bauernverband e.V. (2018). Situationsbericht 2018/19. 3.3 Betriebe und Betriebsgrößen 3.3 Betriebe und Betriebsgrößen. bit.ly/3fwClSp.

²⁷ Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (ohne Jahr). Betriebsstruktur in der Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlichen Fläche. Berlin. bit.ly/3i4iaNx (04.08.20).

²⁸ siehe Endnote 27

16. Ökologie und Klimawandel

¹ Dähler, S., Slupina, M. & Klingholz, R. (2017). Viele Ziele, wenig Plan. Warum Kommunen und die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie nicht zusammenfinden: eine Streitschrift. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung & Wüstenrot

Stiftung.

² Bundesregierung (o.J.). Wahrheit über Verschmutzung der Umwelt. bit.ly/3iG2yRi (07.07.20).

³ Die Bundesregierung (2012). Die Mauer fiel - auch wegen der Umweltbewegung. Archiv von bundesregierung.de. bit.ly/20y1f9V (07.07.20).

⁴ Rink, D. (2020). Umwelt, Bundeszentrale für politische Bildung. Dossier: Lange Weg der Deutschen Einheit. bit.ly/3f8parj.

⁵ siehe Endnote 4

⁶ Ittershagen, M., Meunier, C., Stoll, J., Schoen, L. & Zinsius, C. (2020). Klimaentwicklung in Deutschland. Monitoringbericht 2019 zur Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel, Umweltbundesamt. Dessau-Roßlau. bit.ly/3gyyZfj.

⁷ Deutscher Wetterdienst (2020). Deutscher Klimaatlas. Offenbach. bit.ly/30sd8U3.

⁸ siehe Endnote 1

⁹ Agora Energiewende (2020). Corona-Krise und milder Winter lassen Deutschland klimaziel für 2020 erreichen. Berlin.

¹⁰ siehe Endnote 6

¹¹ Benthin, R., Gellrich, A. & Williams, H. (2019). Umweltbewusstsein in Deutschland 2018. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung. Berlin: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit.

¹² Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020). Gemeinsames Statistikportal. www.statistikportal.de.

¹³ Agora Energiewende (2020). Die Energiewende im Stromsektor. Stand der Dinge 2019. Berlin.

¹⁴ siehe Endnote 13

¹⁵ Statistisches Bundesamt (2020). Erneuerbare Energien. Indikator 7.2.b: Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Bruttostromverbrauch. Wiesbaden.

¹⁶ Statistisches Bundesamt (2019). Bruttostromerzeugung nach Bundesländern und Energieträgern 2017. Wiesbaden. bit.ly/38zds6L.

¹⁷ AG Energiebilanzen e.V. (2020). Auswertungstabellen zur Energiebilanz für die Bundesrepublik Deutschland 1990 bis 2018. Berlin.

¹⁸ Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung & Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoffforschung Baden-Württemberg (2019). Vergleich der Bundesländer.

Analyse der Erfolgsfaktoren für den Ausbau der Erneuerbaren Energien 2019. Berlin & Stuttgart.

¹⁹ siehe Endnote 6

²⁰ Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2019). Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2019. Berlin.

²¹ siehe Endnote 16

17. Mobilität

¹ Salheiser, A. (2010). Ausstattung privater Haushalte, Bundeszentrale für politische Bildung. bit.ly/3dxrQXl.

² Wolle, S. (1998). Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR. 1971-1989. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

³ Statistisches Bundesamt (2020). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden. bit.ly/2YokhUZ

⁴ Statistisches Bundesamt (2019). Ausstattung privater Haushalte mit Fahrzeugen im Zeitvergleich - Deutschland. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Wiesbaden.

⁵ siehe Endnote 3

⁶ Nobis, C. & Kuhnimhof, T. (2018). Mobilität in Deutschland – MiD Ergebnisbericht. Studie von infas, DLR, IVT und infas 360 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur. Bonn, Berlin.

⁷ siehe Endnote 6

⁸ Umweltbundesamt (2020). Fahrleistungen, Verkehrsaufwand und „Modal Split“. Dessau-Roßlau. bit.ly/3f0FWMq.

⁹ siehe Endnote 6

¹⁰ siehe Endnote 8

¹¹ siehe Endnote 8

¹² Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2019). Immer mehr Beschäftigte pendeln. Bonn. bit.ly/37YHYqw.

¹³ siehe Endnote 12

¹⁴ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2020). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2020. Bonn. www.inkar.de.

¹⁵ Infas Institut für angewandte Sozialwissenschaften GmbH (2018). Mobilität in Tabellen (MiT 2017). Eine Studie des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur. Bonn.

¹⁶ siehe Endnote 6

¹⁷ Nobis, C. (2019). Mobilität in Deutschland – MiD Analysen zum Radverkehr und Fußverkehr. Studie von infas, DLR, IVT und infas 360 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur. Bonn, Berlin.

¹⁸ siehe Endnote 15

¹⁹ Bundesverband Carsharing e.V. (2020). Aktuelle Zahlen und Daten zum CarSharing in Deutschland. Berlin. bit.ly/3g0kklw (25.06.20).

²⁰ siehe Endnote 19

²¹ siehe Endnote 6

18. Digitalisierung und Kommunikation

¹ O. N. (1990). DDR-Telefone. Wachsende Verzweigung. Der Spiegel. bit.ly/2ZOtKbt (22.06.20).

² Didczuneit, V. (2015). „Endlich Telefon“. Der Aufbau des Telekommunikationsnetzes in den neuen Bundesländern 3/2015, S. 10–17.

³ siehe Endnote 2

⁴ Statistisches Bundesamt (2020). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden. bit.ly/2YokhUZ

⁵ Initiative D21 e.V. (2020). Wie digital ist Deutschland? Digital Index 19/20. Berlin.

⁶ siehe Endnote 5

⁷ siehe Endnote 5

⁸ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2020). Regionaldatenbank Deutschland. Düsseldorf. www.regionalstatistik.de.

⁹ Bujard, M., Laß, I., Diabaté, S., Sulak, H. & Schneider, N. F. (2020). Eltern während der Corona-Krise. Zur Improvisation gezwungen. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. bit.ly/3hky3Q9 (18.08.20).

¹⁰ Eurostat (2020). Online-Datenbank. Luxemburg.

¹¹ Dähler, S., Reibstein, L., Slupina, M., Klingholz, R., Hennig, S. & Gruchmann, G. (2019). Urbane Dörfer. Wie digitales Arbeiten Städte aufs Land bringen kann. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung & Neuland 21 e.V.

¹² Atene KOM GmbH (2019). Bericht zum Breitbandatlas. Teil 1: Ergebnisse. H.: Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur. Berlin.

¹³ Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur & atene KOM GmbH (2020). Der Breitbandatlas. Berlin. bit.ly/2Z00x9E.

¹⁴ siehe Endnote 12

¹⁵ Slupina, M., Dähler, S., Reibstein, L. et al. (2019). Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

¹⁶ Die Bundesregierung (2019). Mobilfunkstrategie. Eine Milliarde Euro gegen Funklöcher. Berlin. bit.ly/2YWCOcu (22.06.20).

¹⁷ Rizzato, F. (2019). Parts of rural Germany see less than 50% 4G Availability, opensingal. London. bit.ly/2NkSBdG (22.06.20).

¹⁸ siehe Endnote 13

19. Mediennutzung

¹ Konrad Adenauer Stiftung (1968). Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. DDR Mythos und Wirklichkeit. bit.ly/318geOZ (18.08.20).

² Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (H.) (1985). DDR Handbuch. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.

³ Michael Meyen, A. F. (2011). Blick über die Mauer. Medien in der DDR. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. bit.ly/3hiQioI (08.06.20).

⁴ Damm, T., Geyer, D., Kreuter, V., Maget, K., Müller, R., Rösler, W. et al. (2015). So geht Einheit. Wie weit das einst geteilte Deutschland zusammengewachsen ist. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

⁵ Mohr, I. & Frey-Vor, G. (2016). Radio- und Zeitungsnutzung im Ost-West-Vergleich. Ergebnisse der ARD/ZDF-Studie Massenkommunikation 2015. Media Perspektiven, 2016(7-8), S. 392–400.

⁶ Frey-Vor, G., Gerhard, H. & Mende, A. (2002). Daten der Mediennutzung in Ost- und Westdeutschland. Media Perspektiven, 2002(2), S. 54–68.

⁷ Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (2020). Titelanzeige Neues Deutschland Gesamt (Mo-Sa). Berlin: Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH. bit.ly/2DVVY7c (08.06.20).

⁸ Junge Welt, Verlag 8. Mai GmbH (2020). Mediadaten 03-2019. bit.ly/3186GTI (08.06.20).

⁹ Haller, M. (2012). Lokaljournalismus in den neuen Bundesländern. Einblick: Freie Presse nach 89 – Die Wende im Lokalen? Bundeszentrale für politische Bildung. bit.ly/2Q2opFE (18.08.20).

¹⁰ siehe Endnote 9

¹¹ Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V. (2019). Zur wirtschaftlichen Lage der deutschen Zeitungen 2019. bit.ly/2E5Iskb (18.08.20).

¹² siehe Endnote 11

¹³ GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2020). ALLBUS 1980-2018 - Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. GESIS Datenarchiv ZA5274 Datenfile Version. Köln.

¹⁴ Frees, B., Kupferschmitt, T. & Müller, R. (2019). ARD/ZDF-Massenkommunikation Trends 2019: Non-lineare Mediennutzung nimmt zu. Media Perspektiven, 2019(7-8), S. 314–333.

¹⁵ Hölig, S. & Hasebrink, U. (2018). Reuters Institute Digital News Report 2018. Ergebnisse für Deutschland. Hamburg: Hans-Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg.

¹⁶ Eurostat (2020). Online-Datenbank. Luxemburg.

¹⁷ siehe Endnote 15

¹⁸ Nico Scheck (2020). „Hau ab! Dunja Hayali wird auf Corona-Demo in Berlin beschimpft – und bricht Dreh ab. Frankfurter Rundschau. bit.ly/2YbcI45 (18.08.20).

¹⁹ WDR und infratest (2019). Glaubwürdigkeit der Medien 2019. Eine Studie im Auftrag des Westdeutschen Rundfunks November 2019.

²⁰ Frey-Vor, G. & Mohr, I. (2015). 25 Jahre Deutsche Einheit - Fernsehnutzung in Ost und West. Media Perspektiven, 2015(10), S. 453–469.

²¹ Media Perspektiven Basisdaten (2018). Daten zur Mediensituation in Deutschland 2018.

²² siehe Endnote 19

²³ Mitteldeutscher Rundfunk (2020). Ostdeutschland in der Presse. bit.ly/3k0AtZn (08.06.20).

²⁴ Medium Magazin für Journalistinnen und Journalisten (2019). Journalistenschulen bilden kaum Ostdeutsche aus. bit.ly/3kVkhWc (08.06.20).

²⁵ Siebenhaar, H.-P. (01.03.20). Tom Buhrow will ARD ostdeutscher machen und stößt auf Widerstand. bit.ly/2Ybd36R (08.06.20).

20. Konsum

¹ Die Bundesregierung (2020). Konjunkturpaket. „Ein ambitioniertes Programm“.

Berlin. bit.ly/3gCvysw (15.06.20).

² Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2020). Tiefem Wirtschaftseinbruch folgt eine allmähliche Erholung. Wiesbaden. bit.ly/2CWL9mZ (07.08.20).

³ Statistisches Bundesamt (2020). Konsumausgaben, Investitionen und Außenbeitrag. bit.ly/3ievmpW (15.06.20).

⁴ MDR (2010). Wirtschaft der DDR. Konsumpolitik, Mangelwirtschaft, Wirtschaftspolitik. Leipzig. bit.ly/3hnAsjm (07.08.20).

⁵ Wolle, S. (1998). Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR. 1971-1989. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

⁶ Mdr.de (2010). Produkte in der DDR. bit.ly/31vv2p4 (17.06.20).

⁷ Salheiser, A. (2011). Konsum. Bundeszentrale für politische Bildung. bit.ly/3igRkbn (15.06.20).

⁸ MDR (2020). Der Mangel wird verwaltet. Leipzig. bit.ly/3jrDn5C (07.08.20).

⁹ Institut für Marktforschung Leipzig (2005). Der ostdeutsche Konsument zwischen Anpassung und Verweigerung, von der DDR bis heute. Berlin. bit.ly/3hoVdnl (07.08.20).

¹⁰ Damm, T., Geyer, D., Kreuter, V., Maget, K., Müller, R., Rösler, W. et al. (2015). So geht Einheit. Wie weit das einst geteilte Deutschland zusammengewachsen ist. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

¹¹ siehe Endnote 9

¹² Statistisches Bundesamt (2020). Einkommen und Einnahmen sowie Ausgaben privater Haushalte. (EVS): Früheres Bundesgebiet/Neue Länder. Jahre. bit.ly/2XyKhMP (15.06.20).

¹³ Statistisches Bundesamt (2020). Wirtschaftsrechnungen 2018. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe Konsumausgaben privater Haushalte. Wiesbaden.

¹⁴ Statistisches Bundesamt (2020). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden. bit.ly/2YokhUZ

¹⁵ siehe Endnote 14

¹⁶ siehe Endnote 14

¹⁷ siehe Endnote 14

¹⁸ Statistisches Bundesamt (2019). Laufende Wirtschaftsrechnung: Ausstattung privater Haushalte mit elektrischen

Haushalts- und sonstigen Geräten - Gebietsstände. Wiesbaden. bit.ly/2YFMG8t (17.06.20).

¹⁹ Forsa Politik- und Sozialforschung GmbH Büro Berlin (2020). Ernährungsreport 2019/2020. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung. Berlin.

²⁰ GfK (2019). Wie und was kauft der Osten? 30 Jahre nach dem Mauerfall: Wie der Osten einkauft und wie sich die Marken des Ostens im geeinten Deutschland entwickeln. Nürnberg.

²¹ siehe Endnote 20

²² Damm, T., Geyer, D., Kreuter, V., Maget, K., Müller, R., Rösler, W. et al. (2015). So geht Einheit. Wie weit das einst geteilte Deutschland zusammengewachsen ist. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

²³ Hassia Gruppe (2019). VITA COLA mit starkem Rekordabsatz im Jubiläumjahr. Hassia Gruppe. bit.ly/3fB1X0h (07.06.20).

²⁴ Statistisches Bundesamt (2020). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Private Konsumausgaben und verfügbares Einkommen. Wiesbaden. bit.ly/3ePo1nZ.

²⁵ siehe Endnote 20

²⁶ Institut für Marktforschung Leipzig (2005). Der ostdeutsche Konsument zwischen Anpassung und Verweigerung, von der DDR bis heute. Berlin. bit.ly/3hoVdnl (07.08.20).

21. Teilhabechancen und Gleichwertigkeit

¹ Deutsche Post DHL Group (2019). Deutsche Post Glücksatlas 2019. Deutschland so zufrieden wie noch nie. Berlin.

² Stobbe, M. (2011). Lebenszufriedenheit und subjektives Wohlbefinden. Bonn. bit.ly/2Dlga3c (30.07.20).

³ Priem, M., Kaiser, F. & Schupp, J. (2020). Zufriedener denn je – Lebensverhältnisse in Deutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall. Informationsdienst Soziale Indikatoren Nr. 64.

⁴ Sixtus, F., Slupina, M., Sütterlin, S., Amberger, J. & Klingholz, R. (2019). Teilhabeatlas Deutschland. Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen. Berlin, Ludwigsburg: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung und Wüstenrot Stiftung.

⁵ siehe Endnote 4

- ⁶ siehe Endnote 3
⁷ siehe Endnote 1
⁸ siehe Endnote 4
⁹ siehe Endnote 3
¹⁰ siehe Endnote 3

22. Wohnen

- ¹ Institut der deutschen Wirtschaft (2019). Deutschland in Zahlen. Wohnfläche je Einwohner. Köln. bit.ly/2Z4y9o0 (27.05.20).
- ² Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2020). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2020. Bonn. www.inkar.de.
- ³ Ifo Institut Dresden (2017). Auswirkungen der demografischen Entwicklungen auf den ostdeutschen Wohnungsmarkt. Endbericht zum Forschungsvorhaben. Dresden.
- ⁴ Rink, D. (2020). Wohnen, Bundeszentrale für politische Bildung. Dossier: Lange Wege der Deutschen Einheit. Bonn. bit.ly/38zwo1R.
- ⁵ Wolle, S. (1998). Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR, 1971–1989. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.
- ⁶ siehe Endnote 4
- ⁷ Statistisches Bundesamt (2019). Mietbelastungsquote von Hauptmieterhaushalten. Wiesbaden. bit.ly/3e8zZZg (27.05.20).
- ⁸ siehe Endnote 4
- ⁹ Slupina, M., Dähler, S., Maget, K. & Klingholz, R. (2017). Globale Ansprüche, lokale Wirklichkeit. Wie unterschiedlich deutsche Kommunen eine nachhaltige Entwicklung umsetzen. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung; Wüstenrot Stiftung.
- ¹⁰ Statistisches Bundesamt (2019). Bauen und Wohnen - 2018. Baugenehmigungen/Baufertigstellungen Lange Reihe z.T. ab 1949. Wiesbaden.
- ¹¹ Grünzig, M. (12.05.20). Stadtbau Ost - ein Fehlschlag. deutsche bauzeitung. bit.ly/2ZPoIrl.
- ¹² Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2019). Wohnungsleerstände nehmen in vielen ländlichen Räumen zu. Bonn. bit.ly/3fj9LEM (28.05.20).
- ¹³ Bundesstiftung Baukultur (2017). Baukultur Bericht 2016/17. Stadt und Land. Potsdam.
- ¹⁴ siehe Endnote 12

- ¹⁵ Blickle, P. & Grabitz, I. et al. (2019). Mietpreise. Von 4 bis 17 Euro: So teuer ist Wohnen in Deutschland wirklich, ZEIT Online. Berlin. bit.ly/2Z4f6dF (29.05.20).
- ¹⁶ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2019). Mieten inserierter Wohnungen erneut gestiegen. Bonn. bit.ly/3guVgOQ (29.05.20).
- ¹⁷ Statistisches Bundesamt (2019). Wohnen 2018. Mieten und Mietbelastung in Metropolen besonders hoch. Wiesbaden. bit.ly/3gEfkxR (29.05.20).
- ¹⁸ siehe Endnote 7
- ¹⁹ Timcke, M.-L., Kislung, T., Pätzold, A., Wendler, D. & Vollnhals, S. (17.01.20). Wo Mieten schneller steigen als die Löhne - und wo sie sogar erschwinglich sind. Berliner Morgenpost. bit.ly/3gB2i4l (07.07.20).
- ²⁰ Voigtländer, M. & Sagner, P. (2020). Entwicklung von Löhnen und Mieten - dreigeteiltes Deutschland (IW-Kurzbericht 04/2020). Köln.
- ²¹ Statistisches Bundesamt (2019). Eigentümergebote nach Bundesländern. Ergebnisse der Mikrozensus-Zusatzerhebung. Wiesbaden.
- ²² siehe Endnote 16

23. Identität und Einheit

- ¹ Damm, T., Geyer, D., Kreuter, V. & et al. (2015). So geht Einheit. Wie weit das einst geteilte Deutschland zusammengewachsen ist. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- ² Faus, R. & Storcks, S. (2019). Im vereinten Deutschland geboren - in den Einstellungen gespalten? OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration. OBS-Arbeitshefte Nr. 96. Frankfurt am Main.
- ³ siehe Endnote 1
- ⁴ infratest dimap (1990 / 2010). Manche Ost-West-Vorurteile halten sich hartnäckig. Auftraggeber: Fakt. bit.ly/3l2sGXX (17.06.20).
- ⁵ siehe Endnote 2
- ⁶ infratest dimap (2019). 30 Jahre Mauerfall. Erhebung im Auftrag des MDR. bit.ly/32pCt3l (12.06.20).
- ⁷ Dimap GmbH (2018). Sachsen-Monitor 2018. Ergebnisbericht. Bonn.
- ⁸ siehe Endnote 2
- ⁹ siehe Endnote 2
- ¹⁰ Ganzenmüller, J. (2020). Ostdeutsche Identitäten. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn. bit.ly/3aGN6AN

- (12.06.20).
- ¹¹ infratest dimap (2019). ARD-Deutschlandtrend, November 2019. Berlin. bit.ly/30gHwqm (15.07.20).
- ¹² siehe Endnote 2
- ¹³ Böick, M. & Lohrke, C. (2019). Aufschwung, Abbau, Anpassung? Eine kleine Geschichte des „Aufbau Ost“. Aus Politik und Zeitgeschichte, 69. Jahrgang (46/2019), S. 32–40.
- ¹⁴ Friedrich-Schiller-Universität Jena (2019). Gesundheit und Pflege in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2019. Jena (12.06.20).
- ¹⁵ siehe Endnote 11
- ¹⁶ siehe Endnote 6
- ¹⁷ Friedrich-Schiller-Universität Jena & KomRex (2019). Thüringen-Monitor. Politikwissenschaftliche und soziologische Langzeitstudie zur „Politischen Kultur im Freistaat Thüringen“ (im Auftrag der Thüringer Staatskanzlei). Jena. bit.ly/34gm6as (15.07.20).
- ¹⁸ Friedrich-Schiller-Universität Jena (2019). Gesundheit und Pflege in Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2019. Jena (12.06.20).
- ¹⁹ siehe Endnote 2
- ²⁰ GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2020). ALLBUS 1980-2018 - Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften. GESIS Datenarchiv ZA5274 Datenfile Version. Köln.

24. Religion und Säkularisierung

- ¹ Deutsche Bischofskonferenz (2019). Katholische Kirche in Deutschland. Priesterweihen nach Diözesen 1962 - 2019. Bonn. bit.ly/2Q9M1Z6 (31.07.20).
- ² Der Tagesspiegel (2020). Priestermangel in katholischer Kirche. Papst Franziskus wird Zölibat vorerst nicht lockern. bit.ly/3iUrQdR (31.07.20).
- ³ Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (2017). Evangelische Kirche sucht Tausende Pfarrerinnen und Pfarrer. bit.ly/3gcBK99 (31.07.20).
- ⁴ Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (2019). Religionszugehörigkeiten 2018. Berlin. bit.ly/3aC1pXA (31.07.20).
- ⁵ Maser, P. (1989). Glauben im Sozialismus. Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR. Berlin: Holzapfel.

- ⁶ Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (2014). Entwicklung der Religionszugehörigkeiten nach Bundesländern, 1950-2011. Berlin. bit.ly/31b2Foz (31.07.20).
- ⁷ Evangelische Kirche in Deutschland (2020). Kirchenmitgliedern. Stand 31.12.2018. Hannover. bit.ly/34gAi3g (31.07.20).
- ⁸ Evangelische Kirche in Deutschland (2020). Gezählt 2020. Zahlen und Fakten zum kirchlichen Leben. Hannover. bit.ly/3iVrZmm (31.07.20).
- ⁹ Katholische Kirche in Deutschland (2020). Zahlen und Fakten 2019/20. Bonn. bit.ly/34rGrK3 (31.07.20).
- ¹⁰ Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (2020). Kirchenmitglieder in den Bundesländern, 2001-2018. Berlin. bit.ly/3j84bab (31.07.20).
- ¹¹ Forschungsgruppe Weltanschauungen in Deutschland (2018). Die säkularisierten Städte. Berlin. bit.ly/3kZ2v18 (31.07.20).
- ¹² Fabricius, M. (26.12.18). Geschlossene Gotteshäuser. Wohnen in der Kirche - für 4,85 Euro pro Quadratmeter. Welt. bit.ly/34gAuzw (31.07.20).
- ¹³ Deutscher Evangelischer Krankenhausverband (2019). Evangelisch versorgt nach Region in Prozent. Berlin. bit.ly/2EKfA7m (31.07.20).
- ¹⁴ Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016). Wie viele Muslime leben in Deutschland? Eine Hochrechnung über die Anzahl der Muslime in Deutschland zum Stand 31. Dezember 2015. Im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Nürnberg. bit.ly/3hd8ssa (31.07.20).
- ¹⁵ siehe Endnote 4
- ¹⁶ Mediendienst Integration (2013). Wer ist Muslim und wann ja wie viele? Berlin.
- ¹⁷ Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (2020). Mitgliederstatistik der jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland für das Jahr 2019. Frankfurt am Main. bit.ly/3iS3gKL (13.08.20).
- ¹⁸ Deutscher Bundestag (2020). Moscheen in Deutschland. Berlin. bit.ly/3195oYw (31.07.20).
- ¹⁹ Schmitt, T. & Klein, J. (2019). Moscheen - islamische Sakralbauten in Deutschland. Nationalatlas aktuell 13 (09.2019). Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL). bit.ly/310kreY (19.08.20)

- ²⁰ Ipsos (2019). Perils of perception 2018. Hamburg. bit.ly/32a4EBJ (31.07.20).
- ²¹ Die Zeit (2015). Christian Wulff: Der Islam gehört zu Deutschland. Die Zeit. bit.ly/34gxtPE (13.08.20).
- ²² Bild (2018). Heimat-Minister Horst Seehofer: „Der Islam gehört nicht zu Deutschland!“. Bild. bit.ly/2QkOgsJ (31.07.20).
- ²³ Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (2016). Deutschland postmigrantisch III. Migrantische Perspektiven auf deutsche Identitäten - Einstellungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund zu nationaler Identität in Deutschland. Berlin.
- ²⁴ Hannoversche Allgemeine Zeitung (2015). Überfremdungsfantasie wegen 4000 Moslems. bit.ly/3iUU9j7 (31.07.20).
- ²⁵ Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (2018). Deutschland 2017. Studie zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger im vereinigten Deutschland. ifo Forschungsberichte Nr. 96. München.
- ²⁶ Deutschlandfunk (2016). Religion und Zuwanderung: „Das christliche Abendland ist eine Chimäre“. Manfred Becker-Huberti im Gespräch mit Christiane Florin. Deutschlandfunk. bit.ly/34ecQmV (13.08.20).
- ²⁷ Rheinische Post (2018). Analyse: Christlich-jüdisch? Anmaßung! RP Online. bit.ly/34fF14Y (13.08.20).
- ²⁸ Pew Research Center (2018). Being Christian in Western Europe. Washington, D. C. pewrsr.ch/31bfQ1H (31.07.20).

25. Ehrenamt und Engagement

- ¹ Silvia Zimmermann (2015). Wenzlauer Chor gibt auf. Kein Nachwuchs im Männergesangsverein. Märkische Allgemeine Online. bit.ly/2DYEGzf (04.08.20).
- ² Marc Hujer (2019). Stirbt der deutsche Männerchor? Musiktrends 2019. Spiegel Online. bit.ly/2Pn6MQr (04.08.20).
- ³ Holger Krimmer (H.) (2019). Datenreport Zivilgesellschaft. Berlin: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- ⁴ Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (2020). Coronavirus in Demokratie- und Engagementpolitik. www.b-b-e.de/corona/

- (04.08.20).
- ⁵ siehe Endnote 3
- ⁶ siehe Endnote 3
- ⁷ Priemer, J., Krimmer, H. & Labigne, A. (2017). ZiviZ-Survey 2017. Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. Essen. bit.ly/30onLSu (04.08.20).
- ⁸ siehe Endnote 3
- ⁹ Report Bürgerstiftungen (2019). Fakten und Trends 2019. bit.ly/2Dk1GlX (04.08.20).
- ¹⁰ siehe Endnote 3
- ¹¹ Johanna Kelch (2020). „Vereinsmeierei“ in der DDR. Vereine früher und heute. MDR. bit.ly/39VD7rh (04.08.20).
- ¹² Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2016). Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014.
- ¹³ ZiviZ gGmbH (2017). Vereinssterben in ländlichen Regionen – Digitalisierung als Chance. ZiviZ Survey 2017. bit.ly/3aHG2nM (04.08.20).
- ¹⁴ Dähler, S., Reibstein, L., Slupina, M., Klingholz, R., Hennig, S. & Gruchmann, G. (2019). Urbane Dörfer. Wie digitales Arbeiten Städte auf Land bringen kann. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung & Neuland 21 e.V.
- ¹⁵ Slupina, M., Sütterlin, S. & Klingholz, R. (2015). Von Hüden und Helden. Wie sich das Leben auf dem Land neu erfinden lässt. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- ¹⁶ Slupina, M. & Sütterlin, S. (2018). Land mit Zukunft. Neue Ideen vom Runden Tisch. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- ¹⁷ siehe Endnote 12
- ¹⁸ Simonson, J., Vogel, C. & Tesch-Römer, C. (H.) (2017). Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Berlin: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- ¹⁹ siehe Endnote 12

26. Politik und Wahlen

- ¹ Bundeszentrale für politische Bildung (2010). 18. März 1990: Erste freie Volkskammerwahl. Politik Hintergrund Aktuell. bit.ly/3iRb6nK (18.08.20).
- ² Kerstin Völk (2020). Wahlverhalten in Ost- und Westdeutschland im Zeitverlauf. Bundeszentrale für politische

Bildung. bit.ly/3kQyML3 (18.08.20).

³ siehe Endnote 2

⁴ Der Bundeswahlleiter (2018). Ergebnisse früherer Bundestagswahlen. Informationen des Bundeswahlleiters.

⁵ siehe Endnote 2

⁶ Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2020). Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2020. Bonn. www.inkar.de.

⁷ Statistisches Bundesamt (2020). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden. bit.ly/2YokhUZ

⁸ siehe Endnote 4

⁹ Statistisches Bundesamt (2018). Datenreport 2018. Kapitel 9: Politische und gesellschaftliche Partizipation.

¹⁰ Niedermayer, O. (2020). Parteimitglieder in Deutschland: Version 2020. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 31.).

¹¹ siehe Endnote 9

¹² YouGov (2019). Die Hälfte der Deutschen sieht die Demokratie in Gefahr. YouGov-Studie zum Tag der Demokratie (15. September) in Kooperation mit SINUS-Institut. bit.ly/32aKNCx (19.08.20)

¹³ Yougov (2020). Unterstützung für Corona-Schutzmaßnahmen und Maskenpflicht hält an. bit.ly/2EaRMDc (19.08.20).

¹⁴ siehe Endnote 12

¹⁵ siehe Endnote 9

¹⁶ Deutscher Bundestag (ohne Jahr). Bundestagswahlsergebnisse seit 1949 – Zweitstimmen. bit.ly/2Fu7ABj (18.08.20).

¹⁷ siehe Endnote 4

27. Sport und Reisen

¹ Purschke, T. (2019). Das entzauberte „Sportwunderland“, ARD. Sportschau. Köln. bit.ly/2CbHhks (26.06.20).

² Wiese, T. (2016). Wo die Olympiasieger herkommen, statista. bit.ly/3j3zWli (15.07.20).

³ Erdmann, J. (2016). Staatlich geförderte Zentren des Hochleistungssports in Deutschland. Nationalatlas aktuell, 10(01/2016).

⁴ Deutscher Olympischer Sportbund e.V. (2020). Bestandsaufnahme 2019. Frankfurt am Main.

⁵ Statistisches Bundesamt (2020). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden. bit.ly/2YokhUZ

bit.ly/2YokhUZ

⁶ Teichler, H. J. (2003). Sportentwicklung in Ostdeutschland. dvs-Informationen 18 (2003) 2, S. 17–20.

⁷ siehe Endnote 1

⁸ Rainer, H., Albrecht, C., Bauenschuster, S., Fichtl, A., Hener, T. & Ragnitz, J. (2018). Deutschland 2017. Studie zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger im vereinigten Deutschland. München: ifo Institut.

⁹ Landessportbünde der Bundesländer (2019/2020). Bestandshebungen / Statistiken. diverse Orte.

¹⁰ siehe Endnote 4

¹¹ siehe Endnote 9

¹² Rohwer, B. (2019). Sport in Deutschland. Wo Klootschießen den Fußball schlägt. Der Spiegel. bit.ly/3eqdGyw (15.07.20).

¹³ siehe Endnote 9

¹⁴ Deutsche Zentrale für Tourismus e.V. (2013). Das Reiseverhalten der Deutschen im Inland. Frankfurt am Main.

¹⁵ Gesellschaft für deutsche Sprache e.V. (2020). Wort des Jahres | GfdS. Wiesbaden. bit.ly/3fUE1pA (25.06.20).

¹⁶ Hübscher, C. (2019). Deutschland-Bilanz. Unser Meer und euer Meer, ZDFheute. bit.ly/2CGfZQN (26.06.20).

¹⁷ siehe Endnote 14

¹⁸ infratest dimap (2019). ARD Deutschlandtrend. November 2019. Berlin.

¹⁹ Krüger, S. (2009). Über die Reisegewohnheiten von Ossi und Wessis. Welt. bit.ly/3i5cScq (25.06.20).

²⁰ o.N. (2009). Wo Ossi und Wessis Urlaub machen. Süddeutsche Zeitung. bit.ly/2VhYmW (25.06.20).

²¹ siehe Endnote 14

28. Kultur

¹ Stiftung Lesen (1993). Leseverhalten in Deutschland 1992/92. Repräsentativstudie zum Les- und Medienverhalten der erwachsenen Bevölkerung im vereinigten Deutschland. Mainz.

² Links, C. (2009). Was blieb vom Leseland DDR? Aus Politik und Zeitgeschichte. (11/2009), S. 32–38.

³ Stiftung Lesen (2008). Lesen in Deutschland 2008. Mainz. bit.ly/2Q8RD50 (10.07.20).

⁴ Stiftung Buchkultur und Leseförderung des Börsenvereins des Deutschen Buch-

handels (2019). deutscher buchpreis. Archiv. Frankfurt am Main. bit.ly/2Yjlg94 (03.07.20).

⁵ O. N. (2019). Warum sind die Stars aus dem Osten so erfolgreich. Schauspieler aus der ehemaligen DDR. Stuttgarter Nachrichten. bit.ly/31Gi2yl (03.07.20).

⁶ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2018). Kulturindikatoren auf einen Blick. Ein Ländervergleich. Wiesbaden.

⁷ Statistisches Bundesamt (2020). GENESIS-Online Datenbank. Wiesbaden. bit.ly/2YokhUZ

⁸ siehe Endnote 7

⁹ Rainer, H., Albrecht, C., Bauenschuster, S., Fichtl, A., Hener, T. & Ragnitz, J. (2018). Deutschland 2017. Studie zu den Einstellungen und Verhaltensweisen der Bürgerinnen und Bürger im vereinigten Deutschland. München: ifo Institut.

¹⁰ siehe Endnote 7

¹¹ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2018). Kulturindikatoren auf einen Blick. Ein Ländervergleich. Wiesbaden.

¹² siehe Endnote 11

¹³ siehe Endnote 7

¹⁴ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2019). Kulturindikatoren | kompakt. Ausgabe 2019. Wiesbaden.

¹⁵ siehe Endnote 14

29. Kriminalität

¹ Ipsos Public Affairs (2019). What worries the world. May 2019. Paris.

² Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (2014). Alle zu schaffenden - Lebensverhältnisse in Deutschland. DIW Wochenbericht 40/2014. Berlin.

³ Bundeskriminalamt (2019). Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017. Opfererfahrungen, kriminalitätsbezogene Einstellungen sowie die Wahrnehmung von Unsicherheit und Kriminalität in Deutschland. Wiesbaden.

⁴ Centrum für Strategie und Höhere Führung (2020). Sicherheitsreport 2020. Hamburg.

⁵ Boers, K. (1994). Kriminalitätsfurcht im sozialen Umbruch. Über offizielle Kriminalitätsdaten, Kriminalitätsfurcht – und wie beides kriminalpolitisch benutzt wird. Neue Kriminalpolitik (2), S. 27–31.

⁶ O. A. (o. J.). Strafgesetzbuch

der Deutschen Demokratischen Republik. bit.ly/3icPemt (13.07.20).

⁷ O. A. (o. J.). Verordnung über das Meldewesen in der Deutschen Demokratischen Republik. bit.ly/3a2w7bP (13.07.20).

⁸ siehe Endnote 5

⁹ siehe Endnote 3

¹⁰ siehe Endnote 4

¹¹ Bundeskriminalamt (1994). Polizeiliche Kriminalstatistik Bundesrepublik Deutschland. Berichtsjahr 1993. Wiesbaden.

¹² Bundeskriminalamt (2020). Polizeiliche Kriminalstatistik. Bundesrepublik Deutschland. Jahrbuch 2019. Band 1. Fälle, Aufklärung, Schaden. Wiesbaden.

¹³ Sixtus, F., Slupina, M., Sütterlin, S., Amberger, J. & Klingholz, R. (2019). Teilhabeatlas Deutschland. Ungleichwertige Lebensverhältnisse und wie die Menschen sie wahrnehmen. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

¹⁴ Koch, H. (2014). Armut und Kriminalität. In: R. Ammicht Quinn (H.), Sicherheitsethik, S. 201–209. Wiesbaden: Springer VS.

¹⁵ Kuhn, P. & Niewendick, M. (2019). Kriminalität in Deutschland. In diesen Regionen gibt es die meisten Straftaten. Die Welt. bit.ly/3ibAqog (20.07.20).

¹⁶ siehe Endnote 3

¹⁷ Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2020). Verfassungsschutzbericht 2019. Berlin.

¹⁸ Bundeskriminalamt (2020). Polizeiliche Kriminalstatistik. Tabelle 01. Fälle – ausgewählte Straftaten. Wiesbaden.

¹⁹ siehe Endnote 12

²⁰ Hummelsheim-Doss, D. (2017). Objektive und subjektive Sicherheit in Deutschland. Eine wissenschaftliche Annäherung an das Sicherheitsgefühl. Aus Politik und Zeitgeschichte, 67(32-33), S. 34–39.

²¹ Bundeskriminalamt (2020). Polizeiliche Kriminalstatistik. Bundesrepublik Deutschland. Jahrbuch 2019. Band 2. Opfer. Wiesbaden.

²² siehe Endnote 3

²³ siehe Endnote 3

30. Corona

¹ Deutscher Bundestag (2013). Bericht zur Risikoanalyse im Bevölkerungsschutz 2012. Drucksache 17/12051.

² Ragnitz, J., Gillmann, N. & Nauher, J. A. (2020). ifo Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen Sommer 2020. Dresden.

³ Robert Koch-Institut (ohne Jahr). COVID-19-Dashboards. bit.ly/348MH97 (18.08.20).

⁴ IWH Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (2020). Der Einbruch der Wirtschaft infolge der Corona-Pandemie dürfte in Ostdeutschland etwas schwächer ausfallen als im Westen. Pressemitteilung 6/2020. Halle/Saale.

⁵ siehe Endnote 2

⁶ Statistisches Bundesamt (2020). Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (Inländer), Zeitreihe. bit.ly/34mB1F (18.08.20).

⁷ Statistisches Bundesamt (2020). Rückgang der Erwerbstätigkeit um 1,1 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Pressemitteilung Nr. 244 vom 1. Juli 2020. Wiesbaden.

⁸ Bundesagentur für Arbeit (2020). Der Arbeitsmarkt im Juli 2020. Nürnberg. bit.ly/3i0tTQG (14.08.20).

⁹ Eurostat (30.07.2020). Arbeitslosenquote im Euroraum bei 7,8%. In der EU bei 7,1%. Pressemitteilung 119/2020.

¹⁰ US Bureau of Labor Statistics (2020). Online-Datenbank. bit.ly/3h50nnu.

¹¹ siehe Endnote 8

¹² IAB Forum (2020). Kurzarbeit, Entlassungen, Neueinstellungen: Wie sich die Corona-Krise von der Finanzkrise 2009 unterscheidet. Serie „Corona-Krise: Folgen für den Arbeitsmarkt“. bit.ly/2Fq4XAv (18.08.20).

¹³ Slupina, M., Dähler, S., Reibstein, L. et al. (2019). Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.

¹⁴ Seils, E. & Emmeler, H. (2020). Die Folgen von Corona. Eine Auswertung regionaler Daten. Policy Brief WSI Nr. 43 6/2020. Düsseldorf.

¹⁵ siehe Endnote 14

¹⁶ Bujard, M., Laß, I., Diabaté, S., Sulak, H. & Schneider, N. F. (2020). Eltern während der Corona-Krise. Zur Improvisation gezwungen. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung. bit.ly/3hky3Q9 (18.08.20).

¹⁷ Dähler, S., Reibstein, L., Slupina, M., Klingholz, R., Hennig, S. & Gruchmann, G. (2019). Urbane Dörfer. Wie digitales Arbeiten Städte

aufs Land bringen kann. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung & Neuland 21 e.V.

Berlin-Institut

für Bevölkerung und Entwicklung
Schillerstraße 59
10627 Berlin

www.berlin-institut.org

Die Studie wurde gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie



Der Beauftragte der Bundesregierung
für die neuen Bundesländer

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

ISBN: 978-3-946332-58-9

+ demografische Kluft zwischen Ost und West +++ Geldvermögen im Süden am höchsten +++ kleine Höfe im Westen, große landwirtschaftliche Betriebe im Ost
+ für junge Westdeutsche spielt Ost-West-Herkunft eine geringere Rolle +++ bei Kulturausgaben liegt der Osten vorn +++ der Süden und Berlin forschen am intensivsten